

Stenographischer Bericht

55. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

XIV. Gesetzgebungsperiode – 27. April 2004

Inhalt:

Personelles:

Entschuldigt: Abg. Halper.

1. Zuweisungen, Bekanntgabe von Anträgen und Mitteilungen.

Aktuelle Stunde:

Zum Thema: „Die Erweiterung der Europäischen Union – Chancen für die Steiermark.“

Begründung der Aktuellen Stunde: Abg. Majcen).

Redner: Landesrat DDr. Schöpfer, Abg. Lafer, Abg. Dipl.-Ing. Grabner, Abg. Hagenauer, Abg. Gangl, Präsident Ing. Kinsky, Abg. Riebenbauer, Abg. Ing. Ober, Abg. Dietrich.

Dringliche Anfrage der Abgeordneten der SPÖ, betreffend Verhinderung der Strompreiserhöhung, an Frau Landeshauptmann Klasnic.

Begründung der Dringlichen Anfrage: Abg. Gennaro).

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landeshauptmann Klasnic (3690).

Redner: Abg. Gennaro, Abg. Lechner-Sonnek, Abg. Dietrich, Abg. Mag. Drexler, Landesrat DDr. Schöpfer, Landesrat Seitingner, Erster Landeshauptmannstellvertreter Mag. Voves, Abg. Stöhrmann, Abg. Wiedner, Abg. Bittmann), Abg. Petinger, Abg. Hagenauer, Abg. Bittmann, Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schöggl, Abg. Detlef Gruber, Abg. Mag. Drexler, Abg. Dietrich).

Beschlussfassung (3715).

2. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Bericht des Landesrechnungshofes, Einl.-Zahl 1785/1, betreffend Prüfung der Liegenschaftsverwaltung im Bereich der Steiermärkischen Krankenanstaltengesellschaft mbH.

Berichterstatte(rin): Abg. Graf.

Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 6.

Beschlussfassung.

3. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1069/5, zum Beschluss Nr. 1089 des Steiermärkischen Landtages vom 17. Juni 2003 über den Antrag der Abgeordneten Mag. Drexler und Bacher, betreffend neues Berufsbild und neue Ausbildungsordnung für Operationsgehilfen.

Berichterstatte(r): Abg. Bacher.

Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 6.

Beschlussfassung.

4. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über den Antrag, Einl.-Zahl 1540/1, der Abgeordneten Bacher und Tschernko, betreffend die Installierung einer einjährigen Sonderausbildung für die Kinder- und Jugendlichenpflege.

Berichterstatte(r): Abg. Bacher.

Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 6.

Beschlussfassung.

5. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über den Antrag, Einl.-Zahl 1667/1, der Abgeordneten Bacher, Hamedl, Rieser, Wicher und Kreisl, betreffend sofortige Einrichtung einer Psychiatrie am LKH Leoben.

Berichterstatte(r): Abg. Bacher.

Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 6.

Beschlussfassung.

6. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über den Antrag, Einl.-Zahl 1548/1, der Abgeordneten Lafer und Zierler, betreffend medizinischen Leiter in der KAGES.

Berichterstatte(r): Abg. Lafer.

Redner zu den Tagesordnungspunkten 2 bis 6: Abg. Kreisl, Abg. Prattes, Abg. Tschernko, Abg. Mag. Lackner, Abg. Bacher, Abg. Prattes, Abg. Böhmer), Abg. Hamedl, Abg. Kreisl, Abg. Lafer, Landesrat Mag. Erlitz.

Beschlussfassung.

7. Bericht des Ausschusses für Soziales und Kindergärten über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1096/1, Beilage Nr. 145, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Sozialhilfegesetz, LGBl. Nr. 29/1998, zuletzt in der Fassung LGBl. Nr. 5/2002 geändert wird, über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 679/2, zum Beschluss Nr. 443 des Steiermärkischen Landtages vom 22. Jänner 2002 über den Antrag der Abgeordneten Hamedl, Lafer, Dr. Lopatka, Hammerl, Tschernko und Gödl, betreffend Novellierung des Steiermärkischen Sozialhilfegesetzes hinsichtlich des anspruchsberechtigten Personenkreises, über den Antrag, Einl.-Zahl 1503/1, der Abgeordneten Mag. Drexler, Hammerl, Dirnberger, Tschernko und Wicher, betreffend Kostenrückersatz nach dem Steiermärkischen Sozialhilfegesetz sowie über den Antrag, Einl.-Zahl 760/1, der Abgeordneten Mag. Zitz, Hagenauer und Lechner-Sonnek, betreffend soziale Mindeststandards für AsylwerberInnen.
Berichterstatlerin: Abg. Gross.
Redner: Abg. Hammerl, Abg. Graf, Abg. Tschernko, Abg. Gross, Abg. Mag. Zitz, Abg. Hamedl, Landesrat Dr. Flecker, Abg. Zierler, Landesrat Dr. Flecker.
Beschlussfassung.
8. Bericht des Ausschusses für Europäische Integration über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1741/1, betreffend die Weiterentwicklung der EU-Regionalpolitik nach 2006; Position des Landes Steiermark.
Berichterstatler: Abg. Majcen.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 9.
Beschlussfassung.
9. Bericht des Ausschusses für Europäische Integration über den Antrag, Einl.-Zahl 1625/1, der Abgeordneten Hagenauer, Lechner-Sonnek und Mag. Zitz, betreffend EURATOM.
Berichterstatler: Abg. Hagenauer.
Redner zu den Tagesordnungspunkten 8 und 9: Abg. Majcen, Abg. Lafer, Abg. Dipl.-Ing. Grabner, Abg. Lafer, Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schöggel, Abg. Stöhrmann, Landesrat DDr. Schöpfer.
Beschlussfassung).
10. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 1401/1, der Abgeordneten Detlef Gruber, Halper und Petinger, betreffend Verbesserung des Markenschutzrechtes.
Berichterstatlerin: Abg. Margarethe Gruber.
Redner: Abg. Dirnberger.
Beschlussfassung.
11. Bericht des Ausschusses für Europäische Integration über den Antrag, Einl.-Zahl 1535/1, der Abgeordneten Detlef Gruber, Kröpfel und Schleich, betreffend zukünftige Nutzung der Infrastruktur der steirisch-slowenischen Grenzübergänge, insbesondere Spielfeld.
Berichterstatler: Abg. Schleich.
Redner: Abg. Detlef Gruber, Abg. Gangl, Abg. Schleich, Landesrat DDr. Schöpfer.
Beschlussfassung.
12. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über den Antrag, Einl.-Zahl 1285/1, der Abgeordneten Dietrich und Graf, betreffend Einrichtung eines Fonds zur Rettung des Waldes in der Steiermark.
Berichterstatlerin: Abg. Dietrich).
Beschlussfassung.
13. Selbstständiger Antrag des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform, Einl.-Zahl 1787/1, Beilage Nr. 198, betreffend Novellierung des Landes-Verfassungsgesetzes, zu den Anträgen, Einl.-Zahlen 16/1, 23/1 und 1276/1.
Berichterstatler: Abg. Mag. Drexler.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 17.
Beschlussfassung.
14. Selbstständiger Antrag des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform, Einl.-Zahl 1788/1, Beilage Nr. 199, betreffend Erlassung der Landtagswahlordnung 2004, zu den Anträgen, Einl.-Zahlen 16/1, 23/1 und 1276/1.
Berichterstatler: Abg. Mag. Drexler.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 17.
Beschlussfassung.
15. Selbstständiger Antrag des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform, Einl.-Zahl 1789/1, Beilage Nr. 200, betreffend Erlassung der Gemeindevahlordnung 2004, zu den Anträgen, Einl.-Zahlen 16/1, 23/1 und 1276/1.
Berichterstatler: Abg. Mag. Drexler.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 17.
Beschlussfassung.
16. Selbstständiger Antrag des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform, Einl.-Zahl 1790/1, Beilage Nr. 201, betreffend Novellierung der Steiermärkischen Gemeindeordnung 1967, zu den Anträgen, Einl.-Zahlen 16/1, 23/1 und 1276/1.
Berichterstatler: Abg. Mag. Drexler.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 17.
Beschlussfassung.

-
17. Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform über den Antrag, Einl.-Zahl 16/1, der Abgeordneten Lechner-Sonnek und Mag. Zitz, betreffend Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre.
Berichterstatterin: Abg. Lechner-Sonnek.
Redner zu den Tagesordnungspunkten 13 bis 17: Abg. Mag. Drexler, Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa, Abg. Lechner-Sonnek, Abg. Dirnberger, Abg. Lafer, Abg. Rieser, Abg. Kröpfl.
Beschlussfassung.
 18. Bericht des Ausschusses für Kultur und Sport über den Antrag, Einl.-Zahl 1390/1, der Abgeordneten Mag. Zitz, Reinprecht, Margarethe Gruber, Lechner-Sonnek und Hagenauer, betreffend Basisfinanzierung für Freie Radios.
Berichterstatterin: Abg. Mag. Zitz.
Redner: Abg. Mag. Zitz, Abg. Dr. Rauch, Abg. Dr. Reinprecht.
Beschlussfassung.
 19. Bericht des Ausschusses für Soziales und Kindergärten über den Antrag, Einl.-Zahl 861/1, der Abgeordneten Dr. Bleckmann und Graf, betreffend Hauskrankenpflege für Kinder.
Berichterstatterin: Abg. Graf.
Redner: Abg. Graf, Abg. Hammerl, Abg. Gross.
Beschlussfassung.
 20. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Bericht des Landsrechnungshofes, Einl.-Zahl 1786/1, betreffend Querschnittsprüfung Bauvergaben Teil zwei Landeshochbau/Liegenschaftsverwaltung.
Berichterstatter: Abg. Hagenauer.
Redner: Abg. Ferstl.
Beschlussfassung.
 21. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 1713/1, der Abgeordneten Straßberger, Schrittwieser, Dr. Bachmaier-Geltewa und Kreisl, betreffend Parkhaus beim Bahnhof Bruck an der Mur.
Berichterstatter: Abg. Straßberger.
Beschlussfassung.
 22. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 1714/1, der Abgeordneten Dipl.-Ing. Wöhry, Rieser und Straßberger, betreffend Ausbau der B 114, Triebener Straße.
Berichterstatter: Abg. Dipl.-Ing. Wöhry.
Redner: Abg. Rieser, Abg. Margarethe Gruber, Abg. Dietrich, Abg. Dipl.-Ing. Wöhry, Abg. Dietrich.
Beschlussfassung.
 23. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1740/1, Beilage Nr. 196, Gesetz, mit dem das Landes-Hypothekenbank- Steiermark-Einbringungsgesetz geändert wird.
Berichterstatter: Abg. Straßberger.
Rednerin: Abg. Lechner-Sonnek.
Beschlussfassung.
 24. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 1715/1, der Abgeordneten Wicher, Tschernko, Gross, Breithuber, Margarethe Gruber und Hammerl, betreffend die steuerliche Absetzbarkeit von Spenden.
Berichterstatter: Abg. Tschernko.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 25.
Beschlussfassung.
 25. Bericht des Ausschusses für Soziales und Kindergärten über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 938/2, zum Beschluss Nr. 740 des Steiermärkischen Landtages vom 24. September 2002 über den Antrag der Abgeordneten Wicher, Tschernko und Hammerl, betreffend steuerliche Absetzbarkeit von Spenden.
Berichterstatterin: Abg. Wicher.
Rednerin zu den Tagesordnungspunkten 24 und 25: Abg. Wicher.
Beschlussfassung.
 26. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über den Antrag, Einl.-Zahl 1488/1, der Abgeordneten Dietrich und Graf, betreffend Abschaffung der Kapitalertragssteuer für Waldgemeinschaften.
Berichterstatterin: Abg. Dietrich.
Redner: Abg. Rieser.
Beschlussfassung.

27. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 1428/1, der Abgeordneten Dietrich und Wiedner, betreffend Senkung der Landes-Rundfunkabgabe.
Berichterstatter: Abg. Wiedner.
Redner: Abg. Wiedner.
Beschlussfassung (3724).
28. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 1391/1, der Abgeordneten Lechner-Sonnek, Gross, Bachmaier-Geltewa, Mag. Zitz und Hagenauer, betreffend Einkommensschere zwischen Frauen- und Männereinkommen.
Berichterstatter: Abg. Hagenauer.
Redner: Abg. Beutl, Abg. Margarethe Gruber, Abg. Lechner-Sonnek, Landesrätin Mag. Edlinger-Ploder.
Beschlussfassung.
29. Wahlen in die Landtags-Ausschüsse.

Beginn der Sitzung: 10.04 Uhr.

Präsident Purr: Hohes Haus!

Heute findet die 55. Sitzung des Steiermärkischen Landtages in der XIV. Gesetzgebungsperiode statt.

Ich begrüße alle Erschienenen, im Besonderen die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung mit Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic an der Spitze sowie die Damen und Herren des Bundesrates.

Entschuldigt ist die Landtagsabgeordnete Michaela Halper.

Die Tagesordnung ist Ihnen mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Besteht gegen die Tagesordnung ein Einwand?

Das ist nicht der Fall.

Ich begrüße die Seniorinnen und Senioren der Gemeinde Perchau am Sattel unter der Leitung von Herrn Altbürgermeister Josef Baltl. (Allgemeiner Beifall.)

Ich begrüße die Seniorinnen und Senioren der Gemeinde Semriach bei Graz unter der Leitung von Herrn Obmann Johann Steffan. (Allgemeiner Beifall.)

Ich begrüße die Schülerinnen der 6c-Klasse des Oberstufenrealgymnasiums der Ursulinen in Graz unter der Leitung von Frau Prof. Middel-Bosch und Frau Mag. Steier. (Allgemeiner Beifall.)

Vom Landtagsklub der ÖVP wurde ein Antrag auf Abhaltung einer Aktuellen Stunde zum Thema „Die Erweiterung der Europäischen Union – Chancen für die Steiermark“ eingebracht.

Gemäß Paragraph 71 GeoLT wird die heutige Landtagssitzung mit dieser Aktuellen Stunde eingeleitet.

Zur Begründung erteile ich dem Erstunterzeichner Herrn Landtagsabgeordneten Franz Majcen das Wort.

Die Redezeit beträgt zehn Minuten.

Abg. Majcen (10.06 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, meine Damen und Herren Landesräte, geschätzte Gäste!

In weniger als 86 Stunden rückt Österreich und damit die Steiermark vom Rand der EU ins Herz Europas zurück. Ein ganz besonderer Tag, dieser 1. Mai, dessen Tragweite von vielen wahrscheinlich noch nicht ganz richtig eingeschätzt werden kann. Es ist damit ein Traum unserer Väter und Mütter, viel rascher, als sich das viele vorstellen konnten, Wirklichkeit geworden. Vor allem ist ein großes Friedensprojekt gelungen.

Wir sind seit zehn Jahren Mitglied in der EU. Wir sind in allen Gremien und Institutionen der Europäischen Union vertreten. Es gibt keine einzige Entscheidung dieser EU, an der Österreich nicht beteiligt ist. Mehr als 70 Prozent aller rechtlichen Entscheidungen werden in den Institutionen der EU getroffen und damit ist Europapolitik schon lange auch Innenpolitik und Innenpolitik damit auch Teil unserer Steiermarkpolitik und umgekehrt.

Mit dieser Erweiterung werden wir in einer Union von 450 Millionen Bürgerinnen und Bürgern leben und die Chancen, aber auch die Herausforderungen werden zunehmen. Die Entscheidungen werden noch komplexer werden. Oft ist es gesagt worden, Europa kann nur dann funktionieren, nämlich wirklich funktionieren, wenn die EU nicht nur die Köpfe, sondern auch das Herz der Bürger erreicht und sich in diesem Herz fest verankert. Das wird sicher noch Zeit brauchen. Wir müssen vor allem dann aber auch aufhören, die EU für alles das verantwortlich zu machen, was nicht so ist, wie wir es haben möchten und haben wollten. Wir müssen alle mithelfen, eine transparente und bürgernahe Europäische Union zu vermitteln. Wir müssen dafür sorgen, dass es qualitätsvolle und ehrliche Information für die Bürger gibt.

Unser Land – die Steiermark – hat schon viel getan. Landesregierung, Sozialpartner, Parteien, viele andere Institutionen haben viele Veranstaltungen, Diskussionen abgehalten zur Information, aber auch viele Aktionen durchgeführt. Zahlreiche EU-Programme und -Aktionen können direkt von den Bürgern in An-

spruch genommen werden. Firmen, Vereine, Initiativen können Fördergelder aus vielen Töpfen der Europäischen Union erhalten. Und für all dies gilt es wieder zu sagen, Information ist das Wichtigste. Nur wer gut informiert ist, wird eine ausgewogene Sichtweise dieser EU haben.

Die Erweiterung ist eine historische Chance, ganz besonders auch für uns Österreicher und insbesondere auch für die Steiermark. Die zehn neuen Mitgliedsländer, Mitgliedsstaaten bieten einen hoch interessanten Wirtschaftsraum für das Export-Know-how unserer Unternehmen. Durch die geografische Nähe profitiert Österreich, wie viele Studien belegen, internationale Studien, nicht bestellte, nicht irgendwo prädestinierte Studien, die Steiermark, Österreich profitieren von dieser Erweiterung am meisten.

Wir haben traditionell gute Kontakte zu unseren Nachbarn, zu den Regionen in den neuen Mitgliedsstaaten. Die Initiative „Alte Nachbarn, neue Partner“, also die Zukunftsregion, hat schon bisher geholfen Schranken abzubauen und neue Möglichkeiten einzuleiten. Die Steiermark ist vorausschauend einen Weg gegangen, der sich jetzt als sehr zukunftsfruchtig und durchdacht herausstellt. Wir haben mit Slowenien einen Partner, einen unmittelbaren Nachbarn, der über kurz oder lang – so unwahrscheinlich das klingen mag – Nettozahler sein wird, schneller als manche, die schon lange in der EU sind.

Wir müssen nachdenken über Kroatien. Auch Kroatien gehört zu unserem ursprünglichen Raum. Und es ist gut, dass zum Beispiel der Landesrat Paierl eingeleitet hat dieses RIST-Programm entwickelt und vorangetrieben hat, mit dem wir in Kroatien und in Polen viele Kontakte – nicht im ganzen Land, aber in einzelnen Regionen – aufbauen konnten.

Es gibt heute noch eine Regierungsvorlage zum Weiterbestehen dieser Union und unserer Rolle im Zusammenhang mit den Strukturenprogrammen, mit der Kohäsion und so weiter. Und es ist prinzipiell richtig, dass die Mittel auf die neuen Mitgliedsstaaten konzentriert werden. Aber es ist auch richtig und es ist notwendig, dass wir in unseren Ländern, in unserem Bundesland vor allem versuchen, abgedeckt dort hineinzugehen und nicht rasch abgeschnitten werden. Es ist gut, dass ein Schwerpunkt auf grenzüberschreitende Förderung gelegt wird, das ist eine wichtige Chance für die Steiermark. Das Programm INTERREG wird in der nächsten Förderperiode ein ganz wichtiges Förderprogramm für uns sein. Und die Gründung der EUREGIO, die erst vor wenigen Wochen über Initiative des Obmannes Landtagspräsident Purr erfolgt ist, ist sehr zu begrüßen, weil sie uns hilft, Zugänge zu diesem Programm zu finden.

In dem Zusammenhang möchte ich auch sagen, dass in der vorigen Woche ein Preis, der erstmals vergeben wurde, im Ausschuss der Regionen, ein europaweiter Preis, von der Steiermark erlangt werden konnte in Bezug auf Nachhaltigkeit und Innovation. Wir haben den ersten Platz erreicht. Es hat 72 Einreichungen gegeben. Und die Steiermark hat, wie gesagt, den ersten Platz bekommen. Die Überreichung hat in Brüssel stattgefunden. Wir können stolz sein, weil es uns beweist, dass die Steiermark nicht nur versucht, sich da oder dort an Fördertöpfen zu beteiligen, sondern auch etwas einbringt in diese Europäische Union (Beifall bei der ÖVP.), weil wir Gott sei Dank den Weg verlassen haben zu sagen, uns geht es schlecht, wir müssen jammern, weil wir den Weg gewählt haben, uns aktiv in dieses Gesamtgeschehen einzubringen und mitzudenken, um zu zeigen, welche Ressourcen diese Steiermark nicht nur auf wirtschaftlicher, sondern vor allem auch auf geistig-innovativer Ebene hat. Wir können stolz – alle miteinander – sein und ich hoffe, dass dieser Weg sich fortsetzen lässt.

Manche bedauern, dass in den nächsten Jahren viel Geld in die neuen Mitgliedsstaaten fließen wird. Manche reden davon, dass wir unsere Beitragszahlungen stark zurücknehmen sollen. Ich glaube, das wäre falsch. Wir müssen dasselbe tun, was man vorher mit uns getan hat. Wir müssen den Nachbarn helfen, möglichst rasch an unser Wirtschaftsniveau, an unser Beschäftigungsniveau, an unsere Sozialstandards, an unsere Umweltstandards heranzukommen, denn das ist der wichtigste Beitrag für die Stabilität in dieser neuen großen Europäischen Union.

Meine Damen und Herren, wir müssen unsere Bemühungen, möglichst gemeinsam den Herausforderungen zu begegnen, noch einmal verstärken. Gemeinsam mit der Landesregierung und dem zuständigen neuen Regierungsmitglied DDr. Schöpfer, mit allen, die mit EU-Angelegenheiten zu tun haben, sollen wir wieder in eine neue intensive Phase der Diskussion eintreten, um alle Chancen zu nützen. Wir werden die begonnene Reihe der informellen Beratungen des EU-Ausschusses – und ich bin stolz, dass wir diesen gemeinsamen Weg bisher so gegangen sind – rasch fortsetzen. Wir werden viele Experten, auch des Landes und darüber hinaus, einladen, ihre Erfahrungen und Einschätzungen einzubringen, um gemeinsam weitere Vorschläge zu entwickeln. Ich glaube, auf dem Sektor, der ein so wichtiger ist – es ist eigentlich gar kein Sektor, ist eine Gesamtmaterie –, können wir viel erreichen.

Ich bedanke mich in diesem Zusammenhang noch einmal bei der Landesregierung und auch beim Steiermärkischen Landtag für das bisher geleistete Arbeitspensum, das ja nicht gering ist – es wird von kaum jemandem wahrgenommen, erfordert aber viel Bemühung mit der Materie und intensive Auseinandersetzung.

Ich glaube, wir können mit Zuversicht in diese neue Periode der europäischen Entwicklung hineingehen. Und ich bitte alle, diesen Weg mitzugehen. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 10.17 Uhr.)

Präsident: Ich erteile nunmehr dem als zuständig erklärten Mitglied Herrn Landesrat Dr. Schöpfer das Wort zur Abgabe einer Stellungnahme.

Landesrat DDr. Schöpfer (10.17 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Landeshauptmann, sehr geehrte Regierungskollegen, meine sehr verehrten Abgeordneten, meine Damen und Herren!

Am kommenden Samstag ist es soweit. Am 1. Mai werden aus alten Nachbarn nun endlich neue Partner. Und wir alle wissen, dass natürlich historische Übergänge etwas fließender sind, als es nachträglich die Historiker uns einreden wollen. Wer glaubt, dass Silvester 1499 auf 1500 tatsächlich die Neuzeit begonnen hat? Und genauso, glaube ich, ist es mit diesem 1. Mai. Das ist ein historisches Datum, aber die Vorbereitungen, auf unsere Nachbarn zuzugehen, haben schon längst begonnen und es gibt viele steirische Firmen, die sehr gut in unseren Nachbarländern positioniert sind. Die EU-Erweiterung bringt viele neue Chancen für die Steiermark. Es geht nun darum, entschlossen zu sein, diese Chancen tatsächlich zu ergreifen. Es gibt gerade durch das Zusammengehen mit unseren Nachbarn im Süden oder im Osten sehr viele Möglichkeiten zu kooperieren, um gemeinsam auf den globalisierten Märkten leistungsfähiger zu sein. Ich glaube, dass gerade die Steiermark eine Chance hat, nun zu einer neuen und wichtigen Drehscheibe in dieser Region zu werden. Es ist klar, dass die vielen positiven Effekte, die mit dieser Öffnung verbunden sind, sich nicht über Nacht und auf der Stelle entfalten werden. Und es ist auch klar, dass wir besonders den steirischen Grenzregionen großes Augenmerk schenken müssen und ihnen helfen müssen, Umstellungsprobleme zu meistern. Wir werden viele Anstrengungen setzen müssen, um den Wirtschaftsstandort Steiermark weiter zu sichern, neue Unternehmungen anzuziehen und die Abwanderung bereits bestehender Unternehmungen zu verhindern. Die Nähe der Steiermark zu Slowenien und Ungarn und die künftige Ausweisung dieser Länder – künftig als Ziel-1-Fördergebiete – sollte, glaube ich, nicht als Bedrohung empfunden werden. Vielmehr werden diese Förderungen dem gesamten Wirtschaftsraum in Zukunft noch mehr Dynamik verleihen. Und eine Konsequenz daraus sind natürlich neue Exportchancen, die sich den steirischen Unternehmungen bieten werden. Die zu erwartenden hohen Förderintensitäten für staatliche Beihilfen könnten sich angesichts der Kofinanzierungsnotwendigkeiten und der Budgetzwänge in unseren Nachbarstaaten ohnedies relativieren. Es wird darum gehen, die Steiermark weiterhin in eine ideale Ausgangsposition zu bringen, das heißt, dass wir auch in Zukunft mit voller Kraft uns dafür einsetzen müssen, Förderungen aus den EU-Mitteln für die Steiermark zu erhalten. Und so wird sich der Landtag heute im Tagesordnungspunkt 8 mit der Regierungsvorlage für die Weiterentwicklung der Regionalpolitik nach dem Jahr 2006 und einer Strategie für die Sicherung europäischer Fördermittel auseinander setzen. In diesem Zusammenhang möchte ich alle im Landtag vertretenen politischen Parteien sehr herzlich einladen, die gemeinsame Position des Landes Steiermark zu unterstreichen und im Interesse der Steiermark auf österreichischer, aber auch auf gesamteuropäischer Ebene zu unterstützen.

Im Zuge der Erweiterung rückt die Steiermark wieder in die Mitte Europas. Die Steiermark tritt durch die Erweiterung nicht nur aus ihrer geo- und wirtschaftspolitischen Randlage heraus, zugleich erschließt sich ein neuer wachstumsorientierter Markt mit rund 17 Millionen Menschen. Die wirtschaftliche Entwicklung der Steiermark ist bereits heute europaweit vorbildlich. In einem Bericht des deutschen Zukunftsinstitutes wird die Steiermark als einer der so genannten Hot Spots für Europas Investoren und Entwickler bewertet. In diesem Bericht heißt es auch, die Steiermark ist ein moderner Standort, der Lebensqualität und Wellness mit Industrie und Technologie verknüpft. Gerade gestern hat Zukunftsforscher Horx darauf hingewiesen, wie wichtig es ist, neben der Hochtechnologie auch so etwas wie eine gute Gastronomie zu haben, die wesentlich zur Lebensqualität, aber auch zur Frage von Ansiedelungen von Leitbetrieben gehört. In diesem Bericht wird auf Grund der neuen geopolitischen Situation die Steiermark als eine der zentralen Regionen Europas betrachtet. Ich glaube, wir haben Grund eigentlich stolz zu sein auf die steirische Wirtschaft, es ist vieles geschafft worden. Die Wirtschaftsstruktur etwa hat sich von einem Land, das überwiegend in der Grundstoffindustrie tätig war, zu einem Hightechland herausgemauert. Denken Sie an Automobilcluster und an das, was sich in diesem Umfeld, in dieser Verquickung von Forschung und Wirtschaft getan hat. Aber die Steiermark ist auch ein Land der intelligenten Dienstleistungen. Es geht nicht um Hochtechnologie. Sie wissen wahrscheinlich, dass unsere Banken, dass unsere Versicherungen und zahlreiche weitere Dienstleister bereits in diesen neu dazukommenden Staaten bestens verankert sind. Und wenn man sich umschaute, dann wird man schon stolz darauf, dass es weltagierende Handelshäuser gibt, deren Headquarter, wie es so schön heißt, sich in Fürstentum befinden. Es ist wenigen Steirern gar nicht so bewusst, dass die Schäden, die UNPROFOR-Truppen in Bosnien-Herzegowina verursachen, dass diese Schäden von Graz aus reguliert werden. Und bei meinem ersten Besuch in Klein- und Mittelbetrieben, aber auch in Großkonzernen habe ich feststellen können, wie sehr für uns diese neuen Nachbarn wichtig sind, weil sie quasi zu den Zielländern unserer Exporte gehören. Wesentlich ist, dass auch in Zukunft Wissen und Know-how die wichtigsten Produktionsfaktoren sind. Das heißt, wir werden unserem Bildungssystem – und da ist es ja schön, dass zu den Universitäten auch die Fachhochschulen in den letzten Jahren dazugekommen sind – besonderes Augenmerk schenken. Wir werden auch den Übergang zu einer Wissensgesellschaft noch mehr beschleunigen.

Aufgabe einer regionalen Außenpolitik ist es Brücken zu bauen, Kontakte herzustellen. Wie erwähnt, wird vor unserer Haustüre in allernächster Nähe eine Zielgruppe von 17 Millionen Menschen sein und manche Steirer sind sich gar nicht dessen bewusst, dass Zagreb und Ljubljana zu uns sogar näher liegen, zumindest was die Entfernung betrifft, als Wien. Nun, es gibt viele weitere Länder, die ja noch nicht sozusagen zu den Beitrittswerbenden gehören, wie etwa Kroatien, aber auch Länder am Balkan, wo wir bereits gut verankert sind, wo gerade die steirische Wirtschaft dabei ist, eine gute Pionierarbeit zu leisten.

Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic hat bereits sehr, sehr wichtige überregionale Kontakte geknüpft. Sie ist in alle Länder der EU-Zukunftsregion vorausschauend gefahren, hat hier bereits mit den Verantwortungsträgern aus Wirtschaft und Politik Basisarbeit geleistet. Es geht nun darum, diesen Weg fortzu-

setzen. Es gibt natürlich auch durch die Integration neue Herausforderungen und wir können sagen, dass die Steiermark in dieser Kooperation mit den Nachbarländern immer schon eine Vorreiterrolle ausgeübt hat. Denken wir an Alpen-Adria, ein Modell, das international beachtet wurde und das war, glaube ich, das, was etwas Besonderes war, dass wir unter diesen Nachbarn trotz unterschiedlicher politischer Systeme immer einen guten Kontakt gehabt haben und ich glaube, das lohnt sich auch in der Gegenwart, weil aus diesen Nachbarn tatsächlich auch Freunde werden können.

Nun, es gab viele Versuche, diese Kooperation herbeizuführen und in Zukunft darf ich sagen, werden diese Versuche natürlich beschleunigt werden und auf unsere Initiative hin werden alle Mitgliedsregionen gemeinsam in wenigen Wochen sich hier in Graz treffen zu einem gemeinsamen Vorstoß zu einer weiteren Zusammenarbeit. Und es wird uns dabei auch der frühere Präsident der EU-Kommission Jacques Santer zur Seite stehen. Lange Zeit gab es beim Stichwort EU-Erweiterung Kräfte, die einer Erweiterung skeptisch bis negativ gegenübergestanden sind, aber immer mehr setzt sich der Eindruck durch, dass die Chancen, die mit diesem neuen Raum verbunden sind, überwiegen.

Die Steiermark hat die intensivsten Vorbereitungen aller Bundesländer für die Erweiterung getroffen. Im Zuge des EU-Erweiterungsdialoges Steiermark, der gemeinsam mit der Europäischen Kommission durchgeführt wurde, sind 17 Monate lang Dialogveranstaltungen in allen steirischen Bezirken unter Einbindung der Kommunikatoren und Medien gemacht worden. In Schulen, Vereinen und besonders in Gemeinden sind alle Aspekte der Erweiterung diskutiert worden. Das Wichtigste ist, bei dieser Informationsarbeit, bei diesem europäischen Diskussionsprozess haben alle mitgewirkt, alle Kammern, ob Wirtschaftskammer, Arbeiterkammer, Landwirtschaftskammer, die Verantwortlichen für den Arbeitsmarkt, alle haben sich in den Dienst dieser Sache gestellt und es gibt auch heute in der Wirtschaftskammer einen interessanten Dialog, wo sich 400 Firmenvertreter aus den Beitrittsländern in Graz zu Kontaktgesprächen finden.

Und lassen Sie mich die Gelegenheit nutzen, allen steirischen Partnern im EU-Erweiterungsdialog Steiermark und auch den steirischen Medien einen herzlichen Dank für diese Unterstützung auszusprechen. (Beifall bei der ÖVP.)

Ein kurzer Hinweis noch auf die konkreten Projekte, die in der letzten Zeit realisiert worden sind, um die steirischen Unternehmungen mit unseren neuen Nachbarn und Partnern in der Gemeinschaft zu verbinden.

Als Nächstes darf ich erwähnen die Technologieachse Graz–Maribor mit den verbundenen Impuls- und Gründerzentren. Diese Achse ist durchaus ausweitbar in Richtung Zagreb. Wir werden hier sicherlich einen Schritt weitergehen.

Eine weitere Schiene bildet das Programm RIST – die regionale Internationalisierung der Steiermark. Dabei handelt es sich um eine Offensive, die auf den Wirtschaftsraum Kroatien, Serbien und Polen zugeschnitten ist und wo unternehmerische Netzwerke, die die steirischen Stärkefelder ausnutzen, entwickelt werden.

Und zum Schluss noch: Es gibt ein Aktionsprogramm Markterschließungsgarantie, wo wir vor allem auch den Klein- und Mittelbetrieben helfen wollen, auf diesen neuen Märkten sich entsprechend zu positionieren.

In der Steiermark gibt es derzeit etwa 2050 exportierende steirische Unternehmungen. Die Exportquote liegt bei rund 60 Prozent, der damit verbundene Exportwert bei geschätzten 14 Milliarden Euro. Somit haben wir am gesamtösterreichischen Export einen Anteil von 18 Prozent. Wir wollen uns damit – obwohl das hervorragende Daten sind – nicht zufrieden geben. In den nächsten Jahren soll mit Hilfe der angeführten Initiativen die Zahl der exportierenden steirischen Unternehmungen auf 4000 erhöht werden und der Anteil am gesamtösterreichischen Export auf 25 Prozent gesteigert werden.

Ich glaube, wir haben versucht, von der Politik her, die besten Voraussetzungen zu schaffen, um aus der EU-Erweiterung das Beste zu machen. Ich rufe Sie auf, sind wir optimistisch, nützen wir die gebotenen Chancen. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 10.29 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Lafer. Die Redezeit beträgt fünf Minuten. Herr Abgeordneter, bitte.

Abg. Lafer (10.29 Uhr): Ich nahm an, die SPÖ kommt an die Reihe. (Präsident: „Ich habe keine Wortmeldung, es tut mir Leid, die SPÖ hat sich nicht gemeldet. Also bitte, jetzt ist die Wortmeldung gekommen. Lafer ist am Wort, bitte!“)

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Landeshauptmann, werte Mitglieder der Landesregierung, sehr geehrte Damen und Herren des Hohen Landtages, geschätzte Damen und Herren des Zuhörerraumes!

Was wir soeben hier vernommen haben, ist eine Geschichte. Die heutige Aktuelle Stunde wird dafür hergenommen, um hier eine Jubelstimmung zu erzeugen, wo gerade wir in Österreich und vor allem wir als Steirerinnen und Steirer uns dahin gehend erklären, was wir Gutes und Positives am damaligen EU-Beitritt Österreichs sehen – 1994, ein denkwürdiges Jahr, wo sich in Österreich ein hohes Forum dafür ausgesprochen hat, dass wir dieser EU beitreten – bei einer Retrospektive darauf, was sich in den letzten zehn Jahren getan hat.

Ich war selbst bei einigen Projekten dabei, sogar vorige Woche in Brüssel, als ein Personenkomitee für eine innovative Idee gewürdigt und geehrt wurde und sogar den ersten Platz erreicht hat, was besonders hervorzuheben und zu loben ist.

Aber ich will heute und hier nicht dafür stehen, mich den anderen hier anzuschließen und nur zu sagen, alles, was EU ist, ist nur gut.

Meine Damen und Herren, wir haben mit dem 1. Mai den Beitritt von weiteren zehn Staaten wahrzunehmen, zu akzeptieren, so wie es auch beschlossen worden ist. Aber denken wir zurück, was haben die letzten zehn Jahre uns gebracht?

Es wird für den 13. Juni, wo die Europawahlen wieder stattfinden, besonders schwer werden, die Österreicherinnen und Österreicher an die Wahlurne zu locken, denn es sind sehr viele Dinge, mit denen man nicht einverstanden ist. Man ist nicht enttäuscht von Europa, man ist enttäuscht von der EU. Man ist enttäuscht, weil sich gewisse Dinge so entwickelt haben, dass sie nicht positiv zu bewerten sind.

Und auch wenn man hier heute sagt, der 1. Mai wird ein Jubeltag sein, mit fliegenden Luftballons, so muss man das auch sehr, sehr skeptisch betrachten.

Meine Damen und Herren, der Umstieg vom Schilling auf den Euro, wie hat sich das vorwiegend auf die Bevölkerung in Österreich und auf die Steirerinnen und Steirer ausgewirkt? 10 Euro sind nicht mehr wert als damals 100 Schilling. Und sogar die 1000 Schilling sind nicht mehr wert als 100 Euro. Hier ist es berechtigt, mit jener Kritik anzutreten, wo man sagt, dass der Euro zum Teuro geworden ist. Das ist absolut das, was hier als negativ anzusehen ist, wobei man hier schon noch darauf hinweisen muss, dass der damals versprochene Tausender bis heute für alle Österreicherinnen und Österreicher nicht eingetroffen ist. Das sind die negativen Dinge, die wir hier auch ansprechen müssen.

Meine Damen und Herren, gerade der Beitritt jener Staaten wirkt sich auch auf die Landwirtschaft aus. Was haben wir hier zu erwarten? Es werden Billigprodukte nach Österreich kommen, die den Standort und vor allem unsere Landwirtschaft vor riesige und schwierige Situationen bringen werden, weil sie mit ihren Spitzenprodukten, die sie jetzt heute für uns erzeugen, nicht mehr konkurrenzfähig sein werden. Eine Gefahr, die man bis heute noch nicht in den Griff bekommen hat. Oder aber auch, wie der Herr Wirtschaftslandesrat angesprochen hat, die Klein- und Mittelbetriebe. Hier muss man besonders erwähnen, dass Österreich und vor allem Bundesminister Haupt der erste Vorreiter war, der die siebenjährige Frist in Bezug auf die Beschäftigung eingeführt hat, dem sich danach, Gott sei Dank, auch Europa angeschlossen hat. Aber es werden Billigarbeitskräfte bei uns auf den Markt strömen und alle, die hier beschäftigt sind, werden damit leben müssen, dass es eine Gefahr gibt für ihre Jobs und dass sie diesen auch verlieren können.

Meine Damen und Herren, all jene Probleme, die nicht zu diesen Jubelmeldungen gehören, sondern auch sehr kritisch betrachtet werden müssen, müssen diskutiert werden, weil wir auch Sorge haben, dass der 1. Mai für uns nicht nur ein Jubeltag wird, sondern auch ein Tag, wo man sehr kritisch hinterfragen muss, was dieser Beitritt zur EU tatsächlich gebracht hat.

Meine Damen und Herren, abgesehen von diesen Dingen haben wir eine absolute Kriminalität, die explodiert ist, eine illegale Einwanderung, die zugenommen hat. Und mit all jenen Dingen haben wir uns bis dato im entsprechenden Ausmaß nicht auseinander gesetzt. Wir reden davon, dass wir die Sicherheit erhöhen müssen. Wir reden davon, dass wir den Sicherheitsstandard in Österreich stärken müssen. Nur, bis dato ist nichts passiert. Wenn diese Grenzen wegfallen, meine Damen und Herren, wird es umso schwieriger für uns, unsere Sicherheit hier zu gewährleisten, unseren Österreicherinnen und Österreichern, aber vor allem den Steirerinnen und Steirern zu erklären, dass wir ein gutes Land sind, dass wir ein sicheres Land sind und dass wir mit dieser EU einverstanden sind.

Meine Damen und Herren, ich gebe Ihnen zu bedenken, auch bei noch so positiven Wortmeldungen, dass man jene kritischen Ansatzpunkte, wie ich sie hier nur zum Teil anführen konnte, bedenken muss und dass wir uns auch jenen Problemen entgegenstellen müssen, damit wir zumindest versuchen müssen, die Garantie abzugeben, in einer sicheren Steiermark zu leben. Danke! (Beifall bei der FPÖ. – 10.35 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Grabner.

Abg. Dipl.-Ing. Grabner (10.35 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren der Landesregierung und des Hohen Hauses!

Ich habe gerne dem Herrn Landesrat applaudiert zu seinem Aufruf der Gemeinsamkeit in diesem Lande in Fragen einer gemeinsamen Europapolitik, die wir brauchen, dringender als je und dringender, als wir sie bisher noch exekutieren konnten.

Warum sage ich dringender als es bisher schon war? Wir haben die Erfahrungen gemacht, wie notwendig es gewesen wäre, mit einer Zunge zu sprechen, als es darum ging, zum Beispiel die transeuropäischen Netze durch die Steiermark zu lenken und nicht im Süden der Steiermark vorbeiführen zu lassen. Dort hat man uns immer wieder gesagt, ja, wenn ihr euch gemeinsam einmal einigen würdet und nicht der Landeshauptmann von Niederösterreich etwas anderes sagt als die Landeshauptfrau von der Steiermark und die Bundesregierung gar nichts sagt, dann würden wir diese eure Anliegen gerne unterstützen.

Das war leider nicht der Fall. Also die Gemeinsamkeit haben wir vermisst, wir brauchen sie umso mehr, ab sofort, deutlich in diesem unserem Lande bei all unseren Bemühungen. Dasselbe gilt für die Frage Semmeringbasistunnel. Wir alle wissen, meine Damen und Herren, wenn in Brüssel nicht einmal der Antrag von Österreich gelandet ist, dass dieses wichtige, für die Steiermark so wichtige Wirtschaftsprojekt in die transeuropäischen Netze aufgenommen wird, dann war es für den zuständigen Karel van Miert ein Leichtes

zu sagen, ja tut mir Leid, liebe Freunde, ihr kommt da zwar intervenieren, aber ihr sprecht nicht mit einer Zunge. Da gibt es auch wieder wen in Österreich, der sagt, das brauchen wir nicht und das braucht ihr nicht. Also der Notwendigkeit zu Gemeinsamkeiten gibt es genug und genug Belege dafür, dass die leider nicht immer so erfolgreich waren.

Natürlich hat es auch seine Bedeutung, dass wir die Kontakte mit den slowenischen Freunden aufrecht erhalten, nicht nur aufrechterhalten, sondern permanent verbessern. Wir haben ja erst unlängst Gelegenheit gehabt, in diese Kerbe zu schlagen, umso mehr als wir wissen, dass die Slowenen es waren, die unsere Interessen durchaus nicht mitgetragen haben, sondern aus berechtigtem regionalem Interesse, aus ihrer Sicht, unsere Interessenslage kontakariert haben. Auch das wäre Gelegenheit gewesen, vorher in einem entsprechenden Maße anzusprechen, um hier vielleicht eine Gemeinsamkeit zu erwirken, die sich dann positiv für uns ausgewirkt hätte.

Und zur Frage, wie halten wir es denn überhaupt mit unseren selbst gemachten Hausaufgaben? Ich war sehr froh zu hören, dass wir auf diesem Sektor durchaus noch verbesserungswürdig sind und verbesserungsfähig hoffe ich auch. Natürlich ist es bemerkenswert, wenn wir noch feststellen mussten, dass von den 59 Millionen EFRE-Mitteln, die für die Steiermark vorgesehen sind, erst 22 Millionen abgeholt waren. Das heißt, wir haben hier natürlich die Effizienz der Ausnützung der Möglichkeiten zu verbessern und zu steigern. Ja klarerweise, das heißt aber auch, wir haben Hürden aus dem Weg zu räumen, wir haben bürokratischen Abbau zu betreiben, um es denen, den hellen Köpfen, die so oft angesprochen wurden, vom bisher Zuständigen in unserem Lande zu erleichtern, den Zugang zu den Förderungsmöglichkeiten zu finden. Wir haben natürlich über die Förderungsmöglichkeiten nach 2006 grundsätzlich nachzudenken, weil wir ja davon ausgehen müssen, dass sich das komplett verändern wird. Wir wissen ja mittlerweile auch schon, wie und in welche Richtung es geht und wir haben unsere Anstalten zutreffen. Wir haben seinerzeit die Förderungsinstrumentarien in den Regionen ausgebildet, indem wir unsere EU-Regionalmanagementstellen eingerichtet haben.

Und zur Frage, wie halten wir es ehrlich gesagt mit dem Machen unserer Hausaufgaben, hat es mich schon erschüttert, als wir bei der Budgeterstellung für das laufende Jahr erkennen mussten, dass der zuständige Landesrat in seinem entsprechenden Budgetansatz 7812 null Euro drinnen hatte, also keinerlei Förderung für die EU- Regionalmanagements auch schon im heurigen Jahr, wiewohl sie sowohl heuer als auch das nächste Jahr ja selbstverständlich noch wichtige Instrumente der Umsetzung der regionalen Förderungsmöglichkeiten sind. Als ich ihn darauf hin angesprochen hatte von hier aus hat es geheißen, naja, das habe ich an anderer Stelle des Budgets disponiert, so dass es für die Budgetdisposition so leichter war.

Ich wünsche dem neuen Landesrat, dass er das Versteck dieses Geldes findet, dass er vielleicht doch noch jene Mittel aufbringt, auf die wir in den regionalen Instrumentarien, nämlich in den EU-Regionalmanagements so dringend warten, in den meisten Fällen ein bis eineinhalb Jahre. Von unserer Seite ist die Bereitschaft zur Kooperation jedenfalls gegeben. Ich würde mir wünschen, dass die Steiermark in Zukunft ihre Hausaufgaben besser macht und wir werden das Unsere sicher dazu beitragen. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 10.40 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Hagenauer. Herr Abgeordneter, bitte.

Abg. Hagenauer (10.41 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Kleine Bemerkung vorweg, die Grünen haben immer ein Problem, wenn man ein parlamentarisches Instrument dazu verwendet, um als Regierungsfraktion den eigenen Regierern einen Auftritt zu verschaffen. An sich ist es Aufgabe des Landtages die Regierung zu kontrollieren. Ich darf also untertänigst anregen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen von der ÖVP, dieses Instrument zu einer Frage an ein Regierungsmitglied wenigstens von einer anderen Fraktion zu benutzen. (Beifall bei den Grünen.)

In der Sache ganz allgemein, weil auch heute wieder das Schlagwort von der EU-Zukunftsregion gefallen ist. Aus der Sicht der Grünen handelt es sich hier um sehr viel Verpackung, sehr viel Hülse und doch zu wenig Inhalt. Was ist denn, wie schaut denn diese EU-Zukunftsregion jetzt in der Praxis aus? Es wird Sie nicht überraschen, dass ich das Beispiel, das Kapitel Verkehr hier einmal als Erstes heranziehe. Wie der Kollege Grabner vorhin schon angezogen hat, wir haben leider zur Kenntnis nehmen müssen, dass genau in einer ganz wichtigen Schlüsselfrage, nämlich den Ausbau der Bahn von Maribor nach Graz, Slowenien und auch Ungarn, aber leider auch Slowenien sich ausdrücklich quergelegt hat in den vergangenen Tagen. Die Abstimmung war jetzt am Donnerstag letzte Woche in Brüssel. Das ist ein Misserfolg! Da ist nichts von Zukunftsregion unter alten Nachbarn, neuen Freunden. Das ist ein Flop! Da sind wir gescheitert. Das muss man zur Kenntnis nehmen, leider! Es ist zu wenig, immer nur über die Grenze zu fahren, so sehr ich das begrüße und das natürlich notwendig ist und benachbarte Komitate und Regierungen zu besuchen. Da muss schon etwas rauskommen dabei. Hier sind wir in einer wichtigen Frage leider gescheitert. Slowenien hat ausdrücklich gesagt, ich sage das auch heute an diesem Tag, nachdem gestern in Sachen Semmeringtunnel wieder einmal ein Verwaltungsgerichtshoferkennntnis ergangen ist und die Frau Landeshauptfrau ja sagt, der Semmering sei eine Rechtsfrage. Slowenien hat gesagt, wir wollen die ungarische Flachbahn. Wir wollen diese Eisenbahn außen herum, an der Steiermark herum und Ende. Und wenn die fertig ist, dann können wir auch über Maribor–Graz reden. Es ist die paradoxe Situation, dass wir jetzt von Graz Richtung Spielfeld bauen und die Slowenen sagen, jetzt nicht, später einmal. Ich stelle das nur fest an dieser Stelle.

Nächster Punkt von wegen Hausaufgaben. In den letzten Monaten, schon Jahren mittlerweile, wurden die Mittel für das Slawistik-Institut an der Grazer Uni brutal niedergekürzt. Ist das ein Zeichen für die EU-Erweiterung? Wie passt so etwas zusammen? Da ist wieder nur die Worthülse übrig geblieben.

Zum Abschluss noch eine Anmerkung, weil es aufgefallen ist vom Herrn Landesrat zum Kapitel Headquarter, die Steiermark als Hot Spot für Investoren. Vielleicht können sich einige von Ihnen erinnern, dass Herr Landesrat Paiarl eine Headquarter-Studie beauftragt hatte, die Ende Dezember vergangenen Jahres fertig sein sollte und im Jänner schon ein Pressetermin war, den er dann am Tag vorher noch kurzfristig abgesagt hat. Diese Studie ist heute noch in der Versenkung. Sie ahnen, warum. Da ist nämlich drinnen gestanden, dass vieles in der Steiermark an Standortfaktoren derart schlecht aussieht und kritisch aussieht, dass es der Herr Landesrat vorgezogen hat, das lieber nicht an die Öffentlichkeit zu bringen.

Und zum Abschluss, weil meine Redezeit abläuft. Herr Landesrat hat auch gesagt, dass die Gastronomie ein wichtiger Standortfaktor ist. Ich teile diese seine Einschätzung. Sie lesen in diesen Tagen auch, dass es die heimische Agrarpolitik in Graz und in Wien vermutlich schaffen wird, die Existenzgrundlage der heimischen Kernölbauern zu zerstören. Das Kernöl, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ist in der Tat etwas, was man also zwischen Hamburg und Kapstadt als Steirer, wenn man sich deklariert, immer als Erstes vorgehalten bekommt. Es ist die Marke schlechthin! Und es ist das Unglaubliche eingetreten, was sich von uns wahrscheinlich ohnehin niemand vorstellen konnte, aber es ist möglich, man schafft es auch diese Marke abzustechen!

In diesem Sinne danke ich für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei den Grünen. – 10.46 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Gangl.

Abg. Gangl (10.46 Uhr): Sehr geehrte Frau Landeshauptmann, Hoher Landtag!

Gestern war in Radkersburg eigentlich ein sehr historisches Ereignis. Wir haben auf dem Grenzübergang Spielfeld die letzten Panzersperren weggeräumt. (Abg. List: „Sicheldorf!“) Sicheldorf, Entschuldigung. Also in Sicheldorf weggeräumt. Und wenn man diese historische Dimension betrachtet, was im Jahre 1991/92 noch gang und gäbe war an der Grenze, dann, glaube ich, ist das eine gewaltige Dimension, wohin wir als Steiermark, aber auch als Noch-Grenzbezirk gehen, nämlich in ein großes europäisches Friedensprojekt.

Wenn wir die Wirtschaftsdaten anschauen, die wir mit den mittel- und osteuropäischen Ländern haben, so steht jetzt schon fest, dass Österreich und somit auch die Steiermark zu den europäischen Gewinnern zählen wird. Seit 1989 haben sich die Exporte in diese Länder verdreifacht. 57.000 Arbeitsplätze konnten geschaffen werden. Und wir wissen, dass Mittel- und Osteuropa nach wie vor ein Wachstumsmarkt in der Europäischen Union sein wird. Investitionen in Mittel- und Osteuropa schaffen auch Arbeitsplätze im Inland. Somit ist die Erweiterung der Europäischen Union kein Zugeständnis an den Osten, sondern sie liegt im ureigensten friedenspolitischen und wirtschaftlichen Interesse Österreichs und der Steiermark.

Wenn wir das aus der Sicht des Bezirkes Radkersburg betrachten, dann weiß man, dass es hier auch sehr starke Veränderungen, regionalpolitische Veränderungen in Zukunft geben wird. Vielleicht nur ein paar Zahlen, wenn es um die Erreichbarkeit von Menschen und Marktpotenziale geht. Der Bezirk Radkersburg selbst hat zirka 25.000 Einwohner. In 20 Minuten kann man so zirka den Bezirk kreuz und quer durchfahren. Mit derselben Zeit und Wegstrecke erreichen wir zukünftig um 75.000 Einwohner mehr. Das heißt, wir haben hier zukünftig, wenn die Grenzen weg sind, eine dynamische Entwicklung in der Region. Wenn wir das bis Graz betrachten, so sind es um zirka 500.000 Einwohner mehr. Das heißt, insgesamt erreichen wir in einer Stunde zirka 930.000 Menschen. Das sind Herausforderungen an uns selbst, aber auch Herausforderungen an die Infrastruktur, weil vor allem die kleinen Grenzbereiche zukünftig ganz anders frequentiert sein werden. Und ich danke dem Herrn Landesrat, dass er in seiner Wortmeldung gesagt hat, dass wir dem Grenzbereich ein besonderes Augenmerk auch zukünftig, dem jetzigen Grenzbereich, schenken müssen, weil eben hier kleine infrastrukturelle Maßnahmen noch zu bewerkstelligen sind.

Ich möchte darauf hinweisen, dass die Harmonisierung der Rahmenbedingung und die Einführung von einheitlichen Standards, auch die Kaufkraft, die in den Ländern steigen wird, einen gemeinsamen Wirtschaftsraum schaffen wird, der einheitlich sein wird und somit Chancen für alle bringt. Natürlich bedeutet das Konkurrenz. Und gestern – ich zeige das her – hat ein erster Unternehmer aus Slowenien bereits sein Potenzial bei uns im Bezirk Radkersburg angeboten. Aber ich glaube, davor braucht man keine Angst zu haben. Wir haben das schon vor eineinhalb Jahren sehr intensiv begonnen, diese Angstzustände zu überwinden und sind unter dem Motto „Alte Nachbarn, neue Partner“ aufeinander zu gegangen. Die Schulen, die Einsatzorganisationen, die Gemeinden, sie pflegen einen kräftigen und intakten Austausch bei uns in der Region.

Am 30. April und 1. Mai wird es Feste der Begegnung geben entlang der Grenze. Und ich möchte hier an dieser Stelle alle recht, recht herzlich einladen, sich an dieser Begegnung zu beteiligen, denn in Wahrheit werden wir die Europäische Union nur dann so leben, wie es vorgesehen ist, wenn wir uns untereinander verstehen. 30. April und 1. Mai herzlich willkommen im Bezirk Radkersburg zum Fest der Begegnung. Danke! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 10.52 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Präsident Kinsky.

Präsident Ing. Kinsky (10.52 Uhr): Sehr verehrter Herr Präsident, geschätzte Frau Landeshauptmann, verehrte Regierungsmitglieder, meine Damen und Herren!

Ich melde mich kurz zu Wort, um nur einen Gedankengang in diese Debatte einzubringen. Ich bringe ihn ein als einer, der auf der einen Seite in einem Land geboren wurde, das am 1. Mai auch neues Mitglied der EU wird, nämlich in der Tschechei – ich wurde in Prag geboren. Auf der anderen Seite hatte ich das zweifelhafte Vergnügen, mit acht Jahren – Gott sei Dank nur ein Vierteljahr – in einem tschechischen Konzentrationslager zu verbringen. Der dritte Aspekt, mein Vater, meine Eltern haben in diesem Land beachtlich großen Landbesitz besessen. Und ich weiß aber auch, dass es in Österreich die Diskussion gegeben hat, dieses Land könne zur EU nicht gehören, wenn diese Flächen nicht zurückgegeben werden würden.

Ich sage Ihnen, für mich und vor allem für meine Kinder und für meine Enkelkinder ist der Aspekt mit Abstand der wichtigste: Wenn es gelingt, bei allen Problemen, die vielleicht da oder dort auftauchen werden, wenn es gelingt, durch eine Vernetzung der europäischen Staaten eine Garantie zu bekommen, dass ein Krieg zwischen diesen europäischen Ländern nicht mehr stattfinden kann, weil er sinnlos wird, weil die Vernetzung so stark ist, wenn das der Politik gelingt, dann haben wir für unsere Nachkommen das höchste Gut erreicht, was je erreichbar ist.

Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 10.54 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Riebenbauer.

Abg. Riebenbauer (10.54 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, geschätzte Damen und Herren!

Kollege Lafer hat gesagt, der 1. Mai ist ein Jubeltag. Für uns in der Steiermark ist es natürlich auch ein Jubeltag, aber andererseits auch ein Tag der Arbeit, und arbeiten sind wir in der Steiermark gewöhnt.

Ja, was bedeutet dieser 1. Mai, dieser Tag der Erweiterung, für unsere steirische Landwirtschaft? Wo haben wir Chancen, wo gibt es den verstärkten Wettbewerb am Markt, sprich, wo haben wir Risiken?

Ich möchte jetzt ganz kurz in zwei einfachen Worten zusammenfassen: Unsere Chance ist unsere steirische Qualität und unser Risiko ist eben der verstärkte Wettbewerb. Unsere Chance, meine geschätzten Damen und Herren, ist nicht die Angst, sondern unsere Chance ist der Mut. Und wir wissen selbstverständlich sehr genau, dass es im landwirtschaftlichen Bereich bei den verschiedenen Produktionssparten natürlich Unterschiede gibt, Unterschiede bei den Chancen und Unterschiede in den Risiken.

Und wir haben das bis jetzt relativ gut genützt. Wir haben von 1995 bis 2001 bei den landwirtschaftlichen Produkten eine Exportsteigerung von 1,8 auf 4,23 Milliarden Euro erreicht. Wir haben uns bemüht und haben gute Arbeit geleistet. Und wir sind bestrebt, dass wir das auch in Zukunft so schaffen.

Welche Voraussetzungen sind notwendig, damit diese Entwicklung positiv weitergeht? Ich will eigentlich nur zwei Grundvoraussetzungen sagen, auf Grund der Kürze der Zeit: Unsere Verarbeitungs- und Vermarktungsbetriebe haben sich rasch auf den neuen Markt einzustellen, sie haben zu reagieren.

Und das Zweite Entscheidende für die steirischen Bäuerinnen und Bauern ist einfach, die Beitrittsländer müssen – und ich sage bewusst das Wort müssen – die selben Produktionslebensmittel und Qualitätssicherungsstandards einhalten wie wir. Eine klare Feststellung aus unserer Sicht. Lebensmittel, die die gemeinsamen Standards der EU nicht erfüllen, dürfen nicht über unsere Grenzen. In dieser Frage darf es aus unserer Sicht keine Kompromisse geben, da müssen wir hart sein, sonst können wir Probleme kriegen. Und die Herkunftskennzeichnung wird eine wesentliche Hilfe für unsere Konsumentinnen und unsere Konsumenten sein. Es ist bereits das Kürbiskernöl angesprochen worden. Das ist ein Beispiel dafür, wie wichtig es ist, die Herkunftskennzeichnung ernst zu nehmen. Der weitere wesentliche Faktor dabei ist, dass wir die richtigen Informationen über diese Herkunftskennzeichnungen weitergeben, dass unsere Konsumentinnen und Konsumenten sich auskennen, dass klar deklariert wird, dass sie beim Einkauf wissen, wonach greife ich jetzt, was ist das jetzt für ein Produkt, das ich kaufe, das ich nehme. Hier muss er sich auskennen und hier muss er wissen, woher dieses Produkt kommt. Hier haben wir eine wesentliche und wichtige Aufgabe, dass wir wirklich informieren und sensibilisieren. Dieses Vertrauen, das wir uns hart erarbeitet haben, muss auch in Zukunft leben und weiterleben und muss geschaffen sein. Das ist aus meiner Sicht eine wesentliche Voraussetzung.

Meine geschätzten Damen und Herren, viele Bauern und Bäuerinnen haben natürlich Sorgen, das ist auch verständlich. Die Sorgen nehmen wir natürlich ernst, ist ganz klar. Aber es ist auch unsere Aufgabe darauf hinzuweisen, dass wir von den Sorgen allein nicht leben können, sondern dass wir diese Herausforderung annehmen und mit unseren qualitätsmäßig hochwertigen Produkten am Markt sind und diese auch in Zukunft verkaufen wollen. Die Europäische Erweiterung ist ein zukünftiger größerer Markt für uns und diesen zukünftigen größeren Markt wollen wir gemeinsam nützen. Ich bitte alle, dabei unsere steirischen Bäuerinnen und Bauern bei dieser Nutzung dieser Chance dieses vergrößerten Marktes zu unterstützen und vor allen Dingen auf die Produkte genau zu schauen, wo sie herkommen.

Es gibt da so ein altes Sprichwort, das heißt „der Schnelle frisst eher den Langsamen, aber nicht der Große den Kleinen“. Nicht billige Produkte sichern künftig unsere Wettbewerbsfähigkeit, sondern bessere Produkte sichern unsere Wettbewerbsfähigkeit und diese besseren Produkte, davon bin ich persönlich überzeugt, werden auch wir steirische Bäuerinnen und Bauern in Zukunft erzeugen. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 10.59 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Ober.

Abg. Ing. Ober (11.00 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Frau Landeshauptmann, meine Damen und Herren, werte Zuhörer!

Mit dem 1. Mai wird ein historischer Schritt begangen, den vor allem jene Menschen aus diesem unmittelbaren EU-Grenzraum sehr zu schätzen wissen. Über Jahrhunderte hindurch wurde dieser Raum mit sehr vielen Mitteln und auch vielen Schmerzen mit Bauten gesichert, mit Burgen gegenüber anderen Völkern abgeschottet, damit diese Steiermark bestehen bleiben kann. Und erstmalig in der Geschichte wird eine Friedensbildung auf einer sehr hohen demokratischen Ebene beschritten und was mich daran wirklich stört, dass unsere von uns demokratisch erarbeitete Kultur von vielen heute so gering geschätzt wird, dass immerhin 15 Länder und zukünftig 25 Länder sich gemeinsam an einem Tisch treffen, gemeinsame Entscheidungen, wenn auch sehr mühsam, fällen. Die Älteren, die heute unter uns sind, hätten sich das in den dreißiger Jahren gewünscht und uns wäre in Europa vieles erspart geblieben. Ich bitte Sie wirklich, auch daran zu denken, dass dieser demokratische Schritt eine enorme Errungenschaft unserer menschlichen Kultur in Europa ist.

Nun, wie steht es in dieser Grenzregion? Ich glaube, dass wir uns sehr gut vorbereitet haben und dass das Bewusstsein in dieser Region sehr stark gestiegen ist. Ich habe meinen Spruch geprägt für diese Grenzregion, wir waren lange Zeit hinten, zu weit hinten, so dass wir heute schon wieder vorne sind. Natürlich hat sich in diesen Grenzregionen einiges anders entwickelt, vielleicht auch langsamer und es ist gut so, wenn wir das heute auch so sehen. Und wichtig ist noch, dass wir erkennen, dass gerade diese Räume einen besonderen Charme haben, eine besondere Wirtschaft, die wir auch kleinstrukturiert haben und auf die wir auch in Zukunft aufbauen sollten. Und nach diesem Findungsprozess beidseits der Grenzen, über diese gemeinsamen Stärken, sehe ich eine enorme Chance, dass wir auch gemeinsam daraus Märkte entwickeln können. Natürlich wird sehr viel über Wirtschaft, politische Entwicklungen in anderen Regionen, in anderen Ländern gesprochen, aber ich glaube, es ist ganz wichtig, trotz aller Globalisierung diesem Gegenteil der Regionalisierung Vorschub zu leisten. Es muss uns auch langfristig in diesen Räumen gelingen, eine starke Rückbesinnung auf diesen Raum und auf diese Menschen, die dort leben, dass wir sie dazu befähigen, beidseits der Grenzen ihre Chancen wahrzunehmen. Ich glaube, dass die vielen EU-Programme sehr vieles dazu beigetragen haben, dieses Bewusstsein zu stärken und dass wir noch vieles in Zukunft auch natürlich tun müssen, um dieses Bewusstsein noch stärker zu machen. Aber ich glaube vor allem auch, dass es ganz wichtig war von der steirischen Politik und vor allem von unserer Frau Landeshauptmann, den Begriff einer Zukunftsregion zu definieren. Ich glaube, dieses positive Signal an die Bürger dieser Region, jetzt und in Zukunft in einer Zukunftsregion zu leben, finde ich einen der wertvollsten Beiträge der letzten Jahrzehnte für diesen Lebensraum! (Beifall bei der ÖVP.) Und ich danke dir, Frau Landeshauptmann, herzlichst für diesen positiven Zukunftsaspekt und allen Pessimisten möchte ich nur ein Bild beschreiben, den Unterschied zwischen einem Optimisten und einem Pessimisten. Zwei Frösche tanzen jeweils auf einem Milchglas und fallen in ein volles Milchglas. Der pessimistische Frosch erkennt, dass er keine Chance hat hier herauszukommen, gibt auf und ertrinkt. Der optimistische Frosch sagt, viele Chancen hat er nicht, aber wenn er strampelt ergibt sich vielleicht eine Chance. Und er strampelt und aus dieser Milch wird Butter und er steigt raus und sagt, wir haben eine neue Chance. Wir müssen unsere Nachbarn täglich ermutigen, diese Schritte zu tun, weiterzustrampeln, dass sie auch in Zukunft in diesem gemeinsamen Europa für uns und unsere Nachkommen Chancen erwarten. Ich wünsche den Beitrittskandidaten, unseren neuen Nachbarn und vor allem den Bürgerinnen und Bürgern aus der Grenzregion viel Mut und Zuversicht für diesen historischen Schritt! Alles Gute und ein herzlicher Dank an alle, die mitgetan haben! (Beifall bei der ÖVP. – 11.05 Uhr.)

Präsident: Frau Klubobfrau Dietrich, nächste Wortmeldung bitte.

Abg. Dietrich (11.05 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, Hoher Landtag, meine Damen und Herren!

Ich glaube, der 1. Mai, und darüber sind wir uns alle einig, ist ein historischer Tag. An diesem Tag wird nicht nur in Österreich, wird in Gesamteuropa Geschichte geschrieben. Und die Menschen im gesamten Europa haben unterschiedliche Zugänge zu dieser EU-Erweiterung. Es gibt viele, auch in unserem Bereich, die Hoffnungen damit verbinden. Zum Beispiel viele Gewerbetreibende, die Wirtschaft, die darauf hofft, dass billige Arbeitskräfte bald zu uns kommen oder dass sie vielleicht billig in einem ausgelagerten Produktionsstandort in einem der neuen EU-Staaten produzieren werden können. Und auch der eine oder andere Konsument wird darauf hoffen, in Zukunft billigere Produkte beziehen zu können. Bei all diesen Hoffnungen sollten wir aber auch die Ängste der Menschen nicht vergessen. Was passiert mit unseren Arbeitskräften? Zum Beispiel, wenn wir uns anschauen den Lohnunterschied zwischen Bratislava und Wien. So könnte es laut einer Berechnung der AK sein, dass sich einzelne Arbeitnehmer den Lohn versechsfachen, wenn sie nach Wien pendeln, wenn sie 66 Kilometer Fahrtstrecke in Kauf nehmen.

Zum Glück hat unsere Bundesregierung Vorkehrungen getroffen dahin gehend, dass wir siebenjährige Übergangsfristen eingezogen haben (Beifall bei der FPÖ.), dass die Arbeitskräfte aus den EU-Erweiterungsstaaten nicht sofort auf den heimischen Markt kommen. (Abg. Majcen: „Wo sind die Portugiesen?“)

Und wie geht es weiter mit der Landwirtschaft? Monika Kaufmann, du weißt es ganz genau. Wenn wir uns die Einkommensentwicklung der letzten Jahre anschauen, so sehen wir, dass die Landwirte von Jahr zu Jahr weniger verdienen. Und wenn wir uns das Agrarbudget in der EU anschauen, dann wissen wir, dass wir jetzt von 36 Prozent des Gesamtbudgets für Agrarausgaben 2013 auf nur 25 Prozent sinken werden. Wir wissen auch, dass die Erweiterungsstaaten schlafende Agrarriesen sind. Wenn die einmal in Schuss kommen, wenn die einmal das Know-how des Westens haben, dann können sie auf Grund ihrer Kapazitäten den Markt überschwemmen. Das heißt, wir alle sind gefordert, Schutzmaßnahmen für unsere Landwirtschaft zu treffen.

Wir werden auch auf die internationale Kriminalität Antworten finden müssen, eine Kriminalität, die auch in der letzten Zeit schon die Steiermark erfasst hat. Wir haben gehört von diesen Raubzügen, wo autobusweise durch die Steiermark gekart wird und wo eben Ämter aufgebrochen werden, wo in Häuser eingebrochen wird.

Und wir werden auch auf die Transitfragen Antworten finden müssen.

Ich glaube, Österreich ist mehr denn je gefordert, gefordert, für den jungen Menschen die Bildung voranzutreiben, denn die Erweiterungsstaaten sind uns in vielen Bereichen bereits voraus. Wenn man die Statistik der 20-Jährigen anschaut, die eine abgeschlossene Lehre, BHS- oder AHS-Ausbildung haben, so haben wir in Österreich 85,9 Prozent der Jugendlichen, die das geschafft haben, aber in der Slowakei zum Beispiel schon 94,9 Prozent, oder auch in Polen 91,2 Prozent. Und bei der Akademikerquote sind uns auch zum Teil schon die Ungarn und Polen wesentlich überlegen.

Meine geschätzten Damen und Herren, wir haben heute schon so viel von guter Nachbarschaft gehört. Ich glaube, gute Nachbarschaft kann nur dann gelebt werden, wenn der Nachbar nicht überfordert wird, das heißt, wenn die Nettozahlungen nicht noch mehr steigen. Das heißt, wir brauchen ein Einfrieren der Nettozahlungen, eher nach unten, so wie sie jetzt sechs Nettozahlerstaaten gefordert haben, ein Prozent des BIP müsste reichen.

Und bei aller Euphorie, die Erweiterung hat auch Grenzen. Ich warne davor, Rumänien so rasch als möglich aufzunehmen und ebenfalls bei der Türkei gibt es aus unserer Sicht keinen Beitritt. (Beifall bei der FPÖ.)

Die EU ist ein riesiges Friedenssicherungsprojekt. (Glockenzeichen des Präsidenten!) Herr Präsident, letzter Satz.

Ich glaube, wir können die Zukunft nur dann erfolgreich bewältigen, wenn wir uns auch der Vergangenheit stellen – Beispiel Slowenien –, wenn die Enteignungen zur Gänze rückgängig gemacht werden. In diesem Sinn dem Projekt viel Erfolg. (Beifall bei der FPÖ. – 11.10 Uhr.)

Präsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

Ich erkläre damit die Aktuelle Stunde für beendet und ersuche die Damen und Herren, sich von ihren Sitzen zu erheben.

Hohes Haus, verehrte Damen und Herren!

Am Mittwoch, den 14. April 2004 ist Herr Landtagspräsident a. D., Nationalratsabgeordneter a. D. Franz Koller im 84. Lebensjahr verstorben.

Franz Koller wurde am 17. Juni 1920 als einziges Kind des Landwirtehepaares Franz und Maria Koller in Johnsdorf bei Fehring geboren.

Nach dem Besuch der Volksschule Hatzendorf arbeitete Franz Koller auf dem elterlichen Betrieb, bis er im Jahre 1941 zur Deutschen Wehrmacht einberufen wurde. Franz Koller war Teilnehmer am Russlandfeldzug. Schwer verwundet quittierte der Obergefreite Koller seinen Militärdienst im Jahre 1945.

Im selben Jahr heiratete Franz Koller Edelburga Puffing. Der Ehe entsprangen zwei Söhne.

Nach dem Zweiten Weltkrieg widmete sich Franz Koller dem Wiederaufbau der durch die Kriegereignisse schwer mitgenommenen elterlichen Wirtschaft, welche er im Jahr 1958 übernahm.

Nachdem schon der Vater von Franz Koller als Abgeordneter unserem Hause angehörte, wurde Franz Koller junior im März 1953 Mitglied des Steiermärkischen Landtages, welchem er bis April 1970 angehörte.

Von April 1965 bis Februar 1969 war Franz Koller Dritter Präsident und von Februar 1969 bis April 1970 Erster Präsident unseres Hauses.

Im Rahmen seiner Abgeordnetentätigkeit war mein Vorgänger Franz Koller Mitglied des Finanz-, Kontroll-, Volksbildungs- und Landeskultur-Ausschusses sowie Schriftführer.

Neben seiner Tätigkeit als Landtagsabgeordneter war Franz Koller auch Mitglied der Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft sowie auf regionaler Ebene in mehreren verantwortungsvollen Positionen tätig, so etwa als Obmann des Bezirksbauernrates Fehring oder Bürgermeisterstellvertreter der Gemeinde Johnsdorf.

Das Engagement Franz Kollers galt der Landwirtschaft, der er im Rahmen verschiedener Funktionen stets zur Seite stand und innovative Impulse gab. Der weit blickende Franz Koller war unter anderem Obmann und Gründer der Steirischen Geflügelmastgenossenschaft Fehring, Mitglied einer großen Rübenaubauerngenossenschaft und Mitglied des Geflügelbeirates in Wien.

Seine politische Karriere führte Landtagspräsident Franz Koller schließlich in den Jahren 1970 bis 1975 in den Nationalrat.

Landtagspräsident a. D. und Nationalratsabgeordneter a. D. Ökonomierat Franz Koller wurde für sein politisches Lebenswerk mehrfach ausgezeichnet. Franz Koller hat alle seine politischen Ämter mit größtmöglicher Objektivität und Sachlichkeit ausgeübt und hat so große Verdienste um unser Land erworben.

Hohes Haus!

Im Namen des Steiermärkischen Landtages und im eigenen Namen danke ich Herrn Landtagspräsidenten a. D. und Nationalratsabgeordneten a. D. Ökonomierat Franz Koller für die erbrachte Lebensleistung im Interesse des Landes Steiermark.

Der Steiermärkische Landtag wird dem Verstorbenen stets ein ehrendes Gedenken bewahren.

Eine Liste der Zuweisungen ist in der heutigen Auflage enthalten.

Wird gegen diese Zuweisungen ein Einwand erhoben?

Das ist nicht der Fall.

Hinsichtlich der eingebrachten Anträge wird eine Liste im Laufe der Sitzung aufgelegt werden.

Ich teile dem Hohen Haus mit, dass neun schriftliche Anfragen und 18 Anfragebeantwortungen gemäß Paragraf 66 GeoLT eingebracht wurden, die ebenfalls in der heutigen Auflage enthalten sind.

Heute liegen vier Selbstständige Anträge des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform – Einl.-Zahl 1787/1, Beilage Nr. 198, betreffend Novellierung des Landes-Verfassungsgesetzes, Einl.-Zahl 1788/1, Beilage Nr. 199, betreffend Erlassung der Landtagswahlordnung 2004, Einl.-Zahl 1789/1, Beilage Nr. 200, betreffend Erlassung der Gemeindewahlordnung 2004 sowie Einl.-Zahl 1790/1, Beilage Nr. 201, betreffend Novellierung der Steiermärkischen Gemeindewahlordnung 1997, zu den Anträgen, Einl.-Zahlen 16/1, 23/1 und 1276/1, auf, welche als Punkte 13, 14, 15 und 16 auf die heutige Tagesordnung gesetzt wurden.

Gemäß Paragraf 22 Absatz 3 GeoLT hat der Landtag zu beschließen, ob über einen Selbstständigen Antrag eines Ausschusses unmittelbar in die zweite Lesung einzugehen ist oder ob dieser einem anderen Ausschuss zur neuerlichen Vorbereitung zugewiesen werden sollte.

Im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz schlage ich vor, hinsichtlich dieser vier Selbstständigen Anträge unmittelbar in die zweite Lesung einzugehen.

Wenn Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Eingebracht wurde am Freitag, den 23. April 2004 um 14.50 Uhr eine Dringliche Anfrage von Abgeordneten der SPÖ an Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic, betreffend „Verhinderung der Strompreiserhöhung“.

Am Montag, den 26. April 2004 wurde von zehn Abgeordneten der SPÖ darüber hinaus beantragt, eine Wechselrede zu dieser Dringlichen Anfrage abzuhalten.

Diese Dringliche Anfrage sowie der Antrag auf Abhaltung einer Wechselrede haben die gemäß Paragraf 68 GeoLT erforderliche Unterstützung.

Nach Beantwortung der Dringlichen Anfrage findet gemäß Paragraf 68 Absatz 4 GeoLT die Wechselrede statt.

Die Behandlung dieser Dringlichen Anfrage werde ich im Sinne des Paragrafen 68 Absatz 2 GeoLT nach Erledigung der Tagesordnung durchführen, jedenfalls um 16 Uhr beginnen.

Ich gehe nunmehr zur Tagesordnung im Sinne des Paragrafen 39 Absatz 3 GeoLT über. Ich ersuche um Wortmeldungen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten der heutigen Sitzung gemäß Paragraf 55 GeoLT.

Bei den Tagesordnungspunkten 2 bis 6 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese fünf Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

2. Bericht der Ausschusses für Kontrolle über den Bericht des Landesrechnungshofes, Einl.-Zahl 1785/1, betreffend Prüfung der Liegenschaftsverwaltung im Bereich der Steiermärkischen Krankenanstaltengesellschaft mbH.

Berichterstatteerin ist Frau Landtagsabgeordnete Verena Graf. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Graf (11.18 Uhr): Der Ausschuss für Kontrolle hat in seiner Sitzung am 20. April 2004 über den Bericht des Landesrechnungshofes, laufende Nummer 105, betreffend Prüfung der Liegenschaftsverwaltung im Bereich der Steiermärkischen Krankenanstaltengesellschaft mbH., Einl.-Zahl 1785/1, beraten.

Der Ausschuss für Kontrolle stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Landesrechnungshofes, betreffend Prüfung der Liegenschaftsverwaltung im Bereich der Steiermärkischen Krankenanstaltengesellschaft mbH., wird zur Kenntnis genommen. (11.18 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung.

3. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1069/5, zum Beschluss Nr. 1089 des Steiermärkischen Landtages vom 17. Juni 2003 über den Antrag der Abgeordneten Mag. Drexler und Bacher, betreffend neues Berufsbild und neue Ausbildungsordnung für Operationsgehilfen.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Johann Bacher. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Bacher (11.19 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Zufolge des Beschlusses der Steiermärkischen Landesregierung vom 22. September 2003 wurde der Beschluss des Steiermärkischen Landtages Nr. 1089, Einl.-Zahl 1069, mit Schreiben vom 22. September 2003 wie folgt an die Bundesregierung herangetragen.

Auf der Grundlage einer Stellungnahme des Bundesministeriums für Gesundheit und Frauen wird seitens des Bundeskanzleramtes mit Schreiben vom 8. Dezember 2003 abschließend Folgendes mitgeteilt:

„Die derzeit geltenden Regelungen über die Sanitätshilfsdienste, zu denen auch der Beruf des Operationsgehilfen oder der Operationsgehilfin zählt, stammen weitestgehend aus den sechziger Jahren. Es ist daher notwendig, diese den aktuellen Erfordernissen des Gesundheitswesens anzupassen und einer umfassenden Reform zu unterziehen.

Seitens des Österreichischen Bundesinstitutes für Gesundheitswesen wurde eine im Auftrag des Gesundheitsressorts erstellte Studie vorgelegt. Auf Grundlage der Ergebnisse dieser Studie, die derzeit einer eingehenden Prüfung unterzogen wird, soll über die zukünftigen Entwicklungen der betroffenen Berufsgruppen entschieden werden.

Eine Umsetzung der entsprechenden rechtlichen Grundlagen für die seitens der Steiermärkischen Landesregierung geforderte Neugestaltung des Berufsbildes des Operationsgehilfen/der Operationsgehilfin hat somit im Rahmen der Gesamtreform der Sanitätshilfsdienste zu erfolgen; hinsichtlich des Abschlusses dieser Reform können derzeit keine Aussagen getroffen werden.“

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 26. Jänner 2004 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluss Nr. 1089 des Steiermärkischen Landtages vom 17. Juni 2003 über den Antrag der Abgeordneten Mag. Drexler und Bacher, betreffend neues Berufsbild und neue Ausbildungsordnung für Operationsgehilfen und -gehilfinnen, wird zur Kenntnis genommen. Ich ersuche um Annahme des Berichtes. (11.21 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung, Herr Abgeordneter, und komme damit schon zum nächsten Tagesordnungspunkt

5. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über den Antrag, Einl.-Zahl 1667/1, der Abgeordneten Bacher, Hamedl, Rieser, Wicher und Kreisli, betreffend sofortige Einrichtung einer Psychiatrie am LKH Leoben.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Johann Bacher. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Bacher (11.21 Uhr): Die psychiatrische Versorgung in der Steiermark ist unzureichend. Bislang gibt es psychiatrische Kliniken nur in der Landeshauptstadt Graz. Es wäre aber notwendig, für die Obersteiermark die psychiatrische Versorgung sicherzustellen. Das Landeskrankenhaus Leoben wäre dafür ein geeigneter Standort, zumal der nötige Platz vorhanden ist und Vorgespräche bereits stattgefunden haben.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die Einrichtung einer Psychiatrie am Landeskrankenhaus Leoben ehestmöglich umzusetzen. Ich ersuche um Annahme des Berichtes. (11.22 Uhr.)

Präsident: Herr Abgeordneter, danke für die Berichterstattung.

Wir kommen damit zu Tagesordnungspunkt 6, Einl.-Zahl 1548/1.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Lafer. (Abg. Bacher: „Herr Präsident, ich darf etwas korrigieren. Der Tagesordnungspunkt 4 wurde von Ihnen nicht aufgerufen – Bericht des Ausschusses, betreffend einjährige Sonderausbildung für die Kinder- und Jugendlichenpflege!“)

Entschuldigung. Dann bitte ich, noch vorher über diesen Tagesordnungspunkt zu berichten und dann Abgeordneter Lafer.

4. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über den Antrag, Einl.-Zahl 1540/1, der Abgeordneten Bacher und Tschernko, betreffend die Installierung einer einjährigen Sonderausbildung für die Kinder- und Jugendlichenpflege.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Johann Bacher. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Bacher (11.23 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich berichte den Schriftlichen Bericht zum Stück 1540.

Der Ausschuss für Gesundheit und Spitäler hat in seinen Sitzungen am 25. November 2003 und am 20. April 2004 über diesen Antrag beraten.

Die Abgeordneten Bacher und Tschernko haben am 28. Oktober 2003 einen Antrag, betreffend die Installierung einer einjährigen Sonderausbildung für die Kinder- und Jugendlichenpflege, eingebracht. Dieser wurde an die Landesregierung zur Stellungnahme übermittelt.

Die Fachabteilung 8A berichtet dazu wie folgt:

Nach den Bestimmungen des Gesundheits- und Krankenpflegegesetzes umfasst der gehobene Dienst für Gesundheits- und Krankenpflege drei Sparten: Allgemeine Krankenpflege, Kinderkrankenpflege und psychiatrische Krankenpflege.

Der Berufsausübung liegen daher unterschiedliche Berufsbilder mit voneinander abgegrenzten Tätigkeitsfeldern zugrunde.

An der Schule für allgemeine Gesundheits- und Krankenpflege und Kinder- und Jugendlichenpflege am Landeskrankenhaus Graz und an der Schule für allgemeine Gesundheits- und Krankenpflege und Kinder- und Jugendlichenpflege am Landeskrankenhaus Leoben wurden in den vergangenen Jahren so viele Kinderkrankenschwestern/-pfleger ausgebildet, dass sich am Arbeitsmarkt ein Überangebot ergeben hat.

Aus diesem Grund wurde die Zahl der auszubildenden Kinderkrankenschwestern und -pfleger in den betroffenen Krankenpflegesschulen zurückgenommen. Im Oktober 2003 erfolgte von der Steiermärkischen Krankenanstaltengesellschaft mbH. der Hinweis, dass in ihrem Bereich angeblich ein Mangel an Kinderkrankenschwestern und -pflegern zu verzeichnen ist. Daraufhin hat die Fachabteilung 8A der Steiermärkischen Krankenanstaltengesellschaft mbH. mit Schreiben vom 31. Oktober 2003 folgende Varianten einer zusätzlichen Ausbildung von Kinderkrankenschwestern und -pflegern angeboten.

Erstens Einrichtung eines Sonderausbildungslehrganges, zweitens Prüfung der Möglichkeit für einen Umstieg von Schülerinnen und Schülern des laufenden ersten Jahrganges in der allgemeinen Gesundheits- und Krankenpflege und Fortsetzung in der Ausbildung für Kinder- und Jugendlichenpflege und drittens vermehrte Aufnahme in die beginnenden ersten Lehrgänge in den Kinderkrankenpflegesschulen in Graz und Leoben.

Die Steiermärkische Krankenanstaltengesellschaft mbH. hat jedoch bezüglich der Einrichtung eines Sonderausbildungslehrganges geantwortet, dass „aus dem Bereich des Klinikums für einen derartigen Sonderausbildungslehrgang keine Interessenten zu gewinnen sind“.

Mangels Bewerber kann daher eine Sonderausbildung für die Kinderkrankenpflege nicht durchgeführt werden.

Der Ausschuss für Gesundheit und Spitäler stellt daher den Antrag, der Landtag wolle beschließen, der Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler zum Antrag, Einl.-Zahl 1540/1, der Abgeordneten Bacher und Tschernko, betreffend die Installierung einer einjährigen Sonderausbildung für die Kinder- und Jugendlichenpflege, wird zur Kenntnis genommen. Ich ersuche um Annahme des Berichtes. (11.26 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung.

6. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über den Antrag, Einl.-Zahl 1548/1, der Abgeordneten Lafer und Zierler, betreffend medizinischen Leiter in der KAGES.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Franz Lafer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Lafer (11.26 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich bringe den Schriftlichen Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler zum Antrag, Einl.-Zahl 1548/1, der Abgeordneten Lafer und Zierler, betreffend medizinischen Leiter der KAGES.

Es wurde dieser Antrag beziehungsweise der Bericht am 20. April 2004 im Ausschuss beraten. Darüber gibt es den vorliegenden Bericht. Der Inhalt, meine Damen und Herren, ist Ihnen bekannt. Daher darf ich gleich den Antrag verlesen.

Der Landtag wolle beschließen, der Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler zum Antrag, Einl.-Zahl 1548/1, der Abgeordneten Lafer und Zierler, betreffend medizinischen Leiter der KAGES, wird zur Kenntnis genommen. Ich danke! (11.27 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung. Ich habe eine Reihe von Wortmeldungen. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Kreisl. Ich erteile ihm das Wort, danach Herr Abgeordneter Prattes.

Abg. Kreisl (11.27 Uhr): Werter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Landeshauptmann, meine Damen und Herren!

Mit dem heutigen Antrag fordert die ÖVP die Steiermärkische Landesregierung auf, die Einrichtung einer psychiatrischen Abteilung am LKH Leoben ehestmöglich umzusetzen. Ich bin ausgesprochen verwundert über den Zeitungsartikel am 22. April 2004 in der „Kleinen Zeitung“, Bezirksausgabe Leoben, mit dem Titel

„Leobner Psychiatrie ist fix“. Hier steht auch zu lesen, „das hat Landesrat Erlitz bei der jüngsten Ausschusssitzung fixiert“. Weiter lautet es, dass das alles nun doch relativ rasch entschieden wurde, ist unter anderem auch dem ständigen Einsatz des Landtagsabgeordneten Erich Prattes und des Leobner Bürgermeisters Matthias Konrad zu verdanken, der sich ja auch, wie wir aus den Medien erfahren haben, großartig für den Weiterverbleib der Augenklinik im LKH Leoben eingesetzt hat.

Meine Damen und Herren, das ist wieder einmal die großartige Art und Weise der SPÖ, Politik zu machen, indem man schon vor einem Beschluss die ganze Angelegenheit in die Öffentlichkeit trägt und sich auf die eigenen Schultern heftet, also mit fremden Federn schmückt. Der Ausschussantrag wurde von der ÖVP eingebracht und wird deshalb heute hier im Landtag behandelt. Am 28. April 2001 stellten Abgeordneter Bacher und ich im Landtag bereits die Schriftliche Anfrage an den damaligen Landesrat Günter Dörflinger, betreffend Ausbauplanung des LKH Leoben, und die Anfrage lautete: „Eine psychiatrische Behandlung wird in der Steiermark nur am Sigmund-Freud-Landeskrankenhaus angeboten. Welche Pläne bestehen, das LKH Leoben als zweites psychiatrisches Zentrum neben dem Sigmund-Freud-LKH in Graz auszubauen?“ Auf eine weitere Anfrage im Jahr 2002, am 6. Juni, bezüglich des Ausbaues des OP-Traktes und Strahlentherapie-zentrums am LKH Leoben erhielt ich am 25. Juni 2002 die Antwort von Landesrat Dörflinger: „Die Zielplanung für den zentralen OP-Trakt und das Strahlentherapiezentrum am LKH Leoben ist voll im Gange. Der Kostenaufwand für die Strahlentherapie ist mit 6 Millionen Euro und die Errichtung eines neuen Funktionstraktes mit 11 Millionen Euro festgesetzt.“ Auf meine Anfrage am 26. Juni 2003 an Landesrat Erlitz, betreffend neue Initiativen im LKH Leoben, erging die Antwort am 9. Juli 2003 schriftlich mit dem Inhalt, dass die Errichtung einer Abteilung für Psychiatrie für das Einzugsgebiet Obersteiermark in Planung ist. Diese Maßnahme kommt einerseits dem Gesichtspunkt der Dezentralisierung der psychiatrischen Versorgung nach, zum anderen stellt sie eine Notwendigkeit dar, um die Landesnervenklinik Sigmund Freud zu entlasten und somit die Unterbringungsqualität in der gesamten genannten Klinik anheben zu können. Die Palliativstation soll spätestens im Jahre 2004 in Bau gehen, die Bedeckung für dieses Projekt ist gegeben und auch die Finanzierung palliativmedizinischer Leistungen ist gesichert.

Auf Grund dieser Anfrage hat Abgeordneter Prattes in den Medien berichtet, dass Landesrat Erlitz ihm zugesichert hat, dass für das LKH Leoben ein Großprojekt zur Umstrukturierung in Ausarbeitung ist, welches Investitionen von 100 Millionen Euro, sprich 1,4 Milliarden Schilling vorsieht.

Am 26. Juni 2003 stellte ich an Landesrat Erlitz die Anfrage, die lautete: „In der Fragestunde am 24. September 2002 hat Herr Landesrat Dörflinger zur Anfrage, wann mit dem Baubeginn des zentralen OP-Bereiches und der Errichtung eines Strahlentherapie-zentrums, einer psychiatrischen Abteilung und einer palliativmedizinischen Abteilung am LKH Leoben zu rechnen ist, berichtet, dass die Planungen und Vorbereitungen bereits abgeschlossen sind. Auch vom Vorstandsdirektor Martetschläger wurden 33 Millionen Euro für die erste Baustufe zugesagt.“ Die Anfrage lautete: „Wann ist mit dem versprochenen und bereits geplanten Baubeginn des zentralen OP-Saaltraktes und der Errichtung eines Strahlentherapie-zentrums, einer psychiatrischen Abteilung und einer palliativmedizinischen Abteilung am LKH Leoben zu rechnen?“

Seit 28. April 2001 ist die ÖVP bemüht, in dieser Angelegenheit eine Lösung herbeizuführen. Meine Damen und Herren, es ist an der Zeit diese Projekte umzusetzen. Bis jetzt wurden von Landesrat Dörflinger und Erlitz nur Versprechungen, Ankündigungen in den Raum gestellt. Jetzt wollen wir aus dieser Region einmal Taten sehen. Bezüglich der Augenabteilung im LKH Leoben besteht ein überparteiliches Komitee für das Landeskrankenhaus Leoben. Diesem Komitee gehören unter anderem auch Nationalratsabgeordneter Hans Missethon an und auch Nationalratsabgeordneter Karl Dobnigg von der SPÖ. Der Wortlaut des Komitees „Wir für unser LKH Leoben“. Immer wieder steht das LKH Leoben-Eisenerz im Mittelpunkt der medialen, öffentlichen und politischen Diskussion. Die Darstellung und die Quintessenz dieser Diskussion ist jene, dass der Eindruck entsteht, es wird zwar Politik gemacht mit dem LKH, aber die Zukunft und Sicherung des Spitals stünde nicht im Vordergrund. Dieses überparteiliche Komitee soll dokumentieren, dass es bei allen unterschiedlichen Betrachtungsweisen allen Verantwortungsträgern in der Region nur um eines geht, um die langfristige Sicherung und um eine langfristige Perspektive für unser LKH Leoben-Eisenerz. Den Trägern dieses Komitees ist vollkommen klar, dass die Gegenwart kein Kirchturmdenken mehr zulässt, gleichwohl sind wir aber der Meinung, dass es keinen Kuhhandel mit unserem LKH geben darf, nur weil es in räumlicher Nähe ein weiteres LKH gibt, dessen Auslastung nicht befriedigend ausfällt. Leoben ist und bleibt die zweitgrößte Stadt der Steiermark. Das LKH Leoben-Eisenerz kann auf eine Geschichte zurückblicken, wie kaum ein anderes Spital in diesem Land, nachzulesen in der kürzlich erschienenen Chronik. Von der Geschichte allein kann man aber nicht leben. Unser Haus braucht eine Zukunftsperspektive. Wir wollen auch nicht vom Standpunkt abrücken, dass unser LKH der zentrale Spitalsstandort der Obersteiermark bleibt. Infolge der vorliegenden Anmerkungen fordern wir zwei Elemente. Auf der einen Seite fordern wir eine rasche und unmittelbare Umsetzung der versprochenen künftigen Schwerpunktsetzungen für das LKH Leoben-Eisenerz, die da wären Strahlentherapie, Psychiatrie, auch für Kinder und Jugendliche, OP- und Ambulanzneubau. Zum anderen fordern wir einen Erhalt der bestehenden Abteilungen im LKH Leoben-Eisenerz, also auch der Augenabteilung, die laut Berichten völlig widersinnig nach Bruck verlegt werden sollen.

Gerade im Zusammenhang mit der HNO und mit der Kinderabteilung im LKH ist der Erhalt der Augenabteilung ein absolutes Muss. Bei einer Verlegung nach Bruck müssten weiterhin zumindest Konsiliardienste in Leoben durchgeführt werden. Das würde einerseits zu einem erheblichen Mehraufwand der Kosten, andererseits gleichzeitig zu einer erheblichen Qualitätsminderung der Patientenversorgung führen.

Abschließend fordern wir generell, dass künftig geplante Veränderungen im Spitalsbereich mit den Verantwortlichen des LKH sowie mit den politischen Vertretern der Region besprochen werden, bevor diese Maßnahmen über Medien, und zwar oftmals in verzerrter Form, in die Öffentlichkeit gehen.

Meine Damen und Herren, ich darf abschließend noch eine Idee von unserem Bezirksschulinspektor Heinz Fischböck aus Leoben bringen, welcher eine neue Betreuungseinrichtung am LKH Leoben für möglich hält, und zwar ein Kompetenzzentrum für Schüler mit akuten Verhaltensproblemen. Dieses neue Kompetenzzentrum könnte eine Mischung aus Heilpädagogik, Jugendpsychiatrie/psychologie sein und helfen, bei Not-situationen – kürzlich vor Ort – zu helfen und zu unterstützen und damit die langen Wartezeiten erheblich zu verkürzen. Der Einzugsbereich würde der obersteirische Raum sein. Ich bitte unseren Herrn Landesrat Ertlitz, diese Idee zu unterstützen. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 11.36 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Prattes, bitte.

Abg. Prattes (11.36 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Vertreter der Landesregierung, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wenn es um Gesundheit geht, muss die Parteipolitik hintanstehen. Ich glaube, die oberste Prämisse ist, uns sind alle Menschen wichtig, uns ist wichtig, dass wir eine optimale Versorgung, eine medizinische Versorgung, haben, und das in der gesamten Steiermark, und nicht nur in Ballungszentren.

Lieber Kollege Fritz Kreisl, das, was du tust, ist das übliche Spiel der Österreichischen Volkspartei, nämlich andere beschuldigen, aber selber nichts dazu beitragen, dass eine Lösung vonstatten geht. (Beifall bei der SPÖ.)

Es ist ja nicht von der Hand zu weisen. Ich verweise darauf, weil du gesagt hast, wie lange ihr schon etwas fordert – ich freue mich, dass die ÖVP jetzt auch auf diesen fahrenden Zug aufspringt –, aber es weiß ein jeder, ihr fordert alle möglichen Einrichtungen und nebenbei richtet ihr, wie zuletzt bei der Dringlichen Anfrage an unseren Landesrat, die Frage, ja, wie geht ihr mit dem Geld um, wo könnt ihr besser wirtschaften, wo könnt ihr besser haushalten. Einerseits Geld wegnehmen, andererseits neue Einrichtungen fordern, das wird nicht funktionieren.

Ich verweise darauf, dass bereits im Jahr 2001 in der Sitzung der Landesregierung der damalige Landesfinanzreferent eine Vorgabe gemacht hat, dass bei den Personalkosten allein 700 Millionen Schilling einzusparen sind oder dass die Investitionen zurückgefahren werden um 1,5 Milliarden Schilling. Das ist nicht vom Ressort des Gesundheitslandesrates gekommen und ist schon gar keine Forderung der Sozialdemokraten. Das sage ich einmal, damit man das Ganze klarstellt.

Und es ist auch etwas anderes, ob man sehr intensiv arbeitet, ohne in die Medien zu gehen und dann, wenn man sieht, es kann funktionieren, dass man sich dann an die Bevölkerung wendet und nicht so – und das muss man in diesem Raum auch sagen –, wie es gerade die vom ÖAAB dominierte Betriebsratskörperschaft am LKH in Leoben und mit dem Ausleger nach Eisenerz tut, nämlich die Bevölkerung und die Bediensteten zu verunsichern. Das stellt sich dann in etwa so dar, dass man sagt, nach Leoben kommt eine Palliativstation – Sterbende, Leoben wird onkologischer Schwerpunkt – Todkranke, Leoben kriegt eine Psychiatrie mit vier Fragezeichen. Es wird so gearbeitet, dass man eine negative Stimmung erzeugt und sagt, aber dafür nehmen sie uns die Augenklinik weg, die unter Umständen nach Bruck kommt. Das ist eine unredliche Art, die wir zutiefst verurteilen, meine sehr verehrten Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich darf darauf verweisen, dass für das Landeskrankenhaus Leoben schon seit mehreren Jahren umfangreiche Ausbaupläne bestehen. Sie wurden in Abstimmung mit der KAGES sowie der ärztlichen Leitung, mit allen Primariaten, der Pflege- und Anstaltsleitung ausgearbeitet und formuliert. Die Umsetzung – ich habe es bereits gesagt – scheiterte allerdings an den finanziellen Mitteln, die im allgemeinen „Nulldefizitwahn“ nur sehr restriktiv bis überhaupt nicht zur Verfügung gestellt wurden. Die Folge war, dass bereits in Aussicht genommene Termine immer wieder verschoben oder überhaupt gestrichen wurden.

Es ist daher nur natürlich, dass die Ärzteschaft, das Personal und natürlich auch die vielen Patienten der gesamten Obersteiermark immer ungeduldiger werden. Ein ganzer Ausbaukatalog wartet auf die endliche Umsetzung und – diese Bitte richte ich auch an den Herrn Landesrat – ich gehe davon aus, dass das wohlüberlegte Ausbauprogramm auch vollinhaltlich in das neue Strukturkonzept der KAGES übernommen wird.

Wie gesagt, ich bin der ÖVP-Fraktion sehr dankbar, dass ihr euch jetzt auch dazuhaut, dass ihr die Psychiatrie am LKH Leoben fordert und diese, wie sie dann ja richtig heißt, „Psychiatrie Obersteiermark“ erichtet wird.

Vor allem mit der geplanten, 60 Betten umfassenden Abteilung wird ein wichtiger Versorgungsschwerpunkt für die gesamte Obersteiermark geschaffen. Dass damit auch über 30 Arbeitsplätze geschaffen werden, sei noch zusätzlich erwähnt.

Neben dieser – und das ist mir wichtig auch zu sagen – neu zu schaffenden Abteilung sind aber noch viele weitere Einrichtungen zu schaffen. Ich möchte hier die wichtigsten anführen, nämlich die Errichtung der Strahlentherapie. Leoben soll verstärkt zum onkologischen Schwerpunkt ausgebaut werden. Der rasche Baubeginn für die Strahlentherapie, so hat mir der ärztliche Leiter des LKH bei einer Aussprache am Montag dieser Woche bestätigt, ist gerade in Zusammenarbeit mit der gynäkologischen Abteilung besonders

wichtig. Ein weiterer Punkt. Warum ist die Strahlentherapie so wichtig? Seit 1. März dieses Jahres besteht ein Departement für Hämato/Onkologie mit 18 Betten an der Abteilung für Innere Medizin. Auch hier, so sagen die Ärzte, ist die wichtige Verbindung mit der Strahlentherapie gegeben.

Dringend notwendig ist auch neben dieser Strahlentherapie die Errichtung des neuen Funktionstraktes mit den Operationssälen. Hier findet ja heuer ein Architektenwettbewerb statt.

Es gibt noch weitere Punkte, die in diesem großen Ausbauprogramm drinnen sind, nämlich die Erweiterung der gynäkologischen Ambulanz in Verbindung mit Mutter-Kind-Zimmern, Investitionen in der Radiologie – wir wissen, dass wir eine neue Magnetresonanz brauchen. Die Errichtung der Palliativstation kommt ja, sie ist im Budget des Jahres 2004 verankert. Und, was auch noch ein Wunsch ist, die Neuorganisation der Verkehrsführung im Gelände des LKH wäre notwendig.

Herr Landesrat, ich bedanke mich ausdrücklich bei dir, dass du mit großem Einsatz und Verständnis diese verantwortungsvoll erstellten Ausbaupläne einer Verwirklichung zuführen willst.

Ich appelliere wirklich an alle in diesem Hohen Haus, helfen Sie mit, dass auch in der Obersteiermark eine qualitätsvolle medizinische Infrastruktur geschaffen wird.

An der Landesregierung und hier vor allem an der Frau Landesrätin Mag. Edlinger wird es liegen, dass die, zugegeben nicht geringen, finanziellen Mittel – wir wissen, wenn alles umgesetzt wird, das hoffen wir, wird das über 1,5 Milliarden Schilling oder weit über 100 Millionen Euro kosten –, dass diese Mittel wirklich für den Ausbau, für das Ausbauprogramm zur Verfügung gestellt werden. Ich bin da zuversichtlich. Die Frau Landesrätin hat ja gesagt, für sinnvolle Infrastrukturprojekte will sie auch von diesem Maastricht-Nulldefizit abweichen. Und ich freue mich, dass auch sie erkannt hat, dass diese Infrastruktur, zu der schlussendlich ja auch die medizinische Versorgung zählt, notwendig ist.

Eines möchte ich aber nochmals unterstreichen: Auch die Bevölkerung der Obersteiermark hat ein Anrecht auf eine optimale medizinische Versorgung. Helfen wir alle mit, dass die vorliegenden Ausbaupläne rasch umgesetzt werden können. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 11.45 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Tschernko.

Abg. Tschernko (11.45 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landesrat, geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Ich möchte zum Tagesordnungspunkt 4 ganz kurz sprechen, weil es hier um einen Antrag vom Kollegen Bacher und mir geht, und zwar vom Oktober des vergangenen Jahres, betreffend die Ausbildung oder Sonderausbildung für Pflegeberufe im Kinder- und Jugendlichenbereich. Der Grund dafür war, dass im Oktober 2003 die KAGES uns mitteilte, dass es hier einen Mangel an Pflegepersonal für die Kinder und Jugendlichen gibt. Zu diesem Zeitpunkt gab es auch keine einzige Absolventin, die für diese Kinder- und Jugendlichenpflege angemeldet war und acht Schülerinnen ihre Ausbildung zu dem Zeitpunkt im März heurigen Jahres beendeten. Somit war auch klar, dass es keine Nachbesetzung der laufenden natürlichen Abgänge geben kann und geben wird, zum Beispiel Karenz und dieses qualifizierte Personal im Jugendlichen- und Kinderbereich zur Verfügung steht. Die Kinder sind natürlich keine kleinen Erwachsenen und daher ist auch eine kindergerechte Krankenpflege notwendig. Die Bestimmungen des Gesundheits- und Krankenpflegegesetzes haben natürlich diese Bereiche der Pflegeausbildung in drei Sparten geteilt, in die allgemeine Krankenpflege, in die Kinderkrankenpflege und in die Psychiatrische. Und auch hier gibt es Abgrenzungen der Berufsbilder und auch der Tätigkeitsfelder. Dennoch wurden in der Vergangenheit, und das war für uns auch erstaunlich, sehr, sehr viele Kinder- und Jugendliche-Schwestern und -Helfer ausgebildet. In der Zahl oder in der Summe wurden uns 200 genannt, diese Damen und Herren sind aber am Arbeitsmarkt so quasi verschwunden. Das heißt, statistisch existiert dieses Potenzial, aber für den Arbeitsmarkt stehen sie nicht zur Verfügung. Das kann aber auch heißen, dass sie eine Berufsberechtigung gemacht haben für die allgemeine Krankenpflege oder auch in untergeordnete Tätigkeiten vielleicht gegangen sind, wie in die Pflege- und Altenhilfe oder Anrechnung erhalten haben eben für diesen Pflegebereich der Senioren. Daher wurde auch – und das finde ich als vernünftige und sehr gescheite Lösung – von der Fachabteilung 8A diese zusätzliche Ausbildung, also diese Varianten zur zusätzlichen Ausbildung angeboten – ein Sonderausbildungslehrgang, ein Umstieg der Schülerinnen und Schüler im ersten Jahr oder die vermehrte Aufnahme der Jahrgänge. Nur hat sich bis heute und jetzt gezeigt, dass sich für die Sonderausbildung kein Interessent und keine Interessentin gefunden haben und gefunden wurden. Jedoch wurden jetzt mit März 2004, so im Bericht, 36 Schülerinnen aufgenommen und sind in Ausbildung. Daher bin ich froh, dass durch diese intern gesetzten Maßnahmen für unsere Kinder und Jugendlichen jetzt dem Alter entsprechend diese Kinder und Jugendlichen gepflegt werden können. Die Kinderkrankenpflege ist aus meiner Sicht oder aus unserer Sicht wieder sichergestellt.

Ich möchte auch dazu erwähnen, dass es ja heute noch in einem Tagesordnungspunkt um die Sicherstellung der Kinderhauskrankenpflege geht. Für mich ist auch hier dieser Bereich mit der internen Nachbesetzung und Aufnahme von 36 Schülerinnen gewährleistet. Danke! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 11.49 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Lackner. Frau Abgeordnete, bitte.

Abg. Mag. Lackner (11.49 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzter Herr Landesrat, sehr geehrte Damen und Herren!

Lassen Sie mich einige Gedanken ausführen in Bezug auf den Bericht, betreffend den medizinischen Leiter in der KAGES. In Nachfolge von Herrn Universitätsprofessor Dr. Harnoncourt als medizinischer Direktor wurde Herr Mag. Dr. Gomsj zum provisorischen medizinischen Direktor bestellt. Und zum damaligen Zeitpunkt beziehungsweise kurz danach wurde die Firma IRO & Partner mit der Erstellung eines Gutachtens beauftragt über die Zusammenarbeit der einerseits Betriebsdirektion des LKH – Universitätsklinikums Graz und andererseits der Zentralklinik der KAGES. In diesem Gutachten wurde empfohlen, die Reorganisation der KAGES anzugehen, und in dieser Reorganisation war inbegriffen die funktionale Gliederung der Bereichsdirektionen und damit auch die Fragestellung der Notwendigkeit dieser Bereichsdirektionen und auch des medizinischen Leiters. Klar ist aber auch, dass die KAGES über einen sehr gut positionierten und fachlich kompetenten medizinischen Leiter verfügt, auf den sehr viele Aufgaben bereits zugekommen sind und auf den auch weitere zukommen werden.

Herr Kollege Kreisl, Sie haben über langfristige Linien gesprochen, die wurden bereits in der Spitalpolitik in der Steiermark in den letzten Jahren und Jahrzehnten gesetzt und werden auch in Zukunft gesetzt werden. Wofür wir ganz sicher nicht zu haben sind, das sind diese Kuhhandel, die Sie angeführt haben und die für uns überhaupt nicht in Frage kommen konnten. Für uns sind die Spitäler zu wichtig und zu bedeutend, um diese Kuhhandelpolitik zu betreiben. Sie schüren nur Unsicherheit, sie schüren unter den Patienten und Patientinnen Gerüchte und damit können wir in der Steiermark ganz sicher nichts anfangen. Was unsere Intention ist, das ist die Ernsthaftigkeit, um an solche Dinge heranzugehen. In diesem Zusammenhang möchte ich auch einige Gedanken zur Reformierung der steirischen Krankenhäuser selbst aussprechen, die in den letzten Jahren vorgenommen wurden, aber die auch natürlich in Zukunft noch gewisse Ausformungen erfahren wird.

Die Schaffung der Versorgungsschwerpunkte stand in den letzten Jahren klarerweise, wie wir alle hier herinnen wissen, im Vordergrund. Um nur einige zu nennen: die Schwerpunkte Orthopädie in Radkersburg oder auf der Stolzalpe, die Lungenspezialanstalt in Eisenerz, Mariazell mit der Spezialdisziplin des Wundmanagements, das heißt die Behandlung von Wundheilungsstörungen, Bruck schon genannt mit Gefäß-Herzschwerpunkt und Leoben mit der Onkologie und den zu erwartenden weiteren Schwerpunkten. Es ist ja nicht selbstverständlich, dass in der heutigen Zeit ein klares Bekenntnis zu Standorten abgegeben wird und wurde. Von uns wurde es abgegeben und es wird auch abgegeben werden in Zukunft. Aber es ist auch so, dass nicht alles überall gleichzeitig sein kann. Und das ist auch eine Qualität in der Spitalpolitik in der Steiermark. Der neue KAGES-Vorstand hat von Landesrat Erlitz im Sinne einer Gesamtperspektive den Auftrag erhalten, ein Gesamtkonzept zu erstellen, das Regionen definieren wird, um bestmögliche zeitgemäße und medizinisch höchst leistbare Versorgung der Patienten und Patientinnen zu gewährleisten. Zu berücksichtigen dabei, das ist auch uns allen hier klar, sind Parameter wie Studien, die bereits in Auftrag gegeben wurden vom Land Steiermark oder auch von der KAGES selbst, Vorgaben des ÖKAP, die ja von Bundesseite kommen, aber auch die demografische Entwicklung der Bevölkerung. Wenn ich ein Beispiel nennen kann, in 26 Jahren, im Jahr 2030, werden 35 Prozent der Steirerinnen und Steirer älter als 60 Jahre sein. Zurzeit, im Jahre 2003/2004, sind es 22 Prozent. Das heißt, es ist ein gewaltiger Anstieg dieser Bevölkerungsgruppe zu erwarten. Diese Zahlen der demografischen Entwicklung skizzieren bereits den notwendigen Weg und erhöhten Bedarf an akutgeriatrischer Versorgung, an Remobilisation, an Rehabilitation und natürlich auch an palliativmedizinischer Versorgung. Wie wir wissen, wird bis Mitte des Jahres dieses Regionalkonzept vom Vorstand erstellt sein und wir dürfen davon ausgehen, dass es ein zeitgemäßes Konzept sein wird, das die bestmögliche Versorgung für alle Steirerinnen und Steirer in allen Regionen, egal wo in der Steiermark, weiterhin sicherstellen wird. (Beifall bei der SPÖ. – 11.55 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Bacher, bitte.

Abg. Bacher (11.55 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Kollege Prattes ist da. Ich habe deine Rede sehr aufmerksam verfolgt. Du hast zum Schluss sinngemäß gesagt, wir sollten dir, und alle gemeinsam mithelfen, dass auch für die Obersteiermark eine optimale medizinische Versorgung gegeben ist, und sie hat ein Anrecht auf diese.

Bist dir nicht ganz sicher, dass die Gesundheitspolitik in der Steiermark bisher für die Obersteiermark optimal gelaufen ist, Kollege Prattes? Oder wie soll ich das sonst verstehen, dass du da heraußen sagst, als Vertreter der Sozialdemokratie, du bittest uns, dass wir mithelfen, dass endlich einmal in der Obersteiermark eine optimale gesundheitliche Versorgung stattfindet? Was soll das eigentlich heißen? (Abg. Prattes: „Rede mit deinem Finanzreferenten, dass er dir das Geld zur Verfügung stellt!“)

Ich höre immer wieder, dass ohnehin alles optimal ist. Ich höre immer, dass alles optimal ist. Und jetzt stellst du dich her und sagst, eigentlich ist nicht alles optimal.

Das bestätigt ja auch das überparteiliche Komitee in Leoben – „Wir stehen zum LKH Leoben“. Da steht drinnen unter anderem für die langfristige Sicherung, um eine langfristige Perspektive für das LKH Leoben und Eisenerz. Unser Haus – also sprich LKH Leoben und Eisenerz – braucht eine Zukunftsperspektive. Abschließend fordern wir generell, dass künftige Planungen, Veränderungen im Spitalbereich mit den Verantwortlichen des LKH sowie mit den politischen Vertretern der Region besprochen werden.

Was heißt denn das, Kollege Prattes?

Jetzt sage ich gleich dazu – und du weißt es –, wer das alles unterstützt: unser Nationalrat Missethon, der Nationalrat Karl Dobnigg, SPÖ, Kollege Erlitz, FPÖ-Stadtparteiobmann Dr. Udo Grollitsch, Grüner Gemeinderat Emmerich Kronsteiner, KPÖ-Gemeinderat Dr. Werner Murgg, Kinderfreunde Leoben und so weiter. Das heißt, die unterschreiben da eine Aufforderung im Komitee, dass endlich einmal mit dem Krankenhaus und mit der Region Veränderungen abgesprochen werden sollten.

Ich verstehe das nimmer. Ich habe immer nur gehört, dass das eigentlich optimal läuft, Herr Landesrat Erlitz. Ich weiß nicht, was du dazu sagst. Du wirst mir, nehme ich an, auch eine Antwort dazu geben. (Landesrat Mag. Erlitz: „Selbstverständlich!“)

Zweiter Punkt: Ich bedanke mich, dass wir bei der Psychiatrie und bei der Versorgung in der Obersteiermark einen gemeinsamen Nenner gefunden haben. Wie man zu diesen Presseaussendungen stehen kann, na ja, das ist halt auch ein politisches Geschäft, ich verstehe das. Jahrelang mauert man, weil wir haben 2000 schon damit begonnen zu sagen, wann kommt das endlich? Alle haben es gewusst, dass das dringend notwendig wäre. Aber es steht in der Presseaussendung auch, 60 Betten sind vorgesehen, Baubeginn – (Landesrat Mag. Erlitz: „Mindestens!“) 60 Betten sind dafür vorgesehen laut „Kleine Zeitung“. Ich nehme an, dass du das kennst. Baubeginn solle 2006 oder 2007 erfolgen. Ist das jetzt korrekt? Das heißt, wir warten ja immerhin noch etliche Jahre, bis das realisiert wird.

Daher wäre meine Frage: Wie stellst du dir das vor, wie in der Zwischenzeit das abgedeckt wird in der Region? Was sollte man in der Zwischenzeit tun, damit wir nicht noch zehn Jahre warten, bis endlich einmal diese Station aufgesperrt werden kann? (Landesrat Mag. Erlitz: „Bis 2006 sind es nicht zehn Jahre!“)

So, seit 2000 warten wir. Wenn 2006 oder 2007 Baubeginn ist, dann rechnen wir zwei, drei Jahre Bauzeit bis zur endgültigen Eröffnung, dann sind es bis zur Eröffnung zehn Jahre, Herr Landesrat.

Dritter Punkt: Die Kollegin Lackner hat angesprochen, dass es Veränderungen geben wird und dass man Schwerpunkte setzen muss und ich weiß nicht, was noch alles angesprochen wurde.

Ich entnehme einer Zeitung – ich nehme an, das ist eine Werbeeinschaltung von dir, Herr Landesrat, ich bitte mir das auch zu erklären –, es gibt einen Jahrhundertentwurf für die steirischen Spitäler. Ich kenne ihn nicht. Vielleicht kannst du den der Öffentlichkeit einmal vorstellen. Es gibt einen Jahrhundertentwurf der Spitäler. Zurzeit kenne ich nur die Diskussion, der Parteivorsitzende hat gesagt, die Spitäler sollte man eigentlich mit Privaten fusionieren, zusammenspannen, damit man mehr privat in den öffentlichen Spitälern macht. Dann gibt es jetzt die Diskussion über die Unfallchirurgien und, und, und. Es gibt Bürgerinitiativen. Es gibt in Fürstenfeld eine große Initiative wegen der Unfallchirurgie. Es gibt diese Diskussion in der Obersteiermark. Ich entnehme, dass es große Unruhen zum Teil in den Spitälern gibt, allein aus diesen Diskussionen heraus. Und jetzt sprichst du einen Jahrhundertentwurf der steirischen Spitäler an und schreibst: „Alle fünf Jahre verdoppelt sich laut Experten das medizinische Wissen“, ist bekannt – (Landesrat Mag. Erlitz: „Hans, sag was Eigenständiges!“)

Nein, ich lese es dir deshalb vor, weil es nämlich wichtig ist für alle anderen, die möglicherweise das nicht gelesen haben. „Selbst wenn nicht alle davon gleich und sofort“ – (Landesrat Mag. Erlitz: „Ich kenne meine Worte ohnehin!“)

Horch einmal zu, Herr Landesrat, vielleicht kannst du mir dann eine ausführliche Antwort dazu geben zu diesem Jahrhundertentwurf der steirischen Spitäler, weil ich möchte dich schon dazu fragen, was ist denn bisher passiert, weil seit 1945 führt ihr das Spitalsressort in der Steiermark. Ich möchte dich jetzt fragen, weil wir haben Milliarden für Milliarden, Gott sei Dank, in die steirischen Spitäler investiert und jetzt verlangst du und präsentierst du einen Jahrhundertentwurf.

Aber ich gehe weiter. „Selbst wenn nicht alles davon gleich und sofort in der Praxis umgesetzt werden kann, lässt sich leicht vorstellen, welchen gewaltigen Fortschritt die Spitalsmedizin in den letzten 30 und 40 Jahren gemacht hat.“ Und jetzt kommt der springende Punkt. „So alt ist aber die Grundstruktur der 23 steirischen Spitalsstandorte vor allem am Land.“

Was heißt das? Die Spitalsstruktur unserer Standorte am Land draußen, im landschaftlichen Bereich ist 30 bis 40 Jahre alt. Herr Landesrat, was soll das bitte heißen? Ich war immer der Meinung, es gibt Angebot, Veränderung, die KAGES hat einen Auftrag nach dem anderen in Auftrag gegeben, hat immer von Veränderung und Schwerpunktsetzung gesprochen. Es wurde die Orthopädie angeschnitten. Frau Kollegin Lackner, ich gebe dir Recht für die Spitalsschwerpunktsetzung, aber dann, wenn man A sagt, muss man auch B sagen. Dann brauche ich alles, dann brauche ich ein Komplettangebot.

Und mir hat bis heute noch niemand erklären können, warum ich in einer Orthopädie, bei einem Schwerpunkt für Orthopädie keine physikalische Therapie als Primariat ausstatte, warum ich in dem Krankenhaus kein MR habe und dergleichen mehr. Also über das könnten wir uns stundenlang unterhalten. Ich bin sehr dafür, dass wir über das reden. Nur, Schwerpunktsetzung heißt auch, das anzugehen, und nicht zu sagen, ich mache einen Schwerpunkt für Chirurgie, stelle alle anderen Standorte in Frage und sage dann, nein, ich als Landesrat stimme dieser Schwerpunktsetzung nicht zu.

Das heißt, mich würde sehr interessieren, Herr Landesrat, was das heißt, dass unsere landschaftlichen Spitäler auf dem Stand vor 30, 40 Jahren sind.

Abschließen wird es gravierende Veränderungen geben – wir haben davon gesprochen –, es wird wieder die Unfallchirurgie angesprochen und du stemmst dich dagegen, dass man jede Veränderung in den steirischen Spitälern nur in irgendeiner Form anspricht. Ganz verstehe ich dich nicht. Wir haben die Spitäler ausgelagert in eine Ges.m.b.H., haben denen den Auftrag gegeben, Entwicklungen, Vorschläge zu machen, wir im Land haben gesagt, jawohl, Standortgarantie. Da darf ich mich nicht ständig, jeden Tag in das operative Geschäft dieses Vorstandes einmischen.

In diesem Sinne danke ich für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 12.03 Uhr.)

Präsident: Zur tatsächlichen Berichtigung hat sich der Herr Abgeordnete Prattes gemeldet.

Danach dann Herr Abgeordneter Böhmer, bitte.

Abg. Prattes (12.03 Uhr): Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren!

Ich darf das so genannte überparteiliche Komitee ansprechen. Hier wird mit Behauptungen und falschen Darstellungen operiert. Ich habe jetzt sicherheitshalber noch einmal angerufen. Der Herr Nationalratsabgeordnete Karl Dobnigg bestätigt mir, dass er zu keinem Zeitpunkt eine Zusage gegeben hat, in diesem Komitee tätig zu sein. Er wurde gefragt, aber er hat das abgelehnt. Das ist Nummer eins.

Nummer zwei: Das überparteiliche Komitee sammelt Unterschriften auf ÖVP-Wahlständen und das hat auch den ÖGB dazu veranlasst, diesem Komitee nicht beizutreten und diese Form der Unterschriftensammlung abzulehnen.

Und das Letzte, lieber Herr Kollege Bacher, wenn du sagst, jawohl, die medizinische Versorgung ist sichergestellt, wir haben hervorragende Ausbaupläne und ich vertraue auf unseren Landesrat Erlitz, dass er das auch umsetzen wird. Aber meine Bitte und meine Aufforderung war, sorgt ihr auch bei dem, der schlussendlich das Geld hergeben muss, dass er diesen Beschlüssen zustimmt. Ich habe erwähnt, vielleicht ist das überhört worden, 2001 im Februar Regierungssitzung, Vorgabe des Landesfinanzreferenten beim Personal minus 700 Millionen Schilling, bei den Investitionen minus 1,5 Milliarden Schilling und dann sich herauszustellen und herzugehen, tut endlich etwas weiter, ist starker Tobak, mehr möchte ich gar nicht dazu sagen. (Beifall bei der SPÖ. – 12.05 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Böhmer bitte. (Allgemeine Unruhe.)

Am Wort ist der Herr Abgeordnete Böhmer! Herr Abgeordneter, bitte! Wer sich zu Wort melden will, ich nehme die Wortmeldungen gerne entgegen.

Abg. Böhmer (12.05 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Landesrat, liebe Zuhörerinnen und liebe Zuhörer!

Kollege Bacher, ich hätte mir erwartet, dass du etwas positiver zur KAGES oder zu unserer Spitalslandschaft sprichst – ich habe nicht gesagt, dass du negativ bist. Horch, was ich sage. (Abg. Bacher: „Stand von vor 30, 40 Jahren!“)

Das mag schon für einige Bereiche in einigen Spitälern des Landes Steiermark stimmen, ich möchte aber nur sagen, du weißt ganz genau, Herr Kollege, die Entwicklungen, ich erinnere dich nur vorige Woche, System Open medocs, ich erinnere dich, es gibt den ÖKAP, Österreichischen Krankenanstaltenplan, wo derartige Veränderungen eigentlich nahezu gesetzlich vorgesehen sind, was auch passiert, dank der Mitarbeit der Primarii am Land. Ich nehme hier das Spital Hartberg auch in Kooperation mit dem Ordensspital Vorau her. Das heißt, es passiert schon etwas in den Regionen. Bei uns sagt man so, in der Lehrerschaft, vergifte nicht den Brunnen, sondern hilf, ihn noch klarer zu machen. Du besitzt ein großes Insiderwissen gerade auf dieser Ebene.

Ich bleibe auch bei den Abgeordneten Bacher und Tschernko, ich komme nur zur Installierung der einjährigen Sonderausbildung für die Kinder- und Jugendlichenpflege. Warum melde ich mich zu Wort? Ganz einfach, weil es für mich ein Beispiel ist, wie rasch man jetzt hier wiederum innerhalb des Hauses, damit meine ich der KAGES und innerhalb des Ressorts von Landesrat Wolfgang Erlitz, reagiert hat. Es ist schon richtig, dass man immer wieder von Seiten der Kinderklinik anklopft und sagt, da ist ein Mangel, da fehlt es an Kinderkrankenpflege. Nur, leider haben wir auch – und das hat der Kollege Tschernko ja gesagt – von 1998 bis 2003 206 neu ausgebildet und diese Leute sind uns unter anderem – auch das hat der Kollege Tschernko so angedeutet – ich würde sagen in untergeordnete Tätigkeiten, ohne das Wort untergeordnet negativ zu sehen, zum Beispiel in die Pflegehilfe und in die Altenhilfe abgewandert. Trotzdem hat die Fachabteilung 8A noch einmal diesen Kursus ausgeschrieben und es haben sich 36 gemeldet. Nur, warum gibt es auch immer wieder Mängel oder warum gibt es immer wieder keine Absolventen für derartige Sonderkurse? Auch das muss uns klar sein, es besteht das Problem, dass viele derer, die es gerne täten, schon in einer Berufsausbildung sind und für diesen Beruf auch Geld bekommen, das heißt, sie beziehen ja auch Einkommen, auf das sie während dieser Ausbildung, die immerhin drei Jahre dauert bis zum Diplom, auf das sie verzichten müssen.

Zur Vertiefung noch: Zurzeit sind im LKH-Klinikum Graz 413 im Stand, 64 davon im Karenzurlaub und am LKH Leoben 77 Kinderkrankenschwestern und Kinderkrankenpfleger eingesetzt. In allen anderen LKHs gibt es keine Kinderstationen. Bei mir taucht halt auch die Frage auf, wir reden immer nur vom intramuralen

Bereich und du, Kollege Tschernko, hast auch die Hauskrankenpflege bei den Kindern angesprochen. Hier würde es wohl auch einmal einer Erhebung bedürfen. Nur, dann müssten eben alle, die diese Kinderhauskrankenpflege tätigen, ihre Karten offen auf den Tisch legen und das würde ich mir wünschen, so dass wir wirklich über unser Gesundheitsland Steiermark auch einen wirklich nachvollziehbaren gesamten Gesundheitsbericht erstellen können und auf diesem dann wieder fußend natürlich dann die Ausbildung forcieren können. Wenn wir das haben, Kollege Tschernko, glaube ich, wäre uns geholfen. Nur, wir müssen jetzt gerade auch im extramuralen Bereich – sagen wir eben so – Wallfahrten tätigen und gebt eure Zahlen kund, wer arbeitet dort und wer arbeitet da. Dann wird es klappen. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 12.10 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Hamedl. Herr Abgeordneter, bitte.

Abg. Hamedl (12.11 Uhr): Frau Landeshauptmann, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich werde jetzt nicht in das Geplänkel und in die negativen Äußerungen eintreten. Ich darf mit einem Beispiel beginnen. In den zwanziger Jahren war eine Expedition in Indien unterwegs mit Trägern. Nach drei Tagen sind diese Träger stehen geblieben und sind nicht weitergegangen. Konfliktbewältigung hat man nicht gekannt, man hat eine Peitsche genommen und hat einmal auf die Träger eingeschlagen. Die sind aber trotzdem nicht weitergegangen. Dann ist man darauf gekommen, man könnte einmal fragen, warum geht ihr nicht weiter? Die Träger haben gesagt, wir sind zu schnell unterwegs, unsere Seele ist zurückgeblieben. Und ich lege das ein bisschen auf unsere heutige Gesellschaft in der Gesamtheit um. Wir sind heute so schnell unterwegs, dass der Mensch manches Mal zurückbleibt. Ich glaube, das sollte uns zu denken geben.

Ich bringe keine Zahlen. Wir wissen die Zahlen der psychischen Erkrankungen. Sie steigen, wir haben den Alltagsstress, wir haben Orientierungslosigkeit, Einsamkeit, Verzweiflung und auch letztendlich liegen wir in der Steiermark an zweiter Stelle bei der Selbstmordrate von ganz Europa, nur in Finnland gibt es mehr Selbstmorde. Deswegen denke ich mir, dass diese Beschlussfassung heute für die Psychiatrie Leoben ein ganz wichtiger Punkt ist, weil dort Menschen Aufnahme finden können.

Es ist angesprochen worden die insgesamt Situation in der Obersteiermark in der psychiatrischen Versorgung, die liegt, glaube ich, im Argen. Das wurde auch im Psychiatriebericht 2003 und 2002 angesprochen. Es gibt dort auch verschiedene Konzepte zur Unterbringung von psychisch Kranken. Ich glaube, für die Abteilung in der Obersteiermark spricht einfach eine Wohnnähe, dass die Menschen von dort oben jetzt nicht nach Graz kommen müssen, sondern dass sie mehr in ihrer Gegend bleiben. Es ist einfach auch ein therapeutischer Effekt. Auch der Kontakt zu den Mitmenschen, zu ihren Freunden, Bekannten findet da viel mehr statt.

Ich habe eigentlich vorgehabt, Ihnen aus einem Abschiedsbrief eines Selbstmörders, der Selbstmord begehnen wollte – Gott sei Dank konnte es verhindert werden – einige Zeilen vorzulesen, damit Sie sehen, wie es solchen Menschen geht. Ich werde es jetzt aber trotzdem nicht tun, weil vielleicht finden Sie das zu theatralisch und ich möchte da auch nicht in die Intimität eines Menschen eingreifen. Aber ich sage Ihnen, es sind aus einem Drei-Seiten-Brief sehr erschütternde Worte und es hätte gezeigt, wie geht es jemandem, woran zweifelt er, woran verzweifelt er und warum sieht er nur diesen einen Weg.

Zum Abschluss noch einmal. Ich glaube, durch diese Station haben Menschen einfach eine bessere Chance, wieder den Tritt in ein normales Leben zu finden, das manches Mal ja nicht immer unbedingt normal ist. Herzlichen Dank fürs Zuhören und der Antrag wird sicher von allen angenommen werden. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 12.14 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster am Wort ist der Herr Abgeordnete Kreisl bitte.

Abg. Kreisl (12.14 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, Frau Landeshauptmann, meine Damen und Herren!

Abgeordneter Prattes, auch ich habe gerade telefoniert. Nationalratsabgeordneter Karl Dobnigg hat sich bei der Verantwortlichen Christa Pölzl telefonisch gemeldet, dass er beitrifft. Das habe ich soeben erfahren. Du hast gesagt, dass er nicht beitrifft. Er hat wahrscheinlich vergessen dich zu fragen, er hat das selbstständig gemacht. (Abg. Prattes: „Das stimmt ja nicht!“)

Des Weiteren möchte ich jetzt noch einmal die finanzielle Lage anführen. Lieber Herr Kollege Prattes, ich habe heute schon einmal eine Beantwortung von Landesrat Erlitz vorgelesen. Darin lautet es: „Die Palliativstation soll spätestens im Jahre 2004 in Bau gehen. Die Bedeckung für dieses Projekt ist gegeben. Auch die Finanzierung palliativmedizinischer Leistungen ist gesichert!“

Das Nächste war, 26. Juni, die Anfrage an Landesrat Erlitz, wobei ich hier bekannt gegeben habe, dass ich in der Fragestunde am 24. September 2002 an Landesrat Dörflinger eine Anfrage gestellt habe, wann mit dem Baubeginn des zentralen OP-Bereiches und der Errichtung eines Strahlentherapiezentrum, einer psychiatrischen Abteilung und einer palliativmedizinischen Abteilung am LKH Leoben zu rechnen ist, berichtet, dass die Planungen und Vorbereitungen bereits abgeschlossen sind. Auch von Vorstandsdirektor Martetschläger wurden 33 Millionen Euro für die erste Baustufe zugesagt.

Ich weiß nicht, was ist mit dem ganzen Geld passiert? Du jammerst immer, gebt uns ein Geld. Entweder ist man fähig in diesem Ressort – (Abg. Prattes: „Es ist keines gekommen, das Geld ist nicht bereitgestellt worden!“)

Was heißt bereitgestellt worden? Ich kann nicht überall die Zusage machen.

Und eines muss ich auch noch sagen, die ÖVP verunsichert die Bediensteten nicht, das seid ihr. Sage einmal deinem Bürgermeister Konrad, er soll sagen, dass es keine Augenklinik gibt in Leoben, er soll das öffentlich sagen. Oder ist doch ein Kuhhandel dahinter? Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 12.16 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächstes am Wort ist der Herr Abgeordnete Lafer. Bitte.

Abg. Lafer (12.16 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, sehr geehrte Herren Landesräte, meine Damen und Herren!

Normalerweise wollte ich mich bei diesem Thema gar nicht zu Wort melden, jedoch bin ich dazu animiert worden, weil hier eine Politik im Bereich der Gesundheit betrieben wird, die bei mir auf kein Verständnis stößt.

Wenn ich mir die Wortmeldung anhöre, lieber Kollege Prattes, wie du heute schon gelobt worden bist, wo du überall Erster warst, welche Aussendungen du gemacht hast und welche Dinge du für Leoben versprichst, dann finde ich das insofern okay, weil der regionale Politiker sich da auch zu Wort melden sollte, in gewissen Bereichen vorausgesetzt.

Zum anderen will ich hier aber auch dahin gehend aufzeigen, dass man gerade in der Gesundheitspolitik jene Bereiche verkehrt anspricht, insofern verkehrt, als ich vorhin gehört habe, dass man hier zum Beispiel die Besprechung mit den regionalen Politikern durchführen sollte. Was heißt das genau?

Wir sind hier genau in jenem Bereich, wo die Kirchturmpolitik stattfindet, wo jeder regionale Abgeordnete, ganz egal, aus welchem Bereich der Steiermark, sich natürlich um seinen Bereich wehren und schauen wird, dass er in seiner Gemeinde, in seinem Bezirk das bestmögliche Spital, die bestmögliche Versorgung hat. Das ist schon okay. Aber gestehen Sie mir doch zu, meine Damen und Herren, das kann nicht der Weg sein in eine zukunftsorientierte Gesundheitspolitik, wo wir genau darauf achten müssen, was in Zukunft auf uns zukommt. Ob es im Bereich der Wissenschaft ist, ob es im Bereich der Lehre ist, es werden Dinge immer komplizierter, es werden Dinge immer teurer und schlussendlich kann die Politik das entsprechende Geld in jenem Ausmaß nicht mehr zur Verfügung stellen, wie es auch benötigt und gebraucht wird. Und der Schrei nach mehr Geld, lieber Kollege Prattes, ist mir auch verständlich. Nur, ewig wird das nicht gelten, wenn du immer nur schreist nach Geld, sondern man muss auch einmal dahin gehend nachdenken, in welchen Bereichen ist es möglich, auch auf Grund von Umänderungen oder Veränderungen von Strukturen, effiziente wirtschaftliche Gewinne zu erreichen, die jene Bereiche abdecken, wo ich einen tatsächlichen Abgang habe.

Und dahin gehend bin ich auch der Meinung, dass wir unter unserem vorigen Gesundheitslandesrat einiges versäumt haben. Da, liebe SPÖ, glaube ich, dass Sie mir auch in einem gewissen Bereich zustimmen werden, denn es gab keinen klaren Auftrag durch die Politik an die Geschäftsführung beziehungsweise an den Vorstand der KAGES, was Sie überhaupt als Dienstgebervertreter, als Besitzer dort haben wollen. Landesrat Erlitz hat zumindest jetzt von den neuen Vorstandsdirektoren eingefordert, ein entsprechendes Konzept auf den Tisch zu legen, das natürlich abzuwarten bleibt und dann auch beurteilt und diskutiert werden muss, aber zumindest einmal ein Konzept verlangt, wo wir wissen wollen, wie geht es in der Gesundheitspolitik der Steiermark weiter.

Was wollen wir? Wollen wir Qualität oder wollen wir Quantität? Und hier, bitte, meine Damen und Herren, ist sehr wohl ein wesentlicher Unterschied zu sehen, denn Qualität bedeutet, dass ich dort, wo ich als Patient hinkomme, das dementsprechende Angebot in Anspruch nehmen kann und dass ich dort die bestmögliche Versorgung habe. (Beifall bei der FPÖ.)

Und es kann nicht sein, dass jedes LKH, jedes Spital von sich behauptet, alle Leistungen in entsprechendem Ausmaß tätigen zu können. Und ich möchte das sogar auf Grund eines Beispiels, ohne den Namen anzuführen, sagen. Wenn ich meine Gattin zu einem LKH hinschicken müsste, wo zehn bis 15 Geburten im Jahr stattfinden, dann würde ich ihr schleunigst davon abraten, sondern würde zu ihr sagen, geh bitte dort hin, wo die Professionisten sitzen, die Experten sitzen, weil ich für meine Frau auch das Beste haben wollte. Und genau dahin gehend wollte ich diesen Punkt angesprochen haben, denn wir wissen, dass im Bereich der Gesundheit, dass im Bereich der Gesundheitspolitik einfach andere Schritte für die Zukunft erforderlich sind.

Wir als Freiheitliche sagen, die KAGES ist ein Instrument, das sehr wohl unter der damaligen Initiative der Ausgliederung aus dem Land eine gute Geschichte ist. Wir müssen aus dieser KAGES ein wissenschaftliches Unternehmen formen, das imstande ist, all jene Dinge, die für die Zukunft erforderlich sind, und auch all jene Visionen, die man für die Zukunft braucht, um hier eine gute Gesundheitspolitik zu machen, umzuformen. Wir haben das nötige Know-how in der KAGES, wir haben die nötige Technik. Und wir müssen uns auch in anderen Bereichen, wie etwa der EDV-Technologie, noch verbessern. Aber wir Freiheitliche sind auch davon überzeugt, wenn wir jene Wissensquellen, wenn wir jene Leute, jene Experten, die in der KAGES bereits vorhanden sind, auch zu Wort kommen lassen und auch jene Projekte umsetzen lassen, die bis jetzt, bitte, ja bereits fertig in der Tischlade liegen, dass hier etwas Vernünftiges herauskommt.

Meine Damen und Herren, hier vielleicht noch ein Wort zu diesen Beraterfirmen. Es ist schon gut, wenn man sich Firmen dazukaufte, die die KAGES in einer gewissen Form beraten wollen. Nur sehe ich nicht ein, dass man hier einen Vertrag abschließt, ohne dass man der Firma den Auftrag gibt, was sie zu beraten hat. Diese Vorgangsweise ist für mich zum Beispiel unverständlich, weil wir doch in der KAGES genug Potenzial haben, Potenzial, das wir nur nützen müssen.

Meine Damen und Herren, vielleicht ein sehr provokativer Satz zum Abschluss: Es wird hier immer wieder geredet – mehr als das letzte Jahrzehnt – von der Standortgarantie. Was bedeutet Standortgarantie? Die Standortgarantie kann bedeuten, dass ich mir jedes einzelne LKH erhalte, oder bedeutet es, dass ich in jedem LKH alles erhalte? Ich sage hier klar und deutlich, wir müssten jene Standorte erhalten, die wir als LKH haben, in welchen Bereichen auch immer, nur jedes LKH kann nicht alles machen.

Und wenn man diese Diskussion nur hört, meine Damen und Herren, die in den letzten vier bis acht Wochen geführt worden ist über die vier chirurgischen Abteilungen des Landes, dann sage ich Ihnen hier heute ganz bewusst, in fünf Jahren wird keiner mehr fragen, welche vier Chirurgien vielleicht zugesperrt werden müssten, sondern in fünf Jahren werden wir uns fragen müssen, welche vier Chirurgien gibt es in der Steiermark? Das ist der Weg in die Zukunft, denn die Erstversorgung wird immer jenes Krankenhaus durchführen müssen, wo der Patient hinkommt. Die tatsächliche Behandlung schlussendlich, damit er zu jenem Erfolg im Bereiche der Gesundheit kommt, die er nötig hat und braucht, wird jene Station oder jenes Krankenhaus durchführen müssen, das dazu auch fähig ist. Und das wird auch in Zukunft die Gesundheitspolitik durch die Steiermark begleiten. (Beifall bei der FPÖ.)

Meine Damen und Herren, wenn dieser Weg so beschritten wird, dann können wir uns vorstellen, dass wir auf einem guten Weg sind. Sollte dieser Weg verlassen werden, werden Sie mit aller Vehemenz und mit allen Gegenmitteln von uns zu rechnen haben. Danke! (Beifall bei der FPÖ. – 12.24 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Das Schlusswort hat Herr Landesrat Erlitz. Bitte.

Landesrat Mag. Erlitz (12.24 Uhr): Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Grundsätzlich einmal bedanke ich mich bei allen, auch beim Hans Bacher für seine Wortmeldung, die, wie immer halt, sehr emotional ausgefallen ist. Aber wir stimmen auch da, bin ich überzeugt, überein.

Ich darf vielleicht wirklich anknüpfen bei der Wortmeldung von Franz Lafer, weil da gibt es wirklich weitgehend Übereinstimmung, wenn ich auch zum Schluss nicht ganz einverstanden bin mit dem, was er gesagt hat, mit den Chirurgen.

Es hat einen Grundkonsens gegeben, Hans, wie wir ein neues Management gesucht haben. Wir waren uns sehr bald einig, dass dieses neue Management nicht ein Firmenmanagement sein soll, weil wir gesagt haben, Privat soll hier nicht Einzug halten, Globalisierung, Liberalisierung, Angebot und Nachfrage, der Markt hat in dem Segment nichts verloren.

Es muss Freiräume geben. Freiräume, in denen der Markt nichts verloren hat. Das Geld würde es schon regeln, aber sicherlich hier völlig falsch. Nämlich das Geld würde jene ausschließen von der medizinischen Versorgung, die es sich nicht leisten können und nur jene zulassen, die es sich leisten können. Da haben wir gesagt, der Markt weg, wir gehen hin zu einer personellen Geschäftsführung. Wir suchen wieder zwei Geschäftsführer. Weitgehende Übereinstimmung und übereingestimmt auch, dass wir sagen, wir geben dieser neuen Geschäftsführung aber auch einen Auftrag mit, nämlich die Spitäler, die medizinische Versorgung, das Versorgungsangebot neu zu strukturieren, anzupassen an die Anforderungen des 21. Jahrhunderts. Ich stehe zu dem, was da drinnen steht in dieser Broschüre, die du so umfangreich vorgelesen hast, dass zum Teil unsere Strukturen, unsere Spitalstrukturen natürlich zurückreichen in das vorige Jahrhundert, vor 30, 40 Jahren. Damals war ein Spital modern, wenn es eine Chirurgie gehabt hat, eine Allgemeinchirurgie, eine interne, eventuell noch eine Gynäkologie, Geburtsstation. Mehr war draußen schon nicht mehr vorhanden. Unfallchirurgie hat es in Graz gegeben. Das war die Grundstruktur. Damals war es state of the art, vor 30, 40 Jahren.

Heute ist der Stand ein anderer, zum Teil haben sich die Spitäler an die neuen Herausforderungen bereits angepasst und wurden danach ausgerichtet. Zum Teil verhaften wir aber noch in dieser Zeit vor 20, 30, 40 Jahren und so ist es ja nicht, dass wir sagen, jetzt haben wir 30 Jahre nichts getan. Sehr viele neue Anforderungen, die stammen erst von vor ein paar wenigen Jahren. Denken wir an die Palliativmedizin. Vor zehn Jahren hat niemand gewusst, wie man Palliativmedizin schreibt. Heute reden wir von der Akutgeriatrie, heute reden wir von der Remobilisation, heute – vor fünf Jahren noch nicht – setzen wir den Herzkatheter ein in der Phase eines akuten Herzinfarktes. All das bedeutet aber natürlich eine Neustrukturierung. Weil das Team, das früher operiert hat, habe ich jetzt bei den Patienten, wo der Herzkatheter eingesetzt wird. Das Akutbett, das früher für den Herzpatienten bereitgestellt war, habe ich jetzt für den mit dem Herzkatheter. Das heißt, mir fehlt jetzt auf einmal für die Operation eine Mannschaft und es fehlen mir Betten. Ich habe jetzt zwar ein neues Element da drinnen, neue Struktur, ein neues Angebot, ein medizinisches, aber die Struktur rundherum, die Rahmenbedingungen, die passen nicht zusammen. Und in der Phase befinden wir uns jetzt. Ich glaube, da gibt es weitgehende Übereinstimmung. Wir wollen ganz einfach noch einmal – und das Wissen vermehrt sich alle fünf Jahre – wir wollen ganz einfach das Wissen, das medizinische, dem derzeitigen Stand des medizinischen Fortschritts allen Menschen dieser Region zur Verfügung stellen. Ich möchte einmal nicht daran gemessen werden, wie viele Spitäler ich gesperrt habe und wie viele Stationen. Ich möchte

daran gemessen werden, wie viel medizinische Versorgung ich den Menschen in allen Regionen dieses Landes zur Verfügung gestellt habe. Das ist mein Ziel, daran möchte ich gemessen werden! (Beifall bei der SPÖ.)

Und noch einmal, die Anforderungen sind heute größer. Heute erwarte ich mir natürlich auch draußen Orthopädie und Palliativstation und Remobilisation und Rehabilitation und Strahlentherapie und, und, und. Zu Recht, auch draußen in der Peripherie, und das wollen wir gemeinsam den Menschen zur Verfügung stellen. Aber wie der Franz Lafer richtig sagt, ich kann das nicht alles in jedem Spital bringen, sondern in der Region muss ich ein optimales medizinisches Angebot sicherstellen. In der Region! Nicht jedes Spital! Da kann es schon passieren, dass eben irgendwo vielleicht auch, weil eben drei neue Fachrichtungen in ein Spital kommen, eine Fachrichtung in das benachbarte Spital, das maximal 20 Minuten entfernt ist, abwandert. Das kann schon sein. Und das wird aber, glaube ich, niemanden abhalten in das andere Spital zu fahren. Das heißt, wir wollen neu strukturieren und noch einmal, da gibt es einen Konsens. Und ich habe noch etwas gesagt, noch einmal, wir haben gesagt, die Geschäftsführer sollen uns jetzt eine neue Struktur liefern. Seit 1. April ist die Geschäftsführung im Amt. Seit 1. April! Und jetzt höre ich schon überall die große Aufregung, um Gottes willen, was ist los mit den Spitälern? Dass das mit den Chirurgien hinausgegangen ist, ist nicht meine Schuld, ich weiß nicht, wer das hinausgebracht hat. Ich nicht! (Abg. Bacher: „Das Problem ist schon jahrelang bekannt!“) Schau noch einmal, ich verstehe euch ja, dass ihr überall anzünden wollt, um von euren ESTAG-Problemen abzulenken. (Beifall bei der SPÖ.) Aber das geht auf Kosten des Vertrauens der Menschen für die Spitäler! Bleiben wir sachlich! Bleiben wir doch sachlich!

Wir müssen doch der Geschäftsführung, deinem Herrn Kehrer unter anderem, Zeit geben, dass sie jetzt bündige, schlüssige Konzepte vorlegen, wie nun diese Struktur in Zukunft aussehen soll. Dann reden wir darüber. Diese neue Struktur, dieses neue Angebot wird im Juni vorliegen und dann können wir darüber reden. Ich habe noch einen Auftrag gegeben, dass diese Struktur nicht aufgepropft wird diesen Spitälern draußen, sondern dass diese Strukturen, diese neue Angebotspalette immer mit den betroffenen Anstaltsleitungen erarbeitet wird. Und genau in der Phase sind sie jetzt, genau in dieser Phase sind sie! (Beifall bei der SPÖ.)

Aber ich verstehe schon eure Ungeduld, wie gesagt, ich muss nur eines sagen. Ich würde nur eines bitten bei allem Verständnis eurer Ablenkungsmanöver. Ihr richtet mit dieser eurer Strategie großen Schaden in der Form an, dass ihr nämlich die Menschen draußen verunsichert und dass ihr damit den Menschen das Vertrauen in unser – und dazu stehe ich auch – hervorragendes Spitalswesen nehmt. Wir haben eines der besten Spitalswesen der Welt (Abg. Bacher: „Stand wie vor 30, 40 Jahren!“), dank der Menschen, die dort arbeiten. Und zu dem stehe ich! Aber die Strukturen innerhalb der Spitäler, die Angebotsstrukturen, die müssen jetzt angepasst werden an die jetzigen Anforderungen, an diesen Stand des Wissens, den Stand des medizinisch-technischen Fortschritts. Ganz einfach, wenn man hier nichts tut, das ist wie Rudern gegen den Strom. Wenn man nichts tut im Spitalsbereich, fährt man zurück. Und genau das wollen wir tun, wir wollen vorwärts rudern, wir wollen ganz einfach unsere Spitäler an das 21. Jahrhundert anpassen. (Beifall bei der SPÖ.)

In diesem Sinne würde ich also wirklich bitten, geben wir dem KAGES-Management noch diese paar Wochen Zeit, um sein bündiges, schlüssiges Konzept oder bündige, schlüssige Konzepte vorzulegen, wie die neue Spitalsstruktur ausschauen soll, wie das Angebot aussehen soll und dann diskutieren wir noch einmal, ob uns das so passt oder nicht. Aber noch einmal, für mich ist eines ganz klar, für mich steht der Patient im Mittelpunkt. Er muss draußen optimal versorgt werden. Eines sage ich auch noch dazu, optimale Versorgung heißt natürlich, dass das Spitalswesen nicht billiger werden kann. Das wird nicht gehen.

Noch einmal, der VW Golf hat in den siebziger Jahren 70.000 Schilling gekostet, heute kostet er das Vierfache, aber er kann auch viermal so viel. Und genauso ist es bei den Spitälern, die können halt viel mehr als vor 30, 40 Jahren. Das wird auch Geld kosten. Aber eines sage ich auch – (Abg. Bacher: „Herr Landesrat, eine Frage, eine Frage. Darf ich eine Frage stellen?“)

Nein, du hast ja heraußen reden können. Eines sage ich auch, das Geld kriegen wir nicht nur herein – (Abg. Bacher: „Ist das eine optimale Versorgung, wenn man auf einen Augenarzttermin ein halbes Jahr wartet?“) Bitte noch einmal, das Geld bringe ich auch herein, nicht durch Einsparen, sondern durch das Schaffen neuer Geschäftsfelder, indem ich mir neue Geschäftsfelder erschließe. Auch das ist eine Möglichkeit, Geld hereinzuspielen. Auch diesen Auftrag hat die KAGES-Geschäftsführung von uns gemeinsam bekommen.

In diesem Sinne hoffe ich jetzt wirklich, dass wir abwarten, bis das Konzept vorliegt und dann diskutieren wir und noch einmal, um die Menschen draußen nicht zu verunsichern und ihnen das Vertrauen in die Spitäler nicht zu nehmen. (Beifall bei der SPÖ.)

Noch einmal, ich verstehe euch schon, Ablenkung vom ESTAG-Skandal, Ablenken von der Strompreiserhöhung und irgendwo die Hütten anzünden. Aber ihr tut den Menschen in dem Lande nichts Gutes! (Beifall bei der SPÖ. – 12.34 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Nachdem keine Wortmeldung mehr vorliegt, kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zur Einl.-Zahl 1785/1 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 1069/5 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 1540/1 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 1667/1 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 1548/1 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

7. Bericht des Ausschusses für Soziales und Kindergärten über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1096/1, Beilage Nr. 145, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Sozialhilfegesetz, LGBl. Nr. 29/1998, zuletzt in der Fassung LGBl. Nr. 5/2002 geändert wird, über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 679/2, zum Beschluss Nr. 443 des Steiermärkischen Landtages vom 22. Jänner 2002 über den Antrag der Abgeordneten Hamedl, Lafer, Dr. Lopatka, Hammerl, Tschernko und Gödl, betreffend Novellierung des Steiermärkischen Sozialhilfegesetzes hinsichtlich des anspruchsberechtigten Personenkreises, über den Antrag, Einl.-Zahl 1503/1, der Abgeordneten Mag. Drexler, Hammerl, Dirnberger, Tschernko und Wicher, betreffend Kostenrückersatz nach dem Steiermärkischen Sozialhilfegesetz sowie über den Antrag, Einl.-Zahl 760/1, der Abgeordneten Mag. Zitz, Hagenauer und Lechner-Sonnek, betreffend soziale Mindeststandards für AsylwerberInnen.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Barbara Gross. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Gross (12.37 Uhr): Danke, Frau Präsidentin. Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Der vom Ausschuss für Soziales und Kindergärten eingesetzte Unterausschuss hat in seiner Sitzung vom 24. März 2004 über die von unserer Frau Präsidentin angeführten Regierungsvorlagen und Anträge beraten und ist zu folgendem einvernehmlichen Ergebnis gekommen:

Auf Grund der nunmehr vorliegenden Artikel-15a-Vereinbarung zwischen Bund und Land wird das Steiermärkische Sozialhilfegesetz novelliert, um die Grundversorgung für hilfs- und schutzbedürftige Fremde sicherzustellen.

Im zweiten Teil dieser Novellierung wird der Kostenrückersatz nach dem Sozialhilfegesetz durch einen Geschenknehmer, der innerhalb der letzten drei Jahre nach Hilfestellung unentgeltlich Vermögen vom Hilfeempfänger erhalten hat, festgeschrieben, und zwar im Paragraphen 28 a, wie folgt:

„(1) Hat ein Hilfeempfänger innerhalb der letzten drei Jahre vor Beginn der Hilfeleistung, während oder drei Jahre nach der Hilfeleistung Vermögen verschenkt oder sonst ohne entsprechende Gegenleistung an andere Personen übertragen, so ist der Geschenknehmer zum Kostenersatz verpflichtet, soweit der Wert des Vermögens das Fünffache des Richtsatzes für Alleinstehende übersteigt. Dies gilt auch für Schenkungen auf den Todesfall.

(2) Die Ersatzpflicht ist mit der Höhe des Geschenkwertes zum Zeitpunkt der Schenkung, soweit das geschenkte oder erworbene Vermögen oder dessen Wert noch vorhanden ist, begrenzt.“

Namens des Ausschusses für Soziales und Kindergärten stelle ich den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der vorliegende Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Steiermärkische Sozialhilfegesetz geändert wird, wird zum Beschluss erhoben. (12.39 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Erstes am Wort ist der Herr Abgeordnete Hammerl.

Abg. Hammerl (12.39 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, Herr Landesrat, meine geschätzten Damen und Herren!

Ich möchte – hier sind vier Punkte zusammen – zu 760/1, zu dem sozialen Mindeststandard für Asylwerber und -werberinnen, sprechen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in letzter Zeit ist ein ungueter Streit zwischen der Caritas und der Diakonie auf der einen Seite und dem Innenminister auf der anderen Seite akut geworden. Es geht um die Betreuung von Asylsuchenden.

Es gibt ein fatales Bild ab, wenn Menschen ohne Obdach von einer Seite zur anderen geschickt werden und dann doch vielleicht keine Aufnahme finden. Zu Recht treten die Hilfsorganisationen für diese Ärmsten ein und kritisieren die Haltung von öffentlichen Stellen.

Diesen Hilfsorganisationen, die Wesentliches für die Ärmsten, aber auch für Österreich leisten, soll hier offiziell ein Dank für ihren Einsatz, aber auch – und das möchte ich festhalten – für ihre Kritik ausgesprochen werden. (Beifall bei der ÖVP.)

Indem sie Kritik üben, stellen sie ein Sprachrohr der Humanität dar.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist allerdings auch die Spannung zu sehen, die dem Problem des Zustroms von Asylwerbern innewohnt. Um den wirklich Betroffenen helfen zu können, muss die Berechtigung, als Asylant anerkannt zu werden, möglichst rasch festgestellt werden. Da das Solidaritätspotenzial ein beschränktes ist, Herr Kollege, muss einem Missbrauch des Instituts des Asyls vorgebeugt werden. Hier sind aber auch die Hilfsorganisationen gefordert, der Gerechtigkeit zum Durchbruch zu verhelfen. Es gilt, einer Situation zu wehren, in der gerade die Bedürftigsten nicht unterstützt werden, weil die Kapazitäten nicht vorhanden sind, weil sie etwa von nicht in die Genfer Konvention fallenden Personen in Anspruch genommen werden. Es muss auch einer Diffamierung Österreichs als inhuman abgewehrt werden.

Ähnliches gilt auch in Bezug auf Anspruch von Sozialhilfe. Sozialhilfe, meine Damen und Herren, ist dazu da, um den Ärmsten den Anspruch auf das Überleben zu gewährleisten, und zwar auf ein würdiges Überleben. Dieser Anspruch – keine Frage – steht aber allen zu. Und in Bezug auf Asylsuchende ist die Frage zu stellen, wer diesen Anspruch zu gewährleisten hat.

Nach Paragraph 37b (2) des Asylgesetzes sind die Erstaufnahmestellen, soweit in diesen die Versorgung der Grundbedürfnisse von Asylwerbern, in deren Verfahren noch keine Zulassungsentscheidung getroffen worden ist, faktisch gewährleistet.

Neben den Betreuungsstellen und Betreuungseinrichtungen gibt es hier ein paar wichtige Fragen, die ich heute auch aufwerfen möchte. Eine Betreuungsstelle ist nach dem Gesetz jede außerhalb der Erstaufnahmestelle gelegene Unterbringung, in der die Versorgung der Grundbedürfnisse faktisch gewährleistet wird. Die Errichtung von Betreuungsstellen in den Bundesländern, die Zuteilung von Asylwerbern und deren tatsächliche Unterbringung in den Bundesländern, meine Damen und Herren, richtet sich unbeschadet der kompetenzrechtlichen Zuständigkeiten nach der Volkszahl der Bundesländer. Damit sind die Bundesländer und die Gemeinden in besonderer Weise gefordert. Und wenn ich jetzt sage die Gemeinden, keine Frage, auch die Bürgermeister in unserem Land sind dahin gehend gefordert, und hier bedarf es Hilfe.

Dass, meine Damen und Herren, in der Steiermark viel geschehen ist, dafür sei den Hilfseinrichtungen, vor allem unserer Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic, die immer ein offenes Ohr für die Probleme der Asylsuchenden hat, aber auch dem Soziallandesrat Dr. Kurt Flecker, herzlich gedankt.

Meine Damen und Herren, wir sind hier neu gefordert und aufgefordert. Es geht darum – und das ist in nächster Zeit auch ein Schwerpunkt –, gerade die Gemeinden und deren Bürgermeister bei ihrer Aufgabe der Aufnahme von asylwerbenden Stellen zu unterstützen. Es gilt, die Gemeinden in rechtlicher Hinsicht zu unterstützen und vor allem aber die Bürgerinnen und Bürger zu bestärken, dass sie bereit sind, Solidarität mit den Ärmsten zu üben und eine Aufnahme von Asylsuchenden in die Gemeinden nicht zu verhindern. Ich bin sehr viel in letzter Zeit in den verschiedenen Gemeinden in der Steiermark unterwegs gewesen und hier spürt man schon heraus, dass es in der Bevölkerung, auch gemeinsam mit den Bürgermeistern, Probleme gibt.

Hier müssen wir gemeinsam beiden Seiten helfen. Gerade, meine Damen und Herren, die Inanspruchnahme der kompetenten Hilfe von Hilfsorganisationen wie der Caritas kann nur eine Garantie dafür sein, dass kompetent, das heißt auch den Bürgerinnen und Bürgern in verträglicher Weise geholfen wird. Die Aufgabe aber nur auf die Gemeinden abzuschieben, ohne entsprechende Stützung anzubieten, das ist kein Weg! (Beifall bei der ÖVP.)

Im Sinne des Subsidiaritätsprinzips liegt es auch, dass den Asylwerbern selbst die Möglichkeit gegeben wird, für ihren Lebensunterhalt einen Beitrag zu leisten. Wer sich einmal, meine Damen und Herren, mit dem Schicksal von Menschen, die lange in Betreuungsstellen verbringen müssen, und die zum Teil zu einer entwürdigenden Tatenlosigkeit verurteilt sind, angeschaut hat, wird sofort feststellen, dass damit hier wesentliche Abhilfe geschaffen werden könnte.

Das ist jetzt für uns, für die Steiermark, für Österreich etwas ganz Neues. Mit dem Paragraphen 7 des Bundesbetreuungsgesetzes 2003 können auch Asylwerbende, die in einer Betreuungsstelle untergebracht sind, mit ihrem Einverständnis, ich betone mit ihrem Einverständnis, und nicht mit Zwang für Hilfstätigkeiten, die nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit ihrer Unterbringung stehen, herangezogen werden, zum Beispiel mitzuhelfen bei Reinigungen, Küchenbetrieb, Transporten und Instandhaltung. Auch für eine gemeinnützige Hilfstätigkeiten für Bund, Land oder für Gemeinden können sie herangezogen werden, zum Beispiel zur Landschaftsgestaltung, Betreuung von Park- und Sportanlagen sowie Unterstützung in der Administration. Das gilt auch für Asylwerber, die vom Land oder von Dritten betreut werden. In dieser Beschäftigungsmöglichkeit, meine Damen und Herren, liegt ein Schlüssel zur Verbesserung der Situation, auch zwischen Bürgern und Bürgermeistern und innerhalb auch der Asylsuchenden. Nicht nur die Betroffenen selbst können durch eine Beschäftigung ihre Situation damit verbessern und ihr Selbstwertgefühl steigern. Es gibt auch die Möglichkeit der Hebung der Akzeptanz in der Bevölkerung.

Wenn die Menschen sehen, dass Asylwerber selbst etwas zur Verbesserung ihrer Situation tun können, werden sie nicht vorschnell als Schmarotzer abgestempelt, wie es bisher oft leider geschieht, das muss man ehrlich sagen. Mit einer solchen Akzeptanz wird auch die Möglichkeit, Asylwerberinnen und Asylwerber in Gemeinden unterzubringen, gehoben werden. Und von dieser Akzeptanz, meine Damen und Herren, hängt sehr viel ab und wir können hier, glaube ich, sehr viel dazu beitragen.

Ich war vor kurzem bei einem Besuch in Andau im Burgenland und Sie kennen, glaube ich, diese berühmte Brücke in Andau, wo 1956 über 100.000 Flüchtlinge von Ungarn zu uns gekommen sind. Da hier muss man auch eines festhalten, meine Damen und Herren, die Hilfsbereitschaft der Menschen im Burgenland, die damals selbst nicht mit großen Gütern ausgestattet werden, war überwältigend. Wenn diese Hilfsbereitschaft auch bei uns heute aktiviert wird, werden wir das Problem der Hilfesuchenden in Zukunft bewältigen können. Ich danke Ihnen! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 12.48 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächste am Wort ist die Frau Abgeordnete Graf bitte.

Abg. Graf (12.48 Uhr): Frau Präsident, werte Herren Landesräte, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Diese Änderung des Sozialhilfegesetzes betrifft heute eigentlich zwei Teile, zum einen die Paragraf-15 a-Vereinbarung, auf die der Herr Abgeordnete vor mir schon eingegangen ist, die Aufteilung der Kosten zwischen Bund und Ländern, 60 zu 40 und zum Zweiten die Verlängerung der Frist für Rückforderungen für Geschenke, Häuser, Wohnungen und dergleichen von einem auf drei Jahre bei Schenkungen. Für mich, meine sehr geehrten Damen und Herren, gilt es in diesen beiden Bereichen Zusammenhänge herzustellen. Ich werde es Ihnen später noch erklären. Die Paragraf-15 a-Vereinbarung wurde deshalb angestrebt, weil die Kosten weder vom Bund noch vom Land alleine übernommen werden konnten. Und es wird ein Problem, das in Zukunft immer größer werden wird. Wir als Steiermark haben eigentlich die Quote betreffend der Asylwerber schon erfüllt und vor allem in einigen Bezirken schon mehr als erfüllt, nämlich im Bezirk Bruck und im Bezirk Mürzzuschlag. Deshalb möchte ich mich an dieser Stelle hier auch vehement dagegen aussprechen, dass wir in der Steiermark immer Vorreiter spielen oder dass wir in die Medien und in die Öffentlichkeit gehen, so wie das der Herr Landesrat Flecker getan hat und sagt, bei uns in der Steiermark ist Platz. Ich glaube nämlich, dass derzeit das Maß bei uns voll ist. Wir sehen das auch in den bestimmten Regionen, wir sehen das bei bestimmten Reaktionen.

Ich denke da zum Beispiel an Sankt Marein im Mürtal, wo vor zirka vierzehn Tagen eine Bürgerversammlung stattfinden musste, weil ein Pflegeheim laut Eigentümerin oder Eigentümer umgewandelt hätte werden sollen in ein Asylantenheim. Die Bevölkerung ist damit nicht einverstanden, weil sie eben in vielen Bereichen schon sehr, sehr überlastet ist. Das betrifft die Schulen, das betrifft die Kindergärten, das betrifft einfach den Wohnraum rundherum und es betrifft auch die steigende Kriminalität und nicht nur das, es betrifft vor allem aber auch die Kosten. Darum müssen wir uns Gedanken machen um die Kosten im Sozialhilfereich. Da ist für mich der Zusammenhang. Auf der einen Seite wird hier beschlossen, diese Verlängerung der Frist für Geschenke, da wird so getan, als ob es so viele geben würde, die das System ausnützen. Die ihre Großeltern pflegen, die ihre Tante pflegen, die dann ins Heim gehen muss – freiwillig tut das meist keiner –, wenn es gesundheitlich nicht mehr möglich ist und die dann vielleicht, weil sie dankbar war, dass sie gut gepflegt wurde, das Haus oder die Wohnung verschenkt. Und dann wird hier drei Jahre zurückgefordert, um die Zuzahlung zum Sozialhilfereich zu leisten. Das ist, glaube ich, in diesem Bereich nicht unbedingt so notwendig, obwohl es bestimmt auch sehr viele schwarze Schafe gibt.

Wir wollen hier vor allem auch darauf aufmerksam machen, dass dieses Gesetz ab sofort in Kraft tritt, das heißt auch rückwirkend und es vielleicht zu unnötigen Härtefällen kommen kann. Deshalb gibt es auch einen Unselbstständigen Entschließungsantrag der Abgeordneten Graf, Lechner-Sonnek und Zierler, der besagt:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, beim Vollzug des Paragrafen 28 a Steiermärkisches Sozialhilfegesetz drauf zu achten, dass es bei Ersatzforderungen für Schenkungen, die der Gesetzesänderung nicht vorangegangen sind, nicht zu unbilligen Härten kommt.

Dazu ist eigentlich auch noch zu sagen, dass wir im Sozialbereich in letzter Zeit feststellen mussten, dass es aufgeteilt wird zwischen SPÖ und ÖVP, dass die Verhandlungen aufgeteilt werden, das ist sichtbar, das ist spürbar. Und wenn auch am Rande des letzten Ausschusses festgestellt wurde, es mag hier vielleicht einen Vier-Parteien-Antrag geben, so ist das nichts geworden, denn weder wir noch die Grünen wurden von dem Antrag, der vorliegt, von der SPÖ und von der ÖVP verständigt. Aber das ist vielleicht die Vorgangsweise, wie sie jetzt gewählt wird.

Ja, das ist denke ich doch eine Art und Weise, wie man zeigen kann, wie man sich den Sozialbereich vorstellt und das mag vielleicht nicht nur in diesem Bereich so sein, vielleicht gibt es auch andere Bereiche, wo sich ÖVP und SPÖ die Pfründe oder Sonstiges aufteilen. Ich denke da beispielsweise an die ESTAG, Herr Drexler.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, eines muss ich hier auch noch unterbringen, dass wir nicht einmal – (Abg. Mag. Drexler: „Ich weiß nicht, ob ihr das bekommt. Die SPÖ hat gesagt, sie bereitet das vor!“) – aber die Art und Weise, wie vorgegangen wird, ist eine andere. Uns ist er leider nicht zugekommen und wenn es ein Vier-Parteien-Antrag sein soll, dann denke ich, müssten nicht nur zwei Parteien verständigt werden, sondern die restlichen zwei auch. Aber wie auch immer. So kann sich jeder ein Bild machen, wie es abgehandelt wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, aber wir haben im gesamten Sozialbereich nicht einmal gefordert, sondern schon mehrmals, zu prüfen. Zu prüfen nämlich, ob sämtliche Zuschüsse und Förderungen gerechtfertigt sind, ob die Berechtigung der Förderungswerber da ist, das gilt sowohl für Organisationen und ich denke an den Fall der SÖBSA, den wir hatten, als auch bei Privatpersonen: Das heißt für mich, als Zusammenhang dieser beiden Dinge, die im Sozialhilfegesetz heute hier beschlossen werden, der Missbrauch muss abgestellt werden, das muss für alle gelten, damit das Geld für die, die es brauchen, dann auch da ist. (Beifall bei der FPÖ. – 12.55 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächstes am Wort ist der Herr Abgeordnete Tschernko.

Abg. Tschernko (12.55 Uhr): Sehr geehrte Frau Landeshauptmann, Frau Präsidentin, Herr Landesrat!

Ich möchte jetzt nicht zum Rechtsanspruch für Asylwerber, zu diesem Punkt, sprechen – darüber haben die Kollegin und der Kollege gesprochen, ich werde darauf näher nicht eingehen –, jedoch zu jenem Punkt, der beschlossen wird, mit dem Kostenrückersatz, der im Paragraphen 28a im Sozialhilfegesetz neu geregelt wird, wenn es um eine Schenkung geht innerhalb eines bestimmten Zeitraumes. Vielleicht auch ein Beispiel von mir, das die Kollegin Graf nicht angeführt hat, sonst wäre es ja die Wiederholung von der Wiederholung.

Ich möchte Ihnen zum Beispiel aus dem Sozialhilfegesetz den Paragraphen 13 vor Augen führen, wo es darum geht, Menschen in stationären Einrichtungen unterzubringen. Und wir, trotz unserer Bemühungen im Pflegeheimgesetz und auch im Behindertengesetz, ja nicht zur Gänze die Menschen mobil betreuen können und sie auch immer wieder in stationären Einrichtungen untergebracht werden müssen. Das heißt, diesen Anspruch auf Übernahme der Kosten oder Restkosten haben Menschen und auch jene Personen, die ihren Lebensbedarf auf Grund ihrer Pflegebedürftigkeit beziehungsweise Betreuungsbedürftigkeit nicht ausreichend decken können, denn der Hilfeempfänger ist immer berechtigt, seinen Bedürfnissen entsprechend diese Einrichtungen zu wählen, was natürlich, im Rahmen der festgelegten Obergrenzen, in ganz Österreich nicht der Fall ist, wenn ich jetzt an Oberösterreich oder sogar an Wien denke, die in ihrem Sozialhilfegesetz die Kostenübernahme in Einrichtungen der Pflegeheime erst zum Beispiel ab der Pflegestufe 3 haben.

Ich möchte auch in Erinnerung rufen, dass derzeit zirka 5000 von 8000 Pflegebetten aus der Sozialhilfe finanziert werden, diese Restkosten von den SH-Verbänden übernommen werden. Das bedeutet aber, dass für die Sozialhilfeverbände eine Kostensteigerung, im Zeitraum von 1990 bis 2001, eine Verdreifachung dieser Kosten war.

Was will ich mit dem Beispiel noch sagen? Dass es vorkommt, dass betreuungsbedürftige Menschen oft vor dem Weg in eine Einrichtung, in eine stationäre Einrichtung ihr Vermögen verschenken und die Sozialhilfe – wissend oder unwissend – und die Sozialhilfeverbände dann für diese Unterbringung die Restkosten oder die Vollkosten übernehmen müssen. Das heißt jetzt für uns im Klartext, wir hätten, oder die Gemeinden, sprich Sozialhilfeverbände, hätten ja schon bisher die Möglichkeit gehabt nach der Anfechtungsordnung, diesen Kostenrückersatz geltend zu machen. Allerdings passiert das über das Gericht, und diesen Weg wollten, so glaube ich – ich weiß es von unserem Sozialhilfeverband – die allerwenigsten gehen. Jetzt sind sie natürlich berechtigt oder mit unserer Lex specialis sozusagen ist es jetzt leichter für die Verbände geregelt, den Weg der Rückforderung zu beschreiten, weil es hier eine Verfahrenserleichterung gibt und sie einen Bescheid ausstellen können und die Ersatzpflichtigen dann innerhalb von drei Jahren diese Kosten zurückzahlen müssen.

Ja, es ist, so denke ich, ein Signal für unsere Gemeinden und Verbände, dass es hier eine Kostenentbindung gibt, damit wir auch in Zukunft dem „Missbrauch“ etwas entgegenwirken können.

Zu den Unselbstständigen Entschließungsanträgen der FPÖ und der SPÖ halte ich fest, dass es eine fehlende Koordination gibt, aber inhaltlich alles in Ordnung ist. Wir haben ja einen Vierparteientenschließungsantrag, dem wir heute zustimmen werden.

In allen Bundesländern in Österreich ist ein Kostenrückersatz in den Landesgesetzen auch verankert. Daher ist es auch für uns wichtig, und wie ich schon erwähnt habe, eine Signalwirkung für die Gemeinden, denn, wie Sie alle wissen, und die Gemeindevertreter insbesondere, hat sich die finanzielle Situation in unseren Gemeinden und Städten in den letzten Jahren derart verschlechtert, weil eben die Ertragsanteile sinken, während die Aufwendungen für die gesetzlich fixierten Ausgaben und Pflichtausgaben ja immer wieder steigen. Wir sind auch hier im sozialen Bereich verpflichtet Signale zu setzen, wobei aber dem Menschen, der Hilfe benötigt, oder den Menschen, die Hilfe benötigen, die volle Unterstützung zu gewähren ist.

Mein letzter Punkt noch, den kann ich nur kurz ansprechen, wird noch verhandelt – ich glaube, nächste Woche, am 4. Mai –, da geht es um diese Vertragslösung zwischen Land und Träger oder einer Einrichtung, sprich auch Sozialhilfeverbände. Ich denke, dass wir hier von dem Anhörungsrecht zum Mitspracherecht kommen werden oder müssen oder versuchen, eine Lösung zu finden, und daher auch wir die Verpflichtung

haben, als Vertragspartner für die Kosten aufzukommen und 40 Prozent mitfinanzieren. Ich hoffe, und ich bin zuversichtlich, dass wir hier auch eine gemeinsame Lösung finden werden. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 13.01 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächstes am Wort ist die Frau Abgeordnete Gross. Bitte.

Abg. Gross (13.01 Uhr): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Wir haben heute am Beginn der Landtagssitzung so viel Positives zur Erweiterung der Europäischen Union, Chancen für die Steiermark hat es geheißt, gehört. Wenn ich mir allerdings beim Tagesordnungspunkt 7 so die Wortmeldungen repliziere, dann kommt mir allerdings vor, dass sich diese Chancen nur für einige Menschen als Chance darstellen soll.

Beim Asyl wird uns nämlich leider bewusst, meine Damen und Herren, dass die Herbergsuche des 21. Jahrhunderts immer schwieriger wird. Dass die Freiheitlichen hier, und ich sage leider, ich sage wirklich leider, durch Angstparolen – Kollegin Graf, ich habe Ihnen gut zugehört – gezielt eine negative Stimmung in der Bevölkerung verbreiten will, das macht die Situation, meine Damen und Herren, nicht einfacher. (Abg. Mag. Drexler: „Von Franz Voves abgeschaut!“)

Ich schreibe mir meine Reden schon selber. (Abg. Mag. Drexler: „Die Freiheitlichen!“) Das könnte sein, dass Sie abschreiben.

Ich war selten mit dem Kollegen Hammerl so einer Meinung wie heute. Kollege Hammerl, deinem Appell, Anspruch auf Würde muss ein Menschenrecht sein, dem will ich nichts hinzufügen.

Und auch ich darf mich bei Caritas, Diakonie, aber auch beim Roten Kreuz und der Volkshilfe Österreich für die Unterstützung, die Hilfe, das Lobbying recht herzlich bedanken.

Meine Damen und Herren, es ist eine verzweifelte Asylsuche und die Situation der Flüchtlinge könnte sich nach dem 1. Mai noch verschärfen. Die Appelle an den Innenminister Strasser reichen nicht aus. Die Situation wird, wenn man diese Menschen nicht korrekt begleitet, eskalieren.

Ich bin sehr froh, dass wir nun diese 15a-Vereinbarung, die mit 1. Mai in Kraft tritt, haben. Die Bundesländer-Vereinbarung gilt nicht nur für Asylwerber/Asylwerberinnen, sondern auch für andere Gruppen von hilfs- und schutzbedürftigen Fremden und de facto nicht abschiebbaren Migrant/Migrantinnen.

Ich danke unserem Soziallandesrat Dr. Kurt Flecker, dass er in der Steiermark eine bessere Regelung, als der Bund sie hat, angeboten hat und wir heute nicht nur die Teilung der Kosten Bund-Land 60 zu 40, vier Monate lang, beschließen werden, sondern dass das Land Steiermark diesen herbergsuchenden Menschen die Kosten der Versorgung für acht Monate zu 100 Prozent zur Verfügung stellen wird.

Über die Quoten, meine Damen und Herren, denen nur zwei Länder wirklich nachkommen, über die Quoten und die Qualität, hier denke ich vor allem an Traiskirchen und andere, ich möchte beinahe Lager sagen, die wir anbieten wollen, werden wir uns aber noch unterhalten müssen und auch noch viel zu diskutieren haben. Es kann nicht sein, dass die Steiermark derzeit rund 3200 Asylwerber versorgt, etwa 1500 sind davon in Bundesbetreuung, und andere Bundesländer sich zurücklehnen dürfen.

Meine Damen und Herren, zum zweiten Teil dieser Novellierung dieses Sozialhilfegesetzes: Wir haben vor nun doch einem Jahr das neue Pflegeheimgesetz beschlossen, wo wir die Frage gestellt haben, wohin im hohen Alter? Es ist eine Frage, die sich im zunehmenden Maße nicht nur betroffene Senioren und Seniorinnen stellen, auch Angehörige müssen vielerlei Kriterien bedenken, wenn sie vor der Entscheidung stehen, für ihre Eltern oder Großeltern qualitätsvolle Betreuung und Pflege zu sichern, wenn sie in den eigenen vier Wänden ohne Hilfe, Betreuung und Pflege nicht mehr leben können oder auch wollen.

Den Schritt von der eigenen Wohnung in ein Pflegeheim zu setzen, gehört zu den schwierigsten Herausforderungen für ältere Menschen und deren Angehörige.

Meine Damen und Herren, für mich persönlich ist heute ein ganz besonderer Tag. Ich darf seit zehn Jahren die Volkshilfe Steiermark als Präsidentin in der Steiermark vertreten. Und in dieser schönen Aufgabe erlebe ich immer öfter, dass sich ältere Menschen auch Sorge darüber machen, ich will niemandem zur Last fallen und deshalb selbst entscheiden, wo und wie ich meinen Lebensabend verbringe. Auf der anderen Seite haben sie aber auch den Wunsch ihr Vermögen, sei es auch noch so klein, den Menschen zu überschreiben, von denen sie annehmen dürfen, dass sie die Begleiter und Begleiterinnen sind und sei es auch nur unter allen Anführungszeichen als Besuchsdienst. In dieser Zwickmühle fühlen sich viele betroffene Menschen. Durch den Rückersatz, der in anderen Bundesländern auch andere Regelungen wie bei uns in der Steiermark vorsieht. Zum Beispiel greift man auf fünf Jahre nach der Geschenksübertragung zurück, haben wir uns im Unterausschuss konsensual auf drei Jahre geeinigt. Meine Damen und Herren, Sozialhilfe soll den bedürftigen Menschen helfen und darum muss ein eventuelles Schlupfloch bei der Sozialhilfe geschlossen werden und Sozialhilfe zurückgefordert werden, wenn vor dem Umzug ins Heim Vermögen in nicht korrekter Absicht verschenkt wurde. Weil wir aber auch jetzt schon für eventuelle Härtefälle vorsorgen wollen, haben wir uns im Sozial-Ausschuss darauf verstanden, auch in einem Entschließungsantrag zusätzlich vorzusorgen. Ich bin im Gegensatz zur Frau Abgeordneten Graf sehr froh, dass sich die ÖVP entschlossen hat, dem Sozialbereich den ihm zustehenden Wert zu geben.

Und zu den zwei Anträgen, Kollegin Graf, ich fordere Sie ganz einfach auf, im Sozial-Ausschuss etwas aufmerksamer zuzuhören, denn es ist bereits im Ausschuss festgehalten worden, dass wir einen gemeinsamen Entschließungsantrag stellen, der federführend von der Ausschussvorsitzenden vorbereitet wird, was geschehen ist. Er ist auch um 17 Uhr auf dem Laufwerk gestanden. Ihre Vorgangsweise eines eigenen Antrages ist für mich, ich sage es, mehr als befremdend. Weil wir aber auch jetzt schon für eventuelle Härtefälle vorsorgen wollen, darf ich folgenden Unselbstständigen Entschließungsantrag der SPÖ und ÖVP einbringen, der Abgeordneten Gross, Wicher, Prattes, Hammerl, Dr. Bachmaier-Geltewa und Mag. Drexler.

Durch die beabsichtigte Novelle des Steiermärkischen Sozialhilfegesetzes kann es zu unbilligen Härtefällen durch die Ersatzpflicht eines Geschenknehmers kommen. Die Behörden werden daher aufgefordert, dass Paragraph 30 Steiermärkisches Sozialhilfegesetz, welches die Härtefälle regelt, auch in entsprechendem Maße zur Anwendung kommt. Dabei ist darauf zu achten, dass es zu keinen Ermessensüberschreitungen kommt. Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass es durch die Sozialhilfegesetz-Novelle, mit welcher der Ersatz durch den Geschenknehmer eingeführt wird, zu keinen unbilligen Härten kommt und Paragraph 30 Steiermärkisches Sozialhilfegesetz im Rahmen des Gesetzes zur Anwendung gebracht wird. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 13.09 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Am Wort ist die Frau Abgeordnete Zitz bitte.

Abg. Mag. Zitz (13.09 Uhr): Frau Präsidentin, Herr Landesrat, sehr geehrte Abgeordnete, sehr geehrte Gäste!

Einige Überlegungen zu diesem Tagesordnungspunkt. Zuerst einmal eine gute Rückmeldung an den Herrn Landesrat Flecker. Wir haben uns vorher kurz gesprochen und es gibt in sehr vielen NGO's und Fachkreisen den Eindruck, dass die Steiermark, bezogen auf Umgang mit Migranten, Migrantinnen und Flüchtlingen ein Niveau entwickelt hat, das teilweise deutlich höher ist als in anderen Bundesländern. Ich möchte das bei manchen unterschiedlichen Einschätzungen im Sozialbereich auch einmal sagen.

Wenn Flüchtlingsbetreuung privatisiert wird, so wie es mit der European Home Care in Traiskirchen passiert, sieht man die blanke Katastrophe, nämlich einen unfähigen Umgang mit Personen in sehr schwierigen traumatisierten Situationen, wenn man da nur mit der betriebswirtschaftlichen Logik an schwierige menschliche Schicksale herangeht. Was die Steiermark betrifft, gibt es einen Qualitätskatalog der Nicht-Regierungsorganisationen für den Bereich Versorgung, unter anderem Wohnversorgung, den die Steiermärkische Landesregierung akzeptiert hat und der in Zukunft eine bestimmte Vorgabe macht, wie etwa Wohnversorgung und andere Grundversorgungselemente auszuschauen haben.

Unser Wunsch ist, um jetzt einmal auf die Länderquote zurückzukommen, die vorher angeführt wurde, dass über qualifizierte Quartiersausschreibungen, die ja EU-weit laufen müssen, diese Länderquote bezüglich Aufnahme von bundesbetreuten Asylwerbern und -werberinnen in der Steiermark erfüllt werden kann.

Etwas möchte ich noch sagen, eine Überlegung zu der Wortmeldung vom Herr Kollegen Hammerl, der so geredet hat, dass er von den Grünen Applaus bekommen hat. Mein Wunsch wäre es, dass du deine Überlegungen auch auf einem ÖVP-Bundesparteitag bringst beziehungsweise gegenüber Kollegen wie dem Herrn Abgeordneten Miedl bringst, der es geschafft hat, mit teilweise haarsträubenden Wortmeldungen sehr qualifizierte NGOs, die dezidiert überparteilich arbeiten, irrsinnig unter Beschuss und unter Druck zu bringen. Es geht um die Arbeit, die die Gruppen machen, die die Frau Kollegin Gross vorher genannt hat. Man kann weiters nennen die Caritas, Danaida, die speziell mit Frauen arbeitet, Omega, die mit gesundheitsgefährdeten Migranten und Migrantinnen und speziell mit Jugendlichen arbeiten, Arge Jugend gegen Gewalt und viele regionale Vereine. Diese Arbeit läuft derzeit unter sehr schwierigen Rahmenbedingungen, bei fast allen von diesen Vereinen in enger Kooperation mit Ehrenamtlichen, die entweder zusammen mit den Fachleuten Betreuung wahrnehmen oder die ehrenamtlich im Vorstand den Kopf hinhalten für Ausfälle von bestimmten Förderungen oder Subventionen. Da wünsche ich mir einfach von Seiten bestimmter Teile der ÖVP einen anderen Umgang mit Fachleuten aus diesem Bereich.

Zum Asylgesetz selber, leider war es – (Abg. Mag. Drexler: „Ich kenne den Herrn Abgeordneten Miedl als sehr umsichtig!“) Ja, das werde ich dir selber anschließend sehr gerne persönlich berichten, weil ich da aus diversen E-Mails und Home-Page-Reaktionen nicht gerne vom Rednerpult weg zitieren möchte. Aber was das Asylgesetz betrifft, es war in der Steiermark nicht möglich und das ist für mich ein trauriger Unterschied zur ÖVP in Oberösterreich, dass sich die Landesregierung vom Asylgesetz distanziert. Sie wissen, dass der oberösterreichische Landeshauptmann dieses Gesetz beim Verfassungsgerichtshof angefochten hat, auch mit entsprechender Unterstützung von Fachleuten und NGOs, weil es einfach in vielen Bereichen im Gegensatz zur Menschenrechtskonvention steht und den Zugang zum Asyl in Österreich verschärft und erschwert.

Eine letzte Überlegung noch, die ich auch anführen möchte, wir haben derzeit bezogen auf den Bereich Umgang mit Migranten und Migrantinnen, Asylwerber, Asylwerberinnen drei andere politische „Baustellen“. Einerseits der Bereich Rassismus in Lokalen, da hat es vor einer Woche die Präsentation eines Türsteherseminars von der Wirtschaftskammer gegeben mit dem Titel „Rassismus in Lokalen?“, wo sie nur bekannt gegeben haben, wie das Strafgesetzbuch aussieht, bekannt gegeben haben, wie man Pfefferspray verwendet, bekannt gegeben haben, wie man als Türsteher mit psychischen Drucksituationen umgeht, aber es ist kein Wort darauf verwendet worden zu sagen, ja, in ganz bestimmten Lokalen in Graz hat es Probleme

gegeben und wir haben vor, Türsteher und Türsteherinnen und Lokalbesitzer so zu schulen, dass sie sich einfach an menschenrechtspolitische Mindeststandards halten, dass sie die EU-Richtlinien im Antidiskriminierungsbereich respektieren.

Im Landtag war es ja möglich, auch mit österreichweiter positiver Beachtung, ÖVP, Christopher Drexler, du hast damals eine sehr beeindruckende Wortmeldung gemacht, beziehungsweise auch mit voller Unterstützung von der SPÖ, dass wir gesagt haben: konsequenter Vollzug der Gewerbeordnung. Wenn aus rassistischen Gründen jemand nicht ins Lokal gelassen wird, ist das selbstverständlich etwas, was zu verfolgen ist und geahndet werden muss.

Ein letzter Punkt noch, um das auch abzuschließen: Wenn es um Sozialhilfe geht, wird sehr schnell der Begriff Missbrauch ins Spiel gebracht. Die freiheitliche Fraktion, Frau Kollegin Graf, hat das wieder gemacht.

Ich glaube, dass sehr viele Leute Zugang und Anrecht auf soziale Leistungen haben und diese Leute auf Grund einer gesellschaftlichen Stimmung, auch auf Grund von Entsolidarisierungstendenzen es nicht mehr wagen, diesen Anspruch überhaupt anzunehmen. In diesem Personenkreis sind sehr oft ältere Menschen, die einfach glauben, dass sie so leistungsfähig zu sein haben, dass sie auch mit sehr schwierigen sozialen Situationen umgehen müssen, und die sich schämen, diese Hilfe in Anspruch zu nehmen, und das sind sehr oft auch Frauen. Ich glaube einfach, in dem Moment, in dem man undifferenziert Missbrauchs- und Sozialhilfe-Debatten verschränkt, demotiviert man bestimmte anspruchsberechtigte Personen, das in Anspruch zu nehmen, was ihnen einfach vom Rechtlichen, vom Ethischen her absolut zusteht.

Den vorliegenden Berichten der Regierung werden wir also von grüner Seite zustimmen und ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei den Grünen und der SPÖ. – 13.17 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Das Wort erhält jetzt Herr Abgeordneter Hamedl. Bitte.

Abg. Hamedl (13.17 Uhr): Frau Präsidentin, Herr Landesrat, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte auch zu den ersten zwei Punkten dieses Antrages Stellung nehmen.

Wenn Sie sich erinnern, wir haben ja am 22. Jänner 2002 diesen Antrag auf Änderung des anspruchsberechtigten Personenkreises eingebracht. Der Kollege Lopatka, unser damaliger Klubobmann, war Debattenredner. Ich erinnere mich schon an den Aufschrei, der damals von SPÖ und Grünen gekommen ist, weil angeblich Leuten sozusagen, die also Anspruch auf das Lebensnotwendigste haben, dies durch unseren Antrag genommen worden wäre. Wir haben aber damals nur das gefordert, was in Wien sozusagen gang und gäbe ist und seit vielen Jahren dort praktiziert wird, den Rechtsanspruch auf Sozialhilfe auf einen bestimmten Personenkreis einzuengen, weil wir schon einen sorgsam Umgang mit Sozialhilfegeldern haben wollen. Und es ging uns damals nicht um die 1400 Schilling, die die Asylanten bekommen, sondern es ging schon um den Rechtsanspruch von 6330 Schilling, die möglich wären. Wir haben das auch damals deswegen nur verlangt, weil wir auch eine Ungleichgewichtung im Aufenthalt, sprich in der Zuteilung von Asylanten nicht haben wollten.

Der uns nun vorgelegte Entwurf oder die Änderung von Landesrat Flecker beinhaltet eigentlich genau das, was wir damals gefordert haben – den Anspruch der Sozialhilfe, erst nach Abschluss des Asylverfahrens auszubezahlen.

Herr Landesrat, diesmal danke ich dir dafür, weil ja das genau drinnen steht. Ich weiß, dass das natürlich mit der 15a-Vereinbarung zu tun hat. Damals, kann ich mich erinnern, wurde der Antrag oder die Vorlage von Ihnen strikt abgelehnt. Es hat dann zwei Regierungsvorlagen gegeben, also eine Regierungsvorlage, wo es zwei Varianten gegeben hat, die beschlossen werden sollten. Nachdem aber jetzt mit 1. Mai 2004 diese 15a-Vereinbarung in Kraft tritt, wo es um die Grundversorgung von schutzbedürftigen Fremden und anderen Gruppen und natürlich auch von Asylanten geht, ist diese Grundversorgung sichergestellt. Und das war, meine Damen und Herren, auch damals unser Ziel, eine Grundversorgung sicherzustellen, aber nicht Anspruch auf hohe Sozialleistungen. Wie wir schon gehört haben, der Bund zahlt 60 Prozent, wir, das Land, 40 Prozent der Betreuungskosten.

Kollege Hammerl hat es schon angesprochen, es muss natürlich auch sichergestellt werden, dass Menschen in menschenwürdigen Unterkünften untergebracht werden. Befremdet hat mich dieser Zeitungsartikel, wo ein Teil von Asylwerbern auf der Teichalm untergebracht werden sollte und diese das wegen der Höhe und auch wegen des fehlenden Internetanschlusses abgelehnt haben.

Ich glaube, die Wichtigkeit ist sozusagen, dass diese Doppelgleisigkeit, die es früher gegeben hat, Bezahlung durch Bund und durch die Sozialhilfe, durch diese Grundversorgung abgeschafft wird.

Die Steigerung der Asylanträge wissen Sie. Wir haben im letzten Jahr fast 40.000 Anträge gehabt. 80 Prozent sind aber trotzdem negativ ausgegangen. Das heißt also, nicht alle Anträge waren gerechtfertigt. Grundversorgung heißt aber nicht, glaube ich, dass jeder Mensch das Recht hat, hier seinen Aufenthalt zu begründen.

Ich glaube schon, wir haben in der Steiermark hier immer gut für Menschen, die in Not sind, gesorgt.

Den Zeitungsartikel habe ich jetzt drinnen lassen. Der Herr Landesrat Flecker hat ja auch in der „Grazer Woche“ am Sonntag festgestellt, dass wir in der Steiermark in der Asylpolitik sehr, sehr gut arbeiten, dass wir eigentlich die höchste Quote von den Bundesländern in ganz Österreich haben. Zum Abschluss noch, ich glaube, Steiermark ist und bleibt ein Asylland.

Und noch einmal zum Kollegen Hammerl, die Menschenwürde und eine menschenwürdige Unterbringung und ein Recht auf diese Grundversorgung ist in der Steiermark ganz, ganz sicher gesichert. Herzlichen Dank! (Beifall bei der ÖVP. – 13.21 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Abschluss zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landesrat Flecker am Wort.

Landesrat Dr. Flecker (13.21 Uhr): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Ich möchte mich auch ausdrücklich für diese Debatte bedanken, weil ich glaube, dass es in diesem Haus schon Debatten gegeben hat, wo man doch den Eindruck gehabt hat, dass latente Fremdenfeindlichkeit zum politischen Geschäft gehört. Es haben sogar inzwischen auch die Freiheitlichen gelernt, ihre eigentliche Gesinnung in erträgliche Worte zu kleiden.

Ich bin ganz besonders dankbar für die Wortmeldung des Abgeordneten Hammerl und ich will das so nennen, wie Sie es gesagt haben und will Sie gar nicht auf einen ÖVP-Parteitag damit verweisen, sondern ich bin froh, wenn es solche Wortmeldungen gibt. Ich darf vielleicht in ein paar Punkten auf das eingehen.

Ich sehe in der 15 a-Vereinbarung eine große Chance, dass die gesamte Frage der Migrantearbeit einer Lösung zugeführt wird, die korrekt ist, die nicht immer irgendwelche Fragen offen lässt, die nicht darauf hinausläuft, dass es eine Diskussion darum gibt, gibt es Sozialhilfeanspruch, gibt es keinen Sozialhilfeanspruch – auf das komme ich noch später zurück – und in der vor allem ein unwürdiges Spiel, das zwischen Bund und Ländern vielfach auf Kosten der Menschen gespielt wurde, beendet wird. Ich glaube, das ist der eigentliche Wert dieser 15 a-Vereinbarung. Und aus diesem Grund heraus waren wir sehr froh, dass es dazu gekommen ist.

Ich kann der Frau Kollegin Zitz nur sagen, wir haben zwar eine Anfechtung eines Asylgesetzes nicht durchgebracht, aber wir haben deutlich im Regierungssitzungsantrag zur Genehmigung der 15 a-Vereinbarung drinnen, dass die natürlich eine Zustimmung zum Asylgesetz nicht einschließt. Also ich habe dort doch versucht, in der Vorlage, meine Bedenken und meine Ablehnung des Asylgesetzes tatsächlich zum Ausdruck zu bringen.

Ich möchte zur Frage der Arbeit was sagen. Ich bin ganz bei Ihnen, und das ist auch unsere Auffassung – die Frau Kollegin Gross hat das auch schon öfter gesagt –, wir müssen den Menschen Beschäftigung und Möglichkeit der Existenzsicherung auch früher geben.

Das ist ein erster Schritt, der zu begrüßen ist.

Und Zweites, was im Verhältnis zu den Gemeinden gesagt wurde. Ich bin eigentlich erschüttert gewesen, jetzt ist es dann vorbei, dass der Herr Minister Strasser gesagt hat, ich tue das alles nur mit der Zustimmung des jeweiligen Bürgermeisters. Und jetzt sage ich, selbst wenn ein Bürgermeister wohlmeinend ist, kann er unter Umständen über diese Geschichte in eine äußerst prekäre Situation kommen. Es ist nicht zuletzt die Überlegung, dass wir gesagt haben, wir dehnen den Zeitraum vier Monate nach Asylgewährung mit weiteren acht Monaten auf Kosten der Länder, und nicht der Gemeinden aus, als Argument dafür sehen, dass ich auch nicht jedem Bürgermeister das Argument in die Hand gebe, dass er sagt, jeder Asylwerber und dann später einer, der den positiven Bescheid hat ist ein potenzieller Sozialhilfeempfänger, für den ich zu zahlen habe. Dieses Argument ist damit weg und ich glaube, das ist nicht nur eine Erleichterung für die Gemeinden, sondern auch ein Wegnehmen des Arguments, wo es dann wieder zu einem Florianiprinzip kommt, das wir an sich nicht haben wollten.

Ich will noch zur Wortmeldung der Frau Abgeordneten Graf zwei Bemerkungen machen. Frau Abgeordnete, kein einziger Förderungsfall in der Regierung, wo NGO's, die sich mit der Fremdenbetreuung befassen, gefördert wurden, ist mit Zustimmung des Herrn Landeshauptmannstellvertreters gefasst worden. Er stimmt grundsätzlich gegen alles. Daraus lässt sich schließen, dass er absolut gegen jegliche Arbeit mit diesen Menschen ist, dass er für Verwahrlosung ist und das zeigt ein Bild in einigen Gedankenwelten, die uns Gott sei Dank sehr fremd sind. Und wenn vom Missbrauch immer die Rede ist, ich frage mich, wieso tun wir so oft – und gerade Ihre Partei – immer wieder von Sozialmissbrauch reden, wenn auf der anderen Seite sehr clevere Finanzminister Ideen haben, zum Beispiel Steuerhinterzieher einen Rabatt von 60 Prozent zu geben? Ich glaube, diese Relationen sind sehr verschiedene! (Beifall bei der SPÖ.)

Und dass er das Ergebnis Ihrer Gedankenwelten ist, das merkt man auf Schritt und Tritt. Ich glaube, momentan ist er ja jeder Partei peinlich. Herr Kollege Tschernko, ich erwarte mir von der Vertragslösung, also Land tritt in Vertrag mit dem Pflegeheimbetreiber, eine gewisse strukturelle Einsparung von Kosten. Darum darf ich Sie bitten, dieser Lösung sehr bald zuzustimmen. Dass natürlich die 40-Prozent-Beteiligung der Sozialhilfeverbände keine Parteistellung in so einem Verfahren statuiert, ist aus rechtlichen Dingen klar und wir können nicht sagen, der macht einen Vertrag und der macht einen Vertrag. Aber dass ich das Ziel habe, hier in einer sehr einvernehmlichen Form die Sache anzugehen, glaube ich, ist Ihnen klar und sonst erkundigen Sie sich bei Ihrem Klubobmann.

Zu dem, was der Kollege Hamedl gesagt hat, die Begleitmusik, die der vorige Klubobmann Lopatka seinen Sozialideen meistens folgen hat lassen, war so angenehm, dass überhaupt keine Dialogfähigkeit gegeben war, aber grundsätzlich war das, was er seinerzeit wollte, doch ganz etwas anderes. Er wollte nämlich überhaupt keinen Grundversorgungsanspruch haben und den total wegfallen lassen und unser Standpunkt war der, dass die Praxis, die gehandhabte Praxis, wie wir dies über Caritas gespielt haben, beibehalten wird und eine rechtliche Fundierung erhält. Es ist ja nie, Herr Hamedl, wenn Sie sich die Materie vor Augen führen, der volle Sozialhilferichtsatz bezahlt worden und den haben wir auch nie verlangt, sondern wir haben ein eigenes Grundversorgungsmodell auf eine Art Gut Will gehabt mit einem Rechtsanspruch, der so umgesetzt wurde. Und ich glaube, dass wir auf die Art und Weise, indem wir mit der Sache sehr sensibel umgegangen sind, zu einer Lösung gekommen sind. Wir haben zuerst eine Landeslösung gehabt, die wir ja schon länger haben und haben jetzt die 15a-Vereinbarung, die eigentlich das Problem letztlich löst. Freut mich, dass Sie damals was anderes wollten, als Sie eigentlich gewollt haben. Ich bin froh, dass wir zu einem Ergebnis gekommen sind.

Ich wollte am Schluss noch etwas sagen und Sie müssen daran denken. Momentan ist der Landesflüchtlingsbeauftragte dabei, durch die Steiermark zu reisen und sich die Quartiere anzuschauen. Wir haben in etwa für 2900 Unterbringungsmöglichkeiten zu sorgen. 2500 und noch etwas wird anhand des derzeitigen Standes die Quote der Steiermark sein. Wir haben die Quartiere ausgeschrieben, wir haben eine entsprechende Anzahl von Bewerbungen bekommen. Unser Landesflüchtlingsbeauftragter, der Herr Günter Bauer, ist unterwegs von 5 Uhr Früh bis 10 Uhr am Abend, schaut sich die Quartiere an, so dass wir zu Kontrakten kommen. Ich möchte mich an dieser Stelle ausdrücklich bei ihm bedanken. Der haut sich mit einer derartigen Vehemenz in die Geschichte hinein und ist derartig belastet durch die derzeitigen Arbeiten, dass man sich wirklich nur verneigen kann vor so viel Idealismus und ich möchte mich hier offiziell bei ihm bedanken. (Beifall bei der SPÖ.)

Letztlich ein Wort noch, ich sage Ihnen etwas. Wir haben zwar zurzeit gegenüber der 1. Mai geltenden Quote wahrscheinlich einen Überhang von etwa 700 Personen. Aber ich sage Ihnen etwas, bevor ich mich in dieses menschenunwürdige Spiel einreihe, dass ich Leute mit der Fahrkarte ohne Begleitung in den Zug setze und irgendwohin verschicke wie ein Packl, bin ich lieber einer, den irgendwelche kritisieren, die sagen, der ist zu fremdenfreundlich. Ich bin fremdenfreundlich im Sinne unserer humanitären Aufgaben (Beifall bei der SPÖ und den Grünen.) und insofern stehe ich zu dem derzeitigen Überbelag, fordere aber zugleich auch die anderen Bundesländer auf, ihren Pflichten nachzukommen. Und ich bin Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mit mir diesen Weg gehen. Danke! (Beifall bei der SPÖ, ÖVP und den Grünen. – 13.33 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Zierler.

Abg. Zierler (13.33 Uhr): Frau Präsidentin, Herr Landesrat, Hohes Haus!

Herr Landesrat, wenn Sie den Beititel haben, menschenfreundlich, fremdenfreundlich zu sein, dann ist das auch etwas, was ich unterstreichen kann, da habe ich kein Problem damit. Womit ich ein Problem habe, das ist Ihre gelebte Intoleranz, die Sie hier gerade wieder in den Raum gestellt haben! (Beifall bei der FPÖ.)

Wir haben hier eine Sozialdebatte, es gibt unterschiedliche politische Parteien, klar. Es gibt unterschiedliche politische Meinungen, auch klar. Trotzdem ist es eine Konsensmaterie, wie vielleicht Ihnen auch bekannt ist und Sie können es sich einfach nicht verkneifen, dass Sie wieder versuchen, die FPÖ völlig unnötig, ohne einen Anlass, in irgendein fremdenfeindliches, ausländerfeindliches Eck zu drängen, die FPÖ, uns alle und ich verwehre mich hier an dieser Stelle gegen diese von Ihnen gemachten Aussagen! (Beifall bei der FPÖ. – Landesrat Dr. Flecker: „Sie sind halt so, hilft ja nichts!“)

Sie sind halt so! Herr Landesrat, gelebte Intoleranz! Sie sind halt so! Das betrifft Sie und ich muss Sie schon fragen, eigentlich sollten Sie aus der SPÖ austreten, denn wie können Sie damit leben, dass Ihre Partei mit einer fremdenfeindlichen Partei in Kärnten koalitiert? (Landesrat Dr. Flecker: „Sehr schlecht“ – 13.34 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Der Herr Landesrat Flecker, bitte, als Replik.

Landesrat Dr. Flecker (13.35 Uhr): Ich bin stolz darauf, sensibel auf Fremdenfeindlichkeit zu reagieren und dort intolerant zu sein. Und ich bin traurig, dass in Kärnten mit dieser Partei koalitiert wird. (Abg. Zierler: „Traurig ist zu wenig. Konsequenzen!“ – 13.35 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Ich komme nun zur Abstimmung. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichtserstatteerin ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ und ÖVP, betreffend Kostenrückersatz nach dem Steiermärkischen Sozialhilfegesetz, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ und Grünen, betreffend Steiermärkisches Sozialhilfegesetz, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Bei den Tagesordnungspunkten 8 und 9 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese zwei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

8. Bericht des Ausschusses für Europäische Integration über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1741/1, betreffend die Weiterentwicklung der EU-Regionalpolitik nach 2006; Position des Landes Steiermark.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Franz Majcen. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Majcen (13.36 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich berichte über die Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung, betreffend die Weiterentwicklung der EU-Regionalpolitik nach 2006; Position des Landes Steiermark.

In dieser Vorlage wird nach einem allgemeinen Einbegleitungsteil auf einige Kapitel eingegangen – auf den Finanzrahmen, auf den dritten Kohäsionsbericht, auf die Regionalpolitik 2007 bis 2013 – und daraus werden in einem weiteren Kapitel Schlussfolgerungen gezogen.

Ich stelle den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der vorliegende Bericht über die Weiterentwicklung der EU-Regionalpolitik nach 2006 wird zur Kenntnis genommen. (13.37 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder:

9. Bericht des Ausschusses für Europäische Integration über den Antrag, Einl.-Zahl 1625/1, der Abgeordneten Hagenauer, Lechner-Sonnek und Mag. Zitz, betreffend EURATOM.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Peter Hagenauer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Hagenauer (13.38 Uhr): Danke.

Der Ausschuss für Europäische Integration hat in seinen Sitzungen am 3. Februar und 20. April 2004 über oben genannten Antrag die Beratungen durchgeführt.

Der Ausschuss für Europäische Integration stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Europäische Integration zum Antrag, Einl.-Zahl 1625/1, der Abgeordneten Hagenauer, Lechner-Sonnek und Mag. Zitz, betreffend EURATOM, wird zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Annahme. (13.38 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Erster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Majcen. Ich erteile es Ihnen.

Abg. Majcen (13.38 Uhr): Meine Damen und Herren!

Meine Damen und Herren, wir haben diese Regierungsvorlage, betreffend die Weiterentwicklung der EU-Regionalpolitik und ich möchte von vornherein sagen, dass ich dieses Papier für ein sehr gutes Papier halte, weil auf sehr viele Dinge sehr konkret und sehr präzise eingegangen wird.

Der Bericht ist Ihnen allgemein bekannt und ich denke, dass wir ihm nicht nur irgendwie zustimmen, sondern eigentlich vollinhaltlich zustimmen können, möchte aber ein paar Zusatzbemerkungen machen, tue das aus der Sicht der ÖVP und tue das auch aus meiner persönlichen Sicht als Vorsitzender eines Regionalmanagements, weil hier auch deutlich die Möglichkeit besteht hinzuweisen, was in diesen Regionalmanagements passiert und welche Möglichkeiten bestehen.

Bezüglich der Ausschöpfungsquote, der Ausnutzung der einzelnen Strukturfondsprogramme und Gemeinschaftsinitiativen und der Nutzung der jeweiligen Aktionsprogramme kann man ruhigen Gewissens feststellen, dass die Steiermark es sehr gut verstanden hat, die durch die EU-Regionalpolitik gebotenen Möglichkeiten zu nutzen. Und hier mein Zusatz, wo ich auch bitte, das irgendwie der kritischen Diskussion dann zu unterziehen, wenn es sie geben sollte, einen nicht unwesentlichen Beitrag dazu haben die Regionalmanagementstellen nachweislich, siehe Evaluierungsbericht des Landes Steiermark, geleistet. Anmerkung aus meiner oststeirischen Sicht: Wir haben im Zeitraum von 1999 bis 2003, und zwar nachweislich, EU-Projekte mit einem Gesamtvolumen von mehr als 44 Millionen Euro in irgendeiner Form mit einbegleitet oder begleitet, initiiert oder betreut. Damit diese EU-Regionalpolitik auch in Zukunft mit geänderten, also nicht leichter werdenden Bedingungen, Rahmenbedingungen weiterhin so erfolgreich sein kann, erfordert es professionelle Strukturen in den Regionen. Die Förderprogramme werden, sie müssen und sie sollen sich ändern, aber die Strukturen sollen konstant und professionell erhalten bleiben.

Beim Finanzrahmen sei angemerkt, dass das Land Steiermark im Zeitraum 1995 bis 2006, unterstützt durch die EU, eine aktive und nach vorn schauende Regionalpolitik forciert hat. Sollte es auf Grund der Beschränkung des Budgets – der EU, in Klammer –, ein Prozent des BIP, gefordert auch von Österreich, zu einer dramatischen Reduktion der Mittel für die Regionalpolitik kommen, wird der Druck auf die nationalen Förderprogramme sicher steigen. Dazu gilt es, sich bereits jetzt Gegenstrategien zu überlegen. Sollten bis 2006 keine entsprechenden Gegenstrategien da sein, dann droht ein Rückfall in die Zeit vorher.

Wir waren alle stolz darauf, was wir in den letzten Jahren gemeinsam zusammengebracht haben. Diese Möglichkeiten müssen wir halten.

Zum Punkt Regionalpolitik 2007 bis 2013 muss der Zusammenführung im Rahmen der Wettbewerbsfähigkeit von Ziel 2 – regionale Wettbewerbsfähigkeit und Ziel 3 – Beschäftigung auf europäischer Ebene zugestimmt werden. Ich glaube, das ist ein guter Schritt. Dieser Ansatz der Regionalpolitik wird von Anfang an in da oder dort unterschiedlicher Qualität, aber insgesamt doch, auch von den Regionalmanagements vertreten. Das Regionalmanagement verfolgt die Form der eigenständigen Regionalentwicklung, in der es in bestimmten Wirtschaftsräumen, also Regionen, darum geht, Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik gemeinsam zu planen und in Form von Projekten gemeinsam zu realisieren. Wir haben das mehrmals bewiesen. Dies erfordert, so wie in diesem vorliegenden Papier, jedoch eine großräumigere Gebietsbetrachtung. Daher sollte angestrebt werden, ab 2007, die Regionalpolitik auf NUTS-3-Ebene zu legen und auch die Strukturen darauf abzustimmen.

Da die Finanzierungsvolumen der territorialen Zusammenarbeit wachsen werden und aller Voraussicht nach die Gemeinschaftsinitiativen INTERREG in einen neuen Rechtsrahmen kommen werden, wird es auch darüber nachzudenken geben, wie diese Mittel in der Steiermark aktiv eingesetzt werden.

Die Ausweitung der Grenzregionen, wie sie auch manchmal angedacht wird, auf die ganze Steiermark, ob das sinnvoll ist, wage ich zu bezweifeln. Ich erachte es auch nicht als zielführend. Es kann vielleicht politisch interessant sein, aber insgesamt, glaube ich, hilft es uns nicht weiter. Aus regionalpolitischer Sicht, glaube ich, dass uns dann ein ähnliches Schicksal wie bei LEADER-Plus, nämlich 75 Prozent der Steiermark haben LEADER-Plus, ereilen würde. Da wir aber davon ausgehen müssen, dass ab 2013 auch dieses inner-europäische Grenzprogramm massiv zurückgenommen werden wird, sollten alle Beteiligten interessiert sein, solche Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine nachhaltige Nutzung dieses Programms INTERREG ermöglichen. Und dazu zählt auch eine sinnvolle Gebietsabgrenzung.

Die Ausweitung des Grenzraumes auf die ganze Steiermark würde eine Umsetzung und Nutzung des Programmes sicherlich nur erschweren, siehe dazu Beispiel Niederösterreich, wo dann auch Wien einbezogen worden ist. Das hat solche Auswirkungen nämlich in den Berechnungsstrukturen und auch in der Umsetzung, dass hier eine immense Erschwernis auftritt. Meine Damen und Herren, zu den Schlussfolgerungen möchte ich sagen, dass aus fachlicher, sachlicher Sicht, aus unserer Sicht, aus meiner Sicht alle Punkte zu begrüßen sind. Besonders der Hinweis, ich zitiere: „Die Regional- und Strukturpolitik muss eine gemeinsame Aufgabe von Mitgliedsstaaten und Europäischer Union sein.“ Mitgliedsstaaten gemeint auf nationaler und regionaler Ebene, das erfordert auch Handlungen auf der Programmebene, das heißt, es müssen Finanz- und Strukturmittel dafür gesichert sein.

Besonders ist die Schlussfolgerung interessant im Hinblick auf die Forderung, ich zitiere, „Ausweitung der thematischen Schwerpunkte um den Bereich der Stärkung des endogenen Potenzials“, also die integrierte regionale Entwicklung und regionale Betreuungsstruktur zu unterstützen und hervorzustreichen. Dies sollte ein Fixpunkt im künftigen Ziel-2-neu werden, weil es damit gelingt, die regionalen Betreuungsstrukturen besser aufrechtzuerhalten. Die Mittelverteilung auf die Regionalfördergebiete auf Ebene der Nuts-3-Region sollen anhand von objektiven, nachvollziehbaren Kriterien erfolgen. Wir haben in der Oststeiermark diesen Ansatz bereits mit zwei großen Programmen, nämlich DEO und GO BEST, verfolgt. Für die Zukunft muss dies bedeuten, dass es auf Nuts-3-Ebenen nationale Planungsinstrumentarien geben muss. Diese regionale Planungskompetenz muss von der Regionalkonferenz, Generalversammlung, Regionalmanagement, wie immer das konstruiert ist, getragen werden. Durch diese Vorgehensweise wird es sicherlich zu einer massiven Verbesserung der Abstimmung von Landes- und Regionalstrategien und somit zu einer verbesserten Durchlässigkeit der Informationsflüsse kommen. Unserem Ansatz der integrierten Regionalentwicklung würde dies auch sehr zugute kommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in anderen Ländern sind die Regionalmanagements außer Frage gestellt. Bei uns muss man immer irgendwie dahinzittern. Ich erwarte mir und ich wünsche mir eine klare Entscheidung, will man sie, will man sie nicht. Seinerzeit wollte man sie. Es wäre schade, sie zu beseitigen, wenn nicht gleichzeitig andere Strukturen da wären. Nachdem wir wissen, dass solche Strukturen nicht leicht zu gründen, zu begründen und sozusagen in Gang zu bringen und aufrechtzuerhalten sind, habe ich immer vorgeschlagen, die Strukturen zu optimieren, aber insgesamt aufrechtzuerhalten und sicherzustellen. Das ist die Bitte, die ich in diesem Zusammenhang habe. Sonst glaube ich, um es noch einmal zu sagen, dass diese Regierungsvorlage in vielen, vielen Punkten ein sehr interessantes Papier ist, dem man mit großer Zustimmung folgen kann. Danke! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 13.48 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Anschließend am Wort ist Herr Abgeordneter Lafer.

Abg. Lafer (13.48 Uhr): Geschätzte Frau Präsident, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, sehr geehrte Damen und Herren!

Mein Kollege und Vorredner Franz Majcen hat es zwar schon angeführt, um welchen Bezug es hier geht und er als Obmann des Regionalmanagements Ost und auch sein Stellvertreter, was den Kollegen Franz Schleich betrifft und ich, wir sitzen ja gemeinsam in diesem Vorstand und können hier aus Erfahrung sagen, welche Dinge hier möglich waren und wie sie umzusetzen sind und ich will hier kein Wiederholungstäter sein, aber Kollege Majcen hat schon angeführt, wie wichtig ein solches Instrument ist, um in jenen Bereichen, wo es auch möglich ist, durch Innovation und andere Bereiche, vor allem im regionalen Sektor tätig zu sein.

Meine Damen und Herren, die LEADER-Periode 2000 bis 2006 zeichnet sich daher als eine sehr deutliche Erfolgsquelle durch die Steiermark ab und wir haben mit den zwölf LEADER-Aktionsgemeinschaften wirklich Schwerpunkte setzen können unter dem Motto „Stärken stärken“. Mit Unterstützung dieser Förderaktion wurde Hilfeleistung bezüglich der Erfindung von regionseigenen Stärken, deren Filterung und Vermarktung beigetragen. Ein kreativer Wettbewerb wurde ausgelöst durch überregionales Denken und man kam endlich weg von dieser Politik des Kirchturmdenkens und besann sich dahin gehend auf die Region. Mit dem Umgang des LEADER-Plus-Programmes aus Österreich sind wir Steirer die österreichischen Mittelausschöpfer, denn es stellt sich dahin gehend dar, dass 120 Projekte derzeit bereits vertraglich gesichert sind. Das sind rund 70 Prozent der in der Steiermark zur Verfügung stehenden öffentlichen Mittel, das heißt in der Halbzeit sind wir schon sehr weit vorangekommen. Die restlichen 30 Prozent sollen aber vor allem zur Erweiterung und Vertiefung der bisherigen Vorhaben herangezogen werden, das heißt, dass wir mit dem Ziel einer 100-prozentigen Mittelausschöpfung bis 2008 weiterhin auf jeden Fall voll im Plan sind. Die Wahrscheinlichkeit beziehungsweise für das Budget des LEADER-Plus-Programmes in der Steiermark stehen insgesamt 20,3 Millionen Euro zur Verfügung. Und wenn man sich das hier dann anschaut, wie es dazu kommt, wenn gewisse Projekte umgesetzt werden, dann kommt es, dass ungefähr mit einer Verdoppelung oder sogar mehr als mit einer Verdoppelung der eingesetzten Gelder und vor allem auch durch private Gelder in der Höhe von 24 Millionen auszugehen ist. Das heißt, diese privaten Investitionen seitens der Region gewährleisten darüber hinaus den wahren Einsatz finanzieller und ideeller Natur der Regionen. Ich darf auch hier in diesem Rahmen vielleicht einmal zwei Personen besonders hervorheben, die sich in diesem Bereich eingesetzt haben, eine Dame, das ist Frau Hofrat Dr. Dietlinde Mlaker und zum anderen Herrn Oberamtsrat Johann Klug, die dafür eintreten, dass diese Dinge im Bereich der Verwaltung wirklich hervorragend und bestens bearbeitet werden und ich bitte auch diesen Dank an die Abteilung, an alle Mitarbeiter der Abteilung weiterzutragen. (Beifall bei der FPÖ.)

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, es freut mich besonders, dass wir hier auch dem Regierungsverantwortlichen, das ist unser Herr Landeshauptmannstellvertreter Leopold Schöggel, dafür danken müssen, dass er gerade in seiner Politik dafür eintritt, dass jene Mittel verstärkt in unsere Region, zielführend in unserer Region und auch sofort eingesetzt werden. Lieber Leo, ein herzliches Dankeschön für deine politische Aufgabe und Arbeit, die du auch hier zugunsten der Regionen machst. (Beifall bei der FPÖ.)

Wenn wir uns dann das anschauen und der Kollege Majcen hat es bereits in seinem Bericht gesagt, dass sich einiges doch ab dem Jahre 2006 verändern wird, vor allem aber auch, dass das LEADER-Plus-Programm auslaufen wird und hier in einer anderen Form auch INTERREG 3 grenzüberschreitend vermarktet werden soll, so hat sich unser Landeshauptmannstellvertreter jedoch eines zum Ziel gesetzt, die Wirksamkeit und die Philosophie dieses Programmes ist beizubehalten. Wir werden dafür kämpfen, dass die nationalen Mittel, welche hier eingesetzt werden – lieber Franz Schleich, tu jetzt nicht dagegenreden, weil du bist sonst auch immer dafür –, dass die eingesetzten Mittel von ungefähr 3,7 Millionen Euro erhalten bleiben, auch wenn sie nicht Teil eines EU-Programmes sind, so sollten sie beziehungsweise müssen sie eine steirische Regionalförderoffensive werden, damit wir hier in unserem Bereich wirklich mit diesem Mehrwert arbeiten können und die geplanten Zielprogramme in den steirischen Regionen auch verwirklichen können. Denn ohne diese funktionierenden regionalen Strukturen, das heißt, auch starke Regionen, werden wir wieder in die alte Form der Politik zurückkehren und im Wettlauf um EU-Gelder umfallen.

Meine Damen und Herren, es sind ja auch noch andere Dinge angesprochen worden, wie etwa der dritte Kommissionsbericht der Europäischen Kommission vom 18. Februar. Zumindest ist im Bericht zu erkennen, dass es drei so genannte Ziele gibt, die hier geplant sind und budgetiert werden. Ziel 1, wenn man das so bezeichnen kann, steht unter dem Begriff Konvergenz und Wettbewerb.

Diese Ziel-1-Gebiete, das sind Gebiete mit weniger als 75 Prozent des BIP, werden ungefähr 78 Prozent des budgetären Rahmens beanspruchen. Das sind die Gesamtmittel aus der Kohäsionspolitik.

Das zweite so genannte Ziel sind zwei Bereiche. Zum einen die regionale Wettbewerbsfähigkeit und zum zweiten die Beschäftigung. Sie werden die Nachfolge des jetzigen Ziel-2-Gebietes und auch eine Einarbeitung der jetzigen Gemeinschaftsinitiative EQUAL inkludieren.

Und das dritte Ziel ist die europäische territoriale Zusammenarbeit, das rund 4 Prozent des Gesamtbudgets der Kohäsionspolitik beanspruchen wird. Das heißt aber auch, dass diese 4 Prozent das bedeuten, dass es zumindest zu einer Verdoppelung bis zu einer Verdreifachung der Budgetmittel kommen wird, und das ist als sehr positiv zu empfinden.

Wenn wir hier davon ausgehen, wie schon angesprochen wurde, dass die Steiermark in ihrer Gesamtheit in dieses Programm hineinfallen sollte, wo vielleicht hier schon Bedenken geäußert worden sind, so ist dem letzten Verhandlungsstand doch zu entnehmen, dass in dieser derzeitigen Steiermark der Bezirk Liezen in der

momentanen Situation ausgenommen ist und dass hier bestimmt noch weitere Verhandlungen durchgeführt werden müssen, damit hier auch eine Lösung für das Land Steiermark in befriedigender Weise zu erwarten ist.

LEADER ist ein sehr wichtiges Programm gewesen und deshalb sagen wir auch, dass es hier unbedingt eine Fortsetzung in diesem Bereich geben muss.

Meine Damen und Herren, unser Landeshauptmannstellvertreter wird sich dafür einsetzen, dass hier in der gemeinsamen Regionalentwicklung neue Maßstäbe erörtert werden, neue Maßstäbe gesetzt werden und dass zumindest in der Verwirklichung der regionalen Aufgaben weitere Schritte unternommen werden können.

Es ist dies die Form für die Zukunft und vor allem aber auch für jenes Ziel, das ab 2006 zu erreichen sein muss. Und, meine Damen und Herren, das historische Zeitfenster muss geöffnet bleiben.

In diesem Sinne hoffen wir, dass wir ab 2006 mit einer wirklich befriedigenden Aufgabenverteilung und auch mit einer befriedigenden budgetären Ausstattung rechnen können. Danke schön! (Beifall bei der FPÖ. – 13.57 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Grabner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Grabner (13.57 Uhr): Herr Präsident, meine Herren Landesräte, werte Kolleginnen und Kollegen!

Es wäre müßig zu unterstreichen, dass wir alle die Fortführung der regionalen Instrumentarien zur Umsetzung unserer gemeinsamen EU-Regionalpolitik brauchen und wollen und uns wünschen, wiewohl ich sage, der Wunsch, lieber Freund und auch Kollege Lafer, das Instrumentarium Regionalmanagement aufrechtzuerhalten, ist das eine. Es bleibt so lange nur Wunsch, solange wir nicht eines klar absichern, die finanzielle Basis für die Aufrechterhaltung des Personals, der Gesamtkosten, der Basiskosten, die wir zur Führung eines solchen Büros brauchen. Und da haben wir riesige Probleme. Euch geht es vielleicht ein bisschen besser, aber in der Obersteiermark ist es jedenfalls so, dass bisher die zuständige Abteilung, nicht die Abteilung, sondern der zuständige Ressortchef so auf dem Schlauch gestanden ist, dass wir die letzten Zahlungen mit ungefähr einem Jahr Verzögerung seitens des Landes und in den letzten Zeiten einige Male eineinhalb Jahre zeitverzögert bekommen haben und dann nur in einem Maße, dass wir also wirklich so eindeutig nachweisen konnten, dass wir überhaupt keine Luft gehabt haben für irgendwelche Projekte und Ideen, die pro futura auch nur anzudenken gewesen wären.

Das heißt, wenn wir jetzt schon sehen, die Basisfinanzierung wird auch seitens des Landes in einem Maße vernachlässigt, dass wir auf der einen Seite das, was wir aus dem Vorjahr noch zu bekommen hätten, erst jetzt schön tröpfelweise kriegen und für heuer im Budget gar nichts vorgesehen ist und dass sich der Bund ohnedies schon vor drei Jahren aus seiner Drittelfinanzierung verabschiedet hat, dann heißt das, wir können unseren Gemeinden schlicht und einfach nicht mehr zumuten, dass sie in Zukunft die Gesamtlast der EU-Regionalmanagements tragen. (Beifall bei der SPÖ.)

Das heißt, wenn wir hier zwar davon reden, lieber Freund Franz Majcen und lieber Freund Lafer, dass wir das alle wollen, aber das Land die Kofinanzierung sistiert und sagt, nein, dafür haben wir kein Geld mehr, dann reden wir zwar ganz lustig darüber, aber im Endeffekt killen wir unsere Instrumentarien. Und das muss uns bewusst sein, liebe Freunde. Es muss klargestellt sein, dass, wenn wir nicht bald zu einer Einigung kommen, nämlich zwischen dem Wollen derer, die sich um diese Instrumentarien bemühen, und der Tatsache, dass das Land die Kofinanzierung jedenfalls sichern und garantieren muss, dann tun wir nichts als das, was wir alle miteinander nicht wollen, nämlich Sonntagsreden und Schönreden. (Abg. Lafer: „Darf ich dir vielleicht doch etwas sagen? Es gibt bei diesem Regionalmanagement Aufgaben, die dementsprechend abgewickelt werden müssen, damit sie der Richtigkeit entsprechen. Nicht die Fehler auf das Land schieben, wenn die Regionalmanagements in deiner Obersteiermark eben nicht diese Qualitäten haben!“)

Lieber Freund, ich würde mir wünschen, dass du das, was du sagst, auch nur einigermaßen beurteilen kannst. Leider habe ich den Eindruck, dass du die obersteirischen EU-Regionalmanagements überhaupt nicht kennst. Die unterscheiden sich nämlich in der Qualifikation, in der Qualität und in der Abwicklung in nichts von den untersteirischen, nur mit einer Ausnahme, sie sitzen alle im Red Canyon und der Herr Landesrat Paierl ist natürlich mit großer Begeisterung auf dem Schlauch gestanden und hat uns ausgehungert, bis wir schon nicht mehr schnaufen konnten. Das ist die reine Wahrheit. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich sehe mit großem Interesse dem Umstand entgegen, dass wir ab sofort für alle die gleichen Rahmenbedingungen haben und dass auch wir in der Obersteiermark jene Mittel haben, die zu Recht angesprochen wurden, dass wir sie alle brauchen, um die Regionalpolitik auch wieder in die Regionen zu tragen, weil umsonst steht es ja nicht in den Schlussfolgerungen dieses Berichtes, Herr Landesrat. Umsonst steht ja nicht drinnen, dass Regional- und Strukturpolitik wichtig ist, dass insbesondere eine Ausweitung um den Bereich der Stärkung der regionalen Betreuungsstrukturen gefordert wird.

Im Punkt fünf wird gefordert, dass wir die regionalen Betreuungsstrukturen ausweiten. Das ist ganz nett. Das beschließen wir heute mit großer Freude. Aber die Finanzmittel dafür sind nirgends vorhanden. Das heißt, wir reden davon, dass wir das bräuchten, aber wir bringen diese Büros um. Das ist die Wahrheit dahinter.

Und ich hoffe, dass das ein bisschen anders ausschaut und das wird das sein, Herr Landesrat, woran wir Sie messen werden, nämlich jetzt bis zum Jahresende, und bis wir dann so weit sein werden, dass wir im November, Dezember über das Budget für das kommende Jahr reden.

Wir werden unsere Gemeinden nicht mehr dazu animieren können, über die Vertragsdauer hinaus – und die läuft mit 2006 aus – da wiederum Beschlüsse zu fassen, die dann heißen, die Gemeinden haben gefälligst allein mit den Geldern ihrer Bürger für die EU-Regionalpolitik im Lande Steiermark zu sorgen. Das kann es ja nicht sein.

Ein ganz kleiner Hinweis noch, in Punkt neun ist die Erwähnung: Beibehaltung der Programmlaufzeit wäre wünschenswert. Es ist richtig, dass es gescheit wäre, wenn wir das irgendwie angleichen. Aber es wäre naiv anzunehmen, dass wir durch starre Beibehaltung der bisherigen Programmlaufzeiten etwas erreichen könnten. Tatsache ist, dass die Programmlaufzeiten sich jetzt naturgemäß ändern werden müssen – auch Brüssel ändert die Programmlaufzeiten. Wir legen jetzt etwas fest, was von 2006 bis 2010 gilt, weil schlicht und einfach die mit der Finanzplanung und Finanzgestion beauftragte EU-Kommission auch ihre Laufzeit hat bis 2010. Damit haben wir eine Zwischenlaufzeit bis 2010 und dann geht es wieder weiter im normalen Rhythmus. Das heißt, es wäre also naiv davon auszugehen, dass das von uns erreicht werden könne.

Wenn in demselben Punkt eine klare Festlegung der Zuständigkeiten auf regionaler Ebene mit dem Blickpunkt der Stärkung der regionalen Strukturen angesprochen ist, dann unterstreichen wir das ebenfalls wieder, aber wieder mit dem Hinweis, ernst zu nehmen ist das erst dann, wenn wir diese regionalen Strukturen nicht umbringen, sondern stärken, indem wir sie finanziell mit dem Nötigsten ausstatten. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 14.04 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Nochmals zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Lafer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Lafer (14.04 Uhr): Danke, Herr Präsident!

Noch einmal ganz kurz, lieber Kollege Heinz Grabner. Dir ist ja bekannt, weil deine Argumentation beziehungsweise deine Kritik gerade auf unseren Landeshauptmannstellvertreter Schögggl hingefallen ist. EU-Projekte sind ja ein Finanzierungsmix. Ich meine, ich brauche dir da ja nichts erklären. (Abg. Stöhrmann: „Schögggl ist für die Finanzen nicht verantwortlich!“) Aber in Wahrheit liegt der Ball schon beim damaligen Landesrat Paierl, der es verabsäumt hat, die Budgets für die Kofinanzierung sicherzustellen beziehungsweise entsprechend zu bedecken. Dort stehen wir in Wahrheit an.

Entschuldigung, wenn ich vorher kritisiert habe, dass es vielleicht in einigen Regionalmanagementstellen nicht so eine qualitativ oder vielleicht eine so schnelle Arbeit gibt, wie wir zum Beispiel in der Oststeiermark darauf hinweisen können, dann muss man das schon auch zur Kenntnis nehmen. Aber dir ist diese Problematik selbst auch bekannt. Das heißt, auf Grund der Problematik mit dem Budget war es uns ja gar nicht möglich, das Geld aus Brüssel abzuholen. Wir werden in Zukunft ja sehen, wo jetzt das Finanzressort ja bei der Frau Landesrätin Edlinger-Ploder liegt, ob sie jetzt dafür bereit ist, auch jene finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen, damit eben jene Projekte, die einer Kofinanzierung bedürfen und das ist in den meisten Fällen der Fall, damit diese Gelder auch abgeholt werden können und damit wir auch die Garantie haben, dass jene Projekte in der Steiermark umgesetzt werden können.

Aber, meine Damen und Herren, wieso ich mich zu Wort gemeldet habe, war ein kleiner Fehler von mir. Ich habe vergessen einen Entschließungsantrag einzubringen, und zwar betreffend Ausstieg aus dem EURATOM-Vertrag, das ist ja der nächste Tagesordnungspunkt, der gemeinsam mit diesem verhandelt wird. Sie wissen ja, dass wir in dem Entschließungsantrag auch das so formuliert haben, dass wir im November 2002 von Österreich ausgehend eine Aufstockung des EURATOM-Kreditvertrages verweigert haben und ich darf daher auch diesen Antrag einbringen.

Der Landtag wolle beschließen, die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten um den Ausstieg aus dem EURATOM-Vertrag zu prüfen. Ich danke schön! (Beifall bei der FPÖ. – 14.07 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landeshauptmannstellvertreter Schögggl.

Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl (14.07 Uhr): Herr Präsident, Hoher Landtag!

Der Herr Abgeordnete Grabner hat ein wunderschönes Bild geprägt, das ich noch nie gehört habe, den Red Canyon. Und sofort ist ein Wildwestroman in mir hochgestiegen, wo ein Red Canyon eine unendlich tiefe, zerklüftete, schwer zugängliche Schlucht ist, wo unten ein Fluss plätschert. So wollen wir das Mur-Mürz-Tal doch nicht sehen. Es ist ein blühendes Tal, Kollege Grabner. Ein blühendes Tal und wir wollen das in keiner Weise schlecht reden und schlecht machen!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte mich in erster Linie bei den Beamten bedanken, die es übernommen haben, die EU-Förderungen und die EU-Strukturprogramme abzuwickeln. Ich darf ja da für einen Großteil verantwortlich sein – insbesondere für das INTERREG-IIIa-Programm und die LEADER-Programme sehr gut gelungen, so etwas wie einen One-Stop-Shop zu organisieren, so dass die Förderwerber nicht in der Gegend herumgeschickt werden und ein großes Frustrationspotenzial auf sich laden müssen, son-

dem dass wir Projekte sehr rasch abwickeln können. Und es gelingt auch. Es ist auch so, dass wir die verschiedenen LEADER-Regionen durchaus in einem gesunden Wettbewerb zueinander haben und das hat wahrscheinlich der Kollege Lafer gemeint, dass die unterschiedlichen Regionen einfach unterschiedlich effizient arbeiten, unterschiedlich rasch Anträge formulieren und umsetzen. Da gibt es auch verschiedene Erfolgsquoten, und es ist auch so, dass unsere LEADER-Region sehr dahinter ist. Zum Beispiel in einer LEADER-Region, für diejenigen, die es nicht wissen, das ist die Obersteiermark Ost, wo ich selber herkomme, konnte man sich lange nicht einigen, wo man ein Büro macht. Da war ein Streit zwischen den Städten und so weiter. Aber das ist hoffentlich überwunden und jetzt kann dort ordentlich durchgestartet werden und die Projekte können auch umgesetzt werden. Wenn es um Geld geht, wissen Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist das Wichtigste eine Basisfinanzierung. Ich bin überzeugt davon, dass die Bürgermeister in den Regionen durchaus gerne mitmachen, wichtig ist der Erfolg. Erfolg macht ein bisschen süchtig. Dort, wo Projekte kommen, wo erfolgreiche Maßnahmen umgesetzt werden können, dort fließt natürlich auch Geld. Ich bin sehr dankbar dafür, dass auch viele Private in der Lage sind, ihre Geldbörse aufzumachen und die erforderliche Kofinanzierung Bedingung und gleichzeitig auch so etwas wie ein Erfolgsfilter ist. Ein Projekt kann nur dann erfolgreich sein kann, wenn man auch vollkommen dahinter steht und wenn man auch weiß, dass man hier Eigenmittel aufbringen muss und diese aufgebrachten Eigenmittel sind daher für mich auch etwas wie ein Maßstab für die Qualität der Projekte. Viele Projekte bringen auch viele Mittel und viele Mittel ermöglichen dann auch wesentlich leichter die Aufrechterhaltung der notwendigen Basisstruktur. Aber wichtig ist, dass die Projekte nicht nur auf dem Papier stehen, sondern tatsächlich zur Umsetzung kommen. Das gelingt vor allem dann, wenn die einzelnen Regionalentwicklungsinstitutionen, wie zum Beispiel der regionale Entwicklungsbeirat, das EU-Regionalmanagement und so weiter alles in die entsprechenden Bahnen lenken und eine klare durchgängige Struktur bilden, die in erster Linie den Förderwerbern zugute kommt. Wir haben sehr, sehr erfolgreiche LEADER-Regionen. Besonders hervorheben möchte ich das Almenland und auch das Hügelland östlich von Graz, das Vulkanland. Und andere, die sind eben weniger erfolgreich, da ist vorläufig – und da blutet mir das Herz – die Eisenstraße dabei, die leider noch nicht so erfolgreich ist, wie sie es sein könnte, aber wir werden alles daransetzen, das zu tun.

Insgesamt, meine sehr verehrten Damen und Herren, über die Programmperiode 2006 hinausblickend, wird es INTERREG weiter geben, und wahrscheinlich sogar aufgewertet werden, LEADER wird bis 2008 abzurechnen sein, danach auslaufen, und wir müssen uns alle gemeinsam bemühen, dass auf der Basis der bestehenden Strukturen eine ähnliche Programmschiene, aber wahrscheinlich im Wesentlichen aus nationalen Mitteln finanziert, fortgesetzt werden kann. Weil diese gute Zusammenarbeit in den LEADER-Gruppen, diese hart erarbeitete regionale Struktur, die wir haben, welche es ermöglicht, Projekte, die von der Basis kommen und daher nochmals eine Erfolgsgarantie bergen, erhalten bleiben. Wir werden alle daran arbeiten. Ich bin überzeugt, dass wir erfolgreich sein werden. Nochmals herzlichen Dank an alle Umsetzer! (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – 14.12 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Stöhrmann. Ich erteile es ihm.

Abg. Stöhrmann (14.13 Uhr): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, Hohes Haus!

Grundsätzlich debattieren wir um des Kaisers Bart. Alle, die sich hier zu Wort gemeldet haben, meinen das Gleiche, wollen das Gleiche und haben das gleiche Ziel. Mit einem bin ich nicht ganz einverstanden, Herr Kollege Lafer, wenn du dauernd von deinem Landeshauptmannstellvertreter sprichst. Er ist ja nicht deiner, er sitzt ja auf einem anderen Mandat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, aber eines muss ich schon dazusagen. Wenn sich dieser auf dem ÖVP-Mandat sitzende Landeshauptmannstellvertreter hier heraustraut beziehungsweise von seinem Regierungssitz aus Nestbeschmutzung betreibt und das eigene Regionalmanagement Obersteiermark-Ost hier schlecht macht, dann kann ich nur sagen, er weiß nicht, wovon er spricht und ich würde ihm empfehlen und ich würde ihm, dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter, empfehlen, er sollte auf seine Mitglieder in diesem Regionalmanagement einwirken, dass sie erstens einmal zu Sitzungen kommen, dass sie wissen, was dort passiert und er möchte auf sie einwirken, dass sie ihm das auch sagen. Denn dann würde er derartige Behauptungen nicht aufstellen. Eines ist klar, die Einrichtung der Regionalmanagements ist eine gute. Sie haben in den Regionen etwas weitergebracht. Es wurde gut gearbeitet. Wenn von unterschiedlichen Zugängen hier die Rede ist, Herr Landeshauptmannstellvertreter, ja, dann gibt es schon einen gravierenden unterschiedlichen Zugang, nämlich bei der Zurverfügungstellung der Mittel, die uns zwar angekündigt werden, aber die wir, wie der Kollege Grabner es gesagt hat, oft Monate, ja sogar Jahre später bekommen. Das ist der grundlegende Unterschied zum Regionalmanagement Ost vielleicht und zum Regionalmanagement Obersteiermark.

Und wenn in den laufenden Budgets keine Mittel dafür vorgesehen sind, diese Regionalmanagements zu unterstützen, dann spricht das für sich. Ich hoffe auf den neuen Wirtschaftslandesrat, dass er auf seine Kollegin, auf die Finanzlandesrätin einwirken wird, dass das in Zukunft nicht mehr passiert, denn die Gemeinden werden nicht in der Lage sein, diese Basisfinanzierung rein selbst aufzubringen und es wäre schade um diese gute Einrichtung der Regionalmanagements, wenn sie in Zukunft nicht in dieser Form aufrechterhalten werden könnten. Denn die EU spricht immer davon, eine Gemeinschaft der Regionen zu sein und wenn sie das wirklich will, dann ist auch die Kofinanzierung national notwendig und nur dann kann in den Regionen strukturelle Entwicklung betrieben werden. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 14.15 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat DDr. Schöpfer.

Landesrat DDr. Schöpfer (14.15 Uhr): Meine Damen und Herren!

Es gibt einen Punkt, wo wir uns, glaube ich, alle einig sind, das ist der, dass es auch ab dem Jahr 2006 weitergehen muss mit einer vernünftigen Regionalpolitik, mit einer wirtschaftlichen Förderung vor allem in Problembereichen. Also, ich glaube, da sind wir uns einig und da müssen wir an einem Strang ziehen.

Was für mich neu war – und ich danke für dieses Wortspiel „Red Canyon“. Natürlich sollen die nicht ausgehungert werden, denn jeder, der Amerika kennt, weiß, zwischen diesem Red Canyon liegt das Death Valley. Also das wollen wir nicht. Und ich darf sagen, es war für mich neu zu hören, dass es da angeblich unterschiedliche Zuteilungen gibt. Aus meiner Sicht – und ich werde das sehr genau anschauen lassen – gibt es keinen Unterschied zwischen den Green Valleys, den Black Mountains, den Blue Mountains und dem Red Canyon. Aber, wie gesagt, ich schaue mir das gerne an, wie da die Mittel wirklich fließen. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich darf etwas vielleicht sagen, die Basisfinanzierung für die Regionalmanagements ist bis zum Jahr 2006 ohnedies gesichert und vertraglich auch mit den einzelnen Regionalmanagern abgesprochen. Da gibt es sozusagen keine Unruhe.

Das, was derzeit passiert, und das ist im Gange, ist eine Evaluierung, eine Evaluierung, wo man sieht, wie tüchtig ist das Ganze, was bringt es. Und ich nehme an, dass das Ergebnis in Kürze vorliegen wird und das ist dann die Grundlage dafür, dass wir gemeinsam drüber diskutieren und nachdenken, wie geht es nach 2006 weiter. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 14.16 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich komme nun zur Abstimmung:

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 1741/1 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 1625/1 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend Ausstieg aus dem EURATOM-Vertrag, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

10. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 1401/1, der Abgeordneten Detlef Gruber, Halper und Petinger, betreffend Verbesserung des Markenschutzrechtes.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Margarethe Gruber. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Margarethe Gruber (14.18 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich berichte zum Antrag, Einl.-Zahl 1401/1, der Abgeordneten Detlef Gruber, Halper und Petinger, betreffend Verbesserung des Markenschutzrechtes.

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft hat in seinen Sitzungen am 16. September 2003 und 20. April 2004 über obgenannten Antrag beraten und eine Änderung im Antrag beschlossen.

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, mit dem dringenden Ersuchen an die Bundesregierung heranzutreten, die Schaffung gesetzlicher Grundlagen zu initiieren, dass erstens kulturelle Begriffe, zum Beispiel Landhaus, Zeughaus, Uhrturm et cetera sowie zweitens kommunale Namen, zum Beispiel Ortsnamen, Namen von Regionen, nicht von Privaten, insbesondere Firmen, als Markenrecht für die Unterscheidung von Waren oder Dienstleistungen gemäß dem Markenschutzgesetz 1970 erworben werden können. (14.18 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke der Frau Berichterstatterin.

Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dirnberger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dirnberger (14.19 Uhr): Herr Präsident, Herr Landeshauptmannstellvertreter, Herr Landesrat, geschätzte Damen und Herren!

Ich darf mich kurz zu Wort melden. Dieser Antrag ist ja auf den Markenrechtsstreit Lipizzaner zurückzuführen, der ja voriges Jahr bei uns gelaufen ist – unter Anführungszeichen gelaufen –, wo eine Firma in Wien, die Firma Lecon, alle Markenrechte sich gesichert hat, außer denen, die mit Pferden und Dressur zu tun haben.

Ich habe diesen Antrag natürlich freudigen Herzens unterstützt, nur leider ist auch das eingetreten, was mir vorher Markenrechtsexperten schon mitgeteilt haben, dass dieser Punkt drei, Begriffe mit wesentlicher Bedeutung für die Allgemeinheit, leider nicht zu schützen geht oder im Gesetz nicht verankerbar ist. Und gerade dieser Punkt wäre im Hinblick auf die Lipizzaner so besonders wichtig.

Ich habe mich erkundigt, weil damals im Vorfeld, wie diese Diskussion losgebrochen ist, haben wir ja alle möglichen Kontakte hergestellt und da habe ich einen Weinhändler und Bauern im Burgenland ausfindig gemacht, der schon lange die Marke Lipizzaner für diesen Wein geschützt hat. Der trägt mit dieser Firma Lecon ein Gerichtsverfahren aus, das jetzt bereits zwei Jahre dauert. In erster Instanz hat er teilweise Recht bekommen. Er ist jetzt in die zweite Instanz gegangen, vor ein Wiener Handelsgericht. Das Ganze ist eigentlich sehr mühsam. Ein bisserl zugute kommen dürfte ihm ein OGH-Urteil in Deutschland oder eine Empfehlung, welche besagt, selbst wenn jemand eine Marke nicht eingetragen hat, aber diese Marke schon sehr lange verwendet, kann nicht einer herkommen und jetzt plötzlich diese Marke eintragen und ihm wegschnappen. Das ist an sich eine sehr richtige Entscheidung, weil ja, glaube ich, es nicht so sein kann, dass da ein paar Findige sind, die mit der Marke an sich selbst oder mit dem Produkt nichts zu tun haben und dann plötzlich eine Eintragung machen und die anderen, die schon jahrelang und jahrzehntelang eigentlich damit geschäftliche Tätigkeiten durchführen, auf einmal dann blockiert werden. Also ältere Rechte gehen da vor. Das ist an sich eine positive Entscheidung.

Ich glaube, aus Sicht der Region können wir es so sehen, wir warten jetzt einmal ab, wie da diese burgenländische Firma zurande kommt mit dieser Löschung. Und sollte das erfolgreich sein, dann, glaube ich, dass wir diesen Weg, den wir ursprünglich schon einmal in der Region diskutiert haben, dass auch wir die Löschung beim Handelsgericht beantragen, damit diese Firma Lecon die Markenrechte nicht mehr zur Verfügung hat, weiter verfolgen können. Hier ist es natürlich notwendig, dass uns das Bundesgestüt Piber massiv unterstützt, weil die haben das wirkliche Naheverhältnis zu diesem Namen. Und sollte das erfolgreich sein, dann kann ich mir sehr gut vorstellen, dass wir gemeinsam mit Piber eine Wortbildmarke registrieren lassen und das dann ganz gezielt auch vergeben, weil es kann nicht so sein, dass hier jeder schon mit Haarspangerl oder sonst was mit dem Begriff Lipizzaner Werbung betreibt.

Sollte dieser Schritt eingeleitet werden, darf ich jetzt schon den Landtag um Unterstützung ersuchen, weil hier geht es ja auch darum, dass wir unterstützt werden von Seiten des Landes und auch um finanzielle Unterstützung. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 14.23 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Eine weitere Wortmeldung zum Tagesordnungspunkt 10 liegt nicht vor. Ich komme daher zum Tagesordnungspunkt

11. Bericht des Ausschusses für Europäische Integration über den Antrag, Einl.-Zahl 1535/1, der Abgeordneten Detlef Gruber, Kröpfel und Schleich, betreffend zukünftige Nutzung der Infrastruktur der steirisch-slowenischen Grenzübergänge, insbesondere Spielfeld.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Franz Schleich. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schleich (14.24 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, Herr Landesrat, geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Ich darf folgenden Bericht bringen mit der Einl.-Zahl 1535/1, Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Europäische Integration.

Der Ausschuss für Europäische Integration hat in seinen Sitzungen am 25. November 2003 und 20. April 2004 über obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt.

Zum Antrag der SPÖ, betreffend zukünftige Nutzung der Infrastruktur der steirisch-slowenischen Grenzübergänge, insbesondere Spielfeld, liegt seitens der Fachabteilung 1E folgende Stellungnahme vor:

Das in Umsetzung befindliche Konzept des Innenministeriums sieht vor, dass an den gemeinsamen Grenzübergangsstellen verstärkt das „One-Stop-Prinzip“ umgesetzt werden soll. Demnach sollen Reisende beim Grenzübertritt zum Zwecke der weiterhin von beiden Seiten uneingeschränkt vorzunehmenden sicherheitsbehördlichen Grenzkontrollen nur mehr einmal stehen bleiben müssen. Die infrastrukturellen und baulichen Voraussetzungen dafür sind durch die Übernahme und Adaptierung der bestehenden Gebäude der Zollwache durch die Grenzpolizei gegeben.

Der kürzlich zwischen Österreich und Slowenien abgeschlossene Vertrag über die polizeiliche Zusammenarbeit sowie die bereits bestehenden bilateralen Abkommen bieten hiezu gute Möglichkeiten.

Hinsichtlich der Nachnutzung der baulichen Einrichtungen am Grenzübergang Spielfeld – Bundesstraße und Autobahn nach dem Abbau der Grenzkontrolle bestehen seitens des Innenministeriums erste Überlegungen, gegebenenfalls auch hier ein bilaterales Kontaktbüro einzurichten, wie es in Thörl-Maglern/Kärnten eröffnet werden soll.

Der Antrag lautet:

Der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Europäische Integration zum Antrag, Einl.-Zahl 1535/1, der Abgeordneten Detlef Gruber, Kröpfl und Schleich, betreffend zukünftige Nutzung der Infrastruktur der steirisch-slowenischen Grenzübergänge, insbesondere Spielfeld, wird zur Kenntnis genommen. (14.26 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Danke dem Berichterstatter. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Gruber. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Detlef Gruber (14.26 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ein bisschen enttäuschend war die Stellungnahme zu dem von uns am 28. Oktober 2003 eingebrachten Antrag über die künftige Nutzung der Infrastruktur an den steirisch-slowenischen Grenzübergängen. Wir sind nicht ganz zufrieden mit dem, was herausgekommen ist, denn sich einfach nur so in diese Position zu begeben, na ja, jetzt haben wir ohnedies noch Zeit bis 2007, 2008 und dann wird schon irgend etwas passieren, das ist mir zu wenig für unsere so wichtige Region. Wir können es einfach nicht dem Zufall überlassen, was in weiterer Folge passiert, zumal es ja in diesem Antrag auch darum gegangen ist, dass sich jetzt rechtzeitig Gremien zusammensetzen sollen um darüber nachzudenken, was dann, wenn es so weit ist, passieren kann, damit nicht der Fall eintritt, dass es letztlich schon jeder begreift, was da sich abspielt, aber nur wenige befreien es rechtzeitig.

Daher möchte ich einen Unselbstständigen Entschließungsantrag einbringen mit dem Inhalt:

Der Steiermärkische Landtag möge beschließen, die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, ein aus Experten und Expertinnen und Politikern und Politikerinnen der Bundes- und Landesebene zusammengesetztes Gremium mit der Zielsetzung einzurichten, Nachnutzungskonzepte für die nach dem Wegfall der Schengen-Außengrenze frei werdenden baulichen Infrastruktur an der Staatsgrenze zu Slowenien zu erarbeiten. Ich ersuche um Annahme. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 14.28 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Gangl. Ich erteile es ihm.

Abg. Gangl (14.28 Uhr): Sehr geehrte Frau Landeshauptmann, Hoher Landtag!

Vielleicht nur ganz kurz ein paar Sätze. Lieber Detlef Gruber, in diesem Sinne, es passiert einiges entlang der Grenze zum Thema Erweiterung und auch zum Thema Zoll beziehungsweise Schengen. Ich glaube, da sind ein paar Dinge, die zu berichten sind. Das One-Stop-Prinzip wurde schon angesprochen, dass sozusagen die Flüssigkeit an der Grenze der Personenkontrolle mit einem einmaligen Halten besser gewährleistet ist. Wie jetzt geplant, eben auf verschiedenen Seiten der Grenze sozusagen, die Infrastruktur zu nutzen. Wir wissen aber in vielen Bereichen noch nicht, wie mit dieser Infrastruktur umgegangen wird. Zum Beispiel in Bad Radkersburg auf der slowenischen Seite hört man, dass man das überhaupt wegreißen will, um anderen Nutzungen zuzuführen. Das heißt, hier sind noch nicht alle Dinge eindeutig geklärt. Ich möchte aber auch dazusagen, dass es eine erfreuliche Entwicklung gibt, vor allem im Bereich des kleinen Grenzverkehrs mit dem Tourismusabkommen, wo wir sozusagen die touristischen Einrichtungen vernetzen können, ob das die Wanderwege sind, ob das die Radwege sind oder andere Dinge sind und dass wir hier uns frei in den nächsten Jahren, ab dem 1. Mai schon bewegen können, wo sozusagen mit dieser Schleierfahndung also innerhalb dieses Gebietes die Personenkontrolle abgehalten wird, also dass wir hier die Grenze nicht mehr so spüren und trotzdem schengenkonform vorgegangen wird. Ich glaube, da sind viele Bereiche, die sehr positiv aufzuzählen sind und ich glaube, dass das sicher noch einige Zeit dauern wird, bis man ganz konkret weiß, was dort und da sinnvoll in der Umsetzung zu nutzen ist an den jetzt noch bestehenden Grenzübergängen. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 14.30 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Schleich. Ich erteile es ihm.

Abg. Schleich (14.30 Uhr): Geschätzte Landesräte, Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Zu diesem Bericht, wo ich auch Berichterstatter war und vor allem zu den Ausführungen meiner Vordredner kann ich nur sagen, es kann nicht zu früh sein, ein paar Tage vor dem 1. Mai sich darüber zu unterhalten, was wir mit den Infrastruktureinrichtungen an der Grenze machen. Denn die Entscheidung ist gefallen, in ein paar Tagen fahren wir dort rüber mit dem freien Warenverkehr und wenn es so sein soll, wie es hier in dem Bericht steht, dass nur auf einer Seite Slowenen und Österreicher, das wird wahrscheinlich auf dieser und auf der anderen Seite sein, gemeinsam die Kontrolle vornehmen, kann es nur von Vorteil sein. Aber es gibt hier Einrichtungen, ob es jetzt in Spielfeld, ob es in Radkersburg ist, lieber Toni Gangl, oder ob es die kleinen Grenzübergänge sind, aber vor allem diese großen Einrichtungen sind Infrastruktureinrichtungen, die vor gar nicht so langer Zeit gebaut worden sind. Und wenn man ein Stück weiter schaut, sieht man an der slowenisch-kroatischen Grenze enorme Bauvorhaben, die großteils mit EU-Mitteln gebaut werden und natürlich auch in sieben Jahren oder mehr, wenn Kroatien dabei ist, wiederum zur freien Verfügung stehen, so glaube ich, ist es an der Zeit, dass sich vor Ort in der Region, aber auch auf Landes- und Bundesebene, aber auch auf EU-Ebene eine Kommission bildet und sich dafür einsetzt, so schnell wie möglich und jeder

Tag ist zu spät, um dort diese Strukturen dahin gehend zu nützen, ob es jetzt Büros werden zur Information, zur Kommunikation und die vielen Probleme, mit denen jetzt die Unternehmer zu tun haben, alleine mit dem Warenverkehr. Es ist ja damit nicht abgetan, dass jetzt der Warenverkehr nach Slowenien frei ist, sondern der Warenverkehr fließt ja nach Serbien und nach Kroatien und wir alle wissen, dass der Zoll dort nicht weg ist und diese ganzen Erledigungen, die enorm weiterhin zu machen sind. Ich glaube, wir sind gut daran, wenn wir den Entschließungsantrag, den wir eingebracht haben, gemeinsam beschließen. Das muss in unser aller Sinn sein, um hier diese Struktur nicht nur nützen zu können, sondern vielleicht für eine Zukunftsbasis auszubauen und diese Information, die die Menschen dort brauchen auch für das nächste Land und für unsere Wirtschaft und unsere Region dafür zu nützen, für das sie eigentlich da sein sollten. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 14.33 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Dr. Schöpfer.

Landesrat DDr. Schöpfer (14.33 Uhr): Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Mit dem Antrag, dass wir uns Gedanken machen sollen, welche Nachnutzung mit den Zollamtsgebäuden und so weiter passieren soll, rennen Sie natürlich offene Türen ein. Das ist eine Selbstverständlichkeit, dass wir darüber nachdenken. Die Formulierung, dass jeder Tag, der noch verstreicht, zu spät ist, ist natürlich ein bisschen zu dramatisch, denn mit 1. Mai kommen unsere Nachbarn zwar in die EU, aber sie sind noch lange nicht bei Schengen. Das heißt also, der Wegfall der Zollkontrollen dauert also noch einige Jahre. Das heißt, wir haben tatsächlich noch Zeit darüber nachzudenken und ein Gedanke, der mir spontan kommt, aber das werden wir gemeinsam diskutieren können, ist etwa das amerikanische Beispiel, wenn sie von einem Bundesstaat zum anderen Bundesstaat fahren, dann gibt es an den Grenzen sehr freundliche Wellcome-Centers, wo die jeweiligen Bundesstaaten sich den Touristen präsentieren, wo man ein Getränk bekommt, wo man Karten bekommt, wo man den Hinweis bekommt, was es an touristischer Infrastruktur gibt, was es an Wirtschaft gibt, was man einkaufen kann und so weiter. Also, es wäre eine gute Möglichkeit für die Steiermark, sich hier in einer sehr freundlichen Weise den internationalen Touristen zu präsentieren und vielleicht schaffen wir es, dass die Leute nicht nur durchfahren, sondern in der Steiermark bleiben und ein bisschen ein Geld da lassen. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 14.34 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich komme nun zur Abstimmung:

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Nachnutzungskonzepte für frei werdende bauliche Infrastruktur an der Staatsgrenze zu Slowenien, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

12. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über den Antrag, Einl.-Zahl 1285/1, der Abgeordneten Dietrich und Graf, betreffend Einrichtung eines Fonds zur Rettung des Waldes in der Steiermark.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Waltraud Dietrich. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dietrich (14.35 Uhr): Herr Präsident!

Der Ausschuss für Landwirtschaft und Umweltschutz hat in seinen Sitzungen am 6. Mai 2003 und am 20. April 2004 über obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt.

Zum Antrag der FPÖ, betreffend Einrichtung eines Fonds zur Rettung des Waldes in der Steiermark, liegt eine Stellungnahme der Landesregierung vor. Darin wird zusammenfassend festgehalten, dass im Hinblick darauf, dass aus verschiedenen Budgetansätzen Mittel für die Maßnahmen zur Verbesserung der Schutzwirkungen zur Verfügung stehen und in Katastrophenfällen zusätzliche Mittel zur Behebung der Schäden in Anspruch genommen werden können, bereits mehrere Möglichkeiten bestehen, die finanziellen Förderungen der Schutzwälder sicherzustellen.

Der Ausschuss für Landwirtschaft und Umweltschutz stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen. Ich ersuche um Annahme. (14.36 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Bei den Tagesordnungspunkten 13 bis 17 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese fünf Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.
Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

13. Selbstständiger Antrag des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform, Einl.-Zahl 1787/1, Beilage Nr. 198, betreffend Novellierung des Landes-Verfassungsgesetzes, zu den Anträgen, Einl.-Zahlen 16/1, 23/1 und 1276/1.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christopher Drexler. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Mag. Drexler (14.37 Uhr): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich darf Ihnen berichten zum Tagesordnungspunkt 13 über den Selbstständigen Antrag des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform, der da lautet:

Der Landtag wolle beschließen:

Der nachstehende Entwurf eines Landesverfassungsgesetzes, mit dem das Steiermärkische Landes-Verfassungsgesetz 1960 geändert wird, wird zum Beschluss erhoben. (14.37 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

14. Selbstständiger Antrag des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform, Einl.-Zahl 1788/1, Beilage Nr. 199, betreffend Erlassung der Landtagswahlordnung 2004, zu den Anträgen, Einl.-Zahlen 16/1, 23/1 und 1276/1.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christopher Drexler. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Mag. Drexler (14.38 Uhr): Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wir kommen zum zweiten Tagesordnungspunkt in diesem Paket. Hierbei handelt es sich um die nun vorliegende Landtagswahlordnung 2004 und ich darf den Antrag stellen, der Landtag wolle beschließen:

Der nachstehende Entwurf eines Gesetzes, mit dem die Landtagswahlordnung 2004 erlassen wird, wird zum Beschluss erhoben. (14.38 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

15. Selbstständiger Antrag des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform, Einl.-Zahl 1789/1, Beilage Nr. 200, betreffend Erlassung der Gemeindewahlordnung 2004, zu den Anträgen, Einl.-Zahlen 16/1, 23/1 und 1276/1.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christopher Drexler. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Mag. Drexler (14.39 Uhr): Der dritte Teil dieses Pakets ist die Gemeindewahlordnung 2004, die Ihnen auch vorliegt. Und ich darf in diesem Zusammenhang auch den Antrag stellen, der Landtag wolle beschließen:

Der nachstehende Entwurf eines Gesetzes, mit dem die Gemeindewahlordnung 2004 erlassen wird, wird zum Beschluss erhoben. (14.39 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

16. Selbstständiger Antrag des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform, Einl.-Zahl 1790/1, Beilage Nr. 201, betreffend Novellierung der Steiermärkischen Gemeindeordnung 1967, zu den Anträgen, Einl.-Zahlen 16/1, 23/1 und 1276/1.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christopher Drexler. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Mag. Drexler (14.40 Uhr): Der vierte Teil des Pakets ist der Selbstständige Antrag des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform, mit dem die Steiermärkische Gemeindeordnung von 1967 geändert werden soll.

Der Landtag wolle beschließen:

Der nachstehende Entwurf eines Gesetzes, mit dem die Steiermärkische Gemeindeordnung 1967 geändert wird, wird zum Beschluss erhoben. (14.40 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

17. Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform über den Antrag, Einl.-Zahl 16/1, der Abgeordneten Lechner-Sonnek und Mag. Zitz, betreffend Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre.

Berichterstatterin ist die Frau Landtagsabgeordnete Ingrid Lechner-Sonnek. Ich erteile Ihnen das Wort.

Abg. Lechner-Sonnek (14.40 Uhr): Der Ausschuss für Verfassung und Verwaltungsreform hat in seinen Sitzungen am 16. Jänner 2001 und 20. April 2004 über obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt.

Der Ausschuss für Verfassung und Verwaltungsreform stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform zum Antrag, Einl.-Zahl 16/1, der Abgeordneten Lechner-Sonnek und Mag. Zitz, betreffend Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre, wird zur Kenntnis genommen. (14.41 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke der Frau Berichterstatterin.

Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Klubobmann Drexler. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Mag. Drexler (14.41 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Landeshauptmann, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen!

Ich darf Ihnen zuallererst sagen, dass ich glaube, dass wir mit diesem Paket, das wir jetzt vorgestellt oder berichtet bekommen haben und über das wir sehr lange und intensiv verhandelt haben – über das ich mich außerordentlich freue –, einen sehr wesentlichen demokratiepolitischen Schritt setzen.

Man kann eigentlich sagen, ohne dass man sich selbst belügt, die heute beschlossene, die heute jedenfalls beschlossene Wahlrechtsreform, denn wir haben in sehr weiten Teilen einen Vierparteienkonsens gefunden, diese Wahlrechtsreform stellt die größte Wahlrechtsreform in der Steiermark seit 1957 dar. Im Grunde genommen ist die Landtagswahlordnungs-Novelle von 1957 der letzte, von der Dimension her, vergleichbare Schritt und wir haben auch – und das, glaube ich, ist ein besonderes, an sich ein Qualitätsmerkmal für diesen Steiermärkischen Landtag –, wir haben hier als Ausschuss, als Unterausschuss gemeinsam zwei gänzlich neue Gesetze erarbeitet – die neue Landtagswahlordnung 2004 und die neue Gemeindevahlordnung 2004. Und ich glaube schon, dass das ein bemerkenswerter Vorgang ist, dass wir hier auch von der gesetzgeberischen Kultur und ich darf sagen von der gesetzgeberischen Eleganz her gemeinsam einen wesentlichen Beitrag leisten, denn es ist der Weg gewählt worden, nicht die Landtagswahlordnung von 1960 zum wiederholten Male zu novellieren, es ist gelungen, ein gänzlich neues Gesetz, wo wir von der Nomenklatur, von den Paragraphen in ihrer Abfolge einfach ein Stück aus einem Guss jetzt gewonnen haben, wo auch terminologisch noch Adaptierungen an das 21. Jahrhundert stattgefunden haben. Ich glaube, dass das insgesamt wirklich ein sehr schönes Stück gesetzgeberischer Kultur ist.

Ehrlicherweise müssen wir sagen, so fleißig wir in dem Unterausschuss waren, so fleißig wir auch in den Beratungen informeller Natur zwischendrin waren, und formal ist das ja jetzt ein Selbstständiger Ausschussantrag, wir reden da nicht über eine Regierungsvorlage oder so etwas, sondern es ist wirklich im Ausschuss eigentlich diskutiert und erfunden worden, ehrlicherweise müssen wir aber sagen, dass dies nur möglich war durch ein sehr gutes und erfolgreiches Zusammenspiel natürlich mit den zuständigen Abteilungen, insbesondere mit der Gemeindeabteilung. Und ich darf mich daher eingangs auch sehr herzlich für diese Zusammenarbeit bedanken bei der Fachabteilung 7A mit dem Hofrat Schille an der Spitze, aber insbesondere beim Dr. Manfred Kindermann, der in der heißen Phase dieser Verhandlungen der letzten Monate hier das umgesetzt hat.

Dafür ein recht herzlicher Dank! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Dieser Dank gilt auch der Fachabteilung 1F, wie Verfassungsdienst und dort Frau Dr. Andrea Ebner-Vogel, die hier auch diesen Vorgang entsprechend begleitet hat. Dafür sei herzlich gedankt! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben schon zu Beginn dieser Legislaturperiode begonnen, demokratiepolitische Debatten zu führen. Es sind sehr viele demokratiepolitische Anträge in diesem Haus eingebracht worden. Ich möchte da keine Partei ausnehmen und es war unser gemeinsames Ziel, glaube ich, dass man in dieser Legislaturperiode im Bereich der Demokratiepoltik, im Bereich der Verfassung gemeinsam auch wieder etwas zustande bringt. Denn es war so, dass die Steiermark über viele Jahre so etwas wie die demokratiepolitische Avantgarde Österreichs war, wenn wir an die achtziger Jahre denken mit dem Landesrechnungshof, mit dem Volksrechtegesetz und anderen demokratiepolitischen Highlights der achtziger Jahre. Es ist dann eine Phase eingetreten, wo durch gegenseitige Blockaden und durch mangelnden Mut zur einen oder anderen Reform demokratiepolitischer Stillstand eingetreten ist. Ich hoffe, dass wir in dieser Legislaturperiode wieder einen kleinen Beitrag dazu geleistet haben, dass die Steiermark wieder am Weg zur demokratiepolitischen Avantgarde ist. Ich will es nicht schönreden, ich will hier auch nicht die Reformen größer machen, als sie sind. Aber ich glaube, dass wir einiges zustande gebracht haben. Wir waren zu Beginn dieser Periode das erste Bundesland, das auf kommunaler Ebene das Wahlalter 16 eingeführt hat und das ist mittlerweile durchaus auch schon als eine Erfolgsgeschichte zu betrachten, wenn wir an die Gemeinderatswahlen von Oberzeiring und Graz denken. Aber ich glaube, dass wir etwa auch mit dem Vier-Parteien-Beschluss, die Briefwahl vom Bundesverfassungsgesetzgeber einzufordern, auch ein kräftiges demokratiepolitisches Signal gesetzt haben, weil das ist ja nicht selbstverständlich, dass man für die Briefwahl im Steiermärkischen Landtag eine einstimmige Mehrheit bekommt, zumal es ja so ist, dass auf Bundesebene seitens der Sozialdemokratie immer noch hinhaltender Widerstand auch in den Konventdebatten gegen die Briefwahl geleistet wird und insofern war das ein bemerkenswerter Vier-Parteien-Beschluss. So haben wir also einiges in dieser Periode schon zustande gebracht und ich glaube, dass die heute zu beschließende Landtagswahlordnung

2004 und auch die Gemeindevahlordnung 2004 ein weiterer wesentlicher Beitrag dazu sind, dass wir in dieser Legislaturperiode demokratiepolitisch einen Sprung – ich wollte jetzt nicht sagen einen großen Sprung – aber einen Sprung zumindest nach vorne jedenfalls gemacht haben.

Denn wenn wir uns ansehen, was diese Novelle bringt, dann bringt sie doch ein bisschen. Erster Punkt, ich glaube, das ist eine ganz entscheidende Neuerung, ist der vorgezogene Wahltag, die Stimmabgabe vor dem Wahltag. Wir erleben das Problem und jeder, der einmal in einem Wahlkampf wahlgekämpft hat und es dürften in diesem Raum relativ viele sein, wird die immer gleichen Erlebnisse unter anderem gehabt haben. Man steht bei einem Stand oder man geht irgendwohin in ein Lokal oder sonst irgendwo in dem Wahlkampf und spricht mit den Menschen und hört: „Ja, aber ich bin am Wahltag dort oder da, oder im Ausland, oder auf Ausflug oder wo immer!“ Da ist es einfach im 21. Jahrhundert notwendig, dass wir als Gesetzgeber auch Antworten darauf haben, auf die zunehmende Mobilität und wenn uns der Bundesverfassungsgesetzgeber bis heute das Leichteste, das Einfachste, das Beste verwehrt, nämlich die Briefwahl, dann mussten wir originell sein und eine andere Idee dafür haben, wie wir hier Abhilfe schaffen können. Weil der Zustand, dass ich zwar bei einer Nationalratswahl oder bei einer Bundespräsidentenschaftswahl, wie wir sie vor zwei Tagen erlebt haben, aus Washington D. C., aus Ulabator, aus Neapel, Rom und wo immer auch her meine Stimme abgeben kann, aber es bei der Landtagswahl reicht, in Völkermarkt zu sein, um die Stimme nicht abgeben zu können, das war ein Zustand, den die Menschen nicht verstanden haben. Daher wollen wir hier und werden wir heute hier eine Abhilfe schaffen. Es wird am neunten Tag vor der Wahl, das ist der Freitag vor dem Wochenende des Wahlwochenendes, das kann man leider nicht einfacher erklären, aber es wird im Endeffekt jeder wissen, wann der Tag ist, die Möglichkeit in jeder steirischen Gemeinde geben, zumindest eine Stunde lang ein Wahllokal geöffnet zu haben. Ich glaube, das ist ein großer demokratiepolitischer Erfolg! (Beifall bei der ÖVP.)

Dies umso mehr – (Abg. Tasch: „Frag einmal, wo der Referent für die Gemeinden bei den Roten ist!“)

Na ja, das ist eine andere Frage, Kurt, aber wir wollen zu diesem Zeitpunkt und zu diesem Tagesordnungspunkt das noch nicht hinterfragen, das wird aber heute noch zu hinterfragen sein, wer, wann, wo da ist. Tatsache ist aber, dass etliche Leute da sind, wenn ein vorgezogener Wahltag stattfindet, nämlich in Niederösterreich, wo es ein ähnliches Modell gibt, lag die Wahlbeteiligung zuletzt am vorgezogenen Wahltag bei 7 Prozent. Das ist schon einiges, wenn ich mir überlege, dass wir insgesamt ja mit fallenden Wahlbeteiligungen zu kämpfen haben. Und wenn von diesen 7 Prozent, die vom vorgezogenen Wahltag etwa in Niederösterreich Gebrauch gemacht haben und ich gehe davon aus, das wird sich in der Steiermark in einer ähnlichen Größenordnung abspielen, wenn von diesen 5 bis 7 Prozent oder vielleicht übertreffen wir die Niederösterreicher beim Wahlergebnis bei der Beteiligung am vorgezogenen Wahltag, dann gehe ich davon aus, dass zumindest die Hälfte oder mehr derer, die von diesem Recht Gebrauch gemacht haben, sonst nicht zur Wahl gegangen wären. Dann ist damit sicher schon etwas erreicht. Es ist also dieser vorgezogene Wahltag – ich glaube, es ist wichtig, dass wir auch das, was auf Bundesebene vorgestern zum ersten Mal gegolten hat, auch umgesetzt haben, nämlich dass der Stichtag der Wahltag ist. Das heißt, dass jemand, der 18 im Jänner ist, jedenfalls im Oktober dann sozusagen die Stimme abgeben kann und auch jemand, der am Wahltag selbst 18 wird, noch seine Stimme abgeben kann.

Wir haben auch nach sehr solider Überlegung die Wahlkreise geändert bei der Landtagswahlordnung. Sie kennen die Debatte um den Gerichtssprengel Frohnleiten, wo eine Zeit lang nicht klar war, ob das Bezirksgericht Frohnleiten bleibt, nicht bleibt. Dann ist es geblieben, der Gerichtssprengel ist größer geworden. Jedenfalls war es einerseits notwendig aus diesen Überlegungen heraus, andererseits aber glaube ich auch aus Überlegungen der Einfachheit und einer gewissen Transparenz, dass man den Gerichtssprengel Frohnleiten jetzt dem Wahlkreis eins zugeschlagen hat und dass wir damit endgültig alle Wahlkreise entlang von Grenzen von Verwaltungsbezirken haben und es keine historisch gewachsenen Sonderstellungen mehr gibt. Wir haben – ein Kommentator hat das, glaube ich, geschrieben in den letzten Tagen – natürlich schon zur Sicherheit, alle vier Parteien, die Wahlergebnisse der letzten 20 Jahre durchgerechnet und gemerkt, dass diese Wahlkreisveränderung beim Wahlergebnis keinen Ausfluss oder Einfluss gehabt hätte, aber ich glaube, es ist eben gut, dass man hier eine eindeutige Regelung gefunden hat.

Ich darf abschließend ganz kurz noch zu einigen Punkten Stellung nehmen, wo wir keinen Konsens gefunden haben. Wir werden heute über Abänderungsanträge auch zu entscheiden haben, es wird einen Abänderungsantrag geben, das aktive Wahlalter auf 16 Jahre zu senken, das passive Wahlalter auf 18 Jahre zu senken und es wird von der ÖVP Abänderungsanträge geben bezüglich der Einführung der Bürgermeisterdirektwahl. Ich glaube, dass gerade vor dem Hintergrund, dass wir in diesen Punkten keinen Konsens gefunden haben, erst recht hoch zu schätzen ist, dass wir in dem großen Paket Konsens gefunden haben, weil wir in irgendeinem Moment der Verhandlungen einfach gesehen haben, es gibt Punkte, wo wir in dieser Legislaturperiode keine Einigung erzielen werden. Ich glaube, es gilt für beide Themen, dass wir sie intensiv weiterdiskutieren müssen und da ist der politische Diskurs gefordert und da ist auch eine qualitätsvolle Debatte gefordert, weil ich mir wünschen würde, dass wir als Steiermark insgesamt in dieser demokratiepolitischen Diskussion drinnen bleiben.

Wir werden dem Abänderungsantrag, das aktive Wahlalter auf 16 zu senken, heute nicht zustimmen und das, obwohl ich die Einführung des Wahlalters auf Gemeindeebene als Erfolg und Erfolgsgeschichte bezeichnen habe.

Aber wir bleiben bei jenen Überlegungen und Argumenten, die wir schon in der seinerzeitigen Debatte eingebracht haben. Und es ist so, dass auch der Bundesverfassungsgesetzgeber in den Artikeln 95 (2) B-VG und 117 B-VG genau davon ausgeht, dass das Wahlrecht auf einer niedrigeren Ebene eben weiter gezogen sein kann, aber nicht weitergezogen sein muss und die jeweils höhere Ebene darf natürlich weiter gezogen sein, aber die jeweils darunter liegende darf nicht enger gezogen sein. Also diesen Stufenbau müssen wir berücksichtigen und insofern ist es nicht unschlüssig, dass wir heute sagen, Gemeindeebene ja zu Wahlalter 16, Landesebene nein zu Wahlalter 16. Wir werden aber und ich darf damit einen Antrag verbinden, eine punktuelle Abstimmung verlangen bei den Abänderungsanträgen der SPÖ und der Grünen, weil wir der Änderung des passiven Wahlalters auf 18 unsere Zustimmung geben werden, weil es an sich schlüssig ist, dass die Volljährigkeitsgrenze, die heruntersetzt worden ist, auch hier ihren Ausdruck finden soll und ob man jetzt 19 oder 18 hier vorsieht als passives Wahlalter, ich glaube, das macht erstens nicht so viel Unterschied und ist zweitens, glaube ich, zu argumentieren, dass wir hier jedenfalls dieser Änderung zustimmen werden.

Ich lade natürlich auch alle ein, der Novelle, der von uns mittels Abänderungsantrag beantragten Novelle zum Landesverfassungsgesetz zuzustimmen, die Bürgermeisterdirektwahl zu ermöglichen, weil wir sehen, dass das ein von der Bevölkerung gewünschtes demokratiepolitisches Projekt wäre. Ich darf aber auch sagen, dass wir, wenn die Änderung, der Abänderungsantrag zum Landesverfassungsgesetz keine ausreichende Mehrheit, also keine Zweidrittelmehrheit findet, wir die anderen Abänderungsanträge bezüglich der Gemeindevahlordnung zurückziehen werden, weil wir nicht einen Zustand herstellen wollen, dass wir möglicherweise zwar eine Mehrheit haben für ein einfaches Gesetz, aber das keine Abbildung im LVG findet. Das wäre, glaube ich, kein gutes Zeugnis für den Steiermärkischen Landtag, daher darf ich diese Abänderungsanträge nur bedingt einbringen.

Nachdem ich mit der Redezeit schon relativ weit fortgeschritten bin, werde ich dann einen Kollegen bitten, die Abänderungsanträge formal einzubringen, aber der Inhalt ist Ihnen im Wesentlichen bekannt.

Ich darf abschließend noch einmal allen Beteiligten an dieser Reform heute meinen Dank aussprechen. Ich glaube nämlich, dass wir in den Verhandlungen in dem Unterausschuss, Demokratiepaket wie er eigentlich heißt, oder Verfassungs-Unterausschuss, wie wir ihn mittlerweile zu nennen pflegen alle, glaube ich. Ich glaube, dass wir da eine gewisse Qualität in der Debatte gewonnen haben und ich hoffe, dass uns da in der Periode auch noch ein bisschen etwas gelingt, jedenfalls war dieser Prozess zur Landtagswahlordnung, die dann überhaupt zu einem neuen Gesetz geworden ist, der Landtagswahlordnung 2004, und auch alles, was man insgesamt an Wahlrechtsnovellen, was die Gemeindeebene betrifft, in dieser Periode gemacht hat, glaube ich, durchaus ein positiver Ausdruck dessen, wozu der Steiermärkische Landtag seine Ausschüsse, Unterausschüsse, Abgeordneten oder sonstige auch fähig sind. Ich glaube, das war ein gutes Beispiel und wir sollten uns bemühen, auch ähnlich gute Beispiele in der Zukunft noch zu finden. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP. – 14.58 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Dr. Bachmaier-Geltwa. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dr. Bachmaier-Geltwa (14.58 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich freue mich, dass wir heute einen wichtigen Teil des Demokratiepaketes, welches wir schon sehr lange im Unterausschuss verhandeln, zur Abstimmung bringen können. Ich möchte mich bei dieser Gelegenheit bei allen Bediensteten, die hier mitgewirkt haben, bedanken, insbesondere für die rasche Lieferung und Einarbeitung der ziemlich umfangreichen Unterlagen. So können wir heute eine neue, komplett überarbeitete Landtagswahl- und Gemeinderatswahlordnung beschließen. Sie sind im Gegensatz zu etwaigen weiteren Novellen zu den bereits vorhandenen Novellen übersichtlicher und leichter lesbar. Wir konnten – und Herr Klubobmann Drexler hat es bereits erwähnt – Einigung erzielen über einen zweiten vorgezogenen Wahltag am neunten Tag vor der jeweiligen Wahl. Ich halte diese Regelung deshalb für gut, weil dadurch Menschen, die am eigentlichen Wahltag nicht zu Hause sind, eine weitere Möglichkeit haben, wählen zu gehen. Der bürokratische Aufwand ist meines Erachtens nach durchaus zu bewältigen, zumal zwar in jeder Gemeinde ein Wahllokal, aber nicht jedes Wahllokal einer Gemeinde offen haben muss, und die Öffnungszeit auch auf eine Stunde beschränkt sein kann. Im Sinne einer gelebten Demokratie – denke ich – sollten wir als Landesgesetzgeber alles tun, um den Menschen den Gang zur Wahlurne zu erleichtern. So haben wir auch festgelegt, dass nicht nur in Gemeinden mit über 1000 Einwohnern, sondern in allen Gemeinden eine Wahlinformation an die Wähler und Wählerinnen ergehen soll. Eine persönliche Erinnerung an die Wahl kann sicherlich dazu beitragen, dass sich die Menschen reger an den Wahlen beteiligen.

Weiters wird künftig der Wahltag, und nicht irgendein anderer Stichtag für das aktive und passive Wahlrecht ausschlaggebend sein. Ich halte diese Regelung für gerechter und aktueller. Nachdem ich nun beim Wahlalter angelangt bin, möchte ich hier festhalten, dass wir als Sozialdemokraten/innen für die Herabsetzung des passiven Wahlrechtes von 19 auf 18 Jahre eintreten. Bereits durch das Kindschaftsrechtsänderungsgesetz, welches am 1. Juli 2001 in Kraft getreten ist, wurde die Volljährigkeit von 19 auf 18 herabgesetzt. Wenn also Jugendliche mit 18 Jahren voll geschäftsfähig sind, dann sollten sie meines Erachtens nach ab diesem Alter auch gewählt werden können beziehungsweise wählbar sein. Einen entsprechenden Antrag werden wir später einbringen.

Ein Wermutstropfen für uns ist in diesem Zusammenhang jedoch, dass sich die ÖVP bis dato beharrlich geweigert hat, unserer langjährigen Forderung auf Senkung des aktiven Wahlalters von 18 auf 16 Jahre zuzustimmen. Sie haben, meine Damen und Herren von der ÖVP, anlässlich der Beschlussfassung über die Wahlaltersenkung bei der Gemeinderatswahl im Juni 2001 – also vor fast drei Jahren – in Aussicht gestellt, nach positiver Analyse der Erfahrungen mit der Wahlaltersenkung auf Gemeindeebene auch eine Senkung des Wahlalters auf Landtageebene in Angriff zu nehmen. Ich zitiere den seinerzeitigen Klubobmann Lopatka in der „Kleinen Zeitung“ vom 1. Juni 2001: „Aber selbst nach drei Wahlgängen in Burgenland, Kärnten und Graz ist nichts dergleichen passiert.“ Die dortigen Wahlbeteiligungen sprechen eindeutig für eine Ausdehnung der Wahlaltersenkung: über 85 Prozent Wahlbeteiligung der 16- bis 18-Jährigen im Burgenland 2002, 67 Prozent in Kärnten 2003, 75 Prozent in Graz 2003. Von Politikverdrossenheit der Jugendlichen kann also keine Rede sein. Auch das rege Interesse und die interessanten Diskussionsbeiträge beim Jugendlandtag am 10. März dieses Jahres haben gezeigt, dass Jugendliche sehr wohl an Politik interessiert sind. Bei diesem Jugendlandtag wurde auch der Beschluss gefasst, das Wahlalter bei den Landtagswahlen auf 16 Jahre herabzusetzen. Diesen Beschluss, meine Damen und Herren, haben Sie von der ÖVP einfach ignoriert. Was haben Sie hingegen getan? Sie haben mit Hilfe der FPÖ einen Ausschussantrag erwirkt, wonach Sie die Senkung des Wahlalters auf Bundesebene abwarten. Wunderbar! Haben Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der ÖVP, Angst vor der eigenen Courage? Haben Sie Angst, dass die Jugendlichen frustriert durch die Folgen der vielen Sparpakete – (Abg. Mag. Drexler: „Zur Bürgermeisterdirektwahl: Voves hat gesagt, man muss darüber nachdenken!“)

Also, zur Bürgermeisterdirektwahl muss ich schon sagen, Herr Klubobmann, Sie diesen Antrag und dieses Anliegen wirklich ernst genommen hätten, dann wäre wohl vieles mehr zu regeln gewesen in den Wahlordnungen, nämlich zirka zehn bis 15 Paragraphen. Da ginge es um Regelungen über die Gestaltung der Wahl, der Wahlvorschläge, Stichwahl, Nachwahlen. Ein lapidarer Antrag, Entschuldigung, den Sie da jetzt einbringen. Ich meine, das ist eine halbherzige Geschichte, muss ich ganz ehrlich sagen. (Beifall bei der SPÖ.)

Trotzdem muss ich aber die Frage stellen, Herr Klubobmann Drexler, ob Sie Angst davor haben, dass die Jugendlichen frustriert durch die Folgen der vielen Sparpakete, ich erinnere an die Studiengebühren oder an die gigantisch ansteigende Jugendarbeitslosigkeit, dass die Jugendlichen Sie vielleicht nicht wählen könnten? (Abg. Mag. Drexler: „Nachdem die Frau Außenministerin nur bei den Jungwählern die Mehrheit gehabt hat, müssten wir die Ersten sein, das Wahlalter auf 16 zu senken!“)

Warum stimmen Sie dann unserem Antrag nicht zu, Herr Klubobmann Drexler? Sie haben ja noch die Möglichkeit dazu. Haben Sie Angst – lenken Sie bitte nicht ab, Herr Klubobmann, wir sind jetzt nicht bei der Bundespräsidentenwahl –, haben Sie Angst, muss ich fragen, dass die ach so gute Frau Landeshauptfrau, geschädigt durch die ESTAG-Misstände, für viele nicht mehr wählbar sein könnte? (Abg. Mag. Drexler: „Das sind lauter unschlüssige Argumente!“)

Sie lenken vom Thema ab, nochmals, wenn Sie so für die Jugend sind, dann können Sie unserem Abänderungsantrag auf die Zustimmung geben. (Beifall bei der SPÖ.)

Sich nämlich auf eine Bundesregelung auszureden bedeutet, Herr Klubobmann Drexler, die eigenen Kompetenzen des Landtages nicht wahrnehmen. Es gibt ohnedies nur eine eingeschränkte Materie, die wir hier im Landtag beschließen können. Wenn wir uns immer wieder auf den Bund ausreden, dann dürfen wir uns eigentlich nicht wundern, wenn gelegentlich hinterfragt wird, wofür der Landtag eigentlich zuständig ist. Wie erklären Sie, Herr Klubobmann Drexler, den Jugendlichen – und das würde mich jetzt wirklich interessieren, ohne polemisch zu sein –, wie erklären Sie den Jugendlichen zwischen 16 und 18 Jahren, dass sie bei der Gemeinderatswahl im März kommenden Jahres sehr wohl reif und mündig sind, zur Wahl gehen zu können, aber bei der Landtagswahl – (Abg. Wiedner: „Weil sie es selber nicht wollen!“)

Aber, Entschuldigung, dann haben Sie nicht aufgepasst, was ich gerade gesagt habe. Ich habe Ihnen ja gerade die Wahlbeteiligung der Jugendlichen zwischen 16 und 18 in den Bundesländern Burgenland, Kärnten und in Graz bei der Gemeinderatswahl gesagt. Und daraus können Sie ersehen können, dass die Jugendlichen sehr wohl interessiert daran sind, sich an der Politik aktiv zu beteiligen. (Abg. Mag. Drexler: „In Klagenfurt ist die Bürgermeisterdirektwahl auch gut angekommen!“)

Im Unterschied zu Ihnen sind wir ja nicht grundsätzlich dagegen. Aber Sie sind ja grundsätzlich dagegen, dass die Jugendlichen mit 16 bei der Landtagswahl wählen können. Herr Klubobmann, die Frage ist noch nicht zu Ende. Also, wie erklären Sie dann den Jugendlichen zwischen 16 und 18, dass sie bei der Gemeinderatswahl im März nächsten Jahres wählen können und reif und mündig dazu sind und dann bei der Landtagswahl, ein paar Monate später, eigentlich nicht. Also ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, mir würden dafür die Argumente fehlen, aber ich bin sehr gespannt, was Sie dazu sagen. (Abg. Mag. Drexler: „Wir werden noch Bücher darüber schreiben!“)

Gut, bin ich neugierig. Auf alle Fälle, Sie wissen es, wir werden einen entsprechenden Abänderungsantrag einbringen, und Sie können sich ja Ihr Stimmverhalten noch überlegen. Wir werden allerdings dem Abänderungsantrag Ihrer Fraktion und der Freiheitlichen nicht zustimmen, denn wie gesagt, wir wollen das nicht auf die lange Bank schieben. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 15.08 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Klubobfrau Lechner-Sonnek. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Lechner-Sonnek (15.09 Uhr): Herr Präsident, wertete Damen und Herren!

Ich möchte mich gleich zu Beginn, damit ich es sicher nicht vergesse, auch bedanken bei den zuständigen Abteilungen, die den Ausschuss unterstützt haben in seiner Arbeit und in die Lage versetzt haben, doch auf sehr homogene Beschlüsse hinzuarbeiten. Ich habe das auch als positiv erlebt, dass man also nicht den Versuch macht, Flickwerk zu machen, das dann an anderer Stelle neue Probleme aufwirft. Ich möchte mich auch bei den Kolleginnen und Kollegen der anderen Klubs bedanken für die gute Zusammenarbeit. Herr Kollege Drexler hat aber schon darauf hingewiesen und das ist auch für mich der zentrale Punkt meiner Wortmeldung, dass wir uns nicht einig sind, was das Wahlalter betrifft. Im nächsten Jahr, Sie wissen es, wird es zwei Wahlen in der Steiermark geben, eine Gemeinderatswahl und eine Landtagswahl und wir werden die eigenartige Situation haben, dass die jungen Menschen in der Steiermark im März reif genug sind zu wählen, aber im Oktober nicht. Also, die ab 16-Jährigen werden im März das Vertrauen, unser Vertrauen, genießen, gute Entscheidungen zu treffen und im Oktober dann doch wieder nicht. (Unverständlicher Zwischenruf.) Bitte? (Präsident Ing. Kinsky: „Darf ich bitte ersuchen, da rechts von mir die Diskussion etwas weiter weg zu führen, weil das stört die Frau Klubobfrau!“)

Danke, das ist hilfreich. Ich denke, das ist eine Frage des politischen Willens, Herr Kollege, und da gehen wir eben auseinander. Das ist ein Tatbestand, das muss man aushalten können in einer Demokratie. Ich möchte nur noch einmal begründen, warum ich glaube, dass es ein Fehler ist. Die Grüne Jugend Steiermark hat in den letzten Monaten versucht, gerade im Bereich Mitbestimmung von jungen Menschen und was brauchen sie, um in ihre Rolle der Staatsbürgerin und des Staatsbürgers hineinzugehen, einen Vorstoß gemacht, war im Übrigen daran interessiert zu einer überparteilichen Zusammenarbeit zu kommen, was nicht gelungen ist mit der ÖVP-Jugend. Was aber in sehr guter Form gelungen ist mit der Jungen Generation und ihrem Obmann Hannes Schwarz, diese beiden Jugendorganisationen haben gemeinsam – (Abg. Wiedner: „Grüne Jugend?“)

Grüne Jugend Steiermark, Herr Kollege. Ja, das gibt es, das ist eine eingetragene Institution mit Statuten und so weiter und so fort. Ich meine nicht die Jugend der ÖVP. Diese beiden Jugendorganisationen haben ein großes Demokratiepaket gemeinsam entwickelt und auch in der ganzen Steiermark vorgestellt. Ich halte das deswegen für so wichtig, weil sie uns damit auch gezeigt haben, was es braucht, um junge Menschen für die res publica, für die gemeinsame Sache zu interessieren und was es für Maßnahmen sein könnten, wie man ihre Mitarbeit gewinnen kann. Sie haben herausgearbeitet, dass es für sie eine Möglichkeit braucht, für junge Menschen über den Landesjugendbeirat eine Möglichkeit braucht, auf die Werdung, auf die Entstehung von Gesetzen Einfluss zu nehmen, indem sie zumindest eingebunden sind und ihre Stimme auch gehört werden soll. Sie haben herausgearbeitet, dass sie sich eine Anwaltschaft für Schülerinnen und Schüler und Studentinnen und Studenten wünschen, um ihre Bedürfnisse auch gut sichtbar zu machen, nicht nur deponieren zu können, sondern auch sicher zu sein, dass sie weitergeleitet werden. Sie haben darauf hingewiesen, dass es wichtig ist, dass Jugendförderungsprojekte eine mehrjährige Absicherung brauchen, weil die sonst, wie alle anderen Projekte Monate, mehrere Monate des Jahres mit dem Aufstellen der eigenen Finanzierung beschäftigt sind und sich nicht dem widmen können, was ihr eigentlicher Unternehmensgegenstand ist, nämlich jugendliche Menschen zu betreuen und zu unterstützen.

Summa summarum, es ist eines wichtig, wenn wir an Abenden wie dem Samstagabend oder Sonntagabend alle in kollektives Jammern und Seufzen ausbrechen und sagen, oje, die Wahlbeteiligung ist schon wieder gesunken, in Graz hat es Sprengel gegeben, in denen 50 Prozent der Bevölkerung oder der wahlberechtigten Bevölkerung zur Wahl gegangen sind, mein Gott, das wird ja alles immer schlechter. Genau das ist der Augenblick, an dem wir uns fragen müssen oder ich Sie frage, was glauben Sie, wovon das abhängt? Die Menschen haben offensichtlich in gesteigertem Ausmaß das Gefühl, dass es ohnedies nichts bringt. Die Demokratie erleidet permanent Schaden durch diese Entwicklung. Das Wahlrecht, das unseren Vorfahren vor einigen Generationen ein hoher Wert war und erkämpft worden ist, wird immer weniger wert. Warum? Weil immer weniger damit verbunden wird. Es gibt wenig Möglichkeiten der Mitgestaltung für junge Menschen. Ein Wahlrecht ist vielleicht für sie eine ziemlich abstrakte Angelegenheit und es gehört gut erarbeitet, seriös vorbereitet. Ich möchte mich deswegen auch aussprechen für die Unterstützung und den Wiederausbau politischer Bildung in den Schulen.

Ich will, ich wünsche mir, dass die jungen Menschen so früh wie irgend möglich und so aktiv wie irgend möglich ihre Rolle in der Gemeinschaft spielen und diese Gemeinschaft mit prägen und damit auch die Zukunft dieses Landes mit gestalten. Und ich glaube daran und wir Grüne glauben daran, dass das mit dem Wahlrecht eng gekoppelt ist, denn wir sehen es auch jetzt an den Schulen – Sie alle werden, wie ich, auch öfter an Schulen zu Diskussionen eingeladen sein –, die Senkung des Wahlalters auf kommunaler Ebene auf 16 führt dazu, dass in Schulen natürlich auch verstärkt von Seiten der Lehrerschaft Angebote gemacht werden, dass die Lehrerinnen und Lehrer mit den Schülern darüber sprechen, worum es da eigentlich geht, was man gestalten kann, was eigentlich auf Gemeindeebene überhaupt zur Diskussion steht und was mit beeinflusst werden kann. Das ist ja nicht selbstverständlich, dass Menschen das wissen. Und je früher und je aktiver man damit umgehen kann, desto mehr haben wir sichergestellt, dass Menschen an den demokratiepolitisch wichtigen Prozessen in unserem Land teilnehmen.

Deswegen noch einmal, wir sind für ein Wahlalter, 16 Jahre auch auf Landesebene, weil wir nicht einsehen, dass Jugendliche im März kompetent sind zu wählen und im Oktober nicht. Wir unterschätzen Jugendliche in dieser Art und Weise.

Ein letztes Wort: Der Herr Kollege Drexler hat sehr viel in der Vergangenheitsform gesprochen, wie Sie über die demokratiepolitischen Fortschritte im Verfassungs-Ausschuss gesprochen haben. Es ist mich so ein bisserl ein Abschiedsgefühl angestiegen. Ich habe mir gedacht, hoffentlich ist für Sie die Arbeit jetzt nicht beendet, wir hätten da noch eine paar schucke und attraktive Anträge liegen, und zwar schon seit längerem, zum Beispiel einen, der mir sehr wichtig ist, auf Akteneinsicht. (Abg. Mag. Drexler: „Wenn Sie bei der letzten Ausschusssitzung gewesen wären, dann wüssten Sie es!“)

Ja, ich hoffe auch, dass sie wirklich nicht nur durchgegangen, sondern auch bearbeitet werden und auch zu einem ebenso befriedigenden und raschen Abschluss kommen. Ich hoffe es sehr und ich kann Ihnen versichern, wir werden da sicher dran bleiben, denn ich denke, wenn wir auch das Wahlrecht jetzt entscheidend verbessern konnten, die Rechte des Landtages, die brauchen noch viel, viel, viel Aufmerksamkeit von unserer Seite und viel Entschlusskraft. Dann kann die Arbeit in diesem Haus auch wesentlich interessanter werden. Danke! (Beifall bei den Grünen und der SPÖ. – 15.17 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dirnberger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dirnberger (15.17 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, Herr Landeshauptmannstellvertreter, geschätzte Damen und Herren!

Ich darf mich natürlich auch zu diesem Tagesordnungspunkt melden. Es wurde schon erwähnt, dass sehr sachlich und fair diskutiert wurde. Es sind schon Dankesworte in Richtung Abteilung geflossen, für den zuständigen Hofrat Schille und die Sachbearbeiter. Es wurde auch schon gesagt, dass das ganze Konvolut überarbeitet wurde und dadurch übersichtlicher und verständlicher ist. Für mich ist auch klar, dass die Bereinigung der Wahlkreise sehr positiv ist.

Wir wissen ja alle, von unserer Fraktion hätten wir den Wunsch, dass die Briefwahl auf allen Ebenen eingeführt werden könnte. Da das aber auf Bundesebene nicht möglich ist – durch die Verweigerung der SPÖ –, haben wir uns geeinigt, dass wir diesen vorgezogenen Wahltag nehmen, so wie in Niederösterreich, aber ein bisschen abgeändert. Ich finde es sehr gut, dass wir den neunten Tag vor der Wahl genommen haben – das ist der Freitag. Und wir haben auch noch genau fixiert, welche Stunde offen sein muss, damit das steiermarkweit einheitlich geregelt ist und da keine Unterschiede sind, dass eine Gemeinde am Vormittag und die andere am Nachmittag und die nächste am Abend offen hat, sondern zwischen 18 und 19 Uhr ist verpflichtend, dass ein Wahllokal pro Gemeinde offen zu haben hat.

Das Größte und das Wichtigste dabei ist, glaube ich, dass das Wahlgeheimnis gewahrt wird. Ich glaube, das ist ein ganz sensibles Thema. In vielen Gemeinden werden nicht so viele zur Wahl gehen und das sind nur wenige Stimmen. Da habe ich auch persönlich sehr darauf geachtet, weil ich als Vorsitzender einer Wahlbehörde das ja immer live miterlebe, dass das ganz wichtig ist, dass das Wahlgeheimnis gewahrt ist. Ich glaube, das ist sehr gut gelungen mit dieser Vorgangsweise, wie sie jetzt im Gesetz niedergeschrieben ist, dass auch das Wahlgeheimnis gewahrt ist, dass die Stimmen am tatsächlichen Wahltag, also am Wahlsonntag mit ausgezählt werden. Dass Stichtag und Wahltag ident sind, das ist schon erwähnt worden.

Und jetzt komme ich natürlich noch zur Wahlaltersenkung. Auf Gemeinderatsebene haben wir es und bei der Landtagswahl ist es eine Forderung. Wir haben uns nach längerer Diskussion entschieden, bei unserer Meinung zu bleiben, die Senkung derzeit noch nicht durchzuführen oder dieser nicht zuzustimmen, weil Senkung alleine ja noch lange keine Mitbestimmung ist. Und wenn es heißt, dass die Jugendlichen sich nicht einbringen können, dann mag das direkt jetzt beim Wählen schon sein, aber in vielen Ebenen sind die Jugendlichen aufgefordert mitzumachen. Das ist die Vereinsebene. Wenn ich nur hernehme die Feuerwehr, die Jugendblaskapellen und so weiter. Also so ist das nicht.

Und wenn die Frau Klubobmann meint, dass durch diese Senkung des Wahlalters schon die Wahlbeteiligung gehoben würde, das ist ein möglicher Schritt, aber die Wahlbeteiligung hängt von vielen Faktoren ab. Das könnten wir jetzt lang und breit diskutieren.

Ich darf auf die Nationalratswahl verweisen. Dort ist es um etwas gegangen, das hat die Bevölkerung gespürt und wir haben plötzlich eine Wahlbeteiligung von über 80 Prozent gehabt. Also es hängt natürlich von Wahlgang zu Wahlgang ab.

Wir haben uns das genauer angeschaut und da ist eine Studie in Niederösterreich und Oberösterreich durchgeführt worden vom Institut Retzl über politische Beteiligungswünsche von Jugendlichen. Da geht ganz klar hervor, was die Jugendlichen in Wirklichkeit sich wünschen. Da sind 1082 Jugendliche im Alter zwischen 13 und 19 Jahren interviewt worden. 33 haben überhaupt keine Angabe gegeben. Am meisten bewegt hat sie die Einführung der Studiengebühr mit 30 Prozent, die Umweltbedrohung durch Temelin mit 19 Prozent. Das war in dem Zeitraum, wo Temelin noch ein heißes Thema war, also Oberösterreich und Niederösterreich ist verständlich. Volksbefragung zum Linzer Musiktheater war dort auch ein Thema. Das Jugendschutzgesetz war eigentlich nur bei 8 Prozent ein Thema, Bildungspolitik 5 Prozent, Wahlaltersenkung 5 Prozent, also eigentlich kein besonderer Wunsch der Jugend. Und so geht es fort, Führerschein mit 17 und so weiter, das sind dann alles nur mehr Prozentbereiche.

Da sieht man, dass Wahlaltersenkung allein auch nur ein halbherziger Schritt ist. Es ist schon angekungen, dass man die politische Bildung ausbauen muss. Und wenn man das durchführt, dann muss auch das Fach „Politische Bildung“ wieder aufgewertet werden. Das geht aus der Studie ganz eindeutig hervor,

dass eigentlich die Jugendlichen – wenn auch nur 5 Prozent Wahlaltersenkung wollen – sehr wohl bereit sind, auf kommunaler Ebene mitzubestimmen und in der großen Politik, so genannten großen Politik, die ja tagtäglich medial dargestellt wird, dort eigentlich das Interesse, dabei zu sein, überhaupt nicht gegeben ist.

Das hat uns dazu bewogen, dass wir bei diesem Schritt bleiben und derzeit noch keine Zustimmung zur Wahlaltersenkung bei Landtagswahlen geben. Auf Gemeindeebene haben wir sie und sonst wollen wir es so belassen, wie es derzeit ist. Wir können das als guten Start bezeichnen, mit 16 Jahren. Die Wahlaltersenkung wird ein wichtiger Punkt im Konvent sein. Dann werden wir sehen, wie sich Österreich orientiert.

Und ich glaube, dieses Ausbauen des Faches „Politische Bildung“ ist enorm wichtig. Mitbestimmung muss auch erlernt und Politik muss erlebbar werden. Da sind wir alle gefordert, nicht nur die Schulen, sondern auch die politischen Parteien, die Kommunen und so weiter.

Den Abänderungsantrag von der SPÖ-Seite, bezüglich Senkung des Wahlalters usw., hat der Herr Klubobmann schon erläutert. Ich darf nur präzisieren, zum Tagesordnungspunkt 13, da wollen wir eine punktuelle Abstimmung, also das betrifft das Landesverfassungsgesetz, da werden wir dem Punkt eins nicht zustimmen, Punkt zwei sehr wohl. Da geht es um das passive Wahlrecht, Senkung von 19 auf 18, weil diese Argumente uns schlüssig erscheinen. Beim Tagesordnungspunkt 14 ist das Gleiche – Punkt eins keine Zustimmung, Punkt zwei sehr wohl; da geht es auch um das passive Wahlrecht. Und beim Tagesordnungspunkt 15 gibt es bei beiden Punkten, das betrifft die Gemeinderatswahlordnung, passives Wahlrecht, eine Zustimmung.

Ich darf aber auch ein paar Worte zur Bürgermeisterdirektwahl verlieren. Ja, die wird natürlich massiv abgelehnt – verstehe ich eigentlich nicht – von der SPÖ. Wenn Sie so quasi uns vorwerfen, ob wir Angst haben vor der Senkung, dann kann man das Ballerl zurückschupfen und sagen, habt ihr Angst vor der Direktwahl? Ich glaube, eure Bürgermeister brauchen sich auch nicht fürchten. Also so gesehen wäre das, glaube ich, kein Thema. Ich glaube, dass es direktere Demokratie wäre, dass die Personen noch stärker gefordert werden, natürlich die Gefahr ist, dass die Parteien hinten bleiben. Das mag vielleicht bei der SPÖ ein Punkt sein, dass sie Angst hat, dass die Bürgermeister herausleuchten und die Partei dann nicht mitgezogen wird. Das kann schon sein. Wir von der ÖVP haben da keine Angst, weil unsere Partei ist sehr homogen mit den Bürgermeistern. Bei euch kann sein, dass diese Kluft vielleicht größer und stärker wird, aber das ist ein anderer Punkt. Es wäre sicher ein bisserl mehr Wettbewerb, noch direkter, an Personen und klare Verantwortlichkeit.

Und, Hand aufs Herz, die Bürger sehen es eigentlich ohnehin schon so. Sie wählen eigentlich bei der Gemeinderatswahl eh schon Personen. Es wäre, so glaube ich, eine formale Richtigstellung dann auch per Gesetz. Wie ich schon gesagt habe, da traut ihr euch nicht drüber. Ich darf zu diesem Punkt auch Abänderungsanträge der Abgeordneten Dirnberger, Mag. Drexler, Majcen und Rieser zum Tagesordnungspunkt 15 einbringen. Selbstständiger Antrag des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform, Einl.-Zahl 1789/1, betreffend Erlassung der Gemeindevahlordnung 2004. Mit der nachstehenden Änderung zur Gemeindevahlordnung 2004 soll die Bürgermeisterdirektwahl ermöglicht werden. Der vorliegende Ausschussantrag betreffend Erlassung der Gemeindevahlordnung 2004 wird in Paragraph 1 Absatz 1 um das Wort „Bürgermeister“ ergänzt. Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen: Der schriftliche Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform, Einl.-Zahl 1789/1, wird wie folgt ergänzt: Wahl der Gemeindevertretung und des Bürgermeisters.

Absatz 1: Der Bürgermeister und die Mitglieder des Gemeinderates und deren Ersatzmitglieder werden von den wahlberechtigten Gemeindegliedern auf Grund des gleichen, unmittelbaren, geheimen und persönlichen Verhältniswahlrechts gewählt. Die Wahlberechtigten jeder Gemeinde bilden hierbei einen einzigen Wahlkörper.

Der zweite Abänderungsantrag zum Tagesordnungspunkt 16 ist ebenso ein Selbstständiger Antrag, der lautet: Es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen: Der schriftliche Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform, Einl.-Zahl 1790/1, wird wie folgt ergänzt: Paragraph 16 Überschrift und Absatz 1 lauten: Paragraph 16 Wahl des Bürgermeisters, des Gemeinderates und Mandatsausübung.

Absatz 1: Die Wahlen des Bürgermeisters und des Gemeinderates finden auf Grund des gleichen, unmittelbaren, geheimen und persönlichen Verhältniswahlrechts der wahlberechtigten Gemeindeglieder (Paragraph 12) statt. Paragraph 19 lautet: Bürgermeister. Der Bürgermeister wird von den in der Gemeinde wahlberechtigten Landesbürgern sowie Angehörigen eines anderen Mitgliedsstaates der Europäischen Union gewählt. Er muss nicht dem Gemeinderat angehören, jedoch die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen und in den Gemeinderat wählbar sein. Seine Funktionsdauer beginnt mit der Angelobung (Paragraph 26) und endet mit der Angelobung des neuen Bürgermeisters. Paragraph 23 entfällt. Ich ersuche um Annahme. (Beifall bei der ÖVP. – 15.27 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Lafer. Ich erteile es ihm.

Abg. Lafer (15.27 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, Hohes Haus!

Nachdem das Interesse wahnsinnig groß ist, wie man feststellen kann, und es Gott sei Dank im Ausschuss eine einhellige Meinung zu diesen Punkten gab, die heute in den Landtag eingebracht werden in Form einer einstimmigen Beschlussfassung, möchte ich mich relativ kurz halten. Ich möchte allen, die im Ausschuss mit-

gearbeitet haben unter dem Vorsitz von Herrn Klubobmann Mag. Christopher Drexler, danken, dass es in dieser Frage zu keiner Auseinandersetzung gekommen ist, sondern dass sachlich diskutiert worden ist und es eine einheitliche Meinungsfindung gegeben hat. Punkte, die uns getrennt haben, waren, wie schon in der vorhergehenden Debatte angeführt, die Direktwahl des Bürgermeisters, was wir schade finden, dass man diese Punkte nicht umsetzen kann. In Bezug auf Herabsetzung des Wahlalters wurden die Argumentationen schon gebracht. Was ich nicht eingesehen habe war, dass ja einerseits die Konsensbereitschaft da war, in der Frage der Senkung des Wahlalters mitzumachen, wenn man auf der anderen Seite auch in der Frage der Direktwahl des Bürgermeisters mitgemacht hätte. Hier ist genau jener Punkt zu suchen, dass es zu keiner Einigung gekommen ist. Ich sage aber ausdrücklich, dass Herr Landshauptmannstellvertreter Voves in einer Aussendung bereits mitgeteilt hat, dass darüber nachgedacht werden sollte. Ich bin auch überzeugt davon, dass wir genau in dieser Frage in einer ständigen und begleitenden Diskussion bleiben müssen und wie in den Bundesländern Burgenland, Kärnten und so weiter, wo es diese Direktwahl schon gibt, jenes Ziel umsetzen können, das wir uns auch vorgenommen haben. Ich glaube, bei einer vernünftigen Arbeit im Ausschuss wird das auch möglich sein. Abschließend nochmals danke an die Beamtinnen und Beamten, die diesen Ausschuss mit begleitet haben. Sie haben in sehr konstruktiver Weise und sehr schnell – ich sehe Herrn Dr. Kindermann hinten sitzen – die Arbeit mitgetragen und dadurch ist es auch möglich gewesen, dieses Ergebnis heute dem Landtag vorzulegen. Ich bedanke mich ausdrücklich dafür. (Beifall bei der FPÖ. – 15.30 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Rieser. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Rieser (15.30 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr verehrte Frau Landeshauptmann, Herr Landeshauptmannstellvertreter, Hoher Landtag!

Ich glaube, dass mit dieser Novelle, mit dieser Änderung sicherlich ein großer Wurf gelungen ist und es ist eine Sternstunde für die Demokratie. Zu Ihnen, Frau Lechner-Sonnek: Wenn Sie glauben, dass Sie mit der Senkung des Wahlalters auch die Wahlbeteiligung heben, so bin ich nicht der Auffassung, weil sich der Schnitt durchsetzen wird. Die einzige Chance, die wir haben, ist die Briefwahl. Es ist unsere Aufgabe, dass wir parteiübergreifend uns dafür einsetzen und bemühen sollen, dass eigentlich die Briefwahl eingeführt wird. Ich bedaure es wirklich, dass es uns nicht gelungen ist, die Bürgermeisterdirektwahl einzuführen – meine Vorredner haben dazu schon Stellung bezogen. In sechs Bundesländern mit Ausnahme Wien, Niederösterreich und Steiermark gibt es diese Direktwahl. Ich verstehe die SPÖ in diesem Zusammenhang nicht, warum man Angst hat. Angst ist für mich bekanntlich eine Schwäche und ihr habt es wirklich nicht notwendig, Siegi, dass ihr justament sagt, nein, die Bürgermeisterdirektwahl kommt nicht. Eines in diesem Zusammenhang schon, und da können wir uns einig sein, sie wird sicherlich irgendwann kommen, weil wir auch diesem Druck nicht mehr standhalten können und der Unterausschuss in diesem Zusammenhang bleibt ja ohnehin bestehen, weil noch einige Stücke zu verhandeln sind. Ich möchte auch einen Abänderungsantrag der Abgeordneten Dirnberger, Mag. Drexler, Majcen und Rieser zum Tagesordnungspunkt 13 gemäß Paragraph 51 einbringen, nachdem nicht nur die Gemeindeordnung bei einer Bürgermeisterdirektwahl zu ändern gewesen wäre, sondern auch die Landesverfassung. Selbstständiger Antrag des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform, Einl.-Zahl 1787/1, betreffend Novellierung des Landesverfassungsgesetzes. Mit der nachstehenden Ergänzung zum Landesverfassungsgesetz soll die Bürgermeisterdirektwahl ermöglicht werden. Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen: Der schriftliche Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform, Einl.-Zahl 1787/1, wird wie folgt ergänzt:

Paragraph 51 lautet:

(1) Als Organe der Gemeinde sind jedenfalls vorzusehen: der Gemeinderat als allgemeiner Vertretungskörper; der Gemeindevorstand (Stadtrat), bei Städten mit eigenem Statut der Stadtsenat; der Bürgermeister.

(2) Der Gemeinderat und der Bürgermeister werden von den in der Gemeinde wahlberechtigten Landesbürgerinnen und Landesbürgern sowie Angehörigen eines anderen Mitgliedsstaates der Europäischen Union gewählt. Ich bitte um Annahme. (Beifall bei der ÖVP. – 15.34 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Klubobmann Kröpfl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Kröpfl (15.34 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, Herr Landeshauptmannstellvertreter, Frau Landesrätin, verehrte Kolleginnen und Kollegen!

Weil die Bürgermeisterdirektwahl immer wieder angeschnitten wurde, dann darf ich schon ein paar Sätze dazu sagen. Wenn man glaubt, dass man die Bürgermeisterdirektwahl ganz einfach mit ein paar Bestimmungen in der Verfassung, in der Wahlordnung und Gemeindeordnung ändert, dann ist das sicherlich zu wenig. Wenn man den Vergleich mit anderen Bundesländern heranzieht, wo das bereits verwirklicht ist, dann kommt man drauf, dass es sehr viele Paragraphen sind, die zu ändern sind. Und in diesem Bundesländervergleich – wir haben uns auch umgehört – dann merkt man eigentlich wirklich, dass es mindestens zehn bis 15 Paragraphen sind, die hier geändert werden müssten. (Abg. Rieser: „Wir hätten das ja gemacht, aber ihr habt ja abgelehnt!“) Das heißt also, man kann nicht sagen, wir schaffen das jetzt bis zum März 2005, das ist eigentlich

unmöglich. Und wenn wir diese Änderung ernsthaft betreiben wollen, dann muss man ernsthafte Vorschläge dazu einbringen, Bundesländervergleiche heranziehen, über die Kosten uns unterhalten und, und, und. Ich glaube, das ist ein langwieriger, schwieriger Prozess und den muss man halt irgendwann einmal angehen. In dieser Periode wird es sich nicht mehr ausgehen. Du stimmst mir wahrscheinlich zu, dass wir in der Legislaturperiode das Ganze nicht mehr schaffen werden. Aber grundsätzlich muss man sagen, also ich bedanke mich auch bei all jenen, die die Vorlagen geliefert haben für unsere Arbeit in diesem Unterausschuss. Ich bedanke mich auch bei dir, Christopher Drexler, für die wirklich sehr gute Vorsitzführung in diesem Unterausschuss. Lob, wem Lob gebührt! Ist keine Frage, und deswegen habe ich das auch – ich hoffe, es schadet ihm nicht, wenn ich ihn da lobe, aber bitte! Wir sparen auch nicht mit Lob, wo Lob angebracht ist! Also so einfach wie das hier klingt, dass man mit einem Antrag jetzt die Bürgermeisterdirektwahl einführen könnte, so ist es leider nicht. Man braucht dazu wirklich ausführliche Verhandlungen.

Zur Briefwahl darf ich vielleicht nur zwei Sätze dazusagen, nämlich dass die Briefwahl dort, wo sie eingeführt ist, also bei der AK-Wahl oder bei der Personalvertretungswahl, nicht unbedingt diesen Effekt hat, dass deswegen wesentlich mehr Leute vom Wahlrecht Gebrauch machen. Das kann ich aus eigener Erfahrung sagen, bei unseren Personalvertretungswahlen, wo es das schon lange gibt, diese Möglichkeit, das hebt das auch nicht an. Also da müssen wir uns wirklich überlegen, aber grundsätzlich sträube ich mich nicht dagegen.

Zum „Wahlalter 16“ ist schon sehr viel gesagt worden, da kann ich mich nur der Kollegin Bachmaier anschließen. Wenn da hier der Wunsch dagewesen wäre von der Seite der ÖVP, dann hätten wir das machen können. Wir akzeptieren aber, dass die ÖVP in dem Punkt noch nicht so weit ist und dass es da noch keine Zustimmung gibt und daher sind wir froh, dass wir einmal dieses Paket beschließen können heute und dass wir die nächsten Schritte sicherlich setzen werden, weil es sind ja noch einige Punkte in diesem Demokratie-Ausschuss, sogar Verfassungs-Ausschuss, die zu behandeln sind.

Ich darf aber auch hier jetzt unsere Abänderungsanträge einbringen:

Erster Abänderungsantrag zum Tagesordnungspunkt 13. Die Begründung erspare ich, ich lese nur den Antragstext vor:

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Der Selbstständige Antrag des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform, Einl.-Zahl 1787/1, Beilage Nr. 198, betreffend die Novellierung des Landes-Verfassungsgesetzes, zu den Anträgen Einl.-Zahlen 16/1, 23/1 und 1276/1 wird wie folgt geändert:

Erstens: Artikel I Ziffer 1 wird wie folgt geändert:

In Paragraph 8 Absatz 1 wird die Wortfolge „das 18. Lebensjahr“ durch die Wortfolge „das 16. Lebensjahr“ ersetzt.

Zweitens: Artikel I Ziffer 2 wird wie folgt geändert:

Im Paragraph 8 Absatz 4 wird die Wortfolge „das 19. Lebensjahr“ durch die Wortfolge „das 18. Lebensjahr“ ersetzt.

Da freue ich mich, dass die ÖVP signalisiert hat, hier mitzugehen.

Zum Tagesordnungspunkt 14, hier bringe ich auch sowie die ÖVP einen Eventualantrag ein, das heißt, dieser Antrag wird nur insoweit eingebracht, dass die Abänderungsanträge der SPÖ und der Grünen zu Tagesordnungspunkt 13 die entsprechende Mehrheit finden.

Hier der Eventualantrag:

Der Landtag wolle beschließen:

Der Selbstständige Antrag des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform, Einl.-Zahl 1788/1, Beilage Nr. 199, betreffend Erlassung der Landtagswahlordnung 2004, zu den Anträgen Einl.-Zahlen 16/1, 23/1 und 1276/1, wird wie folgt geändert:

Erstens: In Paragraph 20 der Landtags-Wahlordnung 2004 wird die Wortfolge „das 18. Lebensjahr“ durch die Wortfolge „das 16. Lebensjahr“ ersetzt.

Zweitens: In Paragraph 37 der Landtags-Wahlordnung 2004 wird die Wortfolge „das 19. Lebensjahr“ durch die Wortfolge „das 18. Lebensjahr“ ersetzt.

Und der letzte Abänderungsantrag zu Punkt 15:

Es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Der Selbstständige Antrag des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform, Einl.-Zahl 1789/1, Beilage Nr. 200, betreffend die Erlassung der Gemeindewahlordnung 2004, zu den Anträgen Einl.-Zahlen 16/1, 23/1 und 1276/1, wird wie folgt geändert:

Erstens: In Paragraph 40 der Gemeindewahlordnung 2004 wird die Wortfolge „das 19. Lebensjahr“ durch die Wortfolge „das 18. Lebensjahr“ ersetzt.

Zweitens: In Paragraph 93 der Gemeindewahlordnung 2004 wird die Wortfolge „das 19. Lebensjahr“ durch die Wortfolge „das 18. Lebensjahr“ ersetzt. Ich ersuche um Annahme dieser Abänderungsanträge. (Beifall bei der SPÖ. – 15.40 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Meine Damen und Herren! Eine weitere Wortmeldung zu den Tagesordnungspunkten 13 bis 17 liegt nicht vor. Ich komme daher zur Abstimmung:

Gemäß Paragraph 58 Absatz 2 GeoLT kann ein Landesverfassungsgesetz nur bei Anwesenheit der Hälfte der Mitglieder des Landtages und mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen beschlossen werden.

Ich stelle fest, dass das erforderliche Anwesenheitsquorum gegeben ist.

Ich ersuche nunmehr die Damen und Herren, die dem Abänderungsantrag der ÖVP zum Landes-Verfassungsgesetz 1960, betreffend Bürgermeisterdirektwahl, zum Tagesordnungspunkt 13 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Abänderungsantrag der SPÖ und Grünen zum Landes-Verfassungsgesetz 1960, hinsichtlich Punkt eins betreffend die Senkung des aktiven Wahlalters bei Landtagswahlen auf 16 Jahre, zum Tagesordnungspunkt 13 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Auch dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit erhalten.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Abänderungsantrag der SPÖ und Grünen zum Landes-Verfassungsgesetz 1960, hinsichtlich Punkt zwei betreffend die Senkung des passiven Wahlalters bei Landtagswahlen auf 18 Jahre, zum Tagesordnungspunkt 13 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 1787/1, Beilage Nr. 198 – (Tagesordnungspunkt 13), Novelle zum Landes-Verfassungsgesetz 1960 –, in der abgeänderten Fassung betreffend die Senkung des passiven Wahlalters bei Landtagswahlen auf 18 Jahre ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Die Einführung der Bürgermeisterdirektwahl sowie die Senkung des aktiven Wahlalters bei Landtagswahlen auf 16 Jahre fand nicht die erforderliche Mehrheit bei den Abänderungsanträgen zum Landes-Verfassungsgesetz 1960. Die entsprechenden Punkte der Anträge zur Novellierung der Landtagswahlordnung 2004 sowie zur Gemeindeordnung 1967 werden daher nicht mehr abgestimmt.

Ich ersuche nunmehr die Damen und Herren, die dem Abänderungsantrag der SPÖ und Grünen zur Landtagswahlordnung 2004, hinsichtlich Punkt 2 betreffend die Senkung des passiven Wahlalters bei Landtagswahlen auf 18 Jahre, zum Tagesordnungspunkt 14 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 1788/1, Beilage Nr. 199 zum Tagesordnungspunkt 14, Landtagswahlordnung 2004 – ohne Paragraph 20 in der abgeänderten Fassung hinsichtlich der Senkung des passiven Wahlalters bei Landtagswahlen auf 18 Jahre ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 1788/1, Beilage Nr. 199 zum Tagesordnungspunkt 14, Landtagswahlordnung 2004 – hinsichtlich Paragraph 20 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Abänderungsantrag der SPÖ und Grünen zur Gemeindewahlordnung 2004, betreffend die Senkung des passiven Wahlalters bei Gemeinderatswahlen auf 18 Jahre, zum Tagesordnungspunkt 15 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 1789/1, Beilage Nr. 200 – (Tagesordnungspunkt 15) Gemeindevahlordnung 2004 in der abgeänderten Fassung hinsichtlich der Senkung des passiven Wahlalters bei Gemeinderatswahlen auf 18 Jahre, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 1790/1, Beilage Nr. 201 – zum Tagesordnungspunkt 16, Novelle zur Steiermärkischen Gemeindeordnung 1967 –, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle auch hier die einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zur Einl.-Zahl 16/1 (Tagesordnungspunkt 17) ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

18. Bericht des Ausschusses für Kultur und Sport über den Antrag, Einl.-Zahl 1390/1, der Abgeordneten Mag. Zitz, Reinprecht, Margarethe Gruber, Lechner-Sonnek und Hagenauer, betreffend Basisfinanzierung für Freie Radios.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Mag. Edith Zitz. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Zitz (15.46 Uhr): Zur Basisfinanzierung für freie Radios liegt seitens der Abteilung 1 eine Stellungnahme vor, wo festgehalten wird, dass kompetenzrechtlich die Fachabteilung 1C – Landespressedienst zuständig ist. Festgehalten wird auch, dass die Wiederaufnahme der Medienförderung für freie Radios eine Ungleichbehandlung innerhalb der Medienszene erzeugen würde. Weiters wird festgehalten, dass es eine Kontaktaufnahme mit dem Bund seitens Frau Landeshauptfrau gibt. Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen: Der Bericht des Ausschusses für Kultur und Sport, betreffend Basisfinanzierung für freie Radios, wird zur Kenntnis genommen. (15.46 Uhr.)

Präsident Purr: Ich danke für die Berichterstattung. Frau Abgeordnete Zitz, Sie haben sich zu Wort gemeldet. Ich erteile Ihnen das Wort.

Abg. Mag. Zitz (15.47 Uhr): Ich bringe im Namen der Grünen und der SPÖ, konkret von Ilse Reinprecht, einen Entschließungsantrag betreffend Basisfinanzierung für freie Radios ein. Freie Radios bedürfen durch ihren nicht kommerziellen Auftrag einer Basisfinanzierung, um eine Grundinfrastruktur aufrechtzuerhalten und ein Programm zu gestalten. Derzeit ist die Haltung der Steiermärkischen Landesregierung dazu sehr inkonsequent. Man kann nicht einerseits die Existenz von Freien Radios begrüßen, ihnen andererseits die Basisfinanzierung verweigern. Freie Radios können sich nicht über Werbeeinnahmen oder Gebühren finanzieren. Deshalb ist eine Basisfinanzierung von Seiten des Landes überfällig. Es ist auch unverständlich, warum die steirische Kulturpolitik im Gegensatz zu anderen Bundesländern, wie Oberösterreich, seit Jahren Freie Radios praktisch ignoriert und damit den Bestand gefährdet. Es ist ein Systemwechsel notwendig, indem die Landesregierung Freie Radios nicht mit ein paar 1000 Euro abspeist, sondern sie aus kultur-, demokratie- und medienpolitischen Gründen mit einem Rechtsanspruch auf eine Basisfinanzierung ausstattet. Mittel dafür sind dezidiert vorhanden über eine entsprechende Zweckbindung des so genannten Fernseh- und Rundfunk-schillings für die Freie Szene. Ein zweiter Punkt, und das ist eine klassische grüne Anmerkung: Es werden seit Jahren zig Millionen in Eventkultur und in Eventmarketing gepumpt. Wir finden, dass diese Mittel jedenfalls umzuwidmen sind in Richtung freie, kreative Szene und speziell Freie Radios. Durch die fehlende Basisfinanzierung ist mittlerweile ein Radio, nämlich das Radio Helsinki, in seiner Existenz massiv gefährdet. Der Betrieb des Senders muss auf ein Minimum reduziert werden. Seit drei Jahren sendet Radio Helsinki 24 Stunden täglich, hat zirka 150 ehrenamtliche Sendungsmacher und -macherinnen und 500 aktive Vereinsmitglieder. Im Juli 2002 erhielt der Sender eine fixe Lizenz für zehn Jahre und es ist ein Anliegen des Senders Radio Helsinki als Knotenpunkt einer aktiven Stadtentwicklung in Graz zu etablieren und Kooperationen mit vielen gesellschaftspolitisch aktiven Institutionen aufzubauen. Um den Sendebetrieb zu gewährleisten, benötigt Radio Helsinki eine jährliche Basisförderung von zirka 50.000 Euro durch das Land Steiermark. Ebenso aktiv und interessant arbeitet das Radio FreequENNS im Ennstal in der Obersteiermark, das ebenfalls dringend eine Basisfinanzierung brauchen würde, um überleben zu können. Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen: Die Landesregierung wird aufgefordert, in diesem Jahr den Freien Radios in der Steiermark (Radio Helsinki und Radio FreequENNS) eine ausreichende Basisfinanzierung zu gewähren und im Landesvoranschlag 2005 eine Basisfinanzierung für Freie Radios vorzusehen. Ich bitte Sie um Ihre Unterstützung. (Beifall bei den Grünen und der SPÖ. – 15.51 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Dr. Rauch. Herr Abgeordneter, Sie sind am Wort.

Abg. Dr. Rauch (15.51 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, Frau Landesrätin, meine sehr geehrten Damen und Herren, Hohes Haus!

Ganz kurz der Standpunkt der ÖVP zu diesem Antrag beziehungsweise auch zur Ergänzung: Ein klares Ja der ÖVP zu Freien Radios, Kommunikation in jeder Form ist der Lebenssaft der Demokratie, ein Ja zu Zeitungen, ein Ja zum Internet, ein Ja zum Fernsehen, ein Ja zum Rundfunk in seinen drei Säulen, die da sind: der öffentlich-rechtliche Rundfunk, der kommerzielle und der nicht kommerzielle Rundfunk. Aber wir können nicht alles, was gut und richtig ist, auch mit einer Basisfinanzierung des Landes fördern. Wir sind in dieser Haltung nicht inkonsequent, denn wir fördern auch Internet nicht mit einer Basisfinanzierung und wir werden auch viele andere Medien nicht mit einer Basisfinanzierung fördern. Ganz im Gegenteil: Wenn wir sie fördern würden, würde es zu einer Ungleichbehandlung in der Medienszene kommen. Wir haben uns daher, und ich bin hier voll mit der Landesregierung auf einer Linie, zu der Erkenntnis durchgerungen, dass eine Basisfinanzierung, wenn sie erforderlich ist, nur auf Bundesebene möglich ist und wir sollten den Bund nicht aus seiner Verantwortung entlassen. Daher die Forderungen an den Bund: Schaffung von ausreichend freien Frequenzbereichen, Befreiung von Gebühren und eine Basisfinanzierung. Genau diese Forderung wurde mehrfach an den Bund herangetragen. Am 14. März 2000 bereits hat Frau Landeshauptmann an Bundeskanzler Schüssel diesbezüglich geschrieben, am 20. November 2000, am 22. April 2003 und zuletzt am 1. März 2004. Die Landesregierung ist also keineswegs untätig. Unabhängig von dieser Forderung einer Basisfinanzierung durch den Bund gibt es auch die Möglichkeit von Impuls- und Projektförderungen durch

das Land. In der Stellungnahme der Landesregierung sind diese im Detail aufgelistet. Darüber hinaus sind alle Ressorts herzlich eingeladen und gebeten worden, alle Möglichkeiten der projektbezogenen Förderung der steirischen Privatradios im laufenden Jahr zu unterstützen. Meine Damen und Herren, die Steiermärkische Landesregierung setzt sich für die Freien Radios ein, auch für eine Basisfinanzierung. Wenn wir das Ziel einer Basisfinanzierung durch den Bund nicht erreicht haben, so ist das bedauerlich. Aber ich bin überzeugt, dass wir in unserem gemeinsamen Anliegen in der nächsten Zeit Erfolge erzielen werden. Ich bitte Sie daher namens meiner Fraktion, dem Ausschussantrag zu folgen, die Stellungnahme der Landesregierung zur Kenntnis zu nehmen.

Zum Entschließungsantrag der Grünen: Er wiederholt das, was eigentlich der ursprüngliche Antrag enthält. Er bringt aus unserer Sicht nichts dramatisch Neues und daher müssen wir leider auch diesem Entschließungsantrag unsere Zustimmung verweigern. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP. – 15.54 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Frau Abgeordnete Dr. Reinprecht. Frau Dr. Reinprecht, Sie sind am Wort.

Abg. Dr. Reinprecht (15.54 Uhr): Ja, ich wollte eigentlich vom Inhalt etwas ganz Ähnliches sagen wie der Herr Prof. Rauch, nämlich sehr genau auf die Vorlage eingehen, die hier zur Debatte steht. Nur ist meine politische Einschätzung eine etwas andere. Ich habe den Eindruck, dass die Landesregierung und die Frau Landeshauptfrau Klasnic in Bezug auf die Freien Radios wirklich sehr bemüht ist, eine Basisfinanzierung zu erreichen. Ich zitiere aus der Vorlage: „Die Steiermark hat bereits mehrmals gestützt auf Beschlüsse des Landtages und der Landesregierung in früheren Begutachtungsverfahren, aber auch in einem persönlichen Schreiben von Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic an Herrn Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel auf die im Sinne der Medienvielfalt wichtige und notwendige Förderung nicht kommerzieller Radios hingewiesen.“

Aus der Vorlage kann man entnehmen, dass mehrere Schreiben nach Wien gegangen sind. Was mir fehlt, ist eigentlich, wurden diese Schreiben jemals beantwortet? Wurde jemals auf diese Schreiben reagiert? Es hätte mich ganz einfach interessiert, was das Bundeskanzleramt dazu zu sagen hat. Aber ist das wirklich so, dass seit vier Jahren keine Antwort gekommen ist oder ist eine unbefriedigende Antwort gekommen, die wir in der Vorlage nicht vorliegen haben? Jedenfalls das wäre für mich von Interesse. Und der Vergleich mit dem Internet, Herr Prof. Rauch, er hinkt ein bisschen, weil es ist ja gerade das Merkmal nicht kommerzieller Radios, dass sie weder Beitragseinnahmen haben, also von den Hörern und Hörerinnen, und auch keine Werbeeinnahmen. Das ist im Internet etwas anders, das ist ein weitgehend kommerzielles Kommunikationsmittel, was die Freien Radios nicht sind. Die Freien Radios sind Bürgerradios. Im Prinzip kann jeder Bürger, jede Bürgerin sich dort beteiligen, Radio machen lernen, eigenes Programm machen, also ein Beitrag zu mehr Demokratie und zu mehr Medienvielfalt, die gerade in Österreich, wo wir die Monopole haben, dringend notwendig wäre. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 15.57 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Eine weitere Wortmeldung zum Tagesordnungspunkt 18 liegt mir nicht vor. Deshalb schreite ich nunmehr zur Abstimmung.

Die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin ihre Zustimmung geben, ersuche ich nunmehr um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen und der SPÖ, betreffend Basisfinanzierung für Freie Radios, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Damit, meine sehr geehrten Damen und Herren, schreite ich nunmehr zur Behandlung der Dringlichen Anfrage.

Eingebracht wurde am Freitag, dem 23. April dieses Jahres eine Dringliche Anfrage von den Abgeordneten der SPÖ, betreffend Verhinderung der Strompreiserhöhung, an Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic. Ich erteile damit dem Herrn Abgeordneten Gennaro das Wort zur Begründung dieser Dringlichen Anfrage, verweise darauf, dass hier für die Begründung eine Redezeit von 20 Minuten gilt. Herr Abgeordneter Gennaro, Sie sind am Wort.

Abg. Gennaro (15.59 Uhr): Presidente! Grazie tanto!

Frau Landeshauptmann, Sie haben ein Jahr lang im „Bruderzwist“ Hirschmann und Paierl nicht gehandelt. Durch diesen „Brandschaden“ wurden in der ESTAG Millionenverluste verursacht. Dazu kommen die Abfertigungen für Vorstände in Millionenhöhe und die Prozesskosten, die uns noch erwarten, werden ebenfalls Millionen Euro betragen. (Allgemeine Unruhe. – Präsident: „Am Wort ist der Herr Abgeordnete Gennaro, meine Damen und Herren!“) In demselben sensiblen Zeitraum, meine Damen und Herren – ihr könnt mich überhaupt nicht beeindrucken, das lässt mich so etwas von kalt. Gerade jetzt in demselben sensiblen Zeitraum verkündet die SSG (STEWEG-STEAG GesmbH.) – (Abg. Hammerl: „Das ist ja unerhört!“) Herr Präsident! (Präsident: „Meine Damen und Herren, bitte um Aufmerksamkeit!“) Ihr seid alle mit dem Schnellzug durch die Kinderstube gefahren, weil sonst müsstet ihr ein bisschen zuhören können. (Abg. Hammerl: „Das ist ja unerhört, so eine Anfrage zu machen und kein Mensch ist auf der Regierungsbank!“) Also das muss

du bitte schön anderen überlassen. Horch dir zuerst einmal den Text an. Liebe Kollegen der ÖVP, werdet nicht nervös, es wird für euch sowieso immer ärger, cool bleiben, ruhig bleiben, horcht euch das an. Es hat ja keinen Sinn, ihr wisst, ich habe das Mikrofon da, ich kann dreimal so laut werden wie ihr. Macht euch keine Probleme. (Beifall bei der SPÖ.)

Herr Präsident, wenn du nicht in der Lage bist, Vorsitz zu führen, dass da eine Ruhe ist, dann müssen wir unterbrechen. Ich bin nicht bereit da heraußen zu reden, wenn da so eine Unruhe ist. Würden wir das machen, schaue ich mir das an! Ich erwarte mir eine Handlung und ersuche zu unterbrechen, damit Sie, Herr Präsident, Ihren Leuten sagen können, was sich in dem Hohen Haus gehört. Es ist eine Schande. Da hinten sitzen Zuschauerinnen und Zuschauer, vielleicht machen sie sich eh selber den Eindruck, was ihr da aufführt. Braucht nicht nervös sein, ich weiß, dass es euch schwer trifft, aber das war ja vorauszusehen.

Und die Zeit, die drei Minuten, Herr Präsident, die will ich eingerechnet bekommen. (Präsident: „Selbstverständlich!“)

Frau Landeshauptmann, Sie haben am 6. März 2001 anlässlich der Kooperation der ESTAG mit der Verbund-Gesellschaft, die in die Zusammenführung der Geschäftsfelder beider Unternehmen in der Austrian Hydro Power und der Austrian Thermal Power und der SSG, das heißt STEWEAG-STEG, mündete, verkündet:

„Eine gute Nachricht für die steirischen Stromkonsumenten; durch die Zusammenführung können gemeinsame Synergiepotenziale ausgeschöpft und eine Strompreissenkung um mindestens 10 Prozent erzielt werden.“

In der Zeitung „Die Presse“ vom 7. März 2001 wurden Sie mit folgenden Worten zitiert:

„Über die Synergien im Netzbereich winken den steirischen Abnehmern Tarifsenkungen um mindestens 10 Prozent.“

Mehr als drei Jahre sind seit Ihrer Ankündigung vergangen, von einer Umsetzung ist aber nichts zu bemerken. Im Gegenteil, der Strom wurde für die Steirerinnen und Steirer teurer und die nächste, mit 3 Prozent bezifferte Strompreiserhöhung steht bevor.

Ein durchschnittlicher Haushalt in der Steiermark verbraucht rund 3500 kWh pro Jahr. Dieser bezahlte dafür seit 1. Jänner 2004 rund 605 Euro. Die bevorstehende Erhöhung des Strompreises wird, ungeachtet der mittlerweile per 1. April durchgeführten Strompreiserhöhung, eine jährliche Verteuerung von rund 18 Euro für jeden steirischen Haushalt betragen. Der Barwert der „Abfertigungen“ für die beiden „entlassenen“ Ex-Vorstände Mag. Heinzl und Mag. Jeneral beträgt gemäß öffentlichen Berichten rund 4,6 Millionen Euro. Für die Bestellung von Vorstandsdirektor Dr. Ditz und Aufsichtsratsvorsitzenden Dipl.-Ing. Ramsauer, die für den Hinauswurf und die Zahlungen der „Abfertigungen“ an die Ex-Vorstände verantwortlich sind, tragen Sie die Verantwortung. Sie haben anlässlich der Bestellung von Ditz und Ramsauer die Formulierung getroffen:

„Ich darf Ihnen versichern, Besseres kann ich Ihnen nicht bieten“ (ORF, 10. November 2003) verwendet.

Dividiert man, meine Damen und Herren, die 4,6 Millionen Euro durch die jedem steirischen Haushaltskunden der STEWEAG-STEG-GesmbH. bevorstehende Strompreiserhöhung von rund 18 Euro, so kommt man auf 255.000 steirische Haushalte.

Die STEWEAG-STEG GesmbH. beliefert rund 240.000 steirische Haushalte direkt sowie über Zwischenhändler, wie über die Energie Graz GesmbH. 1000 weitere Haushalte, die wahrscheinlich auch von der Strompreiserhöhung betroffen sein werden.

Wären von den von Ihnen installierten Managern Ditz und Ramsauer nicht die „Abfertigungen“ mit den Ex-Vorständen vereinbart worden, könnten sich alle Kunden der STEWEAG-STEG die Strompreiserhöhung ersparen.

Der Steiermärkische Landtag hat am 10. Februar 2004 mit den Stimmen von SPÖ, FPÖ und der Grünen gegen den Widerstand der ÖVP-Abgeordneten beschlossen:

„Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, Abfertigungen der ausgeschiedenen Vorstandsmitglieder derzeit ruhen zu lassen.“

Der bisherige Eigentümerversorger des Landes, der ist jetzt eh schon weg, Sie im Rahmen der von Ihnen immer betonten „Gesamtverantwortung für das Land“ und nun als Eigentümerversorgerin haben diesen Beschluss bisher ignoriert und sind drübergefahren.

Die Unterfertigten stellen daher an Sie, Frau Landeshauptmann, folgende Dringliche Anfrage:

Erstens: Halten Sie es für politisch moralisch vertretbar, dass das Versagen der Eigentümerversorger des Landes auf die Stromkunden und Stromkundinnen überwältigt wird und diese die Zeche für die Millionenverluste bezahlen sollen?

Zweitens: Stimmt es, dass die Steiermark im Vergleich zu anderen Bundesländern beim Strompreis zu den teuersten gehört? Wenn dies so ist, warum wird der Strompreis trotzdem neuerlich erhöht?

Drittens: Warum werden gerade die Haushaltstarife erhöht? Wie sieht das Verhältnis von Haushaltstarifen zu Geschäftstarifen aus?

Viertens: Soll die Politik im Wege klarer Vorgaben und als Vertreter der Stromkunden nicht alles daran setzen, dass die steirische Bevölkerung Strom zu vertretbaren Preisen erhalten kann?

Sechstens: Ist Ihnen bewusst, dass tausende Steirerinnen und Steirer, insbesondere die ältere Generation, auf Elektroheizungen angewiesen sind, weil sie andere Brennstoffe nicht transportieren können und daher besonders von einer Strompreiserhöhung betroffen sind?

Siebtens: Wie viel an Dividenden hat die ESTAG seit der Unternehmensgründung an das Land abgeliefert a) insgesamt und b) aufgeschlüsselt nach Jahren?

Achtens: Welche Ergebnisse hat die SSG im selben Zeitraum erzielt a) insgesamt und b) aufgeschlüsselt nach Jahren?

Neuntens: Warum treten Sie nicht dem Vorschlag des Ersten Landeshauptmannstellvertreters Mag. Franz Voves bei, dass das Land auf seinen Anteil an der Dividende zugunsten der Stromkunden verzichtet und auf diese Art und Weise die drohende Strompreiserhöhung nicht eintritt?

Zehntens: Soll die Politik in ihren Eigentümergegebenheiten ausschließlich auf eine maximale Dividendenpolitik Bezug nehmen?

Elftens: Glauben Sie nicht, dass die Umsetzung des Projektes „Südpol“ (der Ausverkauf der Wasserkraftwerke) im Jahr 2001 – im Übrigen gegen die Stimmen der SPÖ – ein schwerer Fehler war, die Steiermark damit ausschließlich zum „Stromkäufer“ geworden und dadurch massive strategische Nachteile erlitten hat?

Zwölftens: Glauben Sie in diesem Zusammenhang den Darlegungen der Verbundverantwortlichen in Bezug auf das Kraftwerk Voitsberg III? Haben Sie die Aussagen in Bezug auf die jährlichen Verluste in Höhe von 30 Millionen Euro jemals überprüft?

13.: Halten Sie die Entscheidung, derart hohe Abfertigungen an die ehemaligen ESTAG-Vorstände auszahlend, für richtig?

14.: Haben Sie auf die Höhe dieser Abfertigungen und die Entscheidung über die Auszahlungen Einfluss genommen?

15.: Was werden Sie unternehmen, damit die Abfertigungen an die Ex-Vorstände der ESTAG nicht ausbezahlt werden?

16.: Was werden Sie unternehmen, um die geplante Strompreiserhöhung im Ausmaß von (öffentlich genannten) 3 Prozent zu verhindern?

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen gleichzeitig den Antrag in Verbindung mit Absatz 4 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages, über die Dringliche Anfrage die Wechselrede zu eröffnen. (Beifall bei der SPÖ. – 16.07 Uhr.)

Präsident: Ich erteile Frau Landeshauptmann Klasnic das Wort zur Beantwortung der Dringlichen Anfrage. Frau Landeshauptmann, bitte.

Landeshauptmann Klasnic (16.07 Uhr): Herr Präsident, Hoher Landtag, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Dringliche Anfrage der Abgeordneten Kröpfl und Kollegen, betreffend Verhinderung der Strompreiserhöhung, darf ich wie folgt beantworten: Erlauben Sie mir zunächst, meiner Anfragebeantwortung einige allgemeine Bemerkungen voranzustellen: Es ist mir ein Anliegen, den Menschen in unserem Land Antworten auf Fragen zu geben, die sie bewegen. Ich habe das in der Vergangenheit immer so gehalten und es ist für mich auch selbstverständlich, dies in Zukunft so zu tun. Ich kann den Unmut der Steirerinnen und Steirer nachvollziehen, wenn es während der zurzeit laufenden ESTAG-Debatte zu einer Strompreiserhöhung kommt. Unseriöse Äußerungen und Kampagnen haben in den vergangenen Wochen zusätzlich für Verunsicherung bei den Stromkunden in unserem Lande gesorgt. Seit 1. Oktober 2001 liegen die Preisentwicklungen für Strom nicht mehr in den Händen des Landes beziehungsweise des Landeshauptmannes. Ich habe seinerzeit, als der Stromtarif noch mitgestaltbar war, eine nachhaltige Strompreissenkung verordnet. Seit dem Beginn der Diskussion um die ESTAG habe ich mich nachdrücklich und konsequent für die Aufklärung aller Fragen und Vorwürfe eingesetzt. So wurde bereits kurze Zeit nach Bekanntwerden der ersten Kritikpunkte der Bundesrechnungshof angerufen, dessen erstes Prüfergebnis als Rohbericht vorliegt. Ebenfalls wurde noch im Juli 2003 von der Steiermärkischen Landesregierung mittels Ferialverordnung eine aktienrechtliche Sonderprüfung als schärfste Prüfmaßnahme von Eigentümerseite einer Aktiengesellschaft eingeleitet. Auch der von mir geforderte Ehrenkodex wurde vom Unternehmen umgesetzt und hat in weiterer Folge zu Konsequenzen geführt. Der neue Vorstand der ESTAG hat in wenigen Monaten wichtige Maßnahmen getroffen und Entscheidungen vorbereitet, die die ESTAG in die Zukunft führen. So wurden vom Rechnungshof empfohlene Organisationsmaßnahmen umgesetzt und eine Lösung im Problembereich Energiepark Donawitz gefunden und unterschriftsreif erledigt. Ziel muss es sein, und da bitte ich auch den Landtag um Mithilfe, diesen für die Steiermark so bedeutenden Leitbetrieb in eine Neuausrichtung zu begleiten, die die Wirtschaftskraft des Unternehmens und damit auch den Standort Steiermark stärkt. Zu der Beantwortung Ihrer Fragen im Einzelnen:

Zur Frage eins: Anlässlich des von mir einberufenen Informationsgespräches, das Wort Stromgipfel ist nicht von mir gewesen, am 16. April 2004, woran unter anderem die beiden Landeshauptmannstellvertreter sowie Vertreter aller Landtagsklubs, auch des SPÖ-Landtagsklubs, Kollege Gennaro war dabei, teilgenommen haben, wurden von den Verantwortlichen der STEWEAG/STEG die Begründung für die angekündigte Strompreiserhöhung ausführlich dargelegt. Ich zitiere die dort anwesenden Vorstände: Dabei wurde festgehalten,

dass ein Anteil von 25 Prozent des Strompreises über den freien Markt reguliert wird. Die Entwicklung der Einkaufskosten und die Notwendigkeit der Reduzierung des Einkaufsrisikos haben das Unternehmen STEWEAG/STEG dazu bewogen, den Energieverkaufspreis anzuheben – Zitatende. Dem hat auch der Aufsichtsratsvorsitzende der STEWEAG/STEG und Vorstand der ESTAG, Universitätsprofessor DDr. Schachner-Blazizek, zugestimmt. Die anstehende Preiserhöhung steht in keinem Zusammenhang mit dem Gegenstand des ESTAG-Untersuchungs-Ausschusses.

Zur Frage zwei: Betrachtet man den Strompreis in seiner Gesamtheit, so ist klar zu erkennen, dass der größte Preisanteil durch die Netztarife bestimmt wird. Dieser beträgt in der Steiermark rund 46 Prozent und ist aus folgenden Gründen im Bundesländervergleich relativ hoch: Die Stromverteilung erfolgt nicht wie in anderen Bundesländern über ein für das gesamte Land Steiermark optimiertes Netz eines Versorgungsunternehmens, sondern durch mehr als 50 regionale oder örtliche Netzbetreiber. Durch diese besondere Fragmentierung des Netzgebietes – Sie könnten es auch Fleckerlteppich nennen – der STEWEAG/STEG entstehen strukturelle Mehrkosten. Dies wurde im Gespräch am 16. April 2004 auch vom Vertreter der e-control bestätigt, die bekanntlich für die Festlegung dieses Tarifes zuständig ist. Der Netztarif der Energie Graz ist wegen der günstigeren städtischen Netzsituation dementsprechend niedriger – Aussage und Erklärung aus der Sicht von e-control. Die Teilnehmer, die dabei waren, wissen es. Es war die Frage, ob es bei den Zahlen und bei den Aussagen um die steirischen Werte gegangen ist. Die Antwort war, wir haben österreichische Werte und uns liegen auch nur österreichische Gesamtzahlen in diesem Sinne vor. Der Grund für die Erhöhung des Energiepreises liegt vor allem darin, dass die Strombeschaffungskosten gestiegen sind. Dieser Umstand wird auch im Liberalisierungsbericht 2003 der e-control bestätigt, wenn es heißt: „... Seit März 2003 stiegen die Preise für die Jahreslieferungen 2004, 2005 und 2006 deutlich an ...“ Der Energiepreis der STEWEAG/STEG bleibt aber trotz Erhöhung noch immer leicht unter dem Niveau von 1996. Dies liegt nicht zuletzt auch daran, dass ich im Jahr 1999, also vor der Liberalisierung, als ich noch die rechtliche Möglichkeit dazu hatte, mittels Verordnung eine Senkung von insgesamt 7 Prozent auf zwei Etappen veranlasst habe. (Beifall bei der ÖVP.)

Dies ist nicht überall auf Zustimmung gestoßen. So hat zum Beispiel die Stadtgemeinde Bruck an der Mur als Betreiberin der Stadtwerke Bruck an der Mur die Preissenkungsverordnung beim Verfassungsgerichtshof angefochten. Ich bitte die Antragsteller der Dringlichen Anfrage ihren Parteikollegen, Herrn Bürgermeister Bernd Rosenberger, nach seinem Beweggrund zu fragen. Der Wunsch nach billigerem Strom für die Steirerinnen und Steirer beziehungsweise für die Region Bruck-Kapfenberg kann es nicht gewesen sein. (Beifall bei der ÖVP.)

Ganz allgemein ist festzustellen, dass es in den letzten Monaten bei einer Reihe von Energieunternehmen in anderen österreichischen Bundesländern auf Grund gestiegener Beschaffungskosten zu Erhöhungen im Strompreis gekommen ist. Obwohl erfreulicherweise durch eine stabilitätsorientierte Wirtschaftspolitik in den letzten Jahren die Inflationsrate im Vergleich zu früheren Zeiträumen relativ gering blieb, ist es dennoch auch seit dem Jahr 2000 bei vielen Gütern des täglichen Bedarfs zu Preisanhebungen gekommen, während der Energiepreis in der Steiermark stabil gehalten werden konnte. Der Verbraucherpreisindex 2000 (Ausgangspunkt sind 100 Prozent) stieg in diesem Zeitraum auf 107,5 Prozent.

Zur Frage drei: Die Tarifgestaltung ist Angelegenheit des Unternehmens, weshalb die Entscheidungen durch die Organe des Unternehmens gefällt werden. Ich ersuche Sie daher, diese Frage an die Verantwortlichen der SSG zu richten. Diese Möglichkeit ergibt sich auch bei den Sitzungen des Untersuchungs-Ausschusses. So ist ja zum Beispiel der Vorsitzende des Aufsichtsrates und ESTAG-Vorstand Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek am 30. April 2004 als Zeuge im Untersuchungs-Ausschuss.

Zur Frage vier: Die Politik hat die Rahmenbedingungen für einen attraktiven und sicheren Wirtschaftsstandort zu schaffen. Dazu gehört auch die Gewährleistung der Energieversorgung durch sichere Stromnetze. Seit der Liberalisierung des Strommarktes kann die Politik keine Strompreise mehr festsetzen, dies wurde ausdrücklich abgeschafft. Ein Eingriff in das operative Geschäft eines Tochterunternehmens der ESTAG ist aus aktienrechtlichen Gründen ausgeschlossen und auch nicht wünschenswert. Wohin politische Eingriffe in Unternehmen führen können, bewies das Beispiel der ehemals verstaatlichten Industrie, wo nicht nur Milliardenbeträge verloren gingen, sondern zigtausende Arbeitsplätze abgebaut werden mussten. Leider gibt es auch andere Beispiele von Unternehmen, in denen mangelnde Wirtschaftlichkeit zum Totalverlust der Arbeitsplätze geführt hat.

So wurde mir auch von den Betriebsräten der ESTAG deren Sorge über das in den Medien so stark kritisierte Unternehmen mitgeteilt. Sie wünschen sich eine Arbeitsplatzsicherheit, die ihnen durch Inserate und Anfragen sicher nicht gegeben werden kann. Diese Betriebsräte haben bei mir vorgesprochen. Sie haben um einen Termin bei Herrn Kollegen Landeshauptmannstellvertreter Mag. Voves angesucht, warten seit einigen Wochen, werden diesen am Freitag bekommen. Und, Herr Kollege, ich appelliere an Sie, machen Sie sich selbst ein Bild, wie die Sorgen dieser Arbeitnehmervertreter aussehen. (Beifall bei der ÖVP.)

Es ist nämlich ganz wichtig, wenn ein Appell kommt, dass man auch einen Appell zurückbekommt.

Zur Frage fünf: Ich möchte Ihnen die Antwort zur Frage fünf nicht schuldig bleiben – bedauerlicherweise folgt in Ihrer Anfrage aber auf die Frage vier die Frage sechs. Die Frage fünf haben Sie ausgelassen.

Zur Frage sechs: Die Energiepreise für Stromheizung sind von der Erhöhung, die mit 1. Juli 2004 in Kraft treten soll, ausgenommen. Derzeit liegt der Preis für Heizungsstrom immer noch deutlich tiefer als der Preis für Normalverbrauch im Haushalt.

Zur Frage sieben: Es wurden insgesamt von der ESTAG 88,02 Millionen Euro an Dividende an das Land ausgeschüttet. Aufgeschlüsselt nach Jahren sind das in Millionen: 1997 7,27, 1998 10,90, 1999 10,90, 2000 18,07, 2001 20,25, 2002 20,62.

Zur Frage acht: Da die STEWEAG/STEG erst seit 2002 besteht, kann nur für dieses Jahr Auskunft gegeben werden. Das Betriebsergebnis betrug 29,44 Millionen Euro, der Jahresüberschuss war auf Grund einer Rückstellungszufuhr für die Drohverluste EPD mit 20,44 Millionen Euro negativ. Der Bilanzgewinn betrug durch die Rücklagenauflösung 18,56 Millionen Euro, davon wurden 12,51 Millionen Euro an die ESTAG ausgeschüttet.

Zu den Fragen neun und zehn: Die Dividende fließt in den Landeshaushalt und wird im Interesse der Steirerinnen und Steirer verwendet. Da die Höhe der Dividende 2003 noch nicht feststeht, kann über deren Verwendung auch noch keine Auskunft gegeben werden. Und die Aussagen, so haben wir uns in der Regierung erkundigt, wie der Herr Kollege Voves gemeint hat, waren auch die Dividende, die dann im Jahr 2005 fällig wird, das heißt, das Jahr 2004/2005. Außerdem muss ich mitteilen, dass zu berücksichtigen auch immer ist, dass es einen zweiten Eigentümer, nämlich die EDF gibt, die auch Interesse an der Ausschüttung einer Dividende hat. Hinsichtlich der Eigentümervorgaben verweise ich auf meine ausführliche Antwort zur Frage vier.

Zu den Fragen elf und zwölf: Ob ich hier laut Ihren Fragen etwas glaube oder nicht, ist zweitrangig. Ich habe mich in dieser Frage an Informationen und Berichte der verantwortlichen Organe zu orientieren. Laut Auskunft der ESTAG war die Umsetzung des Projektes „Südpol“ nachweislich ein Vorteil für das Unternehmen. Dies deshalb, da die Kostenstruktur der ehemaligen STEWEAG-STEG-Kraftwerke wegen ihrer Kleinheit und Aufteilung auf verschiedene Regionen sowie den hohen kalorischen Anteil im Vergleich zu Großproduzenten ungünstig war. Ich sage noch einmal, ich berichte, was die Organe mitteilen. Der Strompreis orientiert sich am freien Markt im Verhältnis von Angebot und Nachfrage an den Großhandelspreisen.

Zu den Fragen 13 bis 15: Betreffend die Abfertigungen der ehemaligen Vorstände der ESTAG verweise ich auf den am 10. Februar 2004 gefassten Landtagsbeschluss, der dem Unternehmen vom Eigentümerversorger mit dem Hinweis bekannt gegeben wurde, dass die Steiermärkische Landesregierung erwartet, dass diese Beschlüsse von den Organen des Unternehmens nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen berücksichtigt werden. Weiters wird die Rechtmäßigkeit der Auszahlung der Abfertigungen nicht nur im Zuge einer aktienrechtlichen Sonderprüfung von Wirtschaftsprüfern und Rechtsexperten geprüft, sondern hat auch die Landesregierung in ihrer Sitzung am 29. März 2004 den Rechnungshof ersucht, mögliche Fälle von Organhaftung in der ESTAG zu prüfen, insbesondere im Zusammenhang mit der Auflösung von Verträgen von Vorstandsmitgliedern.

Zur Frage 16: Auf Grund der vorangegangenen Ausführungen schließe ich einen direkten Eingriff in die Tarifgestaltung der STEWEAG/STEG aus. Auf Grund der Debatte habe ich die Verantwortlichen gebeten, ihren Kundenanwaltschaft im Büro für Bürgerbeteiligung für Sprechstunden einzusetzen. Die Termine werden in Anzeigen der STEWEAG/STEG in verschiedenen Tageszeitungen bekannt gemacht werden. Weiters werde ich den Energiebeauftragten des Landes ersuchen, die Öffentlichkeit verstärkt über die Möglichkeiten im liberalisierten Markt zu informieren.

Wir sind von den Steirerinnen und Steirern gewählt und für diese Legislaturperiode mit dem Vertrauen ausgestattet worden, Verantwortung zu übernehmen und gerecht Maßnahmen zu setzen, damit die Chancen in unserem Land besser verteilt werden. Deshalb sind wir auch gefordert, Lösungen und Hilfestellungen zu erarbeiten für alle, die es brauchen. Es geht immer und zuerst darum, soziale Gesinnung nicht nur anzusprechen, sondern konkret Lebenschancen in der Steiermark zu verbessern und die Zugänge im Sinne sozialen Ausgleichs und mehr Gerechtigkeit zu öffnen.

In diesem Sinne habe ich auch eine Bitte, ich sage bewusst noch einmal einen Appell an Sie alle: Alle Information, jede Aufklärung ist wichtig und richtig, aber bitte auch alle Kraft und Verantwortung mit einzubringen, damit dieses Unternehmen in eine gute Zukunft gehen kann. (Beifall bei der ÖVP. – 16.23 Uhr.)

Präsident: Nach Beantwortung der Dringlichen Anfrage durch die Frau Landeshauptmann eröffne ich nunmehr die Wechselrede zur Dringlichen Anfrage und weise laut Geschäftsordnung darauf hin, wonach kein Redner länger als 20 Minuten sprechen darf. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Gennaro. Herr Abgeordneter, bitte!

Abg. Gennaro (16.24 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Frau Landeshauptmann, gerade jetzt haben Sie gesagt, Sie können und wollen nicht direkt eingreifen in das Unternehmen. Ich kenne mich jetzt bei Ihnen nicht aus: Einmal sagen Sie, Sie können nicht und dann muss ich nachlesen, 8. Juli 2003, Landeshauptmann Klasnic verlangt von der ESTAG eine 20-prozentige Kostenreduktion um den Palazzo-Prozzo-Verkauf. Entweder mischen Sie sich nicht hinein, weil dann könnten Sie diese Aussage nicht machen, oder Sie mischen sich sehr wohl hinein. Was den Untersuchungs-Ausschuss betrifft, werden Sie noch Gelegenheit haben, Ihre ersten Aussagen vor dem Untersuchungs-Ausschuss klarzustellen – (Abg. Drexler: „Du wolltest ihn ja schon abschließen!“) nur so viel dazu in der Situation. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Durch diese verfehlte – jetzt hat man an der Reaktion der ÖVP gemerkt – Energiepolitik ist jetzt das Ausmaß und der Scherbenhaufen sichtbar geworden. Ich habe mich gewundert, als die Frau Landeshauptmann jetzt so quasi den Oberbetriebsrat spielt. Sie waren leider nicht dabei, als Ihr ehe-

maliger Landesrat Kollege Hirschmann gesagt hat, eigentlich hätte man nur die Putzfrau fragen müssen, was sich dort abgespielt hat. Die Betriebsräte, und das darf ich für mich verbuchen, dass ich genauso viele Kontakte habe und Gespräche geführt habe. Ich erinnere Sie, wo war denn die ÖVP, als wir über die STEWEAG diskutiert haben, als die Rechnungshofberichte da waren, wo der Belegschaft Sozialleistungen weggenommen wurden, es Kürzungen gab und, und, und? Die Belegschaft der STEWEAG hat am meisten mitgemacht. Das dürfen Sie nicht vergessen. Daher spielen Sie sich jetzt nicht auf als Belegschaftsvertreterin. Sie hätten damals handeln können und etwas verändern, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.)

Faktum ist, dass wir durch das Verschleudern der steirischen Wasser- und Wärmekraftwerke an die Verbund in eine völlige Abhängigkeit bei der Energieversorgung gekommen sind, meine Damen und Herren. Das zeigt, dass die Strompreise ständig nach oben steigen und die thermischen Kraftwerke niedergefahren werden. Ich bin schon gespannt, was Sie zu Voitsberg III sagen werden. Hochwertige Arbeitsplätze gehen damit verloren. Auch die Versorgungssicherheit für unsere Stromkonsumenten und für die Industrie ist nicht mehr gewährleistet. Das bedeutet, dass der Strom, wir haben bei diesem Gespräch erfahren und auf das werde ich noch zurückkommen, an den europäischen Börsen gehandelt wird, weil die Steiermark keine eigene Stromerzeugung mehr besitzt. Es ist sicher ein frommer Wunsch und blauäugig zu glauben, dass unsere europäischen Nachbarn unsere Industrie aus eigener Erzeugung mit Strom beliefern, die ihrer Industrie fehlt, auf Kosten ihrer Industrie zum Wohle der österreichischen Industrie in Schwung zu halten. Der Stromimport kann nur eine Übergangsstrategie sein oder kurzfristig aus wirtschaftlichen Überlegungen sinnvoll sein. Die Versorgung der Steiermark mit Strom aus österreichischen Kraftwerken kann selbst bei höchstmöglichem Einsatz nur sinnvoll und mit Ausbau der Wasserkraft mit Hilfe thermischer Kraftwerke auf Basis Erdgas und Steinkohle sichergestellt werden. Deshalb muss alles unternommen werden, meine Damen und Herren, um eine Abhängigkeit bei der Stromversorgung zu verhindern. (Beifall bei der SPÖ.)

Die Steiermark hat die höchsten Strompreise – das haben wir bereits festgestellt – für Haushalte, gleich hinter dem Burgenland. Wir haben keinen Energieerzeuger mehr. Verbund macht steirische Strompolitik. Die ÖVP sagt, Strompreis ist Sache des Marktes. Das stimmt nicht, meine Damen und Herren. Es existiert kein funktionierender Markt. Es gibt keinen echten Wettbewerb von unabhängigen Anbietern. Alternative Stromanbieter sind Scheinkonkurrenz. Der Strompreis wird daher nicht vom freien Markt gebildet, sondern im beinahe Monopol ohne jede öffentliche Kontrolle und da sind die Haushaltskunden ohne Marktanteil die Verlierer. Den Börsepreis für Strom, ein einziges Argument, für Preiserhöhung heranzuziehen, Frau Landeshauptmann, stimmt nicht. Beschaffungspolitik der STEWEAG findet doch über langfristige Zukaufverträge und Bezügerechte aus den Kraftwerksbeteiligungen statt. Diese sind fix oder indexgesichert und haben mit der Börsenentwicklung nichts zu tun. Bei dem so genannten „Strompreisgipfel“, den Sie jetzt angezogen haben, zu dem Sie die Fraktionen eingeladen haben, haben Sie wieder Ihr wahres Gesicht gezeigt. Ich fühle mich von Ihnen gefrotzelt und ich sage, Sie haben die Öffentlichkeit getäuscht. In der Sitzung haben Sie erklärt erstens einmal den Zeitfaktor, es sei nur eine Information und über die Medien angekündigt, haben Sie dann hohe Erwartungen fließen lassen für die Steirerinnen und Steirer, indem Sie vorher angekündigt haben, es gibt einen „Stromgipfel“, mit dem Ergebnis, dass Sie dort gesagt haben, es ist nur eine Information. Am gleichen Abend, meine Damen und Herren, hat man im ORF bereits hören können, dass die Frau Landeshauptmann gesagt hat, die Strompreiserhöhungen sind unaufhaltbar und sie steht dazu. Die Strompreise müssen erhöht werden. Frau Landeshauptmann, die Vergangenheit holt Sie immer wieder ein: Im Untersuchungsausschuss hat Dipl.-Ing. Fehringer gesagt, er hat Sie bereits im Jahr 1999 – also vor der Landtagswahl – bei einem „Stromgipfel“ aufmerksam gemacht und gesagt, eine Strompreissenkung geht nicht. (Abg. Mag. Drexler: „Du sprichst bewusst die Unwahrheit!“) Es sei denn, es gibt einschneidende Maßnahmen, wie Schließung von Kraftwerken und drastische Personalreduzierungen. Das Personal hat einiges abbekommen. Im Wahlkampf haben Sie verkündet, ich habe es bereits bei der Begründung gesagt, wie es sich jetzt herausstellt und es bestätigt, aus reinem Populismus und Wählertäuschung, dass eine 10-prozentige Strompreiserhöhung kommt, meine Damen und Herren. So schauen wir aus. Motto: Versprochen und nicht gehalten, wie so vieles. (Landesrat Schützenhöfer: „Wer hat plakatiert 15 Prozent? Der Schachner-Blazizek!“) Wenn Schachner-Blazizek Landeshauptmann geworden wäre, hätte er sicherlich die Strompreissenkung umgesetzt. Da könnt ihr Gift darauf nehmen, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ. – Landesrat Schützenhöfer: „Tatsachenverdrehung!“) Er versteht etwas vom Strompreis. Meine Damen und Herren, viele Steirerinnen und Steirer fragen sich zu Recht, wieso jetzt eine Erhöhung? Ich kann bis zwölf Uhr Mittag denken, weil da wirst du erst munter. Um diese Zeit bin ich schon wieder müde. Nehme das zur Kenntnis, lieber Schützenhöfer. (Beifall bei der SPÖ.)

Es dürfte Ihrer Aufmerksamkeit entgangen sein, dass für alle STEWEAG/STEG-Kunden bereits mit 1. Jänner 2004, Herr Landesrat Schützenhöfer, es eine Erhöhung gegeben hat – bestätigt beim „Strompreisgipfel“ (Landesrat Schützenhöfer: „Verdrehung der Tatsachen. Das hast du nicht notwendig, Kurt Gennaro. Du bist besser als du hier agierst!“), was ich notwendig habe, das weiß ich selber. Das brauchst du mir nicht zu sagen. Danke aber trotzdem für die Belehrung, wo es für 15.000 Heizstromkunden eine kräftige Erhöhung gegeben hat, gleichzeitig mit 1. Jänner 2004 eine Anpassung mit gleichem Datum durch die Vereinheitlichung STEWEAG/STEG und jetzt, sechs Monate später, wird schon wieder erhöht. Eine Strompreiserhöhung ankündigen, wo die ESTAG, wie ich bereits erwähnt habe, durch Herrn Vorstand Dr. Hirschmann – das ist kein Sozialdemokrat – (Beifall bei der SPÖ.) ein Skandal aufgezogen wurde. Also wir haben nicht gesagt, dass es da Skandale und Missstände gibt, liebe Frau Landeshauptmann. Das müssen Sie mit den beiden ausmachen. Den Paieryl haben Sie ohnehin schon in die Wüste geschickt und was mit Hirschmann noch passieren wird,

das weiß ich nicht. Aufdecker und Aufzeiger war der ehemalige Landesrat Dr. Hirschmann, und kein Sozialdemokrat. Also da braucht ihr euch nicht aufzuspielen, meine Damen und Herren von der ÖVP. (Beifall bei der SPÖ.)

Noch dazu, wo jetzt die ESTAG vor mehrfacher Prüfung steht, meine Damen und Herren: Rechnungshof, Organhaftungsklage. Ich warte, was da noch alles herauskommt. Wir im Untersuchungs-Ausschuss haben eigentlich eine andere Aufgabe, wir haben die politische Verantwortung herauszufinden. Meine Damen und Herren, ich sage es vorweg, es wird immer klarer für mich, da brauche ich gar nicht viel herumtun. Mancher Medienvertreter wird nicht so richtig fragen oder zu blöd sein, als einer geschrieben hat von der Presse, ich sage es hier einmal, über „die Unfähigkeit der Abgeordneten zu fragen“. Ich würde mir manchmal gerne anschauen, wenn ich mich zurücksetze und die anderen sitzen vorne, was da dann dabei herauskommt. Ich halte es für eine Frechheit und das dürften wir uns gemeinsam als Abgeordnete gar nicht gefallen lassen, dass einer über die Abgeordneten so etwas schreibt. (Beifall bei der SPÖ.)

Dazu, meine Damen und Herren, kommt noch die Diskussion der Abfertigungen, die in Millionenhöhe bezahlt werden. Das verstehen die Strompreisbezieher nicht. Ihr könnt reden, was ihr wollt. Es gibt keine anderen Diskussionen. Es gibt einen Beschluss, den wir hier im Landtag gefasst haben. Über das seid ihr drübergefahren. Ihr habt nicht mitgestimmt. Aber eine Mehrheit im Landtag gesagt, bitte nicht auszahlen, bevor das nicht geklärt ist. Was haben Sie tatsächlich gemacht? Drübergefahren, ausbezahlt und jetzt soll der Strompreis erhöht werden. Das muss man einmal einem Muatterl erzählen, die keine Kohlen mehr tragen kann in den vierten Stock und mit Strom heizen muss, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.) Im gleichen Zeitraum wollt ihr für 240.000 Stromkunden der STEWEAG/STEG eine Verteuerung machen? Die haben bis jetzt eine 10-prozentige Strompreiserhöhung. Das heißt, sie bezahlen jetzt um 10 Prozent mehr als bei der so genannten Liberalisierung, die ihr sonst immer wieder verteidigt und alles muss liberalisiert werden. Wenn es dann passiert, dann seht ihr, was herauskommt. Frau Landeshauptmann, Sie haben gesagt, e-control-Regulator Boltz. Lesen Sie bitte nach. Sie haben genau gehört, was er gesagt hat. Es gibt keinen Grund, die Strompreise anzuheben. Die internationalen Preise sinken leicht, der Marktpreis für Großhandel und so weiter geht zurück. Sie, Frau Landeshauptmann – jetzt sage ich es ein bisschen polemisch, was ich sonst nicht bin – beim Österreichischen Kameradschaftsbund sind Sie die Fahnenmutter. Mein Präsident hat sich gefreut, die Frau Landeshauptmann als die Fahnenmutter, ich bin ja auch bei dem Verein, kann man ja offen zugeben, ich fordere Sie jetzt auf, Frau Landeshauptmann, als Fahnenmutter, Sie sind auch die Fahnenmutter für die Steiermark. Nehmen Sie die steirische Fahne, halten Sie sie hoch und rennen mit unserem Landeshauptmannstellvertreter im gleichen Atemzug mit, dass sie die Dividenden nicht auszahlt, damit man nicht 250.000 Steirerinnen und Steirer weiter zur Kasse bittet und belastet.

Wenn das, liebe Frau Landeshauptfrau, Ihre Ankündigung ist, Sie haben ja vor der Wahl gesagt und nach der Wahl, Sie wollen alle Steirerinnen und Steirer am Erfolg der Steiermark teilhaben lassen. Wenn der Erfolg so ausschaut, dass wir nur gerupft werden, dann sage ich, nein, danke, Frau Landeshauptmann, brauchen wir nicht! (Beifall bei der SPÖ.)

Und setzen Sie sich bitte ein, ich sage Ihnen jetzt ein zweites Schmankerl, damit Sie wissen, wie die Situation läuft, was da noch für Geschichten herumlaufen. Es gibt eine Situation, Select ist das Stichwort, Select hat mehrere zusammen, Pichlerwerke, Feistritzwerke, Hereschwerke, die haben sich zusammengetan, haben gesagt, wir regulieren den Strompreis. Die Kunden haben immer das bessere, die kriegen den besseren Tarif. Schauen Sie ins Internet rein, dort gibt es nämlich eine ganz witzige Situation, dass die Pichlerwerke, obwohl sie bitte im Internet – ich habe das alles da rausgesucht – alle anderen raufschreiben, dass die dabei sind, als einzige im Bezirk Weiz alle Stromkunden strafen, weil die still und leise außer dem Selecttarif, Frau Landeshauptfrau, eigene Tarife haben, die höher sind als alle anderen. So ein unlauterer Wettbewerb ist eine Rosstäuschung, wirklich eine Schweinerei für alle, die in dem Bezirk dort den Strom beziehen müssen, weil sie unter dem Garantiedeckmantel „Leutln, alles ist paletti, kommt zu Select, dann wird es keine Probleme geben, ihr habt nur Vorteile, ihr habt die Sicherheit und, und“. Wir haben das vorsichtig hochgerechnet. Allein im Bezirk Weiz, alle die Strombezieher, die von den Pichlerwerken betreut werden, das Minimum, was man so hochgerechnet hat, sind pro Jahr 500.000 Euro, das die sich so als Körbergeld einstreifen, weil das einem anderen gar nicht auffällt, wenn er um ein paar kleine Cent eine Erhöhung hat. Aber in Wahrheit ist das – bitte – ein Skandal und ich fordere Sie auf, dass Sie auch diesbezüglich hergehen und schauen, dass diese Dinge abgestellt werden. Und das fordere ich auch, dass die Pichlerwerke von dem Tag, wo Sie den Vertrag mit dem Select unterschrieben haben, diese Erhöhungen bei der nächsten Strompreisrechnung allen Kundinnen und Kunden gutschreiben, meine Damen und Herren, weil sonst ist es ein Skandal. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich habe die Unterlagen da, es kann ein jeder Einsicht nehmen. Und, Frau Landeshauptmann, noch eine Situation, weil ich früher gesagt habe, Kraftwerk Voitsberg III. Wir alle wissen, der Bergbau – erst vor kurzem ganz offiziell – wird geschlossen mit Mitte 2004. Es sind noch ein paar beschäftigt, die die so genannten Reaktivierungsarbeiten machen. Und damit hängt auch das ehemalige ÖDK-Werk, das Voitsberg III. Mitte 2006 ist die Schließung geplant und da gibt es die verschiedensten Geschichten, weil im Sommer 2003, das wissen wir, hat das Kraftwerk durchfahren müssen und da haben wir gesagt, die haben so einen Kohleberg dort. Es liegen nur mehr 1,7 Millionen Tonnen Braunkohle. Und wenn der heurige Sommer gleich aussieht wie der vorjährige, dann werden sie noch mehr Kohle verheizen und wir werden bis 2005 nicht mehr auskommen, weil keine Braunkohle mehr da ist. Das heißt, es wird sich dann noch schneller relativieren. Und jetzt frage ich Sie, seit Jahren doktert ihr von der ÖVP schon mit euren Bürgermeistern mit der 380-kV-Leitung herum,

glauben Sie, dass die bis 2005 kommt? Dass dieser Leitungsschluss vorhanden ist, dass wir dann keine Probleme haben? Oder wollen Sie wieder haben, so wie im Februar, dass wir von unten, vom Kraftwerk Krško den Strom raufliefern müssen, weil wir selber keinen haben, aber draußen sperren wir zu? Das müssen Sie den Steiererinnen und Steirern erklären, wo man in Voitsberg, in einem Energiestandort, wo hohe Arbeitslosigkeit ist, einfach sagt, fahren wir drüber, es wird zugesperrt, weil wir brauchen so keinen Strom, der kommt so aus der Steckdose. Wer ihn produziert, das ist eine andere Geschichte.

Frau Landeshauptmann, ich fordere Sie wirklich auf, Sie, jetzt als Energieverantwortliche, legen Sie ein ordentliches Energiekonzept für die Steiermark vor. (Beifall bei der SPÖ.)

Machen Sie sich stark für die Erhaltung der Kraftwerke, verzichten Sie auf die Dividendenzahlung. Es muss Schluss sein, meine Damen und Herren, mit dem Ausverkauf. Wir haben in der Steiermark schon viel zu viele Kraftwerke stillgelegt. Ihr könnt nach Zeltweg fahren, man hat gesagt, man wird nicht schließen, aber es ist stillgelegt, konserviert. Und jeder weiß, da hinten sitzen die Belegschaftsvertreter, was das bedeutet. Das Kraftwerk kannst nie mehr anfahren. Und wenn mit Voitsberg das Gleiche passiert, dann haben wir dort die nächste Ruine stehen und, und – Pernegg, ich könnte Ihnen gleich sieben, acht Kraftwerke aufzählen, die – bitte – bereits stillgelegt sind. Wir werden immer mehr abhängig. Wir haben immer gesagt, nützen wir die umweltfreundliche Wasserenergie, die Wasserkraftwerke und, und. Daher handeln Sie, Frau Landeshauptmann. Wenn Sie es nicht können, überlegen Sie sich was. Ich habe Sie zwar noch nie mit einem Hut gesehen, aber ich sage immer so steirisch, dann müssen Sie den Hut nehmen, wenn Sie es nicht zusammenbringen. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 16.40 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Lechner-Sonnek. Frau Abgeordnete Klubobfrau Lechner-Sonnek, bitte.

Abg. Lechner-Sonnek (16.40 Uhr): Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Landeshauptfrau! Werte Mitglieder der Landesregierung! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Damen und Herren auch im Zuschauerraum!

Sehr geehrte Frau Landeshauptfrau, ich habe ein Problem, und das habe ich schon etliche Male hier herinnen gehabt, nämlich es gibt immer so einen speziellen Zeitpunkt, an dem einem oder uns vorgehalten wird, dass wir die Bevölkerung verunsichern. Und diesen Punkt haben wir schon in verschiedenen Themen, verschiedenen politischen Fragen erreicht. Ich habe den starken Eindruck, das ist der Punkt, an dem gefordert wird, dass etwas geklärt wird, an dem wir fordern, dass etwas offengelegt wird und an dem wir fordern, dass sich etwas zu ändern hat, und zwar ganz klar und drastisch. Und das ist der Augenblick, wo von der Regierungsbank nicht nur von Ihnen, auch von anderen Regierungsmitgliedern, aber heute von Ihnen so der unterschwellige Vorwurf kommt, jene, die sagen, es ist da was nicht in Ordnung, die verunsichern die Menschen in der Steiermark. Und ich sage Ihnen, wenn jemand hier die Menschen in der Steiermark verunsichert, dann sind Sie das als Hauptverantwortliche für die ESTAG und für das, was in den letzten Jahren beharrlich falsch-gelaufen ist dort. Und nicht jene, die das jetzt rückhaltlos und vorbehaltlos aufdecken wollen. Das ist ein ganz klarer Unterschied. Und ich bitte Sie, nehmen Sie den zur Kenntnis. Diese Situation des Aufdeckens haben wir das letzte Mal gehabt im Behindertengesetz, wo uns das ganz Gleiche vorgeworfen worden ist. Das ganz Gleiche! Wir haben ausgerechnet, was wird das für die Betroffenen bedeuten und dann ist es aber ordentlich losgegangen von der Regierungsbank. (Abg. Mag. Drexler: „Frau Kollegin, ...!“) Lassen Sie mich bitte meine Rede halten, Herr Kollege Drexler. Es geht hier um die ESTAG und um den Strompreis und ich möchte bitte in meiner Rede weitergehen. (Abg. Mag. Drexler: „Was haben Sie vor 2003 alles aufgedeckt in der ESTAG?“) Wir sind die einzigen, Herr Kollege Drexler, die hier energiepolitische Ziele einfordern und das seit Jahren. Und sowohl der zuständige Referent Landeshauptfraustellvertreter Schöggel als auch Sie und andere Personen auf der Regierungsbank waren daran nicht nur mäßig, sondern überhaupt nicht interessiert. Und das fällt uns jetzt auf den Kopf, meine Damen und Herren. Ganz klar! Und in dieser Phase, wo klar wird, was alles schief-gelaufen ist, auf Jahre mit Wissen und Halbwissen der Zuständigen in der Landesregierung, in dieser Phase wird der Strompreis erhöht. Wenn das eine Person macht, eine Einzelperson so etwas macht, dann sagt man, diese Person ist instinktlos. Die weiß nicht, wann man etwas macht, ob das jetzt passt, ob das vertretbar ist, ob das eine richtige Maßnahme ist und wie das ankommt. Und ich habe mich gefragt, wie ist das in einer Firma? Kann man sagen, eine Firma agiert instinktlos. Eine Landesregierung agiert instinktlos. Bei der Landesregierung tue ich mir noch leichter, das sind eine Hand voll Personen. Wie kommt es dazu, wenn eine große Firma, eine öffentliche Firma so agiert? Wie kommt es dazu, dass eine Firma nicht mehr weiß, was angemessen ist, was vertretbar ist und was der Bevölkerung zumutbar ist? Eine Firma, die im Besitz der Bevölkerung ist, meine Damen und Herren. Ich kann Ihnen sagen, wie das kommt. Wenn nämlich nicht klargelegt ist, was diese Firma zu tun hat und zu leisten hat, wenn nicht klargestellt ist, was der Auftrag und was die Aufgaben dieser Firma sind. Und das ist ein eindeutiges Versäumnis dieser Landesregierung, meine Damen und Herren. Und das ist jetzt nicht meine Erfindung, sondern ich zitiere aus dem Rechnungshofbericht, der als ganz kritischen, ganz schweren kritischen Punkt vorlegt in der Zusammenfassung, Überlegungen, in welchem Ausmaß der Konzern diese finanziellen Mittel – es geht um die Mittel, die durch den EdF-Anteilverkauf lukriert worden sind – tatsächlich benötigt. Die wurden nicht angestellt. Auch nach der Zuführung des Kaufpreises von 406,97 Millionen Euro gab es keine Vorgaben des Eigentümers für dessen Verwendung, ebenso wenig in welcher Form das als Holding gegründete Unternehmen geführt werden sollte. Meine Damen und Herren, dieser Satz reicht aus in Wirklichkeit. Dieser Satz ist desaströs für jene, die für die ESTAG verant-

wortlich sind. Sie haben Recht, Herr Kollege Straßberger, nicht nur heute, sondern seit Jahren. Kollege Hagenauer sagt zu solchen Situationen, das ist das Geburtshoroskop der ESTAG – könnte man sagen. Aber dass es jahrelang so gelaufen ist, das hat diese Landesregierung zu verantworten. (Abg. Bittmann: „Haben Sie jetzt aus dem nicht öffentlichen Rohbericht zitiert?“) Ich habe etwas zitiert, was Sie, Herr Kollege Bittmann, wie alle interessierten Menschen in diesem Land, in jedem Medium dieses Landes schon gelesen haben. (Abg. Bittmann: „Diesen Satz nicht!“) Mit Sicherheit. Ich habe bis jetzt noch nicht das Gefühl (Abg. Bittmann: „Machen Sie nur weiter so!“), meine Damen und Herren, bei der Situation im Untersuchungs-Ausschuss, bei den Versuchen, auch immer wieder den Untersuchungs-Ausschuss für beendet zu erklären, aber auch bei den Aktivitäten der Landesregierung habe ich nicht den Eindruck, dass ich jetzt schon sicher sein kann, dass die Bevölkerung jetzt schon sicher sein kann, dass irgend etwas anders wird in der ESTAG. Haben Sie das Gefühl? Können wir sicher sein, dass jetzt schon klar ist, was die ESTAG zu leisten hat und was sie nicht zu leisten hat? Es ist ein grundlegendes Versäumnis und das ist immer noch nicht aufgehoben. Wenn ich heute lese im Entschließungsantrag, den die ÖVP einbringen wird, dass da von einem Leitbild die Rede ist, dann sage ich ja, das ist eine gute Sache, dass ein Leitbild entwickelt wird. (Abg. Bittmann: „Der Hagenauer kennt sich besser aus!“) Aber, meine Damen und Herren, ein Leitbild ist nicht eine Unternehmensstrategie. Ein Leitbild kann erarbeitet werden und wird erarbeitet in einem Unternehmen, aber das Unternehmen gibt sich üblicherweise nicht selbst einen politischen Auftrag. Dafür ist das Land Steiermark, dafür ist der Eigentümerversorger zuständig und das ist unsere Landesregierung, meine Damen und Herren. Und diesen Auftrag gibt es bis heute nicht und das beunruhigt mich sehr. Und dass es einen solchen Auftrag seit Jahren nicht gibt, das hat zu solchen Situationen geführt, wie wir sie jetzt haben, meine Damen und Herren. Wir haben im Untersuchungs-Ausschuss eindeutig gehört, alle Personen, die bisher befragt wurden, wurden nach den strategischen Zielen befragt und es sind im Wesentlichen zwei Dinge herausgekommen: den Wirtschaftsstandort Steiermark absichern, fördern, unterstützen und zweitens Gewinne erzielen. Meine Damen und Herren, wo sind die Gewinne? Die Gewinne kommen den tatsächlichen Eigentümerinnen und Eigentümern, nämlich den Menschen in der Steiermark, nicht nur nicht zugute, die müssen jetzt sogar noch etwas drauflegen. Und da haben Sie die Stirn zu sagen, es läuft alles, wir haben alles auf Schiene gestellt und wir machen jetzt ein Leitbild. Das wird zu wenig sein, meine Damen und Herren.

Was auffällt ist, dass Sie, sehr geehrte Frau Landeshauptfrau, die ganze Zeit unter Zwang handeln, unter Druck. Sie führen immer wieder an, was Sie getan haben für die Erklärung: Rechnungshofbericht, aktienrechtliche Sonderprüfung, noch ein Rechnungshofbericht. Wir nähern uns langsam der Situation des monatlichen Rechnungshofberichtes und der wöchentlichen Gipfel. Aber das wird nicht ausreichen, meine Damen und Herren. Das reicht deswegen nicht aus, weil Sie, sehr geehrte Frau Landeshauptfrau, auch unter einem anderen Druck agieren, und das ist ein Druck längerfristiger verfehlter Budgetpolitik. Was macht es denn so nötig, dass man sagen kann in der Steiermark, die ESTAG ist ein im Kern gesundes Unternehmen? Warum ist das denn nötig? Weil die Erlöse aus einem Anteilsverkauf fix budgetiert sind im Budget, weil dieses Budget, das im Übrigen, meine Damen und Herren, die SPÖ mitbeschlossen hat und es ist Ihnen sicher nicht unter den Tisch gefallen, das haben Sie sicher gesehen, dass da ein Anteilsverkauf der ESTAG drinnen war, wie auch andere Verkäufe und Privatisierungen, auf denen unsere Budgets der letzten Jahre aufbauen. Dieses Budget basiert auf dem Erlös aus dem Anteilsverkauf der ESTAG. Und deswegen muss man sagen, das ist im Kern ein gesundes Unternehmen und deswegen müssen Dividenden ausgeschüttet werden, weil sich diese Landesregierung selbst ein solches Budget gegeben hat, uns ein solches Budget gegeben hat. Sie haben es abgestimmt, wir nicht. Wir sind dagegen gewesen aus diesen Gründen und jetzt ist man sozusagen in Geiselhaft einer verfehlten Budgetpolitik der letzten Jahre. Die Frau Landeshauptfrau hat gesagt, der Leitbetrieb der Steiermark braucht eine Neuausrichtung. Stimmt, ich bin dieser Meinung. Stimmt absolut. Aber der Begriff „Neuausrichtung“ beinhaltet einen Teil und den sehe ich überhaupt noch nicht, nämlich der Wortteil „Richtung“. Wo soll es denn hingehen, meine Damen und Herren? Wo soll es denn hingehen? Wir haben jetzt gehört, die Netztarife sind so hoch. Was wir nicht gehört haben, also ich habe das nicht als ausführliche Darstellung der Gesamtsituation erlebt beim Stromgipfel, ist, warum sind die Netztarife so hoch? Was ist das denn mit den Overhead- und Verwaltungskosten? Wo kommen die denn genau her? (Abg. Bittmann: „Warum haben Sie denn nicht gefragt?“) Herr Kollege Bittmann, mir war es nicht ausreichend. Es wurde nicht analysiert, warum die Netzkosten in dieser Höhe sind. (Abg. Bittmann: „Sie haben keine einzige Frage gestellt, aber nachher eine Pressekonferenz gemacht!“) Herr Kollege Bittmann, das war eine reine Informationsveranstaltung der SSG (Abg. Bittmann: „Alle haben gefragt, aber Sie nicht!“) und sonst gar nichts. Sie wissen es ganz genau. Alle, die dabei waren, wissen das ganz genau. Was ich sehr spannend gefunden habe ist, dass die Herren der SSG, in ihrem Bemühen zu erklären, warum sie jetzt nicht anders können, einen Schwachpunkt der Landespolitik offen gelegt haben, einen Schwachpunkt, den wir auch schon etliche Male angesprochen haben, nämlich die Zersiedelung. Die Steiermark ist so zersiedelt und das ist ein Versagen der Landespolitik im Bereich der Raumplanung, dass offensichtlich das Netz einen anderen Bedarf decken muss als in anderen Bundesländern. Daher kommt ein Teil dieser Mehrkosten, aber damit ist er nicht zur Gänze erklärbar. Darüber haben wir nichts erfahren. Zurück zur Strategie: Was hat es bewirkt, dass es keine Strategie gegeben hat? Es hat eine Ineffizienz gegeben, die Mittel wurden in einer sehr eigenartigen Weise für Dinge eingesetzt, die nicht wirklich das Unternehmensziel unterstützen, das war ja auch nicht umrissen, es war ja auch nicht klargelegt, was das Unternehmensziel ist, und es gibt Verluste, indem das Geld nicht in Bereiche investiert worden ist, die der eigentliche Unternehmenszweck sind, nämlich sicherzustellen in der Steiermark, dass es für die Menschen in der Steiermark eine leistbare Stromversorgung gibt, die sicher ist und die umweltverträglich ist, meine Damen und Herren. Das ist der eigentliche Unternehmenszweck der

ESTAG für uns Grüne. Das ist für uns ganz klar. Steht nirgends, war offensichtlich kein großes Kriterium, weder bei den Beteiligungen noch bei anderen Aktivitäten des Vorstandes und des Aufsichtsrates. Es sind sogar klassische Fehler in den letzten Jahren gemacht worden: große Werbeaktionen für E-Heizungen. Heute muss man Spitzenleistungen abdecken. Da sieht man wieder, was passiert, wenn man sich nicht überlegt, was der langfristige, nicht nur mittelfristige Zweck eines Unternehmens ist. Dass wir ein Kyoto-Ziel zu erreichen haben, meine Damen und Herren, ist in diesem Zusammenhang überhaupt kein Thema offensichtlich. Wir haben das bisher sehr wohl unter Energiepolitik subsumiert und tun das auch weiter. Für die ESTAG und in der Debatte bisher war das überhaupt kein Ziel, kein Begriff, gar nichts und hat überhaupt nicht stattgefunden. Die ESTAG braucht diese Ziele, um klarzulegen, was in der nächsten Zeit passieren muss. Wir erwarten uns zum Beispiel sehr wohl ganz klar einen bewussten Umgang und einen schonenden Umgang mit den vorhandenen Ressourcen, das heißt, das Nützen aller Einsparungspotenziale, die es gibt – das geht bis zu den einzelnen Haushalten. Wir haben Ihnen das vorgehüpft vor zwei Jahren mit unserem grünen Kraftwerk. Wir erwarten uns auch dezidiert dort, wo es irgendwie möglich ist, die Unterstützung eines Umstieges zu erneuerbaren Energieformen, zu neuen Formen der Energiegewinnung, die umweltverträglich sind und die auch die Wertschöpfung hier in der Steiermark halten.

Hier vermisse ich bisher irgendwelche Aktivitäten. Das sind aber die Linien, die einzubringen sind, wenn es um die ESTAG und ihre Zukunft geht. Nun zum letzten Punkt: Wir werden einen Entschließungsantrag einbringen und ich bin bereits in der Begründung. Eines ist ganz wichtig: Wenn man nicht weiß, was ein Unternehmen für einen Zweck verfolgt, welche Dinge es zu betreiben hat, welche Aufgaben es in den nächsten Jahren hat, dann kann man auch nicht sagen, wer das Unternehmen leiten soll. Geben Sie mir da Recht? Ich finde, es ist so. Ich bin mir ganz sicher, dass man zuerst darüber reden muss, was ist Aufgabe der ESTAG und was erwarten wir uns, das Land Steiermark in Vertretung der Besitzer und Besitzerinnen, nämlich der Menschen in der Steiermark, von der ESTAG? Wenn wir das wissen, dann suchen wir bitte die Leute aus, und zwar nach den Kompetenzen, die wir dann erwarten. Wenn wir darüber wieder nicht reden, was muss so jemand können im energiepolitischen Bereich, dann weiß ich schon, wie diese Bestellungen ausschauen. Dann sind es dieselben Kriterien wie bisher. Und das, was ich bis jetzt gesehen habe, meine Damen und Herren, macht mir da kein Vertrauen. (Beifall bei den Grünen.)

Ein Wort noch zum Entschließungsantrag der ÖVP: Ich sehe, Sie nennen die bestmögliche Energieversorgung in der Steiermark, ich sehe Anzeichen, dass Sie sich damit beschäftigen wollen, dass etwas zu formulieren ist und das will ich auch würdigen. Das wollen wir auch würdigen. Wir werden Ihren Antrag unterstützen, obwohl da nur von Leitbild und nicht von Strategieentwicklung drinnen ist, obwohl da nur von innerbetrieblichen Entscheidungen und nicht von politischen Entscheidungen die Rede ist. Wenn es für Sie um das geht, dass eine Richtungsentscheidung zu fällen ist, dass klarzulegen ist, dass dieses Unternehmen einen Auftrag haben muss, dann haben Sie die Möglichkeit und ich werde erkennen, ob es bei Ihnen so ist, unseren Antrag zu unterstützen, der heißt „Strategie für die ESTAG“. Und ich verlese jetzt nur mehr den Antragstext, weil ich ihn schon argumentiert habe.

Die Landesregierung wird aufgefordert, erstens eine Strategie für eine umweltverträgliche, leistbare und langfristig gesicherte Energieversorgung durch die ESTAG zu erarbeiten und zu beschließen und zweitens die Besetzung eines neuen Vorstandes erst nach Vorliegen dieser Strategie vorzunehmen. Ich ersuche um Ihre Unterstützung und danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei den Grünen und der SPÖ. – 16.56 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Klubobfrau Abgeordnete Dietrich.

Abg. Dietrich (16.56 Uhr): Geschätzter Herr Präsident! Geschätzte Mitglieder der Landesregierung! Hoher Landtag! Meine Damen und Herren!

Ich glaube, Tarnen und Täuschen gehört mittlerweile zu den Instrumentarien der Politik, wie wir heute wiederum bei der Dringlichen miterleben konnten. Meine geschätzten Damen und Herren, vergessen Sie bitte nicht, dass alles, was an Misswirtschaft in der ESTAG passiert ist, mit Wissen, mit Duldung und vor allem mit Unterstützung von Vertrauenspersonen aus der SPÖ passiert ist. (Abg. Mag. Zitz: „Eine Proporzlösung!“) Eine Proporzlösung! Sie haben nämlich gemeinsam den Weg der ESTAG gezeichnet und auch gemeinsam den Weg beschritten. Und aus diesem Sinn ist es glaube ich wohl gerecht, auch gemeinsam Verantwortung für die ESTAG zu übernehmen. Es ist nicht fair, alles mitzubeschließen, alles mitzutragen, in den Gremien wie Soletti überall dabei zu sein und sich dann abzuputzen und zu sagen, na, mit dem habe ich eigentlich nichts zu tun. (Beifall bei der FPÖ.)

Meine geschätzten Damen und Herren, gerade die erste Halbzeit der ESTAG, die Gründungsphase, war ja jene Phase, wo die SPÖ die Möglichkeit gehabt hätte, massiv dieses Unternehmen zu gestalten und Ziele vorzugeben. Ziele, die ganz klar sagen, so wie Sie es heute sagen, wo Sie keinen Zugang mehr haben, Ziel der ESTAG sollte sein, für die Steirerinnen und Steirer einen möglichst günstigen Stromtarif zu gestalten. Das wäre ein Ziel, dem könnten wir uns durchaus anschließen, weil es ja Sinn macht, wenn ein landeseigenes Unternehmen für die Steirerinnen und Steirer da ist. Aber welchen Weg haben Sie beschritten? Welchen Weg hat der damalige Eigentümervertreter, Landesrat Ressel, beschritten? Er hat eine Aktiengesellschaft gegründet. Eine Aktiengesellschaft, wo er ausschließlich über die Dividendengestaltung Einfluss nehmen konnte. Das heißt, er hat damals schon mitgedacht, dass dieses Unternehmen Profit abwerfen muss, Profit auf Kosten der Strombezahler, auf Kosten der Strombezieher. Und aus diesem Sinn kann man sich auch heute nicht aus der Verantwortung verabschieden. Wir haben nun eine Aktiengesellschaft und es ist nicht mehr möglich, den

Einfluss, den politischen Einfluss geltend zu machen, den wir heute einfordern würden. Deshalb auch der Untersuchungs-Ausschuss, wie Sie alle wissen. Aber es ist in der damals entscheidenden Phase vieles falsch gelaufen. Und davor kann man sich heute nicht drücken, sondern heute muss man korrigieren und neue Wege beschreiten. Und deshalb auch mein Appell an die Frau Landeshauptmann, diesem Unternehmen eine Aufgabe, eine Zielsetzung zu geben. Eine Zielsetzung, die klar lautet, dass dieses Unternehmen zum Wohle der steirischen Strombezieher agieren muss. (Beifall bei der FPÖ.)

Meine geschätzten Damen und Herren! Die zweite Halbzeit in der ESTAG, da haben sich die Spieler dann schon mehr oder weniger vermischt. Diese Phase war von der ÖVP dominiert. Aber auch in dieser Phase waren natürlich noch einige SPÖ-Aktionäre dabei, wo es darum ging, zum Beispiel mit öffentlichem Kapital Monopoly zu spielen. So ist mein Eindruck und mein Zugang. Monopoly, gedeckt von dem Vorstand und gedeckt von der Politik. Wie wir vom Untersuchungs-Ausschuss des Öfteren erfahren mussten, war ja vieles von der Politik abgesegnet, wenn es darum ging, der ESTAG einen Bauchladen umzuhängen. Ich möchte auf einen Punkt kommen, der immer wieder sehr kritisch angesprochen wird und für den, denke ich mir, in der Bevölkerung niemand Verständnis hat, das ist die Tatsache, dass auf der einen Seite ESTAG-Vorstände entlassen werden, weil man quasi sagt, sie sind nicht in der Lage, zum Wohle des Unternehmens zu arbeiten und auf der anderen Seite werden Millionen von Abfertigungen hinten nachgeworfen. Aber wer, frage ich mich, wer hat denn diese Abfertigungen beschlossen? Auch da wieder ganz klar, die Mitglieder des Aufsichtsrates Schwarz und Rot gemeinsam, gemeinsamer Proporz zu Lasten der Bevölkerung.

Unser Aufsichtsrat Raidl – und da bin ich sehr froh und dankbar – hat dagegen gestimmt, weil er gemeint hat, das ist unmoralisch, in dieser Phase den Vorständen Millionen nachzuschmeißen und die kleinen Bürger weiter zu belasten.

Und wenn man nun zur Strompreiserhöhung kommt, auch da scheint Papier sehr geduldig zu sein. Bei der Stellungnahme der ehemaligen Vorstände war zu lesen, na ja, der Strompreis, der Bezug des Stroms ist ja von 1995 bis 2003, ich glaube, um 30 bis 35 Prozent gesunken. Ja, da schau her, da ist er gesunken, weil die Vorstände so toll gearbeitet haben. Und auf der anderen Seite bei der Information rund um die Strompreisgestaltung, da hat es geheißen, der Strom ist in den letzten Jahren so teuer geworden, deshalb muss das auf den Kunden abgewälzt werden. Ich glaube mittlerweile schon keinem mehr. Ich glaube, dass wir einfach immer nur einen Teil von Informationen bekommen, so dass uns bewusst das Gesamtbild vernebelt wird.

Und, meine geschätzten Damen und Herren, ich glaube, wir haben noch genügend Einsparungspotenzial in der ESTAG. Was ist mit den viel gepriesenen Synergieeffekten, die es eigentlich geben hätte sollen beim Kauf der Hereschwerke, beim Kauf der Pichlerwerke und bei vielen anderen mehr? Warum hat sich in dem Bereich nichts getan? Ich glaube, wir brauchen ein flottes Management, das in der Lage ist, diesen Konzern wieder auf die Beine zu stellen, diesen Konzern so zu führen, dass die steirischen Stromkunden nicht die Draufzahler dieser schlechten Konzernführung werden. (Beifall bei der FPÖ.)

In Summe gesehen muss ich zur heutigen Dringlichen schon sagen, Sie haben ja den Kollegen Erlitz in Ihrer Reihe als Gesundheitslandesrat. Ich habe oft den Eindruck, dass Sie Gedächtnisprobleme haben. Vielleicht könnte er da ein bisschen mithelfen, damit man auch die Vergangenheit nicht so schnell vergisst, nämlich dort, wo es einem ungut ist und wo man selbst Verantwortung hätte tragen müssen.

Dass bei der SPÖ Reden und Handeln sehr oft zwei unterschiedliche Dinge sind, das zeigt genau diese Glühbirne. Sie reden immer davon, dass Sie sich Sorgen um die heimischen Arbeitsplätze machen. Und wenn Sie genau auf diesem Packerl nachschauen, Kollege Schrittwieser, schau einmal drauf, wer das produziert hat, „Made in Hungary“, ungarische Produkte. Ich glaube, die heimischen Arbeiter, die werden Ihnen das danken, wie Sie mit Ihnen umgehen. Meine geschätzten Damen und Herren, das ist nur ein Beispiel dafür, wie weit Reden und Handeln voneinander entfernt sein können. Uns geht es in diesem ESTAG-Untersuchungs-Ausschuss darum, die Missstände aufzuklären, und zwar ohne Rücksicht auf politische Zugehörigkeit, auf Rang oder auf Namen. Ich habe in den letzten Tagen den Eindruck gewonnen, dass es so etwas wie eine gläserne Wand gibt, eine gläserne Wand, von der auch Dr. Held gesprochen hat, als es darum ging, wenn er Informationen vom Konzern erhalten wollte, und eine gläserne Wand, vor der wir als Abgeordnete stehen, wenn es darum geht, Dinge zu hinterfragen, die etwas tiefer gehen sollten, wo wir die Information von weiter hinten haben wollen. Da stellen sich die Befragten taub. Da machen sie ihre Ohren zu und da ist keiner bereit, wirklich auszupacken. Ich hoffe, und das wünsche ich mir, dass sich das in den nächsten Vernehmungen bessern wird oder dass wir vielleicht einfach besser drauf wären, um diese Blockade zu überwinden. Unser Ziel muss es aber am Ende des Untersuchungs-Ausschusses sein, weil sonst wäre nämlich alles umsonst, dieses Unternehmen auf einen erfolgreichen Weg zu stellen im Interesse der Bevölkerung und im Interesse der steirischen Stromkunden. Ich glaube, billige Polemik ohne entsprechende Taten in den Gremien, wo dann die Vertreter von den einzelnen Gruppierungen drinnen sitzen, hilft nichts. Das ist vielleicht gut als Wahlkampfgetöse in Richtung kommende Landtagswahl, aber in der Sache für die Menschen in dem Land werden wir damit nichts bewegen können. In diesem Sinn, Sie haben uns alle als Partner, wenn es darum geht, die ESTAG wieder auf gesunde Beine zu stellen, den Karren flott zu machen und für die steirischen Stromkunden das Beste herauszubekommen. (Beifall bei der FPÖ.)

Ich darf nun einen Entschließungsantrag einbringen – ich verlese nur mehr den Antrag. Der Landtag wolle beschließen: Frau Landeshauptmann wird aufgefordert, in ihrer Funktion als Eigentümervertreterin bei der ESTAG alle zu Gebote stehenden Maßnahmen in der Hauptversammlung auszuschöpfen, damit nicht die steirischen Haushalte die Zeche für die Misswirtschaft der ESTAG in Form einer Strompreiserhöhung zahlen müssen. Sollte eine Beibehaltung des Strompreises nur mit Verzicht auf die Auszahlung der Dividende der

ESTAG möglich sein, so müssen im Landesbudget entsprechende Budgetposten reduziert werden, vornehmlich im Bereich der PR-Aktivitäten der Landesregierung sowie bei den Repräsentationskosten. (Beifall bei der FPÖ. – 17.08 Uhr. – Landesrat Schützenhöfer: „So viel zum Thema Populismus!“)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Klubobmann Mag. Drexler.

Abg. Mag. Drexler (17.08 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Frau Landeshauptmann!

Landesrat Schützenhöfer hat mir eigentlich gerade das Stichwort gegeben: Willkommen bei der regelmäßig stattfindenden Dringlichen Anfrage der SPÖ. Sie erleben seit einem Jahr, dass jeder mögliche und unmögliche Anlass genutzt wird, hier ein populistisches Theater zu entfachen. (Abg. Kröpfl: „Ihr liefert uns immer wieder das Thema dazu!“) Es gilt einmal ganz zuvorderst festzustellen, dass es sich hierbei um einen, wie ich vorige Woche schon gesagt habe, oskarverdächtigen Beitrag zu mehr Populismus in diesem Land handelt und dafür ist auch einmal der SPÖ zu danken – eigentlich vom Unterhaltungswert her manchmal ja ganz nett. (Beifall bei der ÖVP.)

Es gibt schon ein paar Fragen, die auftauchen. Herr Landeshauptmannstellvertreter Voves, Sie haben da wortreich in Inseraten über Wochen und Monate mehr Redlichkeit in der steirischen Landespolitik eingefordert, mehr Redlichkeit und Aufrichtigkeit. Wenn man sich die Anfragebegründung und den Debattenbeitrag des Kurt Gennaro ansieht, dann weiß man, wie weit es mit der Redlichkeit und Aufrichtigkeit bei der steirischen Sozialdemokratie denn eigentlich ist. Populismus pur, von Redlichkeit und Aufrichtigkeit zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht spürbar. Aber wer weiß, vielleicht wird es ja noch besser. Im Gegenteil: Ich glaube, es war die Kollegin Lechner-Sonnek, die beklagt hat, dass immer dann, wenn die Opposition irgendetwas sagen würde, von Verunsicherung die Rede ist. Das sehe ich nicht generell so. Aber eines sehe ich in den letzten Wochen schon: Wenn man sich die Politik der SPÖ anschaut, dann könnte man das tatsächlich zusammenfassen als die „Erste Allgemeine Verunsicherung“ der Politik. (Beifall bei der ÖVP.)

Und das hängt eben mit diesem unseriösen Zugang zusammen und da ist es schon enttäuschend, dass Sie auf der einen Seite gleichzeitig Redlichkeit einfordern und auf der anderen Seite wider besseres Wissen hier Vorschläge unterbreiten, Forderungen machen und dergleichen mehr. Herr Landeshauptmannstellvertreter, was Ihr Verhalten für mich zum Problem macht, ist nämlich das, ich gehe davon aus, Sie wissen es besser. Sie wissen, dass wir einen liberalisierten Strommarkt haben. Sie wissen, dass die Landesregierung nicht die Preise regulieren kann. Sie wissen es besser und das macht Sie zum gnadenlosen Populisten in diesen Tagen. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich weiß ja nicht, wie das ist. Landesrat Flecker ist da einer der besten Zeugen dafür. Er hat uns ja heute Vormittag wieder erklärt, dass die Freiheitlichen eigentlich eine unerträgliche politische Kraft seien und dass ein Pakt in Kärnten ihn äußerst wenig erfreut. Es war auch Landesrat Flecker, der eigentlich bisher immer den Populismus den Freiheitlichen zugeschoben hat. Ich frage Sie, Herr Landesrat, machen Sie sich nicht langsam Sorgen? Machen Sie sich nicht langsam Sorgen, ob diese populistische Note der erste Versuch einer Eintrittskarte zu einem rot-blauen Pakt in der Steiermark ist? Das ist dann kein Chianti-Pakt wie in Kärnten, sondern ein Schilcher-Pakt. Vom politischen Stil der Auseinandersetzung erinnert die Performance von Franz Voves zunehmend an den frühen Jörg Haider und das würde ich, wenn ich Kurt Flecker wäre, mir nicht einfach so gefallen lassen. (Beifall bei der ÖVP. – Landesrat Dr. Flecker: „Es hat noch keine Partei um mich geworben!“ – Landesrat Schützenhöfer: „Tu den Schilcher nicht verunehren, wenn, dann ist das ein Heckenklescher!“) Ein Heckenklescher. Wir werden ja sehen, wie das Ganze wird. Jetzt ganz kurz zu den immer vermengten Debatten: Wir haben seit etlichen Monaten eine Debatte um die ESTAG und es ist gut, dass sie geführt wird. Wir haben einen Untersuchungs-Ausschuss, in dem versucht wird, behauptete Missstände, Kritikpunkte, Verflechtungen und alles Mögliche zu untersuchen und aufzuzeigen. Es wird am Ende dieser Geschichte mit Sicherheit so etwas wie ein Neustart zu stehen haben. Es wird Schlussfolgerungen geben müssen und dergleichen mehr – das ist der eine Teil der Debatte. Der zweite Teil der Debatte ist, dass wir jetzt über eine Strompreiserhöhung auch diskutieren. Da gibt es eigentlich relativ sinnvolle Beiträge, wenn ich auch an den Untersuchungs-Ausschuss denke. Da gibt es gute Fragen und da wird gelegentlich untersucht. Es gibt andere, die bringen diese guten Beiträge nicht. (Abg. Wiedner: „Ihr!“) Na, wohl. Entschuldige, Karl, ich glaube schon, dass wir sehr ordentlich im Untersuchungs-Ausschuss arbeiten. Das Einzige, und das ist jetzt schon zunehmend die Frage und das passt nicht zusammen, jetzt tut ihr auf der einen Seite erklären, Frau Landeshauptmann ist für alles verantwortlich, also jetzt für die Strompreiserhöhung, für die Senkung wäre sie es wahrscheinlich nicht, denn würde der Strompreis gesenkt werden, wäre nicht Frau Landeshauptmann verantwortlich, aber für Erhöhungen ist jedenfalls die Frau Landeshauptmann verantwortlich. Aber wisst ihr, was das Eigenartige ist? Es gibt eine einzige Fraktion, die im Untersuchungs-Ausschuss bisher eigentlich eher wenig konstruktive Beiträge geliefert hat. Kurt Gennaro war ja schon der Meinung, der Untersuchungs-Ausschuss ist abzuschließen, weil alles geklärt ist. Hören wir auf mit dem Untersuchungs-Ausschuss? Alles klar, wunderbar. Ich wiederhole, wir können mit dem Untersuchungs-Ausschuss aufhören. Ich hoffe, die anderen Fraktionen sehen das auch so. Jedenfalls für Kurt Gennaro ist alles untersucht. Ich sage nur, dass das ein sehr konstruktiver Beitrag in der Sache Untersuchungs-Ausschuss ist. Genauso ein konstruktiver Beitrag wie die sensationelle Enthüllung des Zeugen Hirschmann, dass wir am 14. Juli zusammengeessen sind, was damals „Steiermark heute“ zu entnehmen war und mir scheint auch der einen oder anderen Zeitung zu entnehmen war, die sensationelle Enthüllung, die dann zu dem sensationellen Antrag der SPÖ geführt hat, den Drexler wegen schwerster Befangenheit aus dem Untersuchungs-Ausschuss auszuschließen.

Am 14. Juli 2003, ein Treffen, ich habe bewusst die Frau Lechner-Sonnek vorhin gefragt, was sie denn so vor 2003 an Aufklärungsarbeit geleistet hätte oder was da alles bekannt war. Ab dem Moment, wo Missstände bekannt wurden, hat Waltraud Klasnic gehandelt, und zwar mit allen und den schärfsten Mitteln, die der Politik in einem solchen Fall zur Verfügung stehen. (Beifall bei der ÖVP.) Und es wird niemandem gelingen, es wird niemandem gelingen, im Untersuchungs-Ausschuss nicht, einem aufgeregten Kurt Gennaro nicht und auch sonst niemandem, wenn wir am Ende des Untersuchungs-Ausschusses verschiedene Missstände möglicherweise festgestellt haben und die Schlussfolgerungen gezogen haben, es wird niemandem gelingen, die Missstände mit Waltraud Klasnic in Verbindung zu bringen (Beifall bei der ÖVP.), wohl aber den konsequenten Weg der notwendigen Maßnahmen ab dem Moment, wo bekannt war, dass Missstände behauptet werden. Dieser klare Weg wird verfolgbar sein. Und das führt mich zu dem wesentlichsten Argument. Wir haben ja in dieser Woche eine ganz besondere Woche in Zusammenhang mit dem Untersuchungs-Ausschuss, denn der Zufall der Einladungsgestaltung wollte es ja, dass bisher halt Einzelne eingeladen waren und jetzt kommen halt andere dran. Jetzt sage ich schon eines: Es ist ein starkes Stück (Abg. Wiedner: „Das ist wahr so!“), wenn die SPÖ heute hier hergeht und von der Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic eine Strompreissenkung oder was immer verlangt. Ich war da auch schon im Landtag, das ist nämlich gar nicht lange her, dass der Vorsitzende der steirischen Sozialdemokratie Peter Schachner-Blazizek geheißten hat. Und es ist keine zufällige Namensgleichheit, sondern es handelt sich um die identische Person. Derselbe Mann ist der Aufsichtsratsvorsitzende der STEWEAG/STEG-Gesellschaft. Derselbe Mann sitzt im Vorstand der Energie Steiermark Holding AG. Und ihr tut alle, als wäret ihr nicht dabei. Keine Informationen, sprechen Sie nicht mit Ihrem Vorgänger, haben wir einen Bruderkwitz in der SPÖ oder was ist da los? (Beifall bei der ÖVP. – Landeshauptmannstellvertreter Mag. Voves: „Lernfähigkeit ist wichtig!“) Wissen Sie, Lernfähigkeit ist wichtig, das ist besonders wichtig, denn wenn die Lernfähigkeit so wichtig ist, dann können wir ja hoffen, dass Sie in Bälde als jemand, der ein bisschen aus der Wirtschaft kommt, auch ein bisschen in der Politik angekommen sein wird (Landeshauptmannstellvertreter Mag. Voves: „Sie können ein bisschen von gar nichts!“) und die beiden Welten dann zueinander verbindet und dann wüssten Sie, dass Ihre Forderungen ins Leere gehen, dann wüssten Sie, dass das populistische Forderungen sind und nicht – Sie sollten wirklich gelegentlich einfach einmal mit Ihren Parteiverantwortlichen vielleicht sprechen, das wäre nicht so schlecht.

Die zweite Frage, die sich mir heute auftut. Wir haben alle Glühbirnen geschenkt bekommen und bitte, Waltraud, die Tatsache, dass die aus Ungarn sind, das war ein guter Beitrag zur aktuellen Stunde, zur Erweiterung der Europäischen Union. Danke, dass hier schon so ein wenig provinzieller Geist herrscht. Aber eine Frage stelle ich mir schon, also eine lustige Geschichte müsste ja wohl sein, wenn ich mir vorstelle, wenn jetzt der Finanzreferent der steirischen SPÖ, der Dr. Heinz Hofer, wenn der jetzt die Rechnung unterschreibt für die Aktion. Das ist doch eigentlich schon ein besonderer Akt des Masochismus. (Beifall bei der ÖVP.)

Und wissen Sie, es ist ja bemerkenswert, der Heinz Hofer, der erstens einmal sagt, es gibt keinen ESTAG-Skandal, aber das muss er uns im Untersuchungs-Ausschuss noch einmal sagen, also die erste Frage an Heinz Hofer mache ich öffentlich, da machen wir kein Geheimnis draus, gibt es einen ESTAG-Skandal? Ich bin schon sehr gespannt, wie das Ganze dann weitergehen wird. Aber ich finde es auch bemerkenswert, dass die Hygienefraktion und Redlichkeitsfraktion, wo bitte alle möglichen anderen vorverurteilt werden, Paieryl Gangster, Klasnic – verantwortlich, aber der einzige – (Abg. Kröpfl: „Sag mir jetzt einmal, wenn wir einmal gesagt hätten, Paieryl Gangster?“) Der einzige Hauptakteur der ganzen ESTAG-Angelegenheit, der noch immer eine politische Funktion hat, ist der Landespartefinanzreferent der SPÖ Dr. Heinz Hofer. So viel zum Thema Redlichkeit und so viel auch zu der Mitverantwortung, die es dort gibt. Wir werden das alles noch im Untersuchungs-Ausschuss genau zu untersuchen haben. Ich freue mich außerordentlich darauf. Und der SPÖ empfehle ich, wirklich jetzt einmal die Gespräche mit den eigenen Parteimitgliedern zu führen. Herr Landeshauptmannstellvertreter, wenn ich mich recht erinnere, haben Sie bei der Anfragebeantwortung nämlich gesagt, Sie führen eh so gerne Gespräche mit Parteimitgliedern, mit eigenen wohl gemerkt, also ich lade Sie wirklich ein, tun Sie einmal das Gespräch führen. Vielleicht erklärt Ihnen der Aufsichtsratsvorsitzende der SSG, wie das dort mit der Preisgestaltung aussieht, da werden Sie vielleicht auch sehen, dass selbst einschließlich einer möglichen Erhöhung am 1. Juli die Strompreisentwicklung ziemlich genau an der Entwicklung des Verbraucherpreisindex ist. Ganz im Unterschied beispielsweise zur Preisentwicklung bei privaten Krankenzusatzversicherungen wie jenen der Merkur. (Landeshauptmannstellvertreter Mag. Voves: „Haben Sie von Polemik gesprochen?“)

Aber Sie werden das dann alles genau anschauen können und möglicherweise werden Sie auch, die haben jetzt alle ein bisschen mehr Zeit dort, glaube ich, weil in Niedersachsen hat ja die CDU die Mehrheit gewonnen und die Regierungsverantwortung übernommen. Vielleicht finden Sie da noch irgendwelche ehemaligen SPD-Verantwortungsträger in Niedersachsen und die können Sie dann fragen, warum das Land Niedersachsen nicht den Preis des VW Golf reguliert. Und vielleicht ist das auch ein sachdienlicher Hinweis für die Debatte über den Strompreis im liberalisierten Markt. Ich glaube nämlich, dann könnten wir uns manch populistische Debatte sparen, manch populistischen Beitrag der SPÖ sparen, weil eines darf ich schon auch einmal sagen, wir haben hier im Landtag wirklich und wahrlich auch anderes zu tun als bloß derartige Debatten um Dringliche Anfragen, die rein populistisch parteipolitische Zwecke verfolgen. (Abg. Kröpfl: „Der Herr Oberleher schreibt uns vor, was wir machen sollen!“) Lieber Kollege Kröpfl, wir haben heute schon Wesentliches beschlossen in diesem Haus.

Wir haben heute schon Wesentliches beschlossen in diesem Haus, es hat gute Debatten gegeben. (Abg. Kröpfl: „Das ist sinnvoll für unser Land!“) Es hat gute Debatten gegeben, aber manches, was hier an Dringlichen Anfragen in den letzten Monaten gekommen ist, das brauchen wir gar nicht unbedingt. Jederzeit führen wir jede Debatte. (Abg. Kröpfl: „Oberlehrer ist eine Beleidigung für Lehrer – Schulsprecher!“) Jederzeit führen wir jede Debatte und Sie werden sehen (Abg. Kröpfl: „Vor allem die 51 Fragen!“), wir werden auch im Untersuchungs-Ausschuss zu Ergebnissen kommen. (Abg. Kröpfl: „Wir haben schon Ergebnisse!“) Und ich glaube, die Garantie dafür, dass die Steiermark auch aus dieser Debatte im Endeffekt gestärkt hervorgeht, die Garantie dafür, dass die Steiermark allen Unzukömmlichkeiten dieser ganzen ESTAG-Angelegenheit und ESTAG-Debatte zum Trotz gestärkt hervorgehen wird, ist die Tatsache, dass Waltraud Klasnic nun die Verantwortung für die Beteiligungen übernommen hat. Und ihr wird es mit unserer Hilfe gelingen, einen Neustart zu setzen. (Beifall bei der ÖVP.)

Und ihr wird es daher auch gelingen, das, was von Lechner-Sonnek etwa eingefordert worden ist, tatsächlich umzusetzen: einen erfolgreichen Weg, auch in der Energiewirtschaft einen erfolgreichen Weg in Weiß-Grün und daher wird es wie ich glaube im nächsten Jahr dann sichtbar werden, dass das alles ein bisschen was gebracht hat und dass wir jetzt dann hoffentlich die richtigen Schlüsse ziehen, den Neustart setzen und den Neustart gemeinsam schaffen. Das wäre es, wofür wir in diesem Land eigentlich arbeiten sollten. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 17.24 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Dr. Schöpfer, bitte!

Landesrat DDr. Schöpfer (17.24 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, liebe Regierungskollegen, sehr geehrte Abgeordnete, meine Damen und Herren!

Aus wirtschaftspolitischer Sicht sind eigentlich drei Faktoren in Bezug auf die Energie wichtig. Erstens die Versorgungssicherheit der Steiermark. Zweitens wettbewerbsfähige Energiekosten. Drittens eine möglichst ressourcenreiche und ökologische Energiegewinnung. Die Versorgungssicherheit der Steiermark und das Expandieren des Wirtschaftsstandortes in Graz, das sind ganz wichtige Standortfaktoren für die heimische Wirtschaft. Zum Wort Versorgungssicherheit ist anzumerken, dass der nächste Winter mit einem erhöhten Energiebedarf ganz sicher kommen wird. Daran werden die heißesten Debatten auch der Landespolitik nichts ändern können. Denken wir daran, was es an wirtschaftschädigenden Netzzusammenbrüchen und Blackouts in den USA gegeben hat, auch in zahlreichen europäischen Staaten und es müssen auch dafür Vorkehrungen getroffen werden, dass sich Ähnliches bei uns nicht ereignet. Wenn es sich ereignet, wird auch wieder die Politik dafür haftbar gemacht. Aufgabe der Politik ist es, gute Rahmenbedingungen für die Energieversorgungsunternehmungen zu schaffen. Ich bin ganz bei Ihnen, wenn es geheißen hat, man soll aufklären, was es an Ungereimtheiten bei der ESTAG gegeben hat. Dafür gibt es ja den Untersuchungs-Ausschuss. Man sollte dann Konsequenzen daraus ziehen und die erforderlichen Weichenstellungen für die Zukunft vornehmen. Aber wir sollten uns davon hüten, ein großes steirisches Unternehmen ständig zu kriminalisieren und krank zu beten. Lassen Sie mich auf einen ganz zentralen Punkt kommen: Mit dem Energieliberalisierungsgesetz, das am 1. Dezember 2000 in Kraft trat, wurde der österreichische Elektrizitätsmarkt mit 1. Oktober 2001 vollständig dem freien Wettbewerb geöffnet und allen Stromkunden Netzzugang gewährt. Es stimmt, dass der Markt noch nicht vollkommen ist. Aber wenn die Strompreise tatsächlich über dem internationalen Durchschnitt liegen, ist es klar, dass es die Konkurrenz anheizen wird. Wenn das die Stromkunden begreifen und umsteigen, dann wird es den besten Druck sozusagen ausüben. Die Energieliberalisierung hat zu Beginn durch den neu aufkommenden Wettbewerb zunächst zu einem starken Sinken der Energie- und Leistungskosten geführt. Es sind damals aber auch europaweit neue Investitionen zurückgestellt worden. Und nun kommt es auf den internationalen Märkten durch die anspringende Konjunktur zu einem Ansteigen der Großhandelspreise, die eben nur zu einem Teil durch Kosteneinsparungen aufgefangen werden. Es kann und darf nicht die Aufgabe der Politik sein, in die wirtschaftliche Gebarung privatwirtschaftlich agierender Unternehmen sich laufend einzumischen. Es gibt das Kontrollorgan, die e-control, deren Aufgabe es ist, den Wettbewerb am Energiemarkt uneingeschränkt am Leben zu erhalten und zu kontrollieren. Es ist bekannt, dass sich österreichweit gesehen die Energiekosten der Steiermark im Mittelfeld befinden. Es ist auch klar und das ist verständlich, dass Preiserhöhungen nie Begeisterungstürme bei den Kunden hervorrufen. Doch in der aufgeregten derzeitigen Situation wird es geradezu zum Politikum hochstilisiert. Meine Damen und Herren Abgeordnete, lassen wir einmal alle Aufgeregtheiten zur Seite und beantworten die Frage, welche Möglichkeiten hat denn die Politik tatsächlich, auf die Preise Einfluss zu nehmen? Die Zeit obrigkeitlicher Preisregelungen ist längst vorbei. Wir leben weder in der Welt der Zünfte mit Preis- und Lohntaxen, wir leben nicht mehr in der Zeit des Merkantilismus, wo der Landesfürst nach Lust und Laune protektionistisch in die Wirtschaft eingreifen konnte und ich erinnere daran, wir leben auch nicht am Roten Platz in Moskau, wo einst der Kreml zwar die Preise für Waren reguliert hatte, aber keineswegs sicherstellen konnte, dass die Waren tatsächlich zu erhalten waren. Es gab den Terror der leeren Regale. (Beifall bei der ÖVP.)

Auch in Österreich gab es ein Preisregelungsgesetz, welches wegen seiner vollkommenen Sinnlosigkeit sanft entschlafen ist. Wir wollen die Preisfestsetzung, wenn es die Logik offener Wegmärkte gibt. In seinem Werk „The Road to Serfdom“ hat der österreichische Nobelpreisträger für Nationalökonomie Friedrich August Hayek sehr schlüssig nachgewiesen, dass jeder Versuch einer amtlichen Preisfestsetzung eine Fülle von weiteren wirtschaftlichen Problemen nach sich zieht, welche unweigerlich zu einer Ausweitung der wirtschaftlichen Planung führen müssen. Nochmals: Begreifen wir, dass seit 1. Oktober 2001 der Strompreis liberalisiert

wurde. Die Strompreisregulierung ist keine Agenda des Landeshauptmannes. Sie alle, die hier sitzen, die politische Verantwortung haben, wissen das ja schon längst. Es gibt kein einziges EU-Land, wo die Politik die Strompreise vorgibt. Man setzt vielmehr auf Wettbewerb und auf die Chance der Konsumenten, die Anbieter zu wechseln, wie das etwa beim Telefon schon längst der Fall ist, wo es bereits eine florierende Konkurrenz gibt. So darf ich abschließend noch einmal sagen: Ich fordere mehr Ehrlichkeit ein, weniger Populismus und mehr Sachlichkeit. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 17.30 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Seitinger.

Landesrat Seitinger (17.30 Uhr): Geschätzte Frau Landeshauptmann, Herr Präsident!

Ich möchte Bezug nehmen auf die Wortmeldung der Frau Klubobfrau Lechner-Sonnek. Sie hat heute mit Recht die Ökostromszene angesprochen. Ich freue mich auch, dass alle politischen Parteien bei den Veranstaltungen, die wir zum Thema „Kyoto“ in den Bezirken draußen machen, immer wieder dabei sind und ihr Bekenntnis abgeben. Sie wissen alle, es geht hier um eine Zielsetzung, bis zum Jahr 2010 13 Prozent CO₂-Ausstoß, ausgehend vom Jahr 1990, zu vermindern. Wir wollen alle an diesem Ziel festhalten. Es geht nicht nur darum, dieses Ziel zu erreichen, sondern es geht auch darum, fossile Energie Schritt für Schritt abzubauen, vom Import her, den Atomstromausstieg sukzessive voranzutreiben. Es geht auch darum, mit unserer ökologischen Energie Arbeitsplätze zu schaffen und die Wertschöpfung in diesem Land zu sichern. Ich freue mich, dass es dazu auch ein klares Ökostromgesetz gibt, in dem ganz klar auch steht, dass wir bis zum Jahr 2008 4 Prozent erneuerbarer Energie drinnen haben müssen. Derzeit liegen wir bei etwa 1,7 Prozent. Das heißt, wir haben in diesen verbleibenden vier Jahren noch einen enormen Auftrag zu erfüllen. Es ist notwendig, dass wir diese erneuerbare Energie einspeisen, das wissen wir alle, auch wenn sie etwas kostet. Wir können hier nicht mit zweierlei Zungen sprechen oder mit zweierlei Maß messen. Wir wissen alle, dass die Einspeisung von Windkraft ungefähr dreimal so viel kostet wie die Atomkraft. Wir wissen alle, dass Wärmekoppelungen von Biogas oder von Hackschnitzeln etwa drei- bis fünfmal so viel kosten wie Atomkraft. Wir wissen alle, Frau Klubobfrau Lechner-Sonnek, das wissen Sie am besten, dass die Fotovoltaik, die Sie immer wieder ansprechen und fordern, 20-mal so viel kostet wie Atomstrom. Trotzdem wollen wir das Konzept und wir stehen auch dahinter. Ich freue mich jedes Mal, wenn die Abgeordneten, die bei diesen großartigen Tagungen eingeladen sind, ihr klares Bekenntnis dazu abgeben. Wir wollen hinkommen zu einer erneuerbaren Energieszene, zu einer Absicherung, wie es Kollege Schöpfer schon gesagt hat. Wir wollen langfristig hinkommen zu Ökostrom, zu einer Energiesicherheit in unserem Land und auch zu Wertschöpfungen in unserem Land, und zwar für das Land Österreich, nicht für das Land Ungarn, sondern für das Land Österreich. Ich freue mich auch, dass hier ganz klare Konzepte vorliegen, wo wir ganz klar nachweisen können, dass mit dieser Ökostromszene bis zum Jahr 2010, wenn wir das Kyoto-Ziel erreichen, 12.000 Arbeitsplätze neu geschaffen werden können. Meine Damen und Herren, wenn wir das alle wollen, und ich höre das bei jeder dieser wunderbaren Tagungen, dann müssen wir auch zur Kenntnis nehmen, dass es Strompreisänderungen gibt, denn die Verhältniszahlen eins zu drei und eins zu 20 zum Atomstrom können sozusagen einen Bestand des Atomstrompreises in der neuen Szene nicht halten. Deshalb bitte ich Sie schon, wenn wir alle schon in Richtung Ökologie gehen, das Bekenntnis abzulegen, weil dann nehmen wir auch das zur Kenntnis, dass es nicht um den gleichen Preis geht wie dieser sich sozusagen rein aus dem Atomstrom ergeben kann. Ich danke! (Beifall bei der ÖVP. – 17.34 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Landeshauptmannstellvertreter Mag. Voves.

Landeshauptmannstellvertreter Mag. Voves (17.34 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Zuseherinnen und Zuseher!

Ich möchte zunächst einmal ganz generell festhalten, Frau Landeshauptmann, dass ich Ihre Antworten eher verstanden habe, als wenn Sie mit der Zunge einer Energiekonzernmanagerin sprechen würden und nicht mit der Zunge der politisch Zuständigen im Interesse der Stromkunden in der Steiermark. Und es ist mir wirklich unverständlich, wenn Sie mir den Hinweis machen wollen, dass Sie sich über die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer so viel Sorgen machen, in dem Fall ESTAG, aber im Generellen, denn ich habe Ihnen im Vorjahr, Frau Landeshauptmann, mehrfach in persönlichen Gesprächen, dann auch öffentlich, im Sommer bereits zugerufen, jetzt sind wir beim Bruderzwist, beenden Sie bitte sofort diesen Bruderzwist, weil ich aus Erfahrung aus der Wirtschaft weiß, Herr Kollege Drexler, dass, wenn man so ein Problem nicht sofort im Ansatz löst, es in einer fürchterlich verheerenden Auswirkung letztlich am Tisch liegen wird. (Beifall bei der SPÖ.)

Und jetzt geht es nur um eines, über dieses ein Jahr lange Nichthandeln, und das hat die Bevölkerung schon verstanden, da brauchen Sie die Umfragen des gestrigen Wahlergebnisses, da können Sie vieles heranziehen, das hat die Bevölkerung schon verstanden, über dieses – da können Sie noch fünf Stunden reden – über dieses ein Jahr nicht Handeln werden wir erleben, dass in der Bilanz 2003 der ESTAG Millionenverluste über Wertberichtigungen ganz sicher eintreten werden und dass wir in höchster Wahrscheinlichkeit erwarten müssen, dass wir keine Dividende für 2003 erwarten dürfen. Und ich werde auf die Dringliche im Februar unserer Fraktion, wo Sie so gelacht haben, weil Sie sind ja die Wirtschaftsprofis, nicht, auf die werde ich gerne noch zurückkommen, wenn wir dann das Ergebnis, die Bilanz 2003 der ESTAG vorliegen haben. Und

daher sage ich Ihnen etwas: Zu verursachen, dass dieses Energieunternehmen, dieses so wichtige für alle Steierinnen und Steirer, Millionenverluste in Kauf nehmen muss und sich jetzt herzustellen und sagen, ich mache mir Sorgen um die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dort, das ist ein starker Tabak.

Und, Frau Landeshauptmann, Sie haben sich plakatieren lassen mit dem Nummer-eins-Mann ÖAAB/FCG, ich darf Sie fragen, wie ist es denn ausgegangen? Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben Ihnen ja eine Antwort gegeben, durch wen sie sich vertreten fühlen und durch wen nicht. (Beifall bei der SPÖ.)

Und wenn Sie, Herr Klubobmann Drexler, sich jetzt letztlich auch vor die steirische Bevölkerung stellen und sagen, dass der Strompreis ein oskarverdächtiges Theater sei, dann hat es die Bevölkerung sicherlich so jetzt empfangen und wird darüber auch wieder urteilen. Ich bin Ihnen dankbar für Ihre Art von Populismus. (Abg. Mag. Drexler: „Ihre Performance, nicht der Strompreis!“) Mit jedem Wort, das Sie sagen, helfen Sie nur uns, denn die Bevölkerung hat schon längst überrissen, was sie von Ihren Wortmeldungen zu halten hat. (Beifall bei der SPÖ.)

Die Menschen in der Steiermark haben schon überrissen, dass man nicht Quantität mit Qualität verwechseln darf.

Aber jetzt noch einmal zum Generellen, weil wir es im außerordentlichen Teil der Regierungssitzung ja auch behandelt haben. Ich bitte Sie noch einmal, es ist politisch moralisch, meine Damen und Herren, unverantwortlich, dass die Politik in ihrer Begleitung Millionenverluste erzeugt in dem Unternehmen und wir dann die Frechheit besitzen – ich sage das wirklich – über unsere Energiegesellschaft Strompreiserhöhungen in den Raum zu stellen. Es ist doch wirklich an der Zeit, dass wir gemeinsam vernünftig werden, wenn es um die Glaubwürdigkeit der Politik im Gesamten geht. Dass wir wirklich erkennen, dass wir über teilweisen Dividendenverzicht, und nicht über Nichtpreiserhöhung, meine Forderung war immer die, über teilweisen Dividendenverzicht, und der bezieht sich dann auf das Bilanzjahr 2004, wirklich den Menschen vor Ort, den Stromkunden wirklich vor Augen führen, dass wir politische Verantwortung tragen. Um dieses Thema geht es. Und ich höre heute, Sie wollen wieder ein Nein sagen. Sie wollen den Menschen da draußen wieder ein Nein sagen. Und das ist die entscheidende Botschaft für mich und das halte ich für unverantwortlich. Ich möchte Ihnen noch etwas sagen, ich bin wirklich sehr froh, dass wir über diese Thematik – ich bin nicht froh, dass dieses Thema so generell in der Steiermark jetzt im Raum steht in Summe, aber ich bin aus einem Grund froh, nämlich dass wir damit wieder uns selbst vor Augen führen können, so wie es die Kollegin Dietrich auch gesagt hat, was heißt Liberalisierung, Privatisierung letztlich in diesem lebensnahen Bereich Energie überhaupt? Ich glaube, dass da ein völlig falscher Weg in Europa, in Österreich beschritten wurde. Ich bin seit 2002 in der Politik. (Abg. Mag. Drexler: „Sollen wir jetzt austreten aus der EU?“) Ich weiß, hören Sie einmal zu, ich weiß, dass man jetzt nicht alles zurücknehmen kann. Aber wir sollten im Interesse, dass Politik auch für die Haushaltskunden und für die kleinen Stromkunden da ist, unbedingt trachten, dass wir jetzt nicht die nächsten Monate, die nächsten ein, zwei Jahre weiter falsche Schritte setzen. Also ich muss Ihnen sagen, wenn wir als Politik über diesen lebensnahen Bereich Energie wirklich sämtlichen Einfluss verlieren, dann frage ich Sie, wenn man dann noch über Gesundheit, Bildung und anderes redet, dass man Privatisieren will, dass man Liberalisieren will, welchen Stellenwert hat dann Politik überhaupt noch? Das müssen wir uns absolut gemeinsam fragen. (Beifall bei der SPÖ.)

Und ich bin sehr glücklich, dass wir diesen Zusatzauftrag an den Bundesrechnungshof erteilt haben, wo wir uns besser im klaren werden sollen, wie es mit der Tarifgestaltung aussieht, Industriekunden, eine Vielzahl von Großkunden und der Haushaltskunde. Und ich sage Ihnen aus vielen Stunden mit Gesprächen mit Experten, wir werden erleben, dass es eine sehr ungerechte Verteilung zum Beispiel der Netzkosten in Richtung der Haushaltskunden und der kleinen Kunden gibt und der sozial Schwächeren gibt. Und ich glaube, das sollte uns auch ein Zeichen sein. Und die Bevölkerung und alle Experten wissen es auch, mit 74,9 Prozent Eigentümer und nur zwei Eigentümer dieser Aktiengesellschaft habe ich sehr wohl die Chance, über die Hauptversammlung in Richtung meines Aufsichtsrats und damit in Richtung der Vorstände wirksam zu werden.

Und ich sage Ihnen eines, jeder, der den Dr. Schachner wirklich kennt, der mit ihm zusammengearbeitet hat und ihn kennt, er wäre der Erste, der jetzt akzeptieren würde in dieser Verantwortung, dass der Eigentümer, das, was SSG meint, anders sieht. Und er würde sofort akzeptieren, dass vom Eigentümer diesbezüglich andere Vorstellungen kommen. Nur Sie wollen das nicht wahrhaben, dass ein 74,9-Prozent-Eigentümer nicht sehr wohl klare Weisungen in Richtung dieser Fragen geben kann. Das wollen Sie einfach nicht kapiieren. (Beifall bei der SPÖ.)

Und ich sage Ihnen eines, der größte Fehler, den wir gemacht haben, ich war noch nicht da – ich weiß, ich kann jetzt nichts zurückholen, aber noch einmal in dem Sinne, wir sollten nur nicht weitere Fehler machen – das war, dass wir die Wasserkraftwerke und die thermischen Kraftwerke verkauft haben 2001, gegen unsere Stimmen. Das war der größte Fehler, weil wir erleben jetzt, alles, was mit Liberalisierung und Privatisierung zu tun hat, mündet zuletzt in Monopolbildungen, wenn die Wirtschaft nicht gelenkt ist. Und wir sollten uns alle vor Augen führen, was Monopolbildungen auch auf der Stromproduzentenseite heißt. Der Preis wird nämlich bestimmt von den Produzenten. Und uns haben die Fachleute gesagt bei diesem Informationsgespräch, wie ich zur Kenntnis nehme, dass es primär an den Produzenten liegt letztlich, die den Preis bestimmen. Und dass die Steiermark mit ihren Kraftwerken, Wasserkraftwerke plus Thermische, eigentlich in der Lage gewesen wäre, 50 Prozent seines eigenen Strombedarfs zu decken. (Abg. Gödl: „Zu teuren Konditionen, verstehen Sie das nicht?“) Und jetzt hören Sie mir gut zu, weil ich viele Stunden Gespräche – wissen Sie – mit

wirklichen Experten geführt habe, Voitsberg III, nachdem wir klimatisch jetzt einige andere Situationen haben, wie diesen wirklich katastrophalen heißen Sommer letzten Jahres, wo wir Wassermangel hatten, die Wasserkraftwerke nicht so viel produzieren konnten, passen Sie auf, gut zuhören, dort hat zu Toppreisen Voitsberg zum Beispiel, zu Toppreisen, weil Mangel, zu Toppreisen diese Spitzen abgedeckt und deswegen auch in unserer Dringlichen diese Anfrage an die Frau Landeshauptmann. Ich würde gerne mit Ihnen gemeinsam das durchgehen. Der Verbund behauptet, dass der Standort 30 Millionen Euro Verlust macht. Ich sage Ihnen, dass, wenn man über die Details Auskunft bekommen könnte, ich vermute, dass dieses Kraftwerk, das thermische Kraftwerk Voitsberg, im letzten Jahr noch mit einem kleinen Minus unterwegs war, aber heuer mit Sicherheit wahrscheinlich schon ein ausgeglichenes Ergebnis schreiben wird, und zwar wegen des Umstandes, den ich Ihnen gesagt habe. Das heißt, auch Energieexperten sagen heute, dass die thermischen Kraftwerke sehr wohl auf Zeit ausgeglichen bilanzieren und dass wir daher einen riesen Fehler gemacht haben, diese Kraftwerke zu verkaufen und darüber bin ich gerne bereit, weil Sie sagen, das stimmt nicht, dann reden wir heute aktuell mit den Experten dieser Branche. Wir werden das erfahren und wir werden draufkommen, dass wir einen riesen Fehler gemacht haben, die Wasserkraftwerke und die thermischen Kraftwerke zu verkaufen und damit den produzierenden Bereich aus den Händen zu geben. Daher appelliere ich noch einmal a), Frau Landeshauptmann, dass wir bei dem, was Politik in ESTAG mit bewirkt hat, nämlich Millionenverluste an Wertberichtigungen, die wir erleben werden und auf der anderen Seite die von Managern erklärte Strompreiserhöhung. Das passt nicht zusammen. Wir sollten durch teilweisen Dividendenverzicht, die 4,6 Millionen Euro sind 0,1 Prozent des Landesbudgets, wir sollten als Politik gemeinsam diesen falschen Schritt und dieses Zeichen an die Menschen im Land nicht tun, uns zusammensetzen sehr intensiv, um die zukünftigen energiepolitisch strategischen Fragen auf politischer, auf Regierungsebene, auf Landtagsebene zu klären für diesen Weg. Im Sinne einer wirklich für den Konsumenten ausgerichteten Energiepolitik bin ich dann ganz sicherlich zu haben. (Beifall bei der SPÖ. – 17.47 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Stöhrmann.

Abg. Stöhrmann (17.47 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, wertere Mitglieder der Landesregierung, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Herr Landesrat Dr. Schöpfer, oder sollte ich vielmehr Herr Professor sagen, mit großem Interesse habe ich Ihren wirtschaftshistorischen Vortrag vorhin vernommen und ich habe auch sehr gut zugehört, denn man kann von einem Mann wie von Ihnen sicherlich etwas lernen. Eines, Herr Landesrat, haben Sie meiner Meinung nach vergessen bei Ihren Aufzählungen, nämlich wohin diese Liberalisierung des Strommarktes und der ganzen E-Wirtschaft in Amerika, die Sie angeschnitten haben, geführt hat, nämlich zu einem Netzausfall in halb Amerika. Das müssen Sie auch dazusagen. Das ist nämlich etwas, was wir nicht wollen. (Beifall bei der SPÖ.)

Herr Klubobmann, er ist momentan nicht da, hat in seiner mahnenden oberlehrerhaften Weise hier gesprochen und ich habe mich schon gefragt, ob ich nach ihm die richtigen Worte finden werde. Das ist nicht so einfach, aber eines hast du mir vorgegeben: Auch mir hat Herr Landesrat Schützenhöfer das Stichwort gegeben, als er nämlich sehr lautstark, um nicht zu sagen brüllend, hier das Wort von der Ungeheuerlichkeit in den Saal geworfen hat. Jawohl, meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist eine Ungeheuerlichkeit. Es ist eine unglaublich kaltherzige Ungeheuerlichkeit, ein Affront gegen viele 1000 Steirerinnen und Steirer, wenn man in einer Zeit, wo man fristlos Entlassenen Abfertigungen in Millionenhöhe nachwerfen will, die Steirerinnen und Steirer mit einer Strompreiserhöhung traktiert. Das ist eine Ungeheuerlichkeit, meine sehr verehrten Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich weiß schon, wenn man diese Strompreiserhöhung umlegt und durch den einzelnen Haushalt dividiert, dann kommen 18 Euro dabei heraus. Das ist keine weltbewegende Summe. Ich weiß auch, dass es in Reihen der ÖVP Abgeordnete gibt, die diesen Betrag ja in Wurststimmeln aufrechnen. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt auch andere. Ich sage Ihnen nur eines: Im Zuge der Wahlbewegung für die so erfolgreich verlaufende Bundespräsidentenwahl habe ich mit einer 72-jährigen Frau gesprochen, die nie gearbeitet hat, weil sie „nur“ Hausfrau war, die dann geschieden worden ist und heute von 360 Euro im Monat leben muss, von 360 Euro. Liebe Frau Landeshauptmann, diese Frau weiß, was 18 Euro bedeuten. Und Sie, Frau Landeshauptmann, haben in Ihrer Einleitung zur Fragebeantwortung gesagt, Sie können den Unmut der Steirerinnen und Steirer nachvollziehen. Wenn Sie das können, Frau Landeshauptmann, warum tun Sie dann nichts dagegen? Sie haben die Möglichkeit dazu. Sie reden immer von dem Ehrenkodex, einem Ehrenkodex, von dem sogar der Bundesrechnungshof gesagt hat, er ist ein zahnloses Instrument und das bringt nichts. (Abg. Mag. Drexler: „Entschuldige, der Rechnungshof lobt den Ehrenkodex!“) Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein Unmut, den die Frau Landeshauptmann nachvollziehen kann. Nur, von diesem Nachvollzug, ohne entsprechende Handlungen dazu, haben die Steirerinnen und Steirer nichts. Es geht aber nicht nur um diese Frau, die ich genannt habe. Es geht nicht nur um den einzelnen Haushalt. Was sagt Herr Landesrat Seitingner dazu, wie die Landwirtschaft mit dieser Strompreiserhöhung belastet wird? Wir wissen alle, dass im Bereich der Landwirtschaft die Einkünfte zurückgehen. Auch hier beginnen die Ausgaben zu steigen. Ich sage noch eines dazu: Was glauben Sie, wie es uns in den Gemeinden geht? Wir pfeifen aus dem letzten Loch, werden laufend mit neuen Aufgaben überhäuft, die äquivalenten Einnahmen bleiben hinten nach. Wenn jetzt dann noch diese viel gepriesene Steuerreform kommen wird, die allein den steirischen Gemeinden 43 Millionen Euro kostet, abgesehen von Graz, die bezahlen noch einmal 15 Millionen dazu, dann

frage ich Sie, was glauben Sie, wie wir in Zukunft mit unseren Aufgaben fertig werden sollen? Wir haben nur eine Möglichkeit: Wir können unseren Aufgaben nur dann nachkommen, wenn wir das über den Gebührenhaushalt machen. Und das wollen wir nicht, weil da wieder der kleine Mann und die einzelne Familie in der Steiermark belastet werden. Das ist eine Sache, die wir auf keinen Fall wollen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Landeshauptmannstellvertreter Voves hat es mit eindringlichen Worten gesagt, wo der Weg zu beschreiten wäre, der Weg, dem wir zustimmen, weil wir nicht wollen, dass in einer Zeit, wo Millionen an Abfertigungen bezahlt werden, die Steirerinnen und Steirer mit einer Strompreiserhöhung belastet werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich weiß schon, dass Ihr Weg ein anderer ist. Letzten Endes, wenn man zum Beispiel dem Chef der e-control, Walter Boltz, glauben darf, der sagt, Tatsache ist, dass Großhandelspreise im Herbst 2003 deutlich angestiegen sind, inzwischen wieder im Sinken begriffen sind, der Durchschnitt des Großhandelspreises im ersten Quartal 2004 ist geringer als im ersten Quartal 2003, dann kann man aus dieser Preisentwicklung sehen, dass eine Strompreiserhöhung wirklich nicht notwendig ist, noch dazu, wo wir in der Steiermark bekanntlich über den höchsten Strompreis aller Bundesländer verfügen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich weiß schon, dass Ihr Weg ein anderer ist. Frau Landeshauptmann, als Sie in Ihrer Anfragebeantwortung davon gesprochen haben, die Energieberatungsstelle oder das Bürgerbüro zu beauftragen herauszufinden, wo man billigen Strom beziehen kann, wo Haushalte billigen Strom beziehen können, habe ich wirklich gedacht, Frau Landeshauptmann, ich höre nicht richtig. Sie sind zu 74 Prozent Eigentümerversammlung. Ich habe gedacht, das war ein Versprecher von Ihnen. Als ich aber jetzt den Entschließungsantrag der ÖVP bekommen habe, wo wortwörtlich unter Punkt drei drinnen steht:

Über den Landesenergiebeauftragten beziehungsweise die Energieberatungsstelle eine Campagne zu starten, in der über Angebote der verschiedenen Stromlieferanten am Haushaltssektor und die Möglichkeit eines Lieferantenwechsels informiert wird, das ist sicherlich mit Ihrem Wissen geschehen. Und das sagt der Eigentümer, zu 74 Prozent Eigentümer. Wissen Sie, wie mir das vorkommt, meine sehr verehrten Damen und Herren? Wenn Frank Stronach zum Beispiel ein Büro einrichten würde und dort erheben lässt, wo billigere Zulieferungsteile zu kaufen sind und das dann an die Autoindustrie weitergibt. Oder vielleicht einfacher erklärt, dass auch Sie das verstehen: Wenn der Kollege Wiedner vor seinem Kaffeehaus eine Tafel aufstellt und dort draufschreibt, dass der Kaffee beim Gollner in Lebring billiger ist, dann kommt mir das genauso vor. Ist das Eigentümerversammlung, Frau Landeshauptmann? Wissen Sie nicht, Frau Landeshauptmann, dass Sie mit dieser Forderung dem Unternehmen der STEWEAG die Basis entziehen? Sie wollen ihr die Kundschaft wegnehmen. (Beifall bei der SPÖ.)

Das kann es doch nicht sein. Das ist doch nicht der richtige Weg. Schließen Sie sich unserem Weg an, gehen Sie den Weg gemeinsam mit unserem Landeshauptmannstellvertreter Franz Voves. Das ist der richtige Weg. Und dann können wir auch wieder vor die Steirerinnen und Steirer hintreten und dann wird das Image, Frau Landeshauptmann, das Sie sich sicher sehr mühsam aufgebaut haben, vielleicht wieder in Ordnung kommen. Momentan glauben es Ihnen die Menschen nicht mehr, dass Sie schützend vor ihnen stehen und dass Sie für die Steirerinnen und Steirer da sind. (Beifall bei der SPÖ. – 17.56 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Wiedner. Herr Abgeordneter Wieder, bitte.

Abg. Wiedner (17.56 Uhr): Sehr geehrte Frau Landeshauptmann! Herr Präsident! Sehr verehrte Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung! Liebe Kollegen!

Ich bedanke mich beim Herrn Kollegen Stöhrmann für die Werbung. Bei mir zählt nicht nur der Preis, sondern die Qualität, und die ist unschlagbar. Wer es nicht glaubt, überzeuge sich davon. (Beifall bei der FPÖ.)

Ich darf auch mit dem Antrag der ÖVP beginnen, bevor ich zu anderen Dingen komme, den Entschließungsantrag, der heute eingebracht wurde oder erst eingebracht wird. Falls er erst eingebracht werden sollte, würde ich der ÖVP empfehlen, sich das zu überlegen, was sie hier heute als Entschließungsantrag einbringt. Es ist nicht nur der Punkt drei, der genial formuliert ist, sondern auch die Punkte eins und zwei, die äußerst interessant sind. Es heißt ja immer und es wurde uns im Rittersaal sehr oft erklärt, jeder in seiner verschiedenen Art der Wahrheit oder Wahrnehmung, es hat Strategien in der ESTAG gegeben. Hier fordert die ÖVP unter Punkt eins und Punkt zwei, es solle endlich einmal ein Konzept erarbeitet werden, um die bestmögliche Koordination gesicherter Energieversorgung zu erarbeiten und dem Landtag vorzulegen. Kollege Drexler, müssen wir jetzt eines erarbeiten oder hat es schon eines gegeben? Ihr bestätigt ja damit, es hat keines gegeben. Danke für die Bestätigung. (Abg. Mag. Drexler: „Lies genau!“ – Beifall bei der FPÖ.)

Punkt zwei: Den Vorstand der ESTAG bei der Erstellung eines Unternehmensleitbildes und eines Strategiekonzeptes bestmöglich zu unterstützen. Es wurde gesagt, es hat ein Konzept gegeben und es hat ein Leitbild gegeben. Jetzt fordert die ÖVP, wir sollen den Vorstand unterstützen bei der Erarbeitung eines Konzeptes und eines Leitbildes. Frage an dich, Kollege Drexler: Hat es ein Leitbild gegeben, hat es ein Konzept gegeben oder müssen wir jetzt eines ausarbeiten? Danke für diesen Antrag, er bestätigt den Rechnungshofbericht. (Beifall bei der FPÖ und SPÖ.)

Punkt drei: Lieber Kollege Drexler, also ich weiß nicht, du stehst zwar als Erstantragsteller oben. Das heißt normalerweise, dass du das geschrieben hast. Es ist so üblich normalerweise. Ich traue dir das aber nicht zu, weil du bist intellektuell verdammt hoch unterwegs, wie wir das letzte Mal gemerkt haben, ich traue dir diesen Antrag nicht zu. Ich traue den dir nicht zu. (Abg. Mag. Drexler: „Den kannst du mir ruhig zu-trauen!“)

Und als dritten Punkt, und bitte, Frau Landeshauptmann, bitte wirken Sie darauf ein als Eigentümervertreterin, den dritten Punkt, das ist ja gemeingefährlich, was da gefordert wird. Hier vertreibt man ja die eigenen Kunden. Und bei aller Liebe, was da gesagt worden ist, eigener, freier Mord. Aber damit vertreiben wird die eigenen Kunden. Bitte, geht fragen rundherum, vielleicht gibt es irgendwo etwas Billigeres. In Wahrheit geschäftsschädigend, weißt du, was das in weiterer Folge heißt? Wieder eine negativere Bilanz für die ESTAG, Freunde. Wenn ich daheim meine Kunden vertreibe und jeder von uns oder bitte? (Abg. Mag. Drexler: „Willst du den Steiererinnen und Steirern verheimlichen, dass es andere gibt?“) Es ist ja kein Geheimnis, dass es jetzt einen liberalisierten Markt gibt, Freunde. Das wissen die Leute doch. Aber ich gehe nicht her als Verkäufer eines Produktes und sage zu einem, bitte, schau beim Nachbarn nach, da gibt es jetzt ein billigeres Produkt und dort gehst du hin. Ja bitte, wo sind wir denn daheim? Haben Sie überhaupt kein wirtschaftspolitisches Verständnis mehr? (Beifall bei der FPÖ.)

Freunde, ich sage wirklich eines, ich traue dir das nicht zu, dass du es geschrieben hast. Es ist wahrscheinlich passiert. Also, falls der Antrag noch nicht eingebracht wurde, ich bin nicht euer Klubobmann, aber bitte, macht das nicht, ihr macht euch lächerlich mit der ganzen Geschichte. Es gibt im Endeffekt für die ganze Strompreisgeschichte vier Grundübel. Es sind einige davon bereits heute herausgearbeitet worden. Das erste Grundübel – und das haben wir beim Informationsgespräch ja gehört, Frau Landeshauptmann, das haben Sie heute auch schon gesagt – das ist das Problem des Netzes und des Netzpreises. Wir sind in etwa, wenn man der Statistik der SSG glauben darf, die uns vorgelegt wurde, 46,4 Prozent des Gesamtpreises bei Netzgebühren, weil wir etwa 60 EVUs in der Steiermark noch haben, also weiterverteilende. Und ich habe es damals gesagt und ich sage es auch heute noch, das ist eines der großen Probleme in der Steiermark. Und es wäre Aufgabe der ESTAG-Führung und es wäre Aufgabe der SSG gewesen, in den letzten Jahren verstärkt darauf hinzudrängen, diese Netzstruktur zu vereinheitlichen und nicht diesen Wildwuchs weiterhin zuzulassen und zu schauen, dass man diese Netze in den Besitz bekommt, so wie es in vielen anderen Bundesländern auch der Fall ist und die dann mit vernünftigen Netzgebühren an ihren Kunden herangehen können. Wir in der Steiermark liegen hier im obersten Bereich der Netzgebühren. Und da liegt das Hauptproblem unserer hohen Kosten in der steirischen Stromwirtschaft. Hier bitte, Aufgabe der ESTAG wäre gewesen, die Netze in den Besitz zu bekommen und sich nicht mit Tiefgaragen, Styrian Spirit und weiß Gott was allem zu beschäftigen, um eigene Interessen der Leute, die dort im Aufsichtsrat gesessen sind, mit zu befriedigen. Das kann es nicht gewesen sein. (Beifall bei der FPÖ.)

Die zweite Geschichte, das ist auch heute schon gesagt worden, ist aber zu verstärken. Wir haben keine eigene Erzeugung mehr, wir können auf nichts mehr reagieren, auch wenn es Thema ist, dass wir wahrscheinlich vom Preis her nicht konkurrenzfähig sind, das müsste man sich genau anschauen, ist aber sicherlich ein Thema, das auch natürlich Abhängigkeiten schafft und uns nur auf den internationalen Markt treibt.

Der dritte Punkt, wir müssen uns klar sein, das ist auch – großer politischer Wille gewesen, dass Alternativenenergie etwas kostet. Da müssen wir uns klar sein. Wir sehen die Zuschläge, wir wissen, dass auch der Bereich einiges kostet.

Und der vierte große Bereich, das vierte große Grundübel, das ist es, dass in der ESTAG – ich traue es mir sagen – missgewirtschaftet wurde. Das ist auch herausgekommen in den diversen Aussagen, auch wenn ich so sage, dass uns nicht jeder da drinnen wirklich die Wahrheit erzählt hat. Das traue ich mir sagen, es hat uns zwar keiner angelogen, also wirklich bewusst angelogen, aber es hat uns auch keiner wirklich die Wahrheit erzählt, wie es ausgeschaut hat. (Beifall bei der FPÖ.)

Das waren die großen Probleme dabei.

Die größte Aktion hat sich die Landesregierung, und hier der bereits geschasste Wirtschaftslandesrat geleistet, dass er einen Auftrag dieses Hauses hier, einen mehrheitlich gefassten Auftrag dieses Hauses hier nicht umgesetzt hat, Freunde. Es haben die FPÖ, es haben die SPÖ und die Grünen einen Beschluss gefasst, dass die Verhandlungen mit den, ob sie jetzt wirklich gefeuert oder ob sie fristlos entlassen oder freigestellt wurden, das weiß man noch nicht ganz genau, was wirklich war, ich hoffe, das werden wir dann vom Herrn Ditz erfahren, dass hier weiter verhandelt wurde und dass denen noch Millionen nachgeworfen wurden dafür, dass sie eine Misswirtschaft in der ESTAG betrieben haben. Das kann es nicht sein. (Beifall bei der FPÖ.)

Genau jetzt zu diesem Zeitpunkt, wo das alles bekannt wird, geht man her und fängt an, den Strompreis zu erhöhen. Denken sich diese Leute denn nichts? Eines muss ich auch dazusagen: Es sind hier bitte beide Parteien im Boot, Freunde. Ich kann euch nicht hinauslassen, Freunde. Ihr seid genauso mit in dem Boot drinnen. Hier eine Dringliche Anfrage zu starten über Themen, die ihr bereits wisst, das kann es nicht sein. Ich halte daher nichts davon. Es hat die ganze Geschichte begonnen – (Abg. Kröpf: „Denk an Aufsichtsrat Raidl!“) Jetzt fangen wir noch einmal an. Das ganze Problem liegt beim Aufsichtsrat Raidl. Hätte es den nicht gegeben, gäbe es keinen ESTAG-Skandal. Okay, jetzt wissen wir es, jetzt haben wir es festgestellt. Endlich. (Abg. Kröpf: „Tu nicht so, als wenn der nicht dabei gewesen wäre. Schau dir die Mehrheitsverhältnisse an in der ESTAG!“) Du hast aber drinnen im Rittersaal selber gehört, dass Aufsichtsrat Raidl der einzige war, der sich zumindest bei diversen Sauereien dagegen gewehrt hat. Das hat er zumindest gemacht. (Beifall bei der

FPÖ. – Abg. Kröpfl: „Und dann umgefallen!“) Im Liegen umgefallen, da sind ganz andere nie aufgestanden. Da sind ganz andere nie aufgestanden. Das kann es nicht sein. Wer hat denn die Verträge für die Vorstände festgelegt? Wer hat sie unterschrieben? (Abg. Schrittwieser: „Der Vorstand?“) Nein, der Aufsichtsrat, lieber Freund. Da waren es Herr Ertler und Herr Hofer. Der ist euch, so glaube ich, nicht unbekannt, liebe Freunde. (Beifall bei der FPÖ. – Abg. Kröpfl: „Und wer waren die anderen im Aufsichtsrat?“) Es ist sogar ganz eindeutig dabei, dass die letzten Verträge von Herrn Hofer gemacht wurden. Freunde, ihr steckt genauso im Sumpf drinnen wie viele andere im Sumpf drinnen stecken. (Beifall bei der FPÖ. – Abg. Kröpfl: „Du brauchst nur die Aussage vom Raidl nehmen!“)

Hört doch auf mit der ganzen Geschichte. Eines ist auch passiert, und das werden wir Herrn Ressel ganz genau fragen: Was war der Grund, diese 5,6 Milliarden wirklich im Unternehmen zu lassen? Nachträglich gesehen war das ein Wahnsinn, was man da gemacht hat. Kollege Prattes, du bist der Finanzwirtschaftler. Du kennst dich hier bestens aus. Im Endeffekt hat die EdF ein Viertel des Kaufpreises, um Herrn Landesrat Ressel zu zitieren, wieder ad saccum geführt. Ein Viertel des Kaufpreises ist wieder durch diesen genialen Trick zurückgeflossen, genauso wie ein Viertel der Dividenden zurückfließen, wobei diese Dividenden, und das ist im Endeffekt klar und das bestreitet keiner mehr, aus den Rücklagen der Töchter bezahlt wurden. Das ist heute auch ganz klar herausgekommen bei der Anfrage an Frau Landeshauptmann, als wir gehört haben, was war wirklich der wirtschaftliche Erfolg und was war die Höhe der Dividenden. Die Dividenden sind aus den Rücklagen der Töchter geflossen und das ist keine Wirtschaftspolitik, die unbedingt zu verteidigen ist. Über die diversen Versprechungen zum Kaufpreis und dergleichen wollen wir ja gar nicht mehr reden, denn das kennt jeder schon, was alles plakatiert worden ist. Ich muss noch ein bisschen was zur ÖVP sagen, weil ich halte das manches Mal nicht mehr aus: Wenn ich mir die Inserate anschau, die jetzt stattfinden, was die Frau Landeshauptmann jetzt alles gemacht und gefordert hat, Einschaltung des Bundesrechnungshofes – einstimmig beschlossen, das ist formell vollkommen richtig. Der Bundesrechnungshof wurde deswegen eingesetzt, weil es die anderen Parteien und ein Brief des Herrn Landeshauptmannstellvertreters, der offen daliegt, gefordert haben, denn sonst wäre der Bundesrechnungshof nicht eingesetzt worden. Neuer Aufsichtsrat, okay. Kollege Tasch, willst du den Brief lesen? Ich glaube, du siehst die halben Sachen nicht. Einsetzung des Untersuchungs-Ausschusses. Es ist das Stärkste, was ich da lese, Einsetzung des Untersuchungs-Ausschusses. Das kommt so heraus, als hätte die ÖVP den Untersuchungs-Ausschuss eingesetzt. Also das zieht dem Fass den Boden weg, Freunde. Das halte ich nicht mehr aus. (Beifall bei der FPÖ.) Nein, ich halte das nicht mehr aus. Wenn man die Homepage der Steirischen ÖVP aufmacht (Abg. Majcen: „Warum machst du sie auf?“), das interessiert mich ja, weil vielleicht gibt es ja etwas Interessantes drinnen, ich weiß es ja nicht. Dann sieht man einen Bericht des Herrn Geschäftsführers Schnider. Da steht drinnen: Die Agenten, weil andere immer so empfindlich sind, wenn wir etwas sagen, Frau Landeshauptmann, weil ich bin so böse, weil ich sage immer etwas, Kogler, Wiedner und Kröpfl schießen derzeit aus der Hüfte auf alles, was sich bewegt, ohne konkretes Motiv und hinter einer guten Deckung positioniert. Jetzt sind wir einmal empfindlich, wir sind die Agenten? Was ist denn das für eine Bezeichnung, liebe Freunde der ÖVP? Ihr redet immer von Sachlichkeit, ihr redet immer von Redlichkeit in der Politik. Wo ist da die Sachlichkeit? Wo ist da die Redlichkeit? (Beifall bei der FPÖ.)

Liebe Freunde, ich fühle mich hier in diesem Haus nicht als Agent, sondern ich habe drüben im Rittersaal einen ganz klaren Auftrag, die politische Verantwortung in der ESTAG-Affäre zu klären. Dass es eine Affäre ist, das schreibt sogar die ÖVP in der Zeitung. Sie schreibt auch von einer Affäre. Also tut nicht so, wer redet jetzt von einem Skandal. Ihr redet selbst von einem Skandal. (Beifall bei der FPÖ.)

Ich zitiere Schnider weiter, weil das interessant ist, was noch kommt. (Abg. Tasch: „Du hast nur einen Neid, weil du nicht Vorsitzender bist!“) Kurt, das war jetzt so lustig. Es muss jedenfalls diesem Beschuldigungswettbewerb ein Riegel vorgeschoben werden. Was meint Herr Schnider damit? Muss unserer Arbeit ein Riegel vorgeschoben werden? Darf man nicht mehr aufzeigen? Darf man nicht mehr fragen? Darf man nicht mehr arbeiten? Lieber Herr Kollege Schnider, ich bitte, ihm das auszurichten, ich lasse mir von Ihnen keinen Riegel vorschieben. (Beifall bei der FPÖ. – Abg. Gennaro: „Vielleicht hat er einen Müsliriegel gemeint.“) Nicht einmal einen Müsliriegel. Meine sehr verehrten Damen und Herren, zu unserem Antrag ist schon einiges gesagt worden und Frau Kollegin Dietrich hat ihn bereits vorgebracht. Ich hoffe auf breiteste Unterstützung, speziell wenn es darum geht, auf Dividenden zu verzichten. Das kann es nicht sein. Es kann nicht die Arbeit des Landes sein, auf Dividenden zu verzichten. Das Budget 2005 – die Frau Finanzreferentin ist leider nicht hier – wird noch hart genug werden und wir werden noch einige Sträube ausfechten. Die Frau Finanzlandesrätin ist da, das freut mich, sie erscheint. Es wird ja nicht einfach werden, das Budget 2005 zu machen. Ich halte nicht unbedingt etwas vom Dividendenverzicht. Wenn es nicht anders geht, wird man darüber diskutieren müssen. Wenn ich mir den Forderkatalog anschau, der heute aufgelegt wurde, so quer durch die Bänke, so finde ich viele Punkte, auf die wir locker verzichten können, ohne dass wir den Steirerinnen und Steirern weh tun und wir können beim Strompreis vielleicht mit dem einen oder anderen helfen dabei. (Beifall bei der FPÖ.)

Wie gesagt, es kann nicht sein, dass wir hier von der ESTAG papierlt werden. Kollege Hagenauer hat mir berichtet, dass jetzt die Protokolle doch endlich kommen und dass wir doch endlich im Ausschuss vielleicht auf einem Informationsstand sind, den andere in der Zwischenzeit schon haben. Ich kann versprechen, wir werden weiterarbeiten, wir werden sachlich weiterarbeiten und wir werden schauen, Licht ins Dunkel zu

bekommen. Es ist ja bereits einiges da, was uns interessiert. Der Strompreiserhöhung muss heute ein Riegel vorgeschoben werden, weil so kann es nicht weitergehen, dass auf Grund der Misswirtschaft in der ESTAG jeder Steirer und jede Steirerin bezahlen. (Beifall bei der FPÖ. – 18.15 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Bittmann.

Abg. Bittmann (18.15 Uhr): So, sehr geehrter Herr Präsident! Frau Landeshauptmann! Meine liebe Frau Finanzlandesrätin! Meine Herren Landesräte! Energieverantwortlicher Landesrat!

Ich habe so viel vorbereitet und weiß nicht, wo ich anfangen soll, weil der Herr Voves nicht da ist. Den wollte ich eigentlich als Ersten ansprechen, aber sein Interesse scheint schon geschwunden zu sein, wie auch das Interesse vieler SPÖ-Abgeordneter, die nur mehr sehr mangelhaft hier vertreten sind. Aber es ist ja möglich, dass sich der Herr Landeshauptmannstellvertreter Voves, der so eifrig ist bei Dringlichen Anfragen, sich wieder hier herbemüht. Ich weiß schon, dass es für ihn ungewohnt ist zu arbeiten. Und vielleicht ist es für ihn ungewohnt, länger als zwei Stunden hier zu sitzen, weil – (Abg. Stöhrmann: „Das ist eine Frechheit, das ist eine Sauerei, ihm zu unterstellen, er mag nicht arbeiten!“) Und ich kann das ja begründen, lieber Bernd Stöhrmann. Schau, das wäre doch eine nicht gelungene Rede, wenn sich der Bernd Stöhrmann nicht aufregt. Bernd, danke! Meine erste Bestätigung! (Abg. Stöhrmann: „Das ist eine Frechheit!“) Bernd Stöhrmann, du hörst mich ja draußen auch. Ich kann das ja auch begründen. Weil du kommst mir eh nicht aus, Bernd. Ich weiß ja, dass da draußen ein Lautsprecher ist. Ich kann das ja begründen. Ich würde nur so gern dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter Voves das selber ins Gesicht sagen. Vielleicht hat er Angst, wie er gehört hat, dass ich auf der Rednerliste stehe, ist ja möglich, dass er es vorgezogen hat hinauszugehen und zu flüchten. Ich weiß es nicht genau. Auf alle Fälle ist ja der Herr Voves kein sehr fleißiger Besucher von Ausschüssen, wie wir alle wissen. Jetzt hat er ja erst einen einzigen Ausschuss besucht und das war der Untersuchungsausschuss und da hat er kommen müssen, weil wir hätten ja das Recht, ihn vorzuführen. Also gut, Herr Voves, erste Ausschusssitzung besucht, gratuliere. Weiters gibt es ein Jubiläum zu feiern, denn der Herr Landeshauptmannstellvertreter Voves hat heute nach mehr als zwei Jahren in der Regierung die Schallmauer von einer Stunde Redezeit durchbrochen und dazu gratuliere ich ihm sehr herzlich. Gratuliere, Herr Voves! (Beifall bei der ÖVP.) Also, Bernd, wenn du mich hörst, arbeitest für Voves, gelt. Der redet in zwei Jahren eine Stunde. Das – bitte – erscheint mir nicht sehr viel.

Ich würde auch gern, nachdem sich hier auf einmal der Herr Landeshauptmannstellvertreter Voves als Energieexperte gezeigt hat, ihn dazu ermutigen, sich auch zu bewerben, bei der ESTAG Vorstand zu werden. Sein Vorgänger ist es jetzt schon. Er könnte dann seinen Vorgänger ablösen, also wäre das eine sehr kontinuierliche Übernahme der ESTAG. Er ist, zumindest glaubt er, dass er ein Stromexperte ist. Es ist nämlich merkwürdig, wenn man 16 Fragen stellt und eine davon vergisst überhaupt, also es sind ja nur 15, aber das mit dem Zählen, okay, das nehmen wir nicht so genau, wenn man also 15 – eigentlich – Fragen stellt und dann eine Antwort bekommt, eine Antwort, die auf 19 Seiten verfasst ist und es dann noch nicht verstanden hat, dann frage ich mich, was muss man denn noch tun? Wie kann man das dem Herrn Voves und dem Herrn Gennaro und dem Herrn Stöhrmann erklären, wie das funktioniert am freien Markt? Mir fällt jetzt momentan keine Möglichkeit mehr ein. Der Herr Voves war beim Informationsgespräch in der Burg dabei. Er hat sich dort sehr ruhig verhalten. Er hätte ja dort so wie die Frau Sonnek die Möglichkeit gehabt zu informieren. Nur, dort nicht zu fragen, so wie es die Frau Sonnek auch nicht gemacht hat, die ist auch nicht da, hat ihre Rede gehalten, ist schon wieder weg, ja, macht nichts, die Frau Sonnek hat also dort bei diesem Informationsgespräch in der Burg keine einzige Frage gestellt, hätte aber dort die Experten gehabt. Und dann frage ich mich überhaupt, wieso sich die Frau Lechner-Sonnek da herausstellt und zu einem Wirtschaftsthema redet. Sie hat doch in ihrem Klub einen Experten, der den Untersuchungsausschuss ausgezeichnet leitet. Wieso lässt sie nicht den Experten Hagenauer reden, der hätte was Gescheites gesagt. Ich stelle mich da her, weil das ist halt Dringliche Anfrage, sind die Medien da, ist der ORF da, denkt sich die Frau Sonnek, na gut, rede ich. Aber es tut mir Leid für Sie, Herr Vorsitzender des Ausschusses, denn ich weiß, dass Sie nicht nur diesen Ausschuss hervorragend leiten. (Abg. Hagenauer: „Sind Sie der Experte?“) Ich würde nie so weit gehen, mich als Experten zu benennen. Vielleicht was den GAK betrifft, vielleicht was den Elektrogroßhandel betrifft, aber in weiteren Fragen, mich selbst als Experten zu bezeichnen, würde weit über das Ziel hinausschießen. Allerdings, weil wir gerade beim Thema sind, hat es da so lustige rote Schachterln gegeben von der SPÖ. Und das zeigt eigentlich, wie viel die SPÖ von Energie versteht, nämlich gar nichts. Das Birnderl, das Sie ausgeteilt haben, das ist die älteste am Markt befindliche Form der Lichtgewinnung. Es gibt nichts Unwirtschaftlicheres als so ein Glühbirndl, das die SPÖ in Ungarn produziert, wo sie es gekauft haben, weiß ich nicht, bei mir leider nicht. Hätte ich gerne geliefert, zu weit überhöhten Preisen. Das Glühbirndl, meine Herren Stromexperten von der SPÖ, wandelt von 100 Prozent Energie nur 20 Prozent in Licht um und 80 Prozent in Wärme, also heiße Luft, meine Herren, so wie Ihre Dringliche Anfrage. (Beifall bei der ÖVP.)

Eine moderne Lichtquelle, und wir in der ÖVP beschäftigen uns wirklich mit Energie – und das ist jetzt gar nicht so lustig, wie es klingt, das ist eine moderne Lichtquelle, die die gleiche Lichthelligkeit weitergibt wie dieses altmodische Birnderl von der SPÖ. Diese moderne Energiesparlampe braucht nur ein Fünftel des Stroms und haltet achtmal so lange wie dieses Birndl. Also Stromexperten ÖVP, haltet achtmal so lange, spart Strom, hier Stromexperten SPÖ, das älteste am Markt befindliche Lichtquellenbirnderl, das es gibt. (Beifall bei der ÖVP.)

Der Herr Landeshauptmannstellvertreter Voves, eigentlich müsste ich ihm danken, denn ich habe mich wirklich vorbereitet heute natürlich auf diese Energiedebatte. Habe dann sämtliche Unterlagen weggeschmissen, nachdem er sich zu Wort gemeldet hat. Ich würde ja fast liebevoll „Petzi“ zu ihm sagen, danke, du bist mein Redenschreiber. Ich muss mich gar nicht mehr vorbereiten, alles, was er sagt, hat Hand und Fuß oder auch nicht. Er redet von Bruderzwist, also da sitzt auch ein Bruder neben ihm. Ich weiß nicht, wie es mit dem Zwist steht. Ich weiß auch nicht, wie es mit der Dame in seiner Regierungsmannschaft aussieht, Barbara, jetzt schaue ich dich an, ich weiß nicht, warum. Aber werden wir sehen! Auf alle Fälle würde ich allen Herren, die sich da hier so zu Wort gemeldet haben, Stöhrmann und Voves und so weiter, empfehlen, sich zu informieren, wenn es die Gelegenheit dazu gibt, zuzuhören, wenn die Frau Landeshauptmann antwortet. Die Frau Landeshauptmann hat nämlich unter anderem in ihrer Anfragebeantwortung darauf hingewiesen, dass sie es war, die eine Strompreissenkung von 7 Prozent, als es politisch noch möglich war, veranlasst hat. Und dass es die Stadtgemeinde Bruck als Betreiberin der Stadtwerke Bruck war, die die Preissenkungsverordnung beim Verfassungsgerichtshof angefochten hat. Und jetzt frage ich mich, was der Herr Bürgermeister Bernd Rosenberger sich dabei gedacht hat, aber an die Brucker und Bruckerinnen sicher nicht.

Abschließend darf ich vielleicht Ihnen noch sagen, dass die Dringliche Anfrage schön langsam fad wird. Also wir könnten ruhig aufhören damit und es nutzt auch leider nichts, wenn man dann eine Antwort gibt, nicht! Also hört auf mit dem Blödsinn, tut lieber die Möglichkeiten nutzen, die Ihnen die Frau Landeshauptmann gibt bei Informationsgesprächen in der Burg, egal ob es um Energie oder Kultur geht. Nicht kritisieren, Frau Zitz, wenn Sie einen Termin haben, wahrnehmen, reden und zuhören und lernen. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP. – 18.24 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Petinger. Danach Herr Abgeordneter Hagenauer.

Abg. Petinger (18.25 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Frau Landeshauptmann, werte Regierungsglieder, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Jetzt ist es natürlich ganz schwierig, wenn der Energie- und Wirtschaftsexperte der ÖVP einen derartigen Vortrag hält, wieder zum Thema zu finden. Man kann sich aber auch lustig machen über das Thema, das ist auch klar und ich habe es fast so empfunden, wie man sich über eine Energiepreiserhöhung lustig machen will im Interesse der Steirerinnen und Steirer. Vielleicht noch zwei, drei Bemerkungen zu den Vorrednern: Ich glaube, Herr Landesrat Schöpfer, und da möchte ich zustimmen, hat zwei sehr wichtige Dinge gesagt, nämlich Versorgungssicherheit und Unabhängigkeit in der Energiepolitik. Nur schlichtweg diese Energiepolitik wurde nicht gemacht, meine Damen und Herren. Genau auf diese beiden Punkte hat man in der Vergangenheit in der ÖVP-Energiepolitik verzichtet. Frau Klubobmann Dietrich ist auch da – FPÖ Raidl – ich bin sehr viel beim Untersuchungs-Ausschuss. Herr Ing. Raidl hat sich zwar einige Male gegen verschiedene Entscheidungen gewandt und nicht mitgestimmt, aber sehr viele dieser Dinge hat er nach Anhörung von Experten wieder zurückgenommen und letztendlich ist nicht sehr viel übrig geblieben. Wenn ich mich so richtig erinnere, war es vielleicht eine oder zwei Entscheidungen, die er dann nicht mitgetragen hat. Zur Aktiengesellschaft, zum Gestaltungsspielraum als Eigentümervertreter hat Herr Landeshauptmann Voves das Dementsprechende gesagt. Wenn man als Mehrheitseigentümer will, hat man diesen Gestaltungsspielraum und das hat bis jetzt auch niemand abgestritten. Es fehlt aber der Wille, um zu gestalten und dort liegt auch ein Problem. Herr Klubobmann Drexler, vielleicht ganz kurz: Landesrat Paierl wird vorverurteilt. Ich frage mich wirklich, durch wen? War das, ich will nicht sagen Entlassung, diese Enthebung oder dieser freiwillige Rücktritt, eine Vorverurteilung oder war es ein Bekenntnis der ÖVP für eine verfehlte Energiepolitik? Zu beiden wahrscheinlich. Damit haben wir es wieder.

Jetzt zu den eigentlichen Aussagen, die ich tätigen möchte. Meine Damen und Herren, die von der ÖVP praktizierte Energiepolitik der letzten Jahre rächt sich und die Kleinstabnehmer, die Haushaltskunden, die Steirerinnen und Steirer sollen dafür bezahlen. Der Jubel nach der Kooperation der ESTAG mit dem Verbund über die Zusammenführung der Geschäftsfelder in der AHP, in der Austrian Hydro Power, und in der ATP, der Austrian Terminal Power, aus dem Jahr 2001 ist nun endgültig vorbei. Die Realität einer solchen Verschönerungspolitik und einer solchen Budgetpolitik holt einen manchmal schneller ein, als einem das lieb ist. Die euphorischen Ankündigungen einer Strompreissenkung um mindestens 10 Prozent sind Schall und Rauch. Im Gegenteil: Heute zahlt der Großteil der Steirerinnen und Steirer mehr als vor der Liberalisierung und vor dem Ausverkauf der steirischen Energie und es droht eine weitere 3-prozentige Erhöhung der Energie. Die Steiermark ist wieder einmal im österreichischen Spitzenfeld. Nur mehr das Burgenland hat höhere Stromkosten zu verzeichnen. (Abg. Gödl: „Roter Landeshauptmann!“) Frau Landeshauptmann, ich möchte Ihnen und der ÖVP, im Gesamten, nicht ein Mal, populistische Ankündigungspolitik vorwerfen. Eines müssen Sie aber zur Kenntnis nehmen: Die ÖVP betreibt nicht im Interesse der kleinen Stromkunden Energiepolitik, sondern im Interesse der großen Abnehmer, der Industrie und im Interesse der Landespolitik. Dazu möchte ich Ihnen, verehrte Damen und Herren, einige Fakten liefern: Seit dem Rechnungshofbericht ist bekannt, dass die ESTAG weit über die vereinbarten Beträge hinaus Dividendenausüttung an den Mehrheitseigentümer, das Land Steiermark, bezahlt hat und somit zum Budgetausgleich diese Dividenden beigetragen haben. Gleichzeitig hat aber die ESTAG, laut Rechnungshofbericht, ihre Töchter, auch die SSG, die STEWEAG/STEG, zur Ablieferung hoher Dividenden verpflichtet und das sogar in einem Ausmaß, laut Rechnungshofbericht, dass dadurch die Substanz der Unternehmen reduziert und die Ertragskraft beeinträchtigt wurde. Also welche Möglichkeiten bleiben nunmehr der Tochter STEWEAG/STEG, damit die Dividenden bezahlt werden können

und das Unternehmen nicht substanziell gefährdet ist? Man fordert einen höheren Strompreis. Übrigens, Frau Landeshauptmann, die STEWEAG/STEG ist im Mehrheitsbesitz der ESTAG und die ESTAG ist im Mehrheitsbesitz des Landes Steiermark und im Lande Steiermark sind die Eigentümerverantwortungen doch klar bei der ÖVP. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Rezept ist doch ganz einfach: Um das Landesbudget ausgleichen zu können, reichen die Steuereinnahmen aus dem Finanzausgleich nicht mehr aus, eigene Einnahmen aus der Finanz- und Abgabehoheit reichen nicht aus, also holt man sich das Geld beim Stromkunden. Wissen Sie was, meine Damen und Herren? Das gleiche Schema und das gleiche System auf Bundesebene. Der parteilose Finanzminister der ÖVP erhöht die Abgaben auf die Primärenergieträger Kohle und Gas. Diese wird wieder auf den Strompreis umgeschlagen und so einfach bekommt man teilweise die notwendigen Mittel für eine Steuerreform. Beim Verbund, meine Damen und Herren, das gleiche Muster: Zeitungsartikel „Wirtschaftsblatt“ vom November 2003: „Haider kündigt an, bestes Ergebnis des Verbundes, 42 Prozent Steigerung.“ Das macht ja nichts und spielt auch keine Rolle. Ich zeige ja nur das gleiche Schema auf. Ich bin gegen dieses Schema. (Abg. Gödl: „Haider ist ein Roter, musst mit deinem Parteikollegen reden!“) Das wird sicher nicht passieren. Es ist das gleiche Schema, das ich hier aufzeige und ich werde noch dazu kommen, dass die ÖVP diese Politik trägt. Wissen Sie, wie er das begründet? Mit höheren Preisen und Kostensenkungen, die Wirkungen zeigen. Meine Damen und Herren, das ist doch durchgehende Systematik. Es ist die Liberalisierung der steirischen und der österreichischen Energiewirtschaft zuungunsten der vielen kleinen Stromkunden. Nochmals zum Thema Beteiligungspolitik unter der ÖVP-Eigentümerverantwortung, ich meine speziell die so genannte „Südpol-Lösung“, abgesegnet von der ÖVP und von der FPÖ: Diese Kooperation mit dem Verbund, das Heimholen der STEG, und ich gebe das auch offen zu, mag auch positive Seiten haben. Aber eines, meine Damen und Herren, ist dadurch auch geschehen: Die Steiermark hat sich in ein Abhängigkeitsverhältnis zum Verbund begeben. Die Steiermark wird schlussendlich zu einem Stromimporteur degradiert. Diese Entscheidungen sind auf eurer Seite gefallen und waren schlussendlich jetzt falsch. Wenn euer Herr Landesrat hier spricht von Unabhängigkeit der Strompolitik und es ist jahrelang der Ausverkauf betrieben worden, dann musst du mit deinem Landesrat reden oder mit dem, der vorher darüber bestimmt hat. Tut mir Leid, ich kann dir da nicht helfen. Ich bin der falsche Ansprechpartner. Du musst zu den Herren gehen, die entschieden haben. Tatsache ist trotzdem, Stromerzeugung und somit auch eine gewisse Eigenständigkeit in der Energiepolitik gehören der Vergangenheit an. Frau Landeshauptmann, Sie haben im Jahr 2000, als die Einbringung der STEWEAG-Kraftwerke in eine gemeinsame Gesellschaft der ATP verhandelt wurde, Folgendes erklärt: „Eine solche Lösung wird es nur geben, wenn der Weiterbestand der steirischen Kraftwerke gesichert ist“. Stand 2004: Pernegg I geschlossen, Pernegg II geschlossen, Zeltweg geschlossen, Neudorf/Werndorf geschlossen und das zweitgrößte kalorische Kraftwerk Österreichs vor der Schließung. Wie Sie wissen, meine Damen und Herren, soll Voitsberg III noch im Jahre 2006 stillgelegt werden. Es gibt aber Möglichkeiten für Voitsberg III – das haben wir heute schon gehört und Experten sagen das auch, Frau Landeshauptmann, und Ihnen ist das teilweise auch bekannt. Wenn Sie nicht wollen, dass die Steiermark in der Energieerzeugung in die absolute Bedeutungslosigkeit versinkt, dann bekennen Sie sich endlich zur Weiterführung des Kraftwerkes Voitsberg III. Zu Ihrer Aussage im Jahre 2000: Es gibt Chancen. Die ESTAG ist der zweitgrößte Miteigentümer der ATP. Ich glaube, die Forderungen von Herrn Landeshauptmannstellvertreter Franz Voves und der SPÖ müssen endlich Gehör finden. Energiepolitik darf nicht auf dem Rücken der kleinen Stromkunden ausgetragen werden und es muss endlich verantwortungsvolle Energiepolitik für die Steiermark gemacht werden, wie es dein Landesrat gerade vorhin gesagt hat. Und genau das ist nicht passiert. Ich darf jetzt einen Unselbstständigen Entschließungsantrag der SPÖ einbringen. Der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens dem Beschluss des Steiermärkischen Landtages vom 10. Februar 2004 zur Dringlichen Anfrage, „die Abfertigungen der ausgeschiedenen Vorstandsmitglieder ruhen zu lassen“, endlich Folge zu leisten und die dazu erforderlichen Maßnahmen raschest zu setzen; zweitens eine außerordentliche Hauptversammlung der ESTAG einzuberufen, um die bevorstehende Strompreiserhöhung zu verhindern und dafür allenfalls einen teilweisen Dividendenverzicht durch das Land Steiermark anzubieten. Ich danke sehr! (Beifall bei der SPÖ. – 18.35 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Hagenauer, bitte!

Abg. Hagenauer (18.35 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Mitglieder der Landesregierung! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ich gehe in meiner Wortmeldung entlang der Argumente, die von der Frau Landeshauptfrau eingangs bei der Beantwortung verwendet wurden, für die Begründung der Strompreiserhöhung vor. Es wurden von der Frau Landeshauptfrau zuerst genannt die hohen Netzgebühren in der Steiermark beziehungsweise die hohen Netzkosten. Dazu muss man sagen, dass die e-control selbst erstens gesagt hat, erst vor wenigen, vor drei, vier Monaten, dass in der Steiermark 160 Euro pro Haushalt und Jahr zu viel verlangt werden an Netzkosten immer noch. Die e-control hat nie einen Zweifel darüber gelassen, dass die Netzkosten in der Steiermark viel zu hoch sind, 160 Euro. Ja, hat nie einen Zweifel darüber gelassen, sie war nur, weil es natürlich auch nicht außerhalb jeglichen politischen Systems steht, sich bewusst und vor allem weil sie weiß, wie die Situation der Energiewirtschaft, der Stromwirtschaft in der Steiermark ist, insbesondere der ESTAG-Gruppe ist, war sie sich bewusst, dass man diese Reduzierung nicht über Nacht realisieren kann. Das war das nackte Mitleid mit der ESTAG, dass hier die e-control dazu bewogen hat, nicht andere Töne anzuschlagen und nicht die Anerkennung einer adäquaten und kostengerechten Bewirtschaftung der heimischen Energieszene.

Das Zweite, was sich hinter diesem Begriff „Netzkosten“ versteckt, das soll man ja nicht vergessen, die Netzkosten sind die Cashcow für die Stromwirtschaft. Dort ist all das drinnen, wovon wir jetzt gerade reden. Die ESTAG-Miswirtschaft, die ist in diesen Netzkosten drinnen. Man soll also nicht klagen, dass die Netzkosten so hoch sind, sondern man soll klagen, dass die ESTAG so gewirtschaftet hat, so schlecht gewirtschaftet hat, wie sie das hat. Man soll dann reden von den Abfertigungen für die Vorstandsmitglieder, ich verwende dieses Vokabel ganz bewusst und tu das in der Überzeugung, dass das mit Populismus nichts zu tun hat. Man könnte allenfalls über die Höhe dieser Abfertigung und Gehälter reden, aber man muss das in den Mund nehmen. Die Netzkosten haben auch damit zu tun. Frau Kollegin Lechner-Sonnek hat das schon getan und darauf hingewiesen mit der Raumordnung, mit der Zersiedelung in der Steiermark. Und die Netzkosten haben auch damit zu tun, haben auch damit zu tun mit den Altlasten, haben auch damit zu tun mit der Machtunterstellung der Gewerke in diesem Land. Es war der Herr Gewerke Pichler, der Aufsichtsrat der STEWEAG war, der mit sich selbst die Preise ausverhandelt hat, der mit sich selbst die Netzkonfiguration ausverhandelt hat und dem es gelungen ist, das war schon der Rechnungshofbericht in den achtziger Jahren, wo drinnen gestanden ist, dass die STEWEAG unaufgefordert ihm die Leitung bis ins hintere Feistritztal samt Umspannwerk gelegt hat. Für ihn ein gutes Geschäft, für die STEWEAG, die seit eh und je in der Steiermark das war, was sie war, nämlich die Melkkuh für die Politik und das Spielfeld für die Politik, ein sehr schlechtes Geschäft. Trotzdem bin ich übrigens der bescheidenen Meinung, dass die STEWEAG wahrscheinlich der einzige Monopolbetrieb der Welt ist, der es trotzdem schafft, wie man uns neulich im Untersuchungs-Ausschuss weismachen wollte, unmittelbar vor dem Konkurs gestanden ist. Mir ist jedenfalls kein anderer Betrieb bekannt, der seine Preise selber festgelegt hat und trotzdem konkursreif geworden ist.

Das bringt mich zum nächsten Punkt, die Synergieeffekte. Ja, in der Tat ist hier ein Handlungsbedarf. Dann schauen wir uns das an. Ich zitiere einen unverdächtigen Zeugen, den Herrn Ditz. Der Herr Ditz hat als Erstes gleich einmal gesagt, ich will von den Stadtwerken Graz 100 Prozent. Aus seiner Sicht zu Recht. Was wollte er uns damit sagen? Er sagt, was habe ich denn mit einer 49-Prozent-Beteiligung an einem Unternehmen, das keine Affengewinne macht? Richtig! Vollkommen richtig! Das ist der Unterschied zwischen einer Finanzbeteiligung und einer strategischen. Und das ist genau das Problem, dass dieses Unternehmen ESTAG keine Zielvorgaben hatte, wie übrigens nicht nur der Rechnungshof moniert, sondern wie auch in der aktienrechtlichen Sonderprüfung drinnen steht. Nur, es ist die Politik, die sagen muss, wohin da die Reise geht. Sind das jetzt Unternehmen, die auf Gewinn ausgerichtet sind, oder haben die einen anderen Zweck auch noch? Wie schaut es aus mit der Beschäftigtenzahl? Die ESTAG hat jetzt das Problem, dass die Stadtwerke sagen, wir behalten unsere Beschäftigten alle, ja. Man hat zwar von Seiten der ESTAG viel gezahlt, aber man hat von Seiten der ESTAG keine Kostenreduktion unter anderem aus dem Grund. Jetzt nachvollziehbar, aber warum hat man denn das nicht vorher klar ausgesprochen und hat gesagt, also bitte schön, wir beteiligen uns bei euch, wenn wir wirtschaftlich etwas haben davon und sonst halt nicht. Warum ist man denn nicht hergegangen und hat gesagt, wir wollen die Beschäftigten sichern? Dazu müssen wir ihnen aber neue Aufgabengebiete geben. Solche gäbe es ja genug in Zeiten wie diesen. Man könnte zum Beispiel Energiesparlampen einschrauben. Herr Kollege Bittmann, eine Energiesparlampe – Sie sind nicht der Energieexperte der Fraktion, das halte ich Ihnen zugute, Sie haben es selber zugegeben – eine Energiesparlampe hält nicht achtmal, sondern 20-mal so lange wie eine normale. Aber das nur am Rande. (Beifall bei den Grünen.)

Man hätte ihnen dann neue Aufgabengebiete geben müssen, um diese Beschäftigten zu sichern. Das hat man nicht getan. Doch dazu braucht man dann ein Leitbild. Dazu braucht man ein Leitbild für das Unternehmen, dazu braucht aber, bevor man dem Unternehmen ein Leitbild geben kann, ich wiederhole nur das, was die Kollegin Lechner-Sonnek schon eingangs gesagt hat, dazu braucht es natürlich eine Vorstellung vom Eigentümer. Wohin geht denn die Reise? Ist das Energiesparen überhaupt ein Thema? Die Grünen sind der bescheidenen Meinung, wenn wir beim dritten Faktor bleiben, der genannt wurde von der Frau Landeshauptfrau, die Einkaufspreise steigen. Ja, das, was bis jetzt passiert ist, die e-control sagt, es ist gar nichts passiert, vielleicht ist was passiert, wir wissen nicht, zu welchen Preisen die ESTAG in Wirklichkeit einkauft. Das weiß niemand, auch die e-control nicht. Nehmen wir einmal an, es sind irgendwelche Einkaufspreise gestiegen. Fest steht – das ist überhaupt nicht das Problem. Das echte Problem ist das, dass es jetzt erst losgeht und das vor der Performance unserer ESTAG. Die Preisdebatten, die Strompreisdebatten in fünf Jahren, die werden viel, viel ernster sein als unsere heutige, glauben Sie mir das. Es ist so, dass die Rohstoffpreise säkular steigen. Säkular heißt nicht mittel, sondern auf ewig, auf absehbare Zeit. Zehn, 20 Jahre drückt die Ölförderung. Die Ölförderungen auf der Welt gehen seit Jahren bereits zurück. Es geht wieder bergab allein mit dem Rohstoffaufkommen, gleichzeitig explodiert der Bedarf. Jetzt muss man kein Professor aus der Disziplin der Wirtschaftswissenschaften sein, um zu wissen, was das bedeutet. In der Situation geht aber jetzt die Verbundgesellschaft her beziehungsweise die ATP, um korrekt zu sein, und sagt, sie bauen zum Beispiel eine 800-Megawatt-Gasturbine. 800 Megawatt, damit Sie sich ein Bild machen, sind das Vierfache ungefähr von Mellach, wollen sie dort unten hinbauen. Was heißt denn das und was sagt denn da das Land dazu? Was sagt denn da die Politik dazu? Herr Professor Schöpfer hat vollkommen Recht, wenn er sagt, wir müssen uns überlegen, was der Staat kann und was die Privatwirtschaft kann. Nur, er soll es sagen beziehungsweise die ÖVP, die Regierung soll es sagen. Es ist richtig, dass man genau das hier an dem Beispiel ESTAG anschauen muss, was ist die Rolle der Politik und was ist die Rolle eines Unternehmens. Was ist denn herausgekommen, wenn man dem Unternehmen die Politik überlässt? Soll ich es Ihnen sagen? Die ESTAG-Krise ist herausgekommen. (Beifall bei den Grünen.)

Deswegen auch das Zitat der Kollegin Lechner-Sonnek von der ersten Seite, das übrigens zwar aus einem Rohbericht stammt, aber 150.000 Mal inzwischen schon zitiert wurde und daher ohne irgendwelche rechtlichen Konsequenzen beliebig oft wieder zitiert werden kann, weil schon lange öffentlich. Was ist denn herausgekommen da dabei? Wenn der Staat, wenn die Politik sagt, wir haben nichts zu tun mit der ESTAG, ihr macht das, dann kommt genau das heraus, abgesehen davon, dass es ohnehin nicht so war, dass man sich ohnehin in die Augen geschaut hat und gesagt hat, jetzt haben wir 5,6 Milliarden, viel mehr, als wir gedacht haben und wir werden doch keinen Landtag brauchen. Natürlich war es so. Wir werden doch keinen Landtag brauchen, wir werden doch keine Öffentlichkeit brauchen. Zum Schluss ist doch irgendeiner unter den 56, der vielleicht sogar eine blöde Frage zusammenbringt. Was dann? Dann schauen wir alt aus. Hinter den Polstertüren der ESTAG und der STEWEAG ist es viel lustiger. Natürlich war es das. Natürlich war das der Grund. Dass die STEWEAG schief da war, das wissen wir alle. Dass sie konkursreif war, das glaube ich zwar nicht. Dann müsste man noch nachträglich alle verfluchen, die damals die Verantwortung hatten und da weilen noch welche unter uns. Sie hat Geld gebraucht, aber sie hat nicht alles gebraucht. Aber was ist denn noch passiert, wenn wir heute über die Strompreise reden, über die E-Heizungen? Bei dieser Strompreisinformationsveranstaltung der Frau Landeshauptfrau ist uns auch, jedenfalls mir, erklärt worden, dass man trotz der Erhöhung von 50 Prozent der Tarife für die E-Heizungen noch immer draufzahlt. Ich glaube es dem Herrn Zankel. Ich glaube ihm das. Ich weiß nicht, wer heute schon einmal gesagt hat, wann die Grünen gewarnt haben. Das war einer von dutzenden Punkten, wo wir seit Jahren warnen und gesagt haben, es ist ein Verbrechen und verantwortungslos, die Leute in die E-Heizungen hineinzulassen. Ich gebe übrigens dem Kollegen Gennaro in einer Nebensache nicht ganz Recht, dass alle alten Menschen deswegen eine E-Heizung brauchen, weil sie alt und gebrechlich werden. Das ist nicht ganz so. Das schmerzt die Vertreter der Biomasse, weil es heute automatische Biomasseheizungen und andere gibt, die auch einem gebrechlichen Menschen natürlich zumutbar sind. Nicht alle alten Leute – wissen wir – haben eine E-Heizung. Das Argument können wir uns daher ersparen. Was ist passiert, weil das ist ja das Interessante: Ein Unternehmen hat unternehmerisch gehandelt in dem Augenblick. Die haben gesagt, jetzt kriegen wir – super – einen billigen Strom, die Liberalisierung kommt, gehen wir werben, Umsatz steigern. Zwei Jahre später handeln sie wieder wie ein Unternehmen und sagen, die Preise steigen. Liebe Freunde, was stellt ihr denn für dumme Fragen? Wisst ihr nicht, auf welcher Welt wir sind? Die Marktwirtschaft, Herr Professor. Wir, die Politik, wir haben mit den Preisen nichts zu tun. Eine kleine Anmerkung am Rande: Die Frau Landeshauptfrau hat sich hier und heute gerühmt, dass sie sehr wohl Preise festgelegt hatte. Das war nicht der Breschnewismus damals, das war nur der gute Wille – nehme ich zur Kenntnis. Man hat auch hier und in dieser Landesregierung sehr wohl Strompreise festgelegt, solange es das Gesetz noch ermöglicht hat. Jetzt ermöglicht das Gesetz es nicht mehr. Der Punkt ist ja der, das Unternehmen kann nicht die Politik ersetzen. Das Unternehmen hat die Leute mit der E-Heizung hineingelassen und das Unternehmen hat übrigens auch zu dem Zeitpunkt, als man insbesondere in der Steiermark und insbesondere in der Oststeiermark, die jene Region ist, die auf der Welt die höchsten Solarkollektorendichte hat, begonnen, viele Solarkollektoren zu bauen. Das Unternehmen hat reagiert, und zwar so, wie sich ein Betriebswirt das vorstellt im ersten Semester. Sie haben gesagt, ein Konkurrent, wir halbieren daher die Preise für den Nachtstrom. Die Oststeirer haben schauen können, wo sie geblieben sind mit ihren Solarkollektoren. So einfach ist das in der Wirtschaft und das ist in Ordnung. Aber das Problem, das wir hier haben, ist, dass die Politik versagt. Das ist das Problem. Und deswegen braucht es Vorgaben von der Politik und genau der Punkt zeigt auch, dass diese Vorgaben der Politik notwendiger sind denn je, weil jetzt tun sich zwei Wege auf: Ich sehe, wie auch Kollegin Lechner-Sonnek schon gesagt hat, wir werden dem zustimmen, das durchaus als einen Schritt, und zwar den ÖVP-Antrag, wie ich übrigens die Wortmeldung des Kollegen Wiedner hervorragend gefunden habe, vor allem diesen rhetorischen Zugang, den ÖVP-Antrag als das zu interpretieren, als das er interpretiert werden kann, nämlich als Feststellung, dass das, was man jetzt fordert, bis jetzt alles nicht passiert ist. Das ist richtig. Ich sehe durchaus hier die Möglichkeit anhand des ÖVP-Antrages, einen Schritt zu tun, um aus dieser ESTAG-Krise Konsequenzen zu ziehen und vor allem den Menschen im Lande, den Haushalten, den Einkommensschwachen Preisschocks zu ersparen gegen das, was wir jetzt haben, ein Lapperl ist. Diese Chance sehe ich, nur muss man sie wahrnehmen. Ich bin überhaupt nicht sicher, ob nicht in einigen Köpfen in diesem Lande die Vorstellung herrscht, jetzt haben wir uns an die Brust der EdF geworfen. Die war noch immer zu schwach, wir brauchen einen noch stärkeren Partner. Ich bin mir nicht sicher, dass das nicht in einigen Köpfen ist und ich bin mir nicht sicher, wo die ESTAG nach Vorstellungen dieser Leute in einem Jahr landen soll. Ich bin mir nicht sicher. Wo sie aus unserer Sicht landen soll, das ist klar. Wir werden angesichts der langfristigen Entwicklungen sehr gut beraten sein zu schauen, ob wir, nachdem die Preise jetzt ohnehin explodieren auf Grund dieses unseligen Wirkens eben jener Konzerne, uns nicht mit der Bevölkerung zusammen eine Strategie überlegen, damit wir uns in Zukunft nicht erpressbar und nicht abhängig machen. Zum Abschluss noch zwei kleine Anmerkungen: Sie kennen alle die Select-Werbung, die überhaupt nichts gebracht hat, null. Da war nur ein genialer Werbeguru am Werk, am Markt, weil sein Chef nicht in der Lage war zu sagen, was er zu tun hat und wohin die Reise geht. Diese Krankheit hat sich fortgesetzt auf die nächste Ebene – ist auch klar. Die Select-Werbung kostet allein die Hälfte von der Strompreiserhöhung, die jetzt beschlossen wird, 50 Prozent jedes Jahr, nicht nur ein Mal wie der Dividendenverzicht. Das Zweite, weil es auch angesprochen wurde, ist, und ich abschließend mich schon ein bisschen provoziert fühle, dazu einen Satz zu sagen, die Anmerkung vom Kollegen Drexler, dass es niemandem gelingen wird, die Frau Landeshauptfrau mit der ESTAG-Krise in Verbindung zu bringen – so frei zitiert jetzt. Frau Landeshauptfrau, ich würde Sie gerne in Verbindung mit der Putzfrau bringen, die Herr Landesrat Hirschmann immer zitiert hat. Sie sprechen mit den Menschen. Wenn die Putzfrau das alles gewusst hat, die

ESTAG-Putzfrau, warum ist das nicht bis zu Ihnen gedungen? Wenn in der ESTAG viele Arbeitnehmervertreter sind, die Ihrer Fraktion angehören, warum ist das nicht bis zur Frau Landeshauptfrau vorgedrungen? Ich glaube es ohnehin nicht.

Der Umkehrschluss aus dieser Frage ist jener, dass man in der ÖVP-Spitze bei der Frau Landeshauptfrau mehr gewusst hat als man bis jetzt sagt.

Und die zweite Sache, die man auch sagen muss an der Stelle, die Frau Landeshauptfrau ist die Regierungschefin. Selbstverständlich erinnern Sie sich an unsere Kritik am ersten Tag, wo wir gesagt haben, wo ist das eine Regierungsprogramm? Wo gibt es so etwas? Wie wir gesagt haben, wir halten es nicht für klug, den Herrn Landesrat Paierl Wirtschafts- und Finanzlandesrat zu sein, wir kennen seinen Ehrgeiz, wir keinen sein Machtstreben, das wird nicht gut gehen. Das haben wir immer gesagt, vor der ESTAG-Krise. Die Frau Landeshauptfrau trägt selbstverständlich auch für den Herrn Landesrat Paierl die Verantwortung. Das wollte ich nur der Vollständigkeit halber an dieser Stelle – nichts für ungut – angemerkt haben. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei den Grünen und der SPÖ. – 18.55 Uhr.)

Präsident: Zur tatsächlichen Berichtigung hat sich der Herr Abgeordnete Bittmann gemeldet.

Abg. Bittmann (18.55 Uhr): Da es hier wirklich um meinen Kerngeschäftsbereich geht, melde ich mich noch einmal zu Wort. Herr Abgeordneter Hagenauer, achtmal so lange ist die Lebensdauer. Das ist ja eine Kompaktleuchtstofflampe, technisch gesehen. Hängt aber ab von der Einschalthäufigkeit, Umgebungstemperatur und Erschütterungen, wie bei jedem Lichtmittel. Danke! (18.56 Uhr.)

Präsident: Herr Kollege, in den Darlegungen hat es da Differenzen gegeben. Nächste Wortmeldung Herr Landeshauptmannstellvertreter Schögggl.

Herr Abgeordneter Bittmann, danke, ist erledigt!

Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl (18.56 Uhr): Frau Landeshauptmann! Herr Präsident!

Es ist ja sehr angenehm, wenn man sich am Rande einer Dringlichen Anfrage, wo manch einer da schon ein bisschen erschöpft ist, man sich ein bisschen mit diesen wesentlichen energiepolitischen und energie-wissenschaftlichen Erkenntnissen beschäftigen kann. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist sehr viel Richtiges gesagt worden. Vieles ist aber nicht ganz richtig. Und daher bedarf es einiger Ergänzungen:

Erstens, bei der SPÖ hat man den Eindruck, Sie würden sich gerne zurück vor den EU-Beitritt, zurück vor jene Zeit, an der wir uns alle noch sehr gut erinnern können, wünschen. Ich habe das Bild vor Augen, Heldenplatz, ein Zelt, Bussek mit geballter Faust, mit Klima und Vranitzky eng umschlungen, wo man den EU-Beitritt, das Abstimmungsergebnis gefeiert hat. Und genau in diesem Zeitpunkt ist eigentlich die Geburtsstunde auch der Liberalisierung gewesen. Und wir wollten das. 66 Prozent der Österreicher wollten das. Und vor diesen Zeitpunkt können wir nicht mehr zurück.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch sonst hat der Herr Landeshauptmannstellvertreter Voves einige Denkfehler in seinen Ausführungen. Er hat also zum Beispiel gesagt, auf Grund der zu erwartenden Bilanzen – und wir wissen, dass man Bilanzen auch gestalten kann – wird es keine Gewinne geben. Wo es keine Gewinne geben wird, wird es keine Dividenden geben. Wenn es keine Dividenden gibt, können wir auf nichts verzichten, meine sehr verehrten Damen und Herren. Insofern hat er schon Recht, der Kollege Voves, aber das ist natürlich die Frage, die wir uns stellen sollen, nicht, wie die Bilanz ausschauen wird, sondern warum schauen gerade diese Bilanzen so aus? Und warum sind diese Wertberichtigungen in den Bilanzen notwendig? Energiepark Donawitz, überhöhte, mehrfach kritisierte Zukäufe, Hereschwerke, Pichlerwerke, EVN-Aktiendeal. Das ist genau die Frage, warum der Untersuchungs-Ausschuss tagt. Da sind die Fragen zu klären, die wirklich zu stellen sind. Nämlich warum schauen die Bilanzen so aus wie sie ausschauen werden, nämlich dass es wahrscheinlich keine Gewinne und daher keine Dividenden abzuliefern gibt. Ich bin auch kein Freund davon, dass man auf Dividenden verzichtet. Es würde niemand in der Wirtschaft, niemand bei Böhler, bei der ÖMV, bei VW, wo auch immer, einfallen, auf Dividenden zu verzichten. Aber nur, wenn es nicht anders geht, weil wir die Steirer nicht belasten wollen, dann werden wir auch in diesen sauren Apfel gemeinsam beißen müssen.

Ich komme bereits zu einem weiteren Punkt: Es ist gesprochen worden auch von den Industriekunden und vom Industriestrom. Meine sehr verehrten Damen und Herren. Da müssen wir sehr vorsichtig sein, sehr vorsichtig sein! Ich bin nämlich der Meinung, dass wir auch in Zukunft dem Industriestandort Steiermark zu liebe günstigste Stromtarife anbieten müssen, weil ich mir gar nicht vorstellen müsste, dass die energieintensive Industrie und die energieintensive Wirtschaft aus der Steiermark auf Grund eines Standortnachteiles im Energiepreis abwandert. Ich möchte mir gar nicht vorstellen müssen, dass SAPPI aus Gratkorn weggeht, dass Norski Skog aus Bruck weggeht, dass die Pölser Zellstofffabrik Probleme hat, dass die VOEST Probleme hat und andere Unternehmen, die Leitbetriebe sind und tausende Arbeitsplätze sichern. Auch hier ist Energiepolitik und Energiewirtschaft sicher ein wichtiger Standort, eine Standortfrage.

Es ist mehrfach Voitsberg III angesprochen worden. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch hier einige Denkfehler und ein Denkfehler vom Kollegen Voves. Voitsberg III selbst hat sicherlich kein schlechtes Ergebnis abgeliefert durch den Betrieb, nur, wer hat denn den Strompreis, der dort lukriert werden konnte, bezahlt? Der Stromkunde! Also Voitsberg III trägt, je länger es läuft, zu einem erhöhten Strompreis bei, meine

sehr verehrten Damen und Herren. Wir müssen da schon richtig überlegen und ein Weiterbetrieb von Voitsberg III, meine sehr verehrten Damen und Herren, wird sicher sehr gewissenhaft überlegt. Nur, womit geht es? Es wird sicher nur in Zukunft mit Steinkohle gehen. Und wir haben da ein gewaltiges logistisches Problem, weil wir müssen den gesamten Brennstoff dort hinführen. Und das wird eine sehr, sehr schwierige Frage.

Was mir persönlich auch sehr Leid tut, ist die Frage des Verkaufes der Wasserkraft. Ich glaube, dass man hier bei der Bewertung der zu verkaufenden Wasserkraftwerke anders vorgehen hätte können. Ein Wasserkraftwerk hat praktisch Lebensdauer unendlich. Ein Wasserkraftwerk ist anders zu bewerten, anders abzuschreiben, anders zu kapitalisieren als eine normale Industrieanlage, weil es eine so unendlich hohe Lebensdauer hat. Und man kann ein Wasserkraftwerk nicht auf 20 oder 25 Jahre, sondern durchaus auf 30, 40, 50 Jahre und nach einer Generalüberholung weiter betreiben.

Es ist noch Folgendes besprochen worden: Die Synergien sind angesprochen. 10 Millionen Euro wurden in Aussicht gestellt durch Synergien, durch die Beschaffung der Netzbetreiber. Und es ist uns allen von den Experten gesagt worden, wir müssen – zum Endkunden – wir müssen die Netze verlegen. Kollege Hagenauer hat das auch gesagt, das Netz ist an und für sich das Interessante. Aber 10 Millionen Euro, ein Riesenwert, Synergien, hat die STEWEAG-STEAG noch nicht ausgenützt. Und es ist ein Riesenwerbebudget. Und ich denke, dass ein Monopolbetrieb – und, Frau Landeshauptmann, bei dieser Besprechung bei Ihnen, bei dieser Information sind ja die Herren von der STEWEAG-STEAG auch durchaus als Monopolisten aufgetreten und haben uns gesagt, so läuft das. Und in diesem Tortendiagramm, das die Herren verteilt haben, ist ja alles sehr schön dargestellt bis auf die eigenen Kosten. Die sind dort also nicht entsprechend transparent gemacht. Und ich bin der Meinung, dass bei Nützung der Synergien, bei Verzicht auf etwas Werbung durchaus diese 4,5 Millionen, von denen immer die Rede ist, die derzeit die Stromkunden belasten würden, durchaus hereinzuspielen sind. Durchaus hereinzuspielen sind, wenn man das richtig und gut macht.

Ich möchte noch zwei Sachen sagen: Der Untersuchungs-Ausschuss beschäftigt sich gerade auch mit den Fragen der Organhaftung. Ich möchte eines klarstellen: Organhaftung wird es nur dann geben, wenn auch eine Schuld nachweisbar ist. Und ich bin der Meinung, der Untersuchungs-Ausschuss muss in allen diesen Geschäftsfällen, die ja schon mehrfach angesprochen worden sind, durchaus noch weiter in die Tiefe gehen.

Weil auch öfter die Geschäftsverteilung und mein persönlicher Zuständigkeitsbereich angesprochen wird, möchte ich ein für allemal hier in diesem Landtag klarstellen, auch die Zuständigkeiten. Und zwar wird von mir wahrgenommen aus dem Geschäftsbereich der Abteilung Wissenschaft und Forschung die Energie- und Umweltforschung, aus dem Geschäftsbereich der nunmehrigen Abteilung Umweltrecht, Anlagen und Energiewesen, vormals Umweltrecht, Verkehrsrecht und Naturschutz, das Energiewesen, der Energiebeauftragte und die Energieberatungsstelle des Landes. Die allgemeinen Angelegenheiten und Koordinierung der Energieversorgung, der Energiewirtschaft und des Energieplanes, Rechtssachen der Energie- und Elektrizitätswirtschaft und Organisation der Bewilligung und Überwachung elektrischer Anlagen und des Baurechts sowie die Fernwärme für Wärmeförderung angeführt. In fachlicher Hinsicht werden diese energierelevanten Fragen vom Energiebeauftragten des Landes in der Fachstelle Energie, Fachabteilung 13B, wahrgenommen. War zum Zeitpunkt der Installierung des Energiebeauftragten des Landes, das war bereits 1982, ein Großteil der Strom- und Wärmeversorgung in der Hand des landeseigenen Unternehmens STEWEAG, so hat mittlerweile die Liberalisierung des Elektrizitäts- und Gasmarktes gravierende Änderungen insofern nach sich gezogen, als die Gestaltung eines wesentlichen Teiles des Energiemarktes, nämlich des Strom- und Gasmarktes sich den Gegebenheiten des freien Marktes unterzuordnen hat und die nunmehr eigenständig operierenden Unternehmen somit auch dessen Konkurrenz ausgesetzt sind. Da sich damit die Koordinierung der Energieversorgung, der Energiewirtschaft den Gegebenheiten des freien Marktes und damit verbundener Regelungen seitens der Europäischen Union nicht entgegenstellen kann, bezieht sich der Gestaltungsspielraum der Politik auf den eigenen Wirkungsbereich des Landes Steiermark und somit in meinem Ressort auf die in der Geschäftseinteilung angeführten Aufgaben innerhalb der Abteilung 3 im Bereich der Energieforschung, innerhalb der Abteilung 13 im Bereich des Energierechtes die Fachabteilung 13A, des Baugesetzes und der Energieberatung sowie der Förderung von Fernwärme- und Ökostromanlagen. Darüber hinaus obliegt meinem Ressort die Erstellung des Landesenergieplanes, dessen Neufassung derzeit vom Energiebeauftragten vorbereitet wird. Ich fasse noch einmal zusammen: Es werden im Wesentlichen Starkstromweggesetz einschließlich Zwangsrechtseinräumung; Elektrotechnikgesetz samt dazugehöriger Verordnungen; Elektrizitätswirtschaftsgesetz (Bundes-EIWOG und Steiermärkisches EIWOG); Ökostromgesetz, Luftreinhalte- und Dampfkessel-Emissionswesen; Vollziehung des UVP-Gesetzes, wenn Anknüpfung dazu im Elektrizitätsbereich gelegen ist. In der Zuständigkeit der Fachabteilung 13B – Baurecht, Raumordnung und Energieberatung werden im Bereich der Fachstelle Energie unter dem Leiter Dipl.-Ing. Wolfgang Jilek im Wesentlichen vollzogen: Beratungstätigkeiten im Rahmen der Energieberatungsstelle; Verwaltung des Ökoenergiefonds; Tätigkeiten im Zusammenhang mit dem Netzwerk Ökoenergie Steiermark; Tätigkeiten im Zusammenhang mit dem Landesenergieverein; weitere nicht in meinem Ressortbereich gelegene Aufgaben, vor allem im Bereich der Wohnbauförderung. Ich hoffe, ich habe damit einiges klarstellen können, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich bin nicht der Eigentümervertreter des Energiepartners ESTAG, das heißt, die Zuständigkeit liegt bei der Frau Landeshauptmann. Wenn ich das wäre, würde ich mich sehr bemühen, dass es nicht zu dieser Strompreiserhöhung kommt. Ich wünsche mir auch, und das ist auch schon angesprochen worden, für die ESTAG einen erfolgreichen Neustart, aber komplett von der Basis an. Danke! (Beifall bei der FPÖ. – 19.07 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Detlef Gruber.

Abg. Detlef Gruber (19.07 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Herren auf der Regierungsbank, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Gestatten Sie mir einige wenige kurze Anmerkungen zur Debatte, der ich jetzt sehr aufmerksam zugehört habe. Zwei Themenbereiche möchte ich ansprechen: Verunsicherung der Politik, weil mich Herr Klubobmann auf diese Fährte gelockt hat, und die Redlichkeit und den Populismus in der Politik. Zur Verunsicherung: Ich weiß nicht, was mehr verunsichert, wenn man zum Beispiel am Abend einer verloren gegangenen Wahl sofort hergeht, um darüber nachzudenken, ob das Amt überhaupt noch gebraucht wird – das ist das eine. Zum anderen: Kollege Bittmann, lieber Benni, auf GAK-Ebene schätze ich dich (Abg. Wiedner: „GAK wird Meister, pass auf!“), aber die Aussagen, die du heute hier vorgebracht hast, sind eindeutig Beweis dafür, wie man mit den Sorgen der Steirerinnen und Steirer umgeht, man macht sich einfach lustig darüber. Und das schmeckt mir überhaupt nicht. Ich glaube, man muss aufpassen gerade bei diesen Dingen, wie man in der letzten Zeit gemerkt hat, dass man mit den hellen Köpfen in der ÖVP umgeht, dass da nicht jemand auch wieder ausgeknipst wird – das ist meine persönliche Meinung. (Beifall bei der SPÖ.)

Zum Thema Redlichkeit und Populismus: Ich habe es sehr spannend gefunden heute am Vormittag, als wir wirklich eine sehr hoch stehende Debatte zur EU-Politik geführt haben. Umso erschreckender ist es für mich, wenn wenige Stunden später aus reinem Populismus die Frau Klubobfrau hergeht, eine Verpackung hochhält und sagt, „Made in Hungaria“. Da kann ich nur sagen, „Herzlich willkommen, liebe Nachbarn, in der EU“. So wird es euch gehen. (Beifall bei der SPÖ.)

Und dazu fällt mir ein, ist es nicht die neoliberale Politik, die in unserem Land Platz gegriffen hat, die es ermöglicht hat oder die es verursacht hat, denn ermöglicht ist ja der völlig falsche Ausdruck, dass wir in Österreich überhaupt keine Produktion mehr von Glühbirnen oder Leuchtmitteln, Lampen haben? Das hätte ich gerne beantwortet. Was ist da billiger Populismus, zu sagen, liebe Steirerinnen und Steirer, schaut, was die SPÖ da euch geben will. Geschafft haben wir es in Wahrheit, dass wir keine Produktion mehr in Österreich haben – soweit meine Anmerkungen. Ich hoffe trotzdem, dass manchem im Bereich der ESTAG noch ein Licht aufgehen wird. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 19.10 Uhr.)

Präsident: Zur Einbringung des Entschließungsantrages erteile ich Herrn Klubobmann Mag. Drexler das Wort.

Abg. Mag. Drexler (19.10 Uhr): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Durch unsere gehaltvollen Reden haben wir leider vergessen, den Entschließungsantrag einzubringen. Nachdem Kollege Wiedner schon daran gezweifelt hat, ob wir zu dem stehen, muss ich ihn erst recht einbringen. (Abg. Wiedner: „Nicht doch!“) Nein, Karl, wir bringen beinhart den Entschließungsantrag ein. Ich erspare Ihnen die Begründung, um die Debatte jetzt nicht über Gebühr zu verlängern. Der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens unter Einbeziehung aller steirischen Energieversorger ein Konzept für eine bestmögliche Koordination einer umweltverträglichen, leistbaren und langfristig gesicherten Energieversorgung in der Steiermark zu erarbeiten und dem Landtag vorzulegen, zweitens den Vorstand der Energie Steiermark Holding-AG. bei der Erstellung des Unternehmensleitbildes und Strategiekonzeptes sowie bei der Umsetzung der eingeleiteten Organisationsmaßnahmen bestmöglich zu unterstützen und drittens über den Landesenergiebeauftragten beziehungsweise die Energieberatungsstelle eine Kampagne zu starten, in der über die Angebote der verschiedenen Stromlieferanten am Haushaltssektor und die Möglichkeit eines Lieferantenwechsels informiert wird. Ich bitte Sie selbstverständlich um Annahme. Danke! (19.11 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Frau Klubobfrau Dietrich.

Abg. Dietrich (19.12 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Nur ein kurzer Satz zum Antrag der Grünen. Wir werden ihn nicht unterstützen, weil wir der Meinung sind, dass die Politik Zielvorgaben für das Unternehmen machen sollte. Strategien in der Energieversorgung sollten die Vorstände erledigen. (19.12 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht mehr vor. Damit schreite ich zur Abstimmung, meine Damen und Herren.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der ÖVP, betreffend bestmögliche Energieversorgung in der Steiermark, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Der Antrag hat die erforderliche Mehrheit gefunden.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ und Grünen, betreffend Verhinderung der Strompreiserhöhung, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen.

Der Antrag hat die erforderliche Mehrheit gefunden.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend Setzung von Maßnahmen zur Verhinderung einer Strompreiserhöhung, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen.

Der Antrag hat die erforderliche Mehrheit gefunden.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, betreffend Strategie für die ESTAG, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Damit ist die Behandlung der Dringlichen Anfrage beendet.

19. Bericht des Ausschusses für Soziales und Kindergärten über den Antrag, Einl.-Zahl 861/1, der Abgeordneten Dr. Bleckmann und Graf, betreffend Hauskrankenpflege für Kinder.

Berichterstatteerin ist Frau Landtagsabgeordnete Verena Graf. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Graf (19.15 Uhr): Ich darf berichten zum Antrag, Einl.-Zahl 861, der Abgeordneten Dr. Bleckmann und Graf, betreffend Hauskrankenpflege für Kinder.

Der Ausschuss für Soziales und Kindergärten hat in seinen Sitzungen am 28. Mai 2002, 14. Jänner 2003 und 20. April 2004 über obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt.

Der Ausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Soziales und Kindergärten zum Antrag, Einl.-Zahl 861/1, der Abgeordneten Dr. Bleckmann und Graf, betreffend Hauskrankenpflege für Kinder, wird zur Kenntnis genommen. (19.16 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Graf.

Abg. Graf (19.16 Uhr): Frau Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich bringe zwei Entschließungsanträge ein, betreffend Hauskrankenpflege für Kinder. In der Stellungnahme wurde ausgeführt, dass ein Anbieten der Fachkenntnisse für Kinderhauskrankenpflege steiermarkweit wünschenswert wäre und dass es auch von Pflegefachkräften der allgemeinen Gesundheits- und Krankenpflege abgeschlossen werden könnte in einer einjährigen Sonderausbildung. Und es wird auch festgestellt, dass dies anzustreben wäre, weil diese Pflegekräfte für die Pflege von Menschen aller Altersstufen eingesetzt werden könnten und zusätzlich eben noch über diese Spezialkenntnisse verfügen.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, dafür zu sorgen, dass den im Dienst stehenden diplomierten Hauskrankenschwestern und -pflegern ermöglicht wird, eine Sonderausbildung für Kinder- und Jugendlichenpflege zu absolvieren, um die im Rahmen der Hauskrankenpflege von chronisch kranken, krebserkrankten und schwerst behinderten Kindern und Jugendlichen benötigten Spezialkenntnisse zu erlangen beziehungsweise zu vertiefen und diese Ausbildung zu finanzieren.

Das war der erste Entschließungsantrag.

Und der zweite beschäftigt sich mit Hauskrankenpflege, weil wir am 11. Dezember 2001 einen Antrag eingebracht haben, der die Forderung hatte, an den Bund heranzutreten, umgehend eine gesetzliche Regelung zu schaffen, mit der Zugangskriterien und Kontrollmöglichkeiten für private Anbieter der Hauskrankenpflege festgeschrieben werden und den Schutz der Patienten zu gewährleisten. Es wurde dann in der Stellungnahme festgestellt, dass hier ein Entwurf eines Rahmenvertrages in Ausarbeitung sei und in der Stellungnahme war nicht ersichtlich, dass die Landesregierung aber tatsächlich mit der Forderung an die Bundesregierung herangetreten war. Deshalb gab es einen weiteren Entschließungsantrag am 24. September 2002, der einstimmig angenommen wurde, jedoch ist bis heute keine Reaktion auf diesen einstimmig beschlossenen Entschließungsantrag gekommen. Wir fordern deshalb:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens umgehend an die Bundesregierung mit der Forderung heranzutreten, eine gesetzliche Regelung zu schaffen, mit der Zugangskriterien und Kontrollmöglichkeiten für private Anbieter der Hauskrankenpflege festgeschrieben werden, um den Schutz der Patienten zu gewährleisten und zweitens den Landtag über die Antwort der Bundesregierung zu informieren. Ich bitte Sie um Annahme. (Beifall bei der FPÖ. – 19.18 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Hammerl, bitte.

Abg. Hammerl (19.19 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident! Meine geschätzten Damen und Herren!

Ich möchte zu dem Thema sprechen, Hauskrankenpflege für Kinder, wo auch ein Entschließungsantrag eingegangen ist. Die FPÖ fordert in diesem Antrag, dass die Hauskrankenpflege für Kinder einerseits gesetzlich verankert wird und andererseits dass sicherzustellen ist, dass diplomierte Kinderkrankenschwestern zur Verfügung stehen. Nach Einholung der Stellungnahmen seitens der Fachabteilung 8B Gesundheitswesen und Fachabteilung 7A wird darauf hingewiesen, dass die Trägerorganisation Hilfswerk Steiermark mobile Kinderhauskrankenpflege, seit 1998 in Graz und einigen Gemeinden anbietet. Derzeit stehen 2,9 vollzeitäquivalente

Diplomkinderkrankenschwestern in der Steiermark im Einsatz. Hinsichtlich der Forderung nach der gesetzlichen Verankerung der Kinderhauskrankenpflege wird auf das Sozialhilfegesetz verwiesen, welches diese bereits jetzt gemeinsam auch umfasst.

Zu den Anforderungen an die häusliche Versorgung von Kindern und Jugendlichen möchte ich wie folgt Stellung nehmen:

Häusliche Hauskrankenpflege, meine Damen und Herren, Kinderkrankenpflege ist eine hoch spezialisierte Dienstleistung, die auf Grund der spezifischen Anforderungen im Bereich der häuslichen Krankenpflege „MoKidi-Hilfswerk Steiermark“ durch qualifizierte Kinderkrankenschwestern mit mehrjähriger Erfahrung im stationären Bereich und Praxis ausgeübt wird. Das Ziel von Kinderhauskrankenpflege muss es sein, das Kind mit seiner Familie in schwierigen Lebenssituationen wie bei akuter und chronischer Erkrankung, geistiger und körperlicher Behinderung und während eines nahenden Todes in seiner häuslichen Umgebung zu pflegen. Die häufigsten erbrachten Leistungen unserer Einrichtung sind die Behandlungspflege in Kombination mit Grundpflege und unter anderem auch Beratung und Anleitung im Sinne von Vermeidung von Krankenhausaufenthalten oder zur Sicherung der ärztlichen Behandlung.

Meine Damen und Herren! Bei all diesen Tätigkeiten, sei es jegliche Form von Behandlungspflege, die Grundpflege bei schwer behinderten Kindern oder die Beratung und Anleitung der Familien, kann nicht auf qualifiziertes Personal mit fundierten Kenntnissen der Kinderkrankenpflege verzichtet werden. Auf Grund unserer Erfahrungen stellten wir fest, dass in der ambulanten Kinderkrankenpflege ein besonderer Bedarf an Beratung und Anleitung innerhalb der Familien besteht. Das heißt, eine Art vor allem bei chronischen Erkrankungen lässt uns auf einen hohen Beratungsbedarf innerhalb der Familien schließen. Die Zielsetzung unserer Pflege hat eine deutliche familienorientierte und individuelle Dimension. Neben der Vernetzung von stationärer und häuslicher Pflege und der Sicherheit der ärztlichen Therapie strebt die Kinderkrankenpflege folgende Ziele an:

Eltern sollen angeleitet werden, die Pflege ihres erkrankten Kindes selbstständig durchführen zu können. Das kranke Kind soll in sein familiäres und soziales Umfeld integriert werden. Das Krankheitsverständnis soll vermittelt und im Familienprozess das Annehmen der Krankheit unterstützt werden. Nach unseren Erfahrungen erfordern die spezifischen Problemlagen chronisch kranker und behinderter Kinder noch stärker als alle anderen Klientengruppen, wie zum Beispiel bei der Altenpflege nach Konzepten einer integrierten Versorgung, die sich konsequent an die Bedingungen der häuslichen Umgebung als Zentrum von Pflege und Betreuung und damit auch an den Problemen und dem Unterstützungsbedarf der Angehörigen ausrichten soll.

Meine Damen und Herren, ambulante Kinderkrankenpflege muss auf die komplexen Bedarflagen schwerst kranker, chronisch kranker Kinder ausgerichtet sein, welche deutlich von der Problematik herkömmlicher Hauskrankenpflege, sprich Altenpflege, abweicht. Im Vordergrund stehen andere Erkrankungen, wie erblich bedingte Organschädigungen sowie durch Unfälle hervorgerufene Schädigungen des zerebralen Systems. Das Krankheitspektrum bei der Kinderkrankenpflege, meine Damen und Herren, ist sehr breit. Hervorzuheben wäre noch, dass die Lebens- und Versorgungssituation der Kinder nicht allein durch die vorherrschenden Symptome und den Versuch, diese zu kontrollieren, geprägt ist, sondern auch durch ihre sozialen und psychischen Bedürfnisse, die im Kontakt der allgemeinen kindlichen Entwicklung zu sehen sind. Die physische und emotionale und kognitive Entwicklung, in der sich eine Verschiebung von der völligen Abhängigkeit zur Autonomie vollzieht, wird durch das Auftreten einer schweren Krankheit unterbrochen oder sogar umgekehrt. Bedingt, meine Damen und Herren, durch den fortschreitenden Verlust von Fähigkeiten können die erkrankten Kinder auch nur eingeschränkt und in fortgeschrittenen Krankheitsstadien gar nicht mehr an den Aktivitäten Gleichaltriger teilnehmen. Auf Grund dieser spezifischen Bedürfnisse von Kindern reicht eine alleinige Aufschulung von Krankenschwestern mit dem Diplom für die allgemeine Gesundheits- und Krankenpflege nicht aus, um diese individuellen kindlichen Bedürfnisse abzudecken. Wenn dies ausreichen würde, könnte man die eigene Ausbildung zur Kinderkrankenschwester auflösen und sich nur mehr mit reinen Aufschulungen begnügen. Derzeit, meine Damen und Herren, habe ich heute von Herrn Primar Forenbacher in Erfahrung gebracht, ich danke ihm, gibt es 2004, die die Ausbildung in der Kinderkrankenpflege machen. Die wurde heuer mit dem Jahrgang verdoppelt, es wurde auch ein Sonderkurs eingeschaltet. Dieser Sonderkurs wurde nicht angenommen. Und jetzt sind bereits über 200 Diplomkinderkrankenschwestern ausgebildet, die in ihrem Beruf derzeit nicht tätig sind. Ich meine, meine Damen und Herren, in Zukunft Kosten sparen, ja, aber nicht auf Kosten der Ausbildung. Das wäre ein Rückschritt im Bereich der Pflege in unserem Land. Ich danke Ihnen! (Beifall bei der ÖVP. – 19.25 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Gross.

Abg. Gross (19.25 Uhr): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Eine kurze Anmerkung: Es geht mir um den zweiten Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend die Hauskrankenpflege. Wir werden diesen Antrag nicht unterstützen, weil er von den Abgeordneten Graf und Zierler an die falsche Adresse gerichtet ist. Die geforderte gesetzliche Regelung fällt nicht in den Zuständigkeitsbereich des Bundes, sondern in die Regelkompetenz des Landes. Eine bundeseinheitliche Regelung wäre nur im Wege einer 15 a-Vereinbarung möglich und realisierbar. Daher werden wir gegen diesen Antrag stimmen. (19.24 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Wir kommen bereits zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich darf Einstimmigkeit feststellen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend Hauskrankenpflege, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend Hauskrankenpflege für Kinder, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat auch nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

20. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Bericht des Landesrechnungshofes, Einl.-Zahl 1786/1, betreffend Querschnittsprüfung Bauvergaben Teil zwei Landeshochbau/Liegenschaftsverwaltung.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Peter Hagenauer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Hagenauer (19.27 Uhr): Der Ausschuss für Kontrolle hat in seiner Sitzung am 20. April 2004 über den Bericht des Landesrechnungshofes, laufende Nummer 106, betreffend Querschnittsprüfung Bauvergaben Teil zwei Landeshochbau/Liegenschaftsverwaltung, Einl.-Zahl 1786/1, beraten. Der Ausschuss für Kontrolle stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Der Bericht des Landesrechnungshofes, betreffend Querschnittsprüfung Bauvergaben Teil zwei Landeshochbau/Liegenschaftsverwaltung, wird zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Annahme. (19.27 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Ferstl.

Abg. Ferstl (19.27 Uhr): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, Hohes Haus!

Mit Beschluss Nr. 463 vom 5. Februar 2002 hat der Steiermärkische Landtag den vom Kollegen Hagenauer vorgetragenen Antrag an den Landesrechnungshof gestellt. Der Landesrechnungshof wird aufgefordert, eine Querschnittsprüfung der Vergabe von Bauprojekten durchzuführen. Das über 160 Seiten starke Konvolut, neben dem viele allgemeine Mitteilungen und ein umfangreiches bauprojektstatistisches Beilagenblatt dabei gewesen ist, hat einen sehr genauen Einblick gestattet. Die Überprüfung durch den Landesrechnungshof erstreckt sich dabei auf alle jene Voraussetzungen, die für eine ordnungsgemäße Ausschreibung und einen freien Wettbewerb erforderlich sind. Sie orientiert sich an der ziffernmäßigen Richtigkeit und vor allem an der Übereinstimmung mit den bestehenden Vorschriften. Bereits wenige, nicht korrekt durchgeführte Vergabeverfahren oder in deren Vorfeld gelegene, den freien Wettbewerb behindernde Vorgänge bewirken beträchtliche finanzielle Nachteile für die vergebenden Stellen und damit in letzter Konsequenz für den Steuerzahler. Ein weiterer Maßstab für die Beurteilung waren die im Bericht der Arbeitsgruppe zur Bekämpfung von Korruption im Vergabewesen herausgegebenen, vom Rechnungshof im Februar 1999 aufgelisteten Einzelmaßnahmen. Es hat einen ersten Teilbericht gegeben, der behandelte die Bauvorhaben im Straßenbau und dieser zweite Teilbericht behandelt den Landeshochbau und die Liegenschaftsverwaltung. Der Prüfungsauftrag des Steiermärkischen Landtages erfordert einerseits eine Festlegung des Prüfungsumfanges sowie des Prüfungsumfanges in quantitativer und zeitlicher Hinsicht. Das Vergabeverfahren beinhaltet die Prüfung des Wahlverfahrens, die Bekanntmachung, die Gestaltung der Ausschreibung, die Angebotseröffnung, Prüfung der Angebote, Ausscheiden von Angeboten beziehungsweise Benachrichtigung, nicht berücksichtigte Bieter und Zuschlagerteilung beziehungsweise Vertragserstellungen. Um den quantitativen Prüfungsumfang festzustellen, wurde der Umfang der Querschnittsprüfung mit 10 Prozent, der mittels Zufallsgenerator auszuwählenden Bauprojekte festgelegt. Der zeitliche Umfang war für drei Jahre anberaumt, vom 1. Jänner 1999 bis 31. Dezember 2001. Folgender Abteilung des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung ging daher in weiterer Folge eine Prüfungsankündigung zu: der Abteilung 2, Landeshochbau, darunter die Fachabteilungen 20A und 20B. Von der Fachabteilung 20A waren 199 Bauprojekte und von der Fachabteilung 20B 40 Bauprojekte, zusätzlich noch sechs aus der Fachabteilung 20A, die im Verhandlungsverfahren trotz Überschreitung eines Auftragswertes von 500.000 Schilling vergeben wurden, also insgesamt 245 Bauprojekte. Aus den von den Fachabteilungen gemeldeten Datensätzen wurden die Bauprojekte mit einer durchlaufenden Nummer versehen. Mit Hilfe eines EDV-unterstützten Auswahlverfahrens wurde sodann die Auswahl dieser 245 Objekte im Kreis der beiden Herren Landesrechnungshofdirektoren und der zuständigen Fachmitarbeiter mit einem Zufallsgenerator ausgewählt. Es waren dann insgesamt 31 Bauprojekte. Die Nummern, die per Zufallsgenerator ausgewählten Bauprojekte sind sofort gespeichert worden, unmittelbar danach ausgedruckt und von den Anwesenden unterzeichnet. Damit wurde ein nicht mehr korrigierbarer Querschnitt herausgefiltert. Durchschnittlich war dieser Bericht ein sehr guter, der eine große Reduktion früherer Mängel aufscheinen lässt. Es gab jedoch Feststellungen und Empfehlungen des Rechnungshofes, die voll zu akzeptieren sind. Einige davon: In keinem einzigen Fall haben die vergebenden Stellen über die obligate Bietererklärung hinaus eine ergänzende Erklärung des Inhaltes verlangt, dass bei Nachweis der Beteiligung an Bieterabsprachen ihr Angebot nachträglich ausgeschrieben hätte werden können. Unter anderem auch die allgemeinen Vorbemerkungen der Ausschreibungen waren bei rund der Hälfte der Vergaben nicht vollständig. In einigen Fällen kam die vergebende Stelle der schriftlichen Verständigung jener Bieter, denen der Zuschlag nicht er-

teilt wurde, nicht nach. Es ist darauf zu achten, meint der Rechnungshof, dass aus einem Angebot nicht Teile herausgenommen werden, weil ein Zuschlag in Teilen einer ausgeschriebenen Gesamtleistung unzulässig ist. Wenn schon eine Teilvergabe beabsichtigt ist, sind die Ausschreibungsunterlagen so zu gestalten, dass den Bietern die Möglichkeit eröffnet wird, ein Variantenangebot auszupreisen. Wir Freiheitlichen werden daher dem Entschließungsantrag der Grünen zustimmen. Zusammenfassend aber doch ein gutes, befriedigendes Ergebnis. Ich bitte ebenso um Kenntnisnahme. Im Übrigen bin ich der Meinung, dass wir über den Flat tax immer wieder nachdenken sollten. Ich danke Ihnen! (Beifall bei der FPÖ. – 19.33 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Wir kommen bereits zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich darf Einstimmigkeit feststellen.

21. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 1713/1, der Abgeordneten Straßberger, Schrittwieser, Dr. Bachmaier-Geltewa und Kreisl, betreffend Parkhaus beim Bahnhof Bruck an der Mur.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Josef Straßberger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Straßberger (19.34 Uhr): Verehrte Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren!

Ich berichte über den Antrag der Abgeordneten Straßberger und Kreisl, betreffend Parkhaus beim Bahnhof Bruck an der Mur. Seit Jahren protestieren Pendler und weisen auf diese unzumutbare Parkplatzsituation am Bahnhof Bruck an der Mur hin. Um den Pendlern und Fahrgästen die Lebenssituation zu erleichtern, wäre die Errichtung eines Parkhauses am Gelände des Brucker Bahnhofes dringend notwendig. Die Verringerung des Individualverkehrs und damit auch eine Entlastung der Umwelt könnte durch die Errichtung eines Parkhauses in diesem Bereich höchst effizient verwirklicht werden. Der Landtag möge beschließen, dass in Kooperation zwischen Bund, Land und Stadtgemeinde ein Parkhaus am Bahnhof Bruck auf dem Areal der Österreichischen Bundesbahnen errichtet wird.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, in Kooperation mit den Österreichischen Bundesbahnen und der Stadtgemeinde Bruck an der Mur alle Maßnahmen zu treffen, damit am Gelände des Bahnhofes Bruck an der Mur ein Parkhaus errichtet wird. Ich bitte um Annahme. (19.35 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Danke schön! Wir kommen zur Abstimmung.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben wollen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich darf die Einstimmigkeit feststellen.

22. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 1714/1, der Abgeordneten Dipl.-Ing. Wöhry, Rieser und Straßberger, betreffend Ausbau der B 114, Triebener Straße.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Dipl.-Ing. Odo Wöhry. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Wöhry (19.36 Uhr): Ich bringe den Antrag des Ausschusses für Infrastruktur der Abgeordneten Dipl.-Ing. Wöhry, Rieser und Straßberger, betreffend Ausbau der B 114, Triebener Straße.

Auf Grund des Straßenzustandes der Landesstraße B 114 über den Triebener Tauern wurde eine Gewichtsbeschränkung auf 7,5 Tonnen verordnet.

Die Sicherheitsmaßnahme ist jedoch insofern problematisch, da sie im Speziellen für den Zubringerverkehr (Busse) zu den Tourismusbetrieben, die Ver- und Entsorgung der Wirtschaftsbetriebe sowie für die Land- und Forstwirtschaft zu erheblichen Nachteilen führt. Es ist daher alles daranzusetzen, die Finanzierung für einen raschen Ausbau sicherzustellen. Von Seiten des Verkehrsressorts der Landesregierung wurde – wie aus Medienberichten zu entnehmen ist – die Dringlichkeit eines Ausbaues offensichtlich erkannt, die konkreten Umsetzungsschritte lassen jedoch zu wünschen übrig.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, alle Maßnahmen zu treffen, damit mit einem raschen Ausbau der Landesstraße B 114 über den Triebener Tauern begonnen werden kann. (19.37 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Danke! Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Rieser, bitte.

Abg. Rieser (19.37 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus!

Die B 114 von Trieben nach Judenburg über Hohentauern mit einer Seehöhe von 1280 Meter verbindet das Palten- und Liesingtal mit dem Murtal. Und der derzeitige Zustand – und das haben wir vorhin im Bericht des Berichterstatters gehört – mit einer Gewichtsbeschränkung von 7,5 Tonnen ist für die Bewohner, für die Wirtschaft – und ich denke hier in diesem Zusammenhang an die Gastronomie – der angesiedelten Betriebe

und der Forstwirtschaft schlicht eine Katastrophe. Und ich zitiere aus einem Schreiben, ich zitiere: „Für uns ist die Triebener Tauernstraße die Hauptschlagader unserer Wirtschaft im Ort Hohentauern und dem anschließenden Pölstal. Von unseren Wirtschaftstreibenden werden einige Betriebe ohne dieser Ausnahme, nämlich die Busse kommen dort täglich hinauf, haben wir einen Schaden von zirka 800.000 Euro.“

Ich danke in diesem Zusammenhang, dass die Landesregierung eigentlich den Beschluss schon gefasst hat, nämlich dass die Triebener Tauernstraße in der nächsten Zeit ausgebaut wird. Ich möchte noch hinzufügen, dass niemand ein Verständnis hat, wenn auf Grund der Verlängerung die Bundesstraße nicht saniert werden sollte. Diese Diskussion hat es in diesem Zusammenhang gegeben. Gott sei Dank ist dieses Stück in der Regierungssitzung bereits positiv erledigt worden. Danke! (19.38 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächste am Wort ist die Frau Abgeordnete Gruber, bitte.

Abg. Margarethe Gruber (19.39 Uhr): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Peter Rieser!

Das alles wissen wir. Wir wissen um die geografischen Darlegungen, wir wissen, wie es um den Zustand dieser Straße aussieht. Das war auch ein Grund, warum wir drei, die Klubobfrau der Freiheitlichen, Waltraud Dietrich, der Herr Peter Rieser und ich uns zusammengesetzt haben und gesagt haben, was können wir tun, um die Wichtigkeit zu unterstreichen? Und wenn wir gemeinsam vorgehen, können wir sagen, wie wichtig ist uns diese Straße. Das war Ausgangsbasis. Und was mussten wir dann sehen? Dass die ÖVP mit einem eigenen Antrag vorgeprescht ist, dass sie diesen Antrag ganz groß in den regionalen Medien beworben hat. Und ich sage hier ganz offen und ganz frei: Wenn es in diesem kleinen Rahmen nicht gelingt, Abmachungen einzuhalten, wie sind wir draußen vor den Wählern dann glaubhaft? (Beifall bei der SPÖ. – 19.39 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Klubobfrau Dietrich.

Abg. Dietrich (19.40 Uhr): Meine geschätzten Damen und Herren!

Ich schließe mich der Grete Gruber an. Ich glaube, wir als Abgeordnete sollten so weit sein, dass Handschlagqualität auch unter uns gelten muss. Weil bitte wir verlieren an Glaubwürdigkeit und es erübrigt sich jegliches Zusammensitzen, es erübrigt sich jegliche Diskussion. Und, Kollege Peter Rieser, wir haben uns wirklich ehrlich über dich geärgert, weil du hast eine Linke gedreht und das hast du eigentlich nicht notwendig. In diesem Sinne schließe ich mich voll der Grete Gruber an und hoffe, dass in Zukunft das nicht mehr passiert. (19.40 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Zu Wort gemeldet hat sich noch der Herr Abgeordnete Wöhrly.

Abg. Dipl.-Ing. Wöhrly (19.40 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin!

(Abg. Gross: „Und die Moral von der Geschichte: Der Entschließungsantrag im Sozialbereich sollte auch so sein!“ – Präsidentin Dr. Rieder: „Der Herr Abgeordnete ist am Wort!“)

Sehr geehrte Frau Landesrätin! Hohes Haus!

Also Faktum ist einmal grundsätzlich, dass wir alle eine Freude haben müssen, dass dieses Straßenstück endlich ausgebaut wird. Und wenn da von Vereinbarungen und Kooperation über Parteigrenzen hinweg gesprochen wird, so bin ich eigentlich wahrscheinlich der Einzige, der ein bisschen verwundert sein darf. Die Ennstaler beziehungsweise die Liezener Seite nach Hohentauern hinauf ist eigentlich die Sanierungsbedürftige. Und ich habe das schon sehr bemerkenswert gefunden, dass der Herr Landeshauptmannstellvertreter zu einem Straßengipfel einlädt (Abg. Dietrich: „Auf Grund meiner Initiative!“), und nicht einen offiziellen Vertreter des Bezirkes Liezen zu dieser wirklich wichtigen Veranstaltung einlädt. Also so ist es mit der Handschlagqualität weder der Freiheitlichen noch der Sozialdemokraten, sondern ich hätte überhaupt nicht von dieser Veranstaltung erfahren, hätte mich nicht der Herr Kollege Rieser darüber informiert. Ich finde das deshalb verwunderlich, weil das insbesondere das wichtigste Straßenverbindungsstück zwischen dem Bezirk Liezen und dem Bezirk Judenburg ist, der laut Finanzministerium, und durch die Zusammenlegung der Finanzämter ist das dokumentiert, ein Wirtschaftsraum ist. (Unverständlicher Zwischenruf.) Dann rufst einmal beim Finanzamt an, das heißt jetzt Finanzamt Judenburg-Liezen, nur damit wir es verstehen. Und ich verstehe überhaupt nicht die Verwunderung und die Aufregung, die künstliche, dass man sich da an Vereinbarungen nicht gehalten hat. Wir haben den Eindruck gehabt und wir haben bereits vor mehreren Jahren Anfragen gestellt, dass man im Zusammenhang mit der Triebener Tauernstraße auf Verzögerung setzt und nicht ernsthaft dieses Projekt umsetzen will. Faktum ist, dass ein fertiges Projekt begonnen worden ist, es sind die Trassenschlägerungen schon erfolgt und dann ist man draufgekommen, dass das geologische Gutachten, das bei der Planung und auch bei der Bauvorbereitung offensichtlich genützt hat und ausgereicht hat, dann doch wieder nicht hält. Offensichtlich wurden hier Mittel umgelenkt in andere Regionen der Steiermark, so dass man also das Geld für da oben nicht gehabt hat. Und wenn es von Seiten der FPÖ und des Landeshauptmannstellvertreters dann so dargestellt wird, dass man zwar die Ressortverantwortung für Infrastruktur haben will, aber dann mit dem Geld, das durchaus budgetiert und von allen beschlossen ist, nicht auskommt, dass man dann sagt, ja, die anderen Regierer sollen mitzahlen, bitte, so kann es ja auch nicht sein. Ressortverantwortung bedingt aus meiner Sicht auch Finanzverantwortung. Und da ist jeder Regierer aufgerufen, in

seinem Bereich das Notwendige dazu beizutragen. Es ist das Budget dazu beschlossen worden und im Rahmen seiner Möglichkeiten hat jeder etwas zu tun. Wir im Bezirk Liezen sind ja gebrannte Kinder. Das Problem Triebener Tauernstraße löst man mit einer 7,5-Tonnen-Beschränkung, die Kapazitätsprobleme im Ennstal löst man mit einer 70er-Beschränkung, ja bitte, was sollten wir noch tun? (Abg. Wiedner: „Wenn ihr euch nicht einig seid im Ennstal, bitte, das ist euer Problem!“) Herr Kollege Wiedner, man soll nur dann mitreden, wenn man sich auch auskennt dort. Durch Wiederholung wird Unwahrheit nicht besser. (Abg. Wiedner: „Da kenn ich mich aus, ein bisschen schon!“) Jetzt sind wir uns einig, nur, es wird jetzt wieder mit Korridoruntersuchungen und sonstigen Dingen vieles verzögert. Wir wollen das, nur bitte auf Zeit setzen kann man auch nicht ständig, irgendwann ist das Problem zu lösen. Und ich habe schon einmal gesagt, Ressortverantwortung bedingt auch Finanzverantwortung und wir werden jeden in die Verantwortung nehmen, der Zuständigkeiten hat und diese nicht wahrnimmt. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 19.45 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Zu Wort gemeldet hat sich Frau Klubobfrau Dietrich.

Abg. Dietrich (19.45 Uhr): Geschätzter Kollege Wöhry, Tatsache ist Folgendes, dass Landesrat Leo Schöggel bei seinem Bezirksbesuch in Judenburg einladen kann, wen er will und wovon er glaubt, dass es sinnvoll ist, wen er in Judenburg bei seinen Bezirksbesuchen einlädt. Die Frau Landeshauptmann lädt auch ein, wen sie will und lässt sich von keiner Partei irgendwelche Vorschriften machen. Ich finde es toll, wenn Landesrat Leo Schöggel, Herr Landeshauptmannstellvertreter, die ÖVP- und SPÖ-Abgeordneten einlädt. Das ist ja schon ein richtiger Schritt in die richtige Richtung. (Abg. Ing. Wöhry: „Ich kann nicht die Seite einladen, die nicht betroffen ist!“) Es ist seine Entscheidung. Tatsache ist auch, dass die ÖVP in diesem Fall keinerlei Handschlagqualität gezeigt hat, meine Damen und Herren. (Beifall bei der FPÖ. – 19.45 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Meine Damen und Herren, eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Ich ersuche daher die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

23. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1740/1, Beilage Nr. 196, Gesetz, mit dem das Landes-Hypothekbank-Steiermark-Einbringungsgesetz geändert wird.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Josef Straßberger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Straßberger (19.46 Uhr): Herr Präsident, verehrte Frau Landesrätin, geschätzte Damen und Herren!

Ich bringe den Bericht über das Gesetz vom, mit dem das Landes-Hypothekbank-Steiermark-Einbringungsgesetz geändert wird. Der Steiermärkische Landtag hat beschlossen: Das Landes-Hypothekbank-Steiermark-Einbringungsgesetz, LGBl. Nr. 73/1995, wird geändert wie folgt – nachdem das eine Gesetzesänderung ist, erlaube ich mir auch, die Änderungen vorzutragen:

Erstens: Paragraph 3 Absatz 2 bis 5 lauten:

(2) Das Land Steiermark haftet als Ausfallsbürge gemäß Paragraph 1356 ABGB auch für alle Verbindlichkeiten der Aktiengesellschaft, ausgenommen die Verbindlichkeiten gegenüber den Eigentümern, welche gemäß Absatz 5 von der Bemessungsgrundlage für die Haftungsprovision ausgenommen sind, die diese nach ihrer Eintragung in das Firmenbuch bis zum 1. April 2007 eingeht, für Verbindlichkeiten, die ab dem 3. April 2003 eingegangen werden, jedoch nur dann, wenn deren Laufzeit nicht über den 30. September 2017 hinausgeht.

(3) Für Verbindlichkeiten der Aktiengesellschaft, die nach dem 1. April 2007 begründet werden, kann das Land Steiermark allein oder zusammen mit Dritten zeitlich befristete und betragsmäßig beschränkte Garantien gegen marktgerechtes Entgelt übernehmen, sofern diese mit dem Gemeinschaftsrecht vereinbar sind.

(4) Dem Land Steiermark steht für die Zeit der aufrechten Ausfallsbürgschaft eine Haftungsprovision in Höhe von einem Promille der Bemessungsgrundlage zu, welche vierteljährlich im Nachhinein fällig ist.

(5) In die Bemessungsgrundlage für die Haftungsprovision sind nur die tatsächlich vom Land behafteten Verbindlichkeiten einzubeziehen. Sie wird berechnet auf der Basis der Durchschnittswerte der Passiva eines Geschäftsjahres, ermittelt aus den Monatsausweisen, für das jeweils nachfolgende Geschäftsjahr abzüglich der Einlagen der Eigentümer und der übrigen verbrieften und nicht verbrieften Verbindlichkeiten, die von den Eigentümern gehalten werden, eigener Pfandbriefe, eigener Kommunalbriefe, der Pfand- und Kommunalbriefe, die über die Pfandbriefstelle emittiert werden, der durchlaufenden Geschäfte (Treuhandgeschäfte) und der Eigenmittel, zuzüglich 20 Prozent der Eventualverbindlichkeiten abzüglich der Eventualverbindlichkeiten gegenüber den Eigentümern. Aus Vereinfachungsgründen können die Berechnungsmodalitäten für die Bemessungsgrundlage, insbesondere die pauschalierte Aufteilung in verbürgte und nicht verbürgte Passiva, vertraglich geregelt werden, sofern dadurch der Gesamtbetrag der Haftungsprovision nicht verkürzt wird.

Zweitens: Dem Paragraf 7 Übergangs- und Schlussbestimmungen wird folgender Paragraf 8 „In-Kraft-Treten von Novellen“ angefügt: Die Neufassung des Paragrafen 3 Absätze 2 bis 5 durch die Novelle LGBl. Nr. tritt mit dem der Kundmachung folgenden Monatsersten, das ist der, in Kraft. Ich bitte um Annahme. (19.49 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Mag. Zitz. Entschuldigung, Frau Klubobfrau Lechner-Sonnek hat sich zu Wort gemeldet.

Abg. Lechner-Sonnek (19.50 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich nehme die Entschuldigung vom Herrn Kollegen Wiedner an, der gesagt hat: „Is eh olles ans!“ (Abg. Wiedner: „Ist ja nichts Negatives!“) Ich weiß nicht, ob Sie eine Freude damit hätten, wenn man das bei Ihnen sagen würde. Ich will nur ganz kurz auf etwas hinweisen, was mir sehr wichtig ist, und zwar die Landes-Hypothekenbank ist eine Bank, bei der viele kommunale Projekte abgewickelt werden oder über die viele kommunale Projekte abgewickelt werden. Wir haben uns jetzt sehr bemüht, aus der Arbeit in den Prüfungsausschüssen der Gemeinden darauf hinzuwirken, dass auch die Zinsen hinterfragt werden und bei großen Projekten, wo sich das sicher rentiert, neu verhandelt werden. Siehe da, die landeseigene Anstalt ist nicht bereit, von horrenden Zinsen runterzugehen und von für die Gemeinden unglaublich nachteiligen Verträgen wegzugehen. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, wenn diese Bank schon einmal auf der Tagesordnung ist, eine deutliche Bitte an die Landesregierung, an die zuständigen Stellen der Landesregierung zu richten dahin gehend, dass die Landes-Hypothekenbank daran erinnert werden soll, dass sie auch im Besitz des Landes ist und dass sie auch zumindest so gut mit den anderen öffentlichen Unternehmungen, nämlich Gemeinden, umgehen soll, wie das die anderen Kreditinstitute machen, die natürlich akzeptieren, dass neue Zinsen ausgehandelt werden, wenn die Zinsensituation sich insgesamt verändert. Das wäre ein dringendes Ersuchen, die Gemeinden hier nicht im Regen stehen zu lassen, sondern den Einfluss, der auf dieses Kreditinstitut gegeben ist, zu nutzen im Sinne und im Interesse der Gemeinden. Danke! (Beifall bei den Grünen. – 19.51 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Eine weitere Wortmeldung zum Tagesordnungspunkt 23 liegt nicht vor.

Ich ersuche daher die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Bei den Tagesordnungspunkten 24 und 25 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidalkonferenz vor, diese zwei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

24. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 1715/1, der Abgeordneten Wicher, Tschernko, Gross, Breithuber, Margarethe Gruber und Hammerl, betreffend die steuerliche Absetzbarkeit von Spenden.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Peter Tschernko. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Tschernko (19.53 Uhr): Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Ich berichte über diesen Antrag: Am 11. Juni 2002 haben die Abgeordneten Wicher, Tschernko und Hammerl bereits einmal einen Antrag eingebracht, der die steuerliche Absetzbarkeit von Spenden zum Gegenstand gehabt hat. Am 24. September wurde vom Steiermärkischen Landtag der Beschluss gefasst, dass sich die Landesregierung mit dem Ersuchen an die Bundesregierung wendet, dass diese privaten Zuwendungen an soziale Organisationen und eigens eingerichtete Spendenkonten nach dem Einkommenssteuergesetz bis zu einem bestimmten Betrag für steuerlich absetzbar erklärt. Im Zuge der in Diskussion befindlichen Steuerreform wird diesem Anliegen seitens der einbringenden Abgeordneten nochmals Nachdruck verliehen. Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, nochmals an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, im Zuge der Steuerreform die steuerliche Absetzbarkeit von privaten Zuwendungen an soziale Organisationen oder eigens eingerichtete Spendenkonten bis zu einem zu bestimmenden Höchstbetrag zu ermöglichen. Ich ersuche um Annahme. (19.54 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

25. Bericht des Ausschusses für Soziales und Kindergärten über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 938/2, zum Beschluss Nr. 740 des Steiermärkischen Landtages vom 24. September 2002 über den Antrag der Abgeordneten Wicher, Tschernko und Hammerl, betreffend steuerliche Absetzbarkeit von Spenden.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Anne Marie Wicher. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Wicher (19.55 Uhr): Herr Präsident! Frau Landesrätin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich darf Ihnen den Bericht des Ausschusses für Soziales und Kindergärten vortragen. Es geht darum:

Zum Schreiben von Frau Landeshauptmann Klasnic vom 10. September 2003, mit dem sie den Beschluss Nr. 740 des Steiermärkischen Landtages, „die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, mit dem Ersuchen an die Bundesregierung heranzutreten, private Zuwendungen an soziale Organisationen und eigens eingerichtete Spendenkonten nach dem Einkommensteuergesetz bis zu einem bestimmten Betrag für steuerlich absetzbar zu erklären“, vorlegte, nahm das Bundeskanzleramt auf Grundlage einer Stellungnahme des Bundesministeriums für Finanzen wie folgt Stellung:

„Der Themenbereich ‚Spendenabzug‘ wird zwar von vielen Seiten an das Bundesministerium für Finanzen herangetragen, eine grundsätzliche Neuordnung des Spendenabzugs kann jedoch nur im Rahmen einer umfassenden Reform des Einkommensteuergesetzes verwirklicht werden. Der Steuerabzug für Spenden wird daher vom Bundesministerium für Finanzen im Zuge der geplanten Steuerreform 2005 zum Thema gemacht werden.“

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 9. Februar 2004 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluss Nr. 740 des Steiermärkischen Landtages vom 24. September 2002 über den Antrag der Abgeordneten Wicher, Tschernko und Hammerl, betreffend steuerliche Absetzbarkeit von Spenden, wonach laut Auskunft des Bundesministeriums für Finanzen der Steuerabzug für Spenden vom Bundesministerium für Finanzen erst im Zuge der geplanten Steuerreform 2005 thematisiert wird, wird zur Kenntnis genommen. Ich bitte, dies zur Kenntnis zu nehmen. (19.57 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke der Frau Berichterstatterin. Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Wicher. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Wicher (19.57 Uhr): Herr Präsident! Frau Landesrätin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Im Ausschuss, wo wir über diesen Punkt beraten haben, hat die Kollegin Lechner-Sonnek nicht zugestimmt beziehungsweise diese Vorlage nicht zur Kenntnis genommen. Ist ihr gutes Recht. Ich habe zugestimmt beziehungsweise es zur Kenntnis genommen, nur, etwas zur Kenntnis nehmen bedeutet nicht, sich damit abzufinden, sondern vor allem in meinem Fall dagegen anzukämpfen beziehungsweise Mittel und Wege zu suchen, diesen Antrag doch im Endeffekt zu einem guten Ende zu führen. Es war, wie ich bereits ausgeführt habe, bereits im Jahr 2002 ein einstimmiger Antrag des Landtages, wonach eben die Bundesregierung aufgefordert wurde, Absetzbarkeit von Spenden endlich einmal nicht nur zu thematisieren, sondern auch zu einem guten Ende zu führen. In der Antwort, die wir hier vom Finanzministerium bekommen haben, wurde auf die Steuerreform 2005 hingewiesen. Es schaut aber jetzt so aus, dass man eigentlich davon nicht mehr sehr viel wissen will beziehungsweise sich anscheinend nicht erinnern kann und aus diesem Grund wurde von uns ein neuerlicher Antrag gestellt, der natürlich wieder an das Bundesministerium für Finanzen gehen wird. Aber ich freue mich, und das habe ich schon im Ausschuss gesagt, dass wir im Steiermärkischen Landtag eigentlich relativ früh draufgekommen sind beziehungsweise Anträge gestellt haben und es wurde auch von Seiten der Sozialdemokraten auf diese Problematik hingewiesen und auch ein Antrag gestellt, soweit mir bekannt ist. So ist es. Und je öfter solche Anträge kommen und je öfter aus anderen Landtagen solche Anträge kommen, kann sich vielleicht das Ministerium dann nicht mehr diesen Anträge entziehen.

Am 10. April dieses Jahres gab es eine Pressekonferenz von humanitären Hilfsorganisationen. Es hat sich da um folgende Organisationen gehandelt:

Ärzte ohne Grenzen, Caritas, Christophl Blindenmission, dann die Diakonie, das Hilfswerk, der ORF mit Licht ins Dunkel, der Österreichische Zivilinvalidenverband, das Rote Kreuz, SOS-Kinderdörfer und auch die Volkshilfe. Sie alle plädierten dafür, dass die Absetzbarkeit von Spenden an solche Organisationen endlich auch für Privatpersonen und Firmen gelten soll.

Seit über 40 Jahren wird von Seiten des Österreichischen Zivilinvalidenverbandes und der Österreichischen Arbeitsgemeinschaft für Rehabilitation die Forderung nach Absetzbarkeit von Zuwendungen an gemeinnützige Einrichtungen und auch Vereine erhoben. Österreich und Finnland sind die einzigen Staaten im EU-Raum, wo diese Möglichkeit noch nicht gegeben ist. Viele der ab 1. Mai neuen EU-Mitgliedsstaaten sehen so eine Absetzbarkeit bereits vor. Und ich denke, vielleicht könnte man sich daran ein Beispiel nehmen – wäre durchaus möglich. NGOs übernehmen in vielen Fällen die Verpflichtungen des Staates gegenüber unseren Mitbürgern und auch im Ausland, wie zum Beispiel bei Hochwasserkatastrophen, bei Erdbeben, bei vielen Katastrophen, die Menschen schwer belasten. Gerechterweise muss man allerdings sagen, dass zum Beispiel Hilfsorganisationen wie Caritas oder Rotes Kreuz und viele andere Organisationen diese Aufgaben nicht nur auf ehrenamtlicher Basis erbringen. Pilotprojekte zum Beispiel wie das Hospiz sind nur auf Basis von Spenden zu realisieren. Auf rein ehrenamtlicher Basis geht die Arbeit von Behindertenorganisationen und Vereinen vor sich. Es geht um eine unendlich wichtige Leistung, die dort erbracht wird von ehrenamtlichen Funktionären, die meist selbst Betroffene sind. Mitgliedsbeiträge und leider immer kärglicher fließende Subventionen sind die einzig verfügbaren Mittel. Ihnen allen würde die Absetzmöglichkeiten von gewidmeten Spenden helfen. Ja, in manchen Fällen, wie man zum Beispiel beim Zivilinvalidenverband sieht, würden sie das Überleben sichern. Das Spendengütesiegel, das jetzt schon von vielen Vereinen angefordert wurde beziehungsweise auch praktiziert wird, wird dafür sorgen, dass mit den Geldern sorgsam und widmungsgemäß

umgegangen wird. Es gibt eine Absichtserklärung der Regierung, endlich den Forderungen der gemeinnützigen Organisationen nachzukommen. Nun aber will man anscheinend davon nichts mehr wissen, obwohl sogar in der Stellungnahme, wie ich bereits angeführt habe, auf die Steuerreform 2005 hingewiesen wird. Bedenklich ist meiner Ansicht wohl auch, dass im humanitären und sozialen Bereich ein Entgegenkommen – ich habe das unter Anführungszeichen gesetzt – des Finanzministers mit dem Argument des Steuerausfalles als unmöglich dargestellt wird. Aber zur gleichen Zeit, das sei nur angemerkt, wird der Entfall von Bier- und Schaumweinsteuer vorbereitet. Wo liegen da eigentlich die Prioritäten? Es gibt nichts, was dagegenspricht, warum dieser Antrag nicht angenommen werden sollte und könnte. Im Kommunalsteuergesetz gibt es bereits eine entsprechende Steuerabsetzbarkeit, ebenso wie bei Zuwendungen im Bereich von Wissenschaft und Forschung. Derzeit sind soziale Zuwendungen im Todesfall mit Steuervorteilen bedacht, Spenden zu Lebzeiten jedoch nicht. Muss man jetzt eigentlich sterben, damit soziales Engagement belohnt wird? Das frage ich Sie. Danke! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 20.06 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Meine Damen und Herren, eine weitere Wortmeldung zu den Tagesordnungspunkten 24 und 25 liegt nicht vor. Ich komme daher zur Abstimmung:

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 1715/1 zum Tagesordnungspunkt 24 die Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zur Einl.-Zahl 938/2 zum Tagesordnungspunkt 25 die Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

26. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über den Antrag, Einl.-Zahl 1488/1, der Abgeordneten Dietrich und Graf, betreffend Abschaffung der Kapitalertragssteuer für Waldgemeinschaften.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Waltraud Dietrich. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dietrich (20.08 Uhr): Der Ausschuss für Landwirtschaft und Umweltschutz hat in seinen Sitzungen am 4. November 2003 und 20. April 2004 über obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt. Laut einer Stellungnahme vom Bundesministerium für Finanzen werden die Einkommenssteuerrichtlinien 2000 dahin gehend geändert, dass im Falle der Waldnutzung infolge höherer Gewalt die Möglichkeit geschaffen wird, die einmalige Ausschüttung auf Grund von Schadensfällen auf zehn Jahre zu verteilen. Nach Ansicht der Fachabteilung 4A wird durch die Änderung dem Antrag der FPÖ entsprochen. Ich stelle den Antrag, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen. (20.08 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke der Frau Berichterstatterin. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Rieser. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Rieser (20.08 Uhr): Herr Präsident, werter Herr Landeshauptmannstellvertreter, sehr geehrte Frau Landesrätin, werte Kolleginnen und Kollegen!

Ich blende zurück 15./16. November 2002, wo es in der Steiermark über eine Million Festmeter Schadholz gegeben hat. Ich bin hier bei diesem Antrag, weil es nicht sein kann, dass Personen, deren Vermögen im Zuge einer Katastrophe vernichtet wird, auch noch durch das Steuerrecht bestraft werden. Dies muss nicht nur für Einzelpersonen gelten, sondern gerade für die Agrargemeinschaften. Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Agrargemeinschaften haben eine wesentliche Aufgabe, nämlich sie übernehmen die Funktion vor allem im Gebirge, wo eine zum Schutz der Bannwaldbewirtschaftung überbetriebliche Zusammenarbeit notwendig ist. Agrargemeinschaften sind keine wirtschaftlich verwalteten Gemeinschaften, auf Gewinn orientiert, sondern Zusammenschlüsse von Bauern, die von ehrenamtlichen Personen verwaltet werden. Es gibt hier zwar eine Verbesserung auf Grund der Verhandlungen mit der Bundesregierung. 10.000 Euro pro Person werden KEST-frei ausgeschüttet und die Betroffenen haben eine jährliche Freigrenze von 1000 Euro. Ich bin der Auffassung, dass es notwendig ist, gemeinsam darüber nachzudenken, ob nicht überhaupt Agrargemeinschaften in Zukunft von der Kapitalertragssteuer generell befreit werden. Ich glaube, das ist notwendig und das sollten wir erreichen. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 20.10 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor.

Ich ersuche daher die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin die Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

27. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 1428/1, der Abgeordneten Dietrich und Wiedner, betreffend Senkung der Landes-Rundfunkabgabe.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Karl Wiedner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Wiedner (20.10 Uhr): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich berichte zur Einl.-Zahl 1428/1. Es geht hierbei um den schriftlichen Bericht zum Thema Landesrundfunkabgabe. Der Antrag wurde von den Abgeordneten Dietrich und Wiedner eingebracht. Es liegt uns eine Stellungnahme der Landesregierung vor, die besagt, dass eine Senkung nicht möglich ist, da ein Zuschuss zur Abdeckung von Aufwendungen und Verlusten aus dem Ausstellungsbetrieb und der Führung des Kunsthhauses fließt. Zudem ist zur Finanzierung des Kunsthhauses vom Land Steiermark ein Beitrag von 14,534.567 Euro plus Nebenkosten im Zuge einer Leasingfinanzierung zur Verfügung zu stellen. Ich ersuche um Annahme. (20.11 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Berichterstatter Abgeordneter Wiedner.

Abg. Wiedner (20.11 Uhr): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Durch die gefinkelte Fragestellung des Ausschussvorsitzenden, des Kollegen Straßberger, ist mir ein Fehler im Ausschuss unterlaufen. Ich habe dem Antrag im Ausschuss zugestimmt. Wir werden den Antrag natürlich ablehnen. Das war der Inhalt meiner Wortmeldung. (Beifall bei der FPÖ. – 20.12 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

28. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 1391/1, der Abgeordneten Lechner-Sonnek, Gross, Bachmaier-Geltewa, Mag. Zitz und Hagenauer, betreffend Einkommensschere zwischen Frauen- und Männereinkommen.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Peter Hagenauer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Hagenauer (20.13 Uhr): Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft hat in seinen Sitzungen am 16. September 2003 und 20. April 2004 über obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt. Der Ausschuss stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Der Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zum Antrag, Einl.-Zahl 1391/1, der Abgeordneten Lechner-Sonnek, Gross, Dr. Bachmaier-Geltewa, Mag. Zitz und Hagenauer, betreffend Einkommensschere zwischen Frauen- und Männereinkommen, wird zur Kenntnis genommen. Ich stelle den Antrag auf Annahme. (20.14 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Beutl. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Beutl (20.14 Uhr): Ich möchte ganz kurz – wirklich ganz kurz – auf einige Dinge eingehen. Die Stellungnahme, die uns vorliegt, ist sehr umfassend und sehr vielfältig und gibt vor allem die komplexen und vielfachen Ursachen an. Ich glaube, dass es deswegen nicht notwendig ist, eine eigene Studie noch einmal in Auftrag zu geben, weil hier alles dargestellt ist.

Ich möchte aber drei Punkte ansprechen, die mir wichtig erscheinen. Und zwar drei Punkte, bei denen es darum geht, dass auch ganz konkret in der Steiermark etwas unternommen wird, um diese Einkommensunterschiede abzubauen. Zum einen wird auch in dieser Stellungnahme angesprochen, dass ein wesentlicher Teil dieses unterschiedlichen Einkommens auf den ungleichen Start von Frauen beim Eintritt in das Berufsleben besteht. Zum ungleichen Start ist zu sagen, dass das bereits bei der Berufsorientierung, beim Berufswahlverhalten beginnt. In dem Zusammenhang möchte ich unserer Frau Landesrätin Edlinger sehr herzlich danken, dass sie seit dem vorigen Jahr und das ist jetzt bereits im Laufen, ein Projekt eingesetzt hat, wo es um die Berufsorientierung für Mädchen, ganz besonders für Mädchen, geht. Denn immer noch wählen etwa 70 Prozent der Mädchen nur drei bis fünf Berufsgruppen aus, wobei man sagen muss, wir haben mehr als 250 Berufe zur Auswahl. Immer noch sind es Berufsgruppen, bei denen Frauen wenig verdienen, sind es Niedriglohnbranchen und schlecht bezahlte Dienstleistungsbranchen. Das heißt, es ist ganz, ganz wichtig, dass hier Bewusstseinsbildung einsetzt. Und dieses Projekt der Frau Landesrätin, das nun in vielen Regionen der Steiermark zu laufen begonnen hat, setzt genau dort an. Und ich möchte ihr dafür sehr, sehr herzlich danken. (Beifall bei der ÖVP.)

Ein weiterer Punkt, den ich ansprechen möchte, ist, dass natürlich immer wieder auch klarerweise Berufsunterbrechungen daran schuld sind, wenn Frauen ein geringeres Einkommen haben oder in ihrem Einkommensverlauf Nachteile haben. Da geht es uns um eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Auch hier gibt es zurzeit zwei Projekte, eines von der Frau Landesrätin Edlinger, eines, das über den Herrn Landesrat Flecker initiiert wurde. Und zwar geht es um die verstärkte Ermöglichung von Nachmittagsbetreuung sowohl in Schulen als auch in Zukunft in Kindergärten. Das eine ist ein Modellversuch, den wir im Rahmen der Verhandlungen zur Novellierung des Kinderbetreuungsgesetzes diskutiert haben, das zurzeit ausgeschickt wurde und nun in Begutachtung ist. Es geht darum, dass in Zukunft auch Volksschulkinder in

Kindergärten am Nachmittag betreut werden können beziehungsweise auch Krippenkinder. Das zweite Projekt ist, dass die Frau Landesrätin Edlinger das Schulorganisationsgesetz abändern möchte, um auch hier vor allem im ländlichen Bereich mehr Möglichkeiten für nachmittägige Betreuung an Schulen zu schaffen. In dem Sinne möchte ich sagen, dass es uns ganz, ganz wichtig ist, dass Maßnahmen gesetzt werden, dass praxisorientiert daran gearbeitet wird, diese Einkommensunterschiede abzubauen, wobei man dazusagen muss, es ist natürlich ein Riesenkomplex und wir werden noch lange Zeit daran zu arbeiten haben. Aber jeder Schritt, der in diese Richtung geht, ist ein wichtiger Schritt. Ich bedanke mich für die Initiativen, die bereits im letzten halben Jahr in der Steiermark hier gesetzt wurden. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 20.19 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Gruber. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Margarethe Gruber (20.19 Uhr): Geschätzter Herr Abgeordneter Wiedner, 52 Prozent in der Steiermark sind Frauen. Also geben wir ihnen ein bisschen Respekt und mir zirka zwei bis drei Minuten. Danke! (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren! Im dritten Jahrtausend müssen wir feststellen, dass wir noch immer am Stand treten, dass der Einkommensabstand zwischen Männern und Frauen kaum geringer ist als vor 20 Jahren und im EU-Vergleich steigt Österreich sehr schlecht aus und belegt gemeinsam mit den Niederlanden den vorletzten Platz. Studien belegen es deutlich, dass speziell geschiedene Frauen beziehungsweise Alleinerzieherinnen auf Grund dessen, dass sie durch Kindererziehung in Teilzeitjobs gedrängt werden, in der Zukunft wohl kaum zu einer Pension kommen, die ein ausreichendes Einkommen gewährleistet. Sie sind auch nicht in der Lage, in die so genannte, von der Regierungskoalition viel gelobte dritte Säule einzuzahlen. Und wir wissen schon jetzt, dass wir hiemit eine neue Armut ganz bewusst herbeiführen. Und man fragt sich wirklich, was ist in Österreich eine Frau, was ist eine Mutter wert? Die Stellungnahme der Regierung, die uns vorliegt, zeichnet ein sehr düsteres Bild über die Zustände im Vergleich Frauen- zu Männereinkommen. Zum Beispiel steht geschrieben, aus der Lebenslaufperspektive gesehen verdienen Frauen um 42 Prozent weniger als Männer, im Alter wird die geschlechtsspezifische Lohndiskrepanz noch größer. Ältere Frauen haben noch geringere Löhne und entsprechend geringere Renten als jüngere. In der Werbung heißt es: „Der Vergleich macht sie sicher!“ Dies, meine Damen und Herren, trifft hier nicht zu, denn der Vergleich macht zornig und zeigt die Unglaublichkeit, dass Frauen je nach Konjunkturlage nach Belieben ausgespielt werden. Meine Herren, Sie sind gefordert, dass es nicht nur Lippenbekenntnisse sind, denn in den großen Entscheidungsebenen sitzen zumeist die Männer und ich bitte Sie, hier mitzuhelfen, diese Ungerechtigkeiten zu beenden. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 20.21 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Lechner-Sonnek. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Lechner-Sonnek: (20.22 Uhr. – Abg. Tasch: „Auf die Frauen ist kein Verlass, das haben wir jetzt bei der Bundespräsidentenwahl gesehen!“): Danke für das Stichwort, lieber Kurt Tasch. Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Linke Emanzen, hat die Frau Ferrero-Waldner am Montag gesagt, sind schuld, dass sie die Wahl nicht gewonnen hat. Tatsache ist, dass zwar sehr mit dem Frauenbonus gearbeitet wurde, aber zum Beispiel das Thema Einkommensunterschiede meines Wissens nach kein Thema im Wahlkampf war, so viel zum Thema Frauenanliegen vertreten.

Ein paar linke Emanzen aus der Steiermark bringen heute einen Entschließungsantrag ein zu diesem Thema. Ich möchte ihn auch noch kurz begründen. Frau Kollegin Beutl, alles, was Sie gesagt haben, sind wichtige Themen in Bezug auf die Einkommensunterschiede Männer und Frauen. Das ist richtig. Unser Antrag geht, wie auch der Antrag davor, in die Richtung, dass das Land Steiermark, der Landtag und die Landesregierung sich überlegen sollen, welche Handlungsmöglichkeiten sie haben. Und das hat meines Wissens nach hier noch niemand untersucht. Es gibt Untersuchungen über dieses Thema an sich, aber nicht darüber, was in der Steiermark die Landesregierung und der Landtag ganz konkret tun können, nicht nur als Arbeitgeber, sondern auch als Gesetzgeber. Und das ist der Hintergrund dieses Antrages. Also ich denk mir, wir müssten da eh einer Meinung sein, dass wir sagen, was können wir ganz konkret tun? Wir haben sehr gute Forschungsvereine in der Steiermark, auch den Verein „Peripherie“, das ist ein Forscherinnenverein, der in diesem Bereich sehr viel getan hat, der wäre zum Beispiel für mich ideal, um hier genauer hinzuschauen und uns zu zeigen, was wir tun können. Ich möchte jetzt den Antrag einbringen:

Der Landtags wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, eine Studie in Auftrag zu geben, die klären soll, welche Möglichkeiten das Land Steiermark in Gesetzgebung und Vollziehung sowie insbesondere in der Förderpolitik hat, um die Einkommensschere zwischen Frauen- und Männereinkommen zu reduzieren.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und hoffe, dass Sie alle diesem Antrag zustimmen, weil ich bin mir sicher, wir alle wollen, dass Gerechtigkeit waltet und dass Frauen für die gleiche Arbeit gleich viel verdienen wie Männer. Da bin ich mir ja sicher, oder? (Beifall bei den Grünen und der SPÖ. – 20.24 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Landesrätin Mag. Edlinger-Ploder.

Landesrätin Mag. Edlinger-Ploder (20.25 Uhr): Keine Sorge, ich werde weder das Leiden der Frauen noch der Männer in diesem Land unnötig verlängern. Zu einem runden Abschluss darf ich noch ein Projekt erwähnen, das, so glaube ich, sehr gut zu diesem Thema passt, das ist nämlich das Projekt der „Väterkarenz“. Wenn wir uns darum bemühen, im Wirtschafts- und Berufsleben gleiche Bedingungen für Mann und Frau zu schaffen, dann sage ich Ihnen heute und hier zu, liebe Männer, ich bemühe mich auch, dass Sie das auch in der Familienpolitik machen können. Danke! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 20.25 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Meine Damen und Herren, eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, betreffend Einkommensschere zwischen Frauen- und Männereinkommen, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

29. Wahl in Landtags-Ausschüsse:

Nach Paragraph 62 Absatz 1 GeoLT wird jede Wahl im Landtag wie in den Ausschüssen mittels Stimmzettels vorgenommen, sofern nicht einstimmig die Wahl in anderer Form beschlossen wird.

Im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz schlage ich vor, die nunmehr durchzuführenden Wahlen in die Landtags-Ausschüsse durch Erheben der Hand vorzunehmen.

Die Damen und Herren, die mit diesem Vorschlag einverstanden sind, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Vorschlag wird einstimmig angenommen.

Von der Österreichischen Volkspartei liegen folgende Wahlvorschläge vor:

Ausschuss für Kontrolle:

als Ersatzmitglied Landtagsabgeordneter Mag. Christopher Drexler – anstelle von Landtagsabgeordnetem Ernst Gödl.

Ausschuss für Generationen und Bildung:

als Ersatzmitglied Landtagsabgeordneter Ernst Gödl – anstelle von Landtagsabgeordnetem Mag. Christopher Drexler.

Ich ersuche nun die Damen und Herren, die diesen Wahlvorschlägen ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Die Wahlvorschläge sind einstimmig angenommen.

Damit ist die heutige Tagesordnung erschöpft.

Die nächste Sitzung des Landtages wird auf schriftlichem Weg einberufen.

Die Sitzung ist beendet. (Ende der Sitzung: 20.27 Uhr.)